08-09/2019

KOMMUNAL

GEMEINDEN.GESTALTEN.ÖSTERREICH.

Österreichischer Gemeindebund

Das Magazin des Österreichischen Gemeindebundes

EISENBAHNGESETZ

Entscheidungen bei „Eisenbahn-Kreuzungen“

Seite 24

NR-WAHL 2019

Die Kandidaten im KOMMUNAL-Check

Seite 34

Dem Klimawandel ins Auge sehen

Der Klimawandel wird immer stärker spürbar. Die Frage ist nicht mehr, ob er stattfindet, sondern wann es zuviel wird. Wir haben uns angesehen, wie das die Gemeinden betrifft.

Seite 14

Einzelverkaufspreis: EUR 4,90

Österr. Kommunalverlag, 1010 Wien, Löwelstr. 6
Retouren an Postfach 100, 1350 Wien

ISSN: 1605-1440
Österreichische Post AG MZ 02Z032902 M

4 JAHRE FIAT PROFESSIONAL GARANTIE***

FIATPROFESSIONAL.AT

UNSERE TRANSPORTER DER ZUKUNFT

AKTIONSWOCHEN VOM 10. – 30. SEPTEMBER

+ NEUE, ZUKUNFTSSICHERE EURO 6D-TEMP. MOTOREN
+ 2,5 % FCA POWER LEASING** BEI INIZIO MODELLEN
+ WINTERRÄDER GRATIS* AUF AUSGEWÄHLTE LAGERFAHRZEUGE

FIAT PROFESSIONAL

PROFESSIONAL WIE SIE

Symbolfotos. * Winterreifen auf Stahlfelgen gratis bei Kauf auf ausgewählte nicht zugelassene Lagerfahrzeuge der Marke Fiat Professional bei allen teilnehmenden Händlerpartnern solange der Vorrat reicht. Aktion freibleibend. Nicht mit anderen Aktionen kombinierbar. ** Angebotspreis gültig bei Kauf bis 30.09.2019 auf Ducato INIZIO L1H1 30 120, Talento INIZIO 95 Basis, Doblò INIZIO 80 Easy, Fiorino INIZIO 80 PS Diesel. Angebot für Unternehmer gem. UGB. Nicht gültig für Flottenkalkulationen und bereits zugelassene Neufahrzeuge. Nicht mit anderen Aktionen kombinierbar. *** 2 Jahre Neuwagengarantie und 2 Jahre Funktionsgarantie MaximumCare der FCA Austria bis maximal 100.000 km gemäß deren Bedingungen. Optional und gegen Aufpreis erweiterbar auf bis zu 200.000 km. Alle Angaben ohne Gewähr. Stand 09/2019.

FCA BANK Austria

NATIONALRATSWAHL 2019

ES GEHT AUCH UM **DIE GEMEINDEN**

Am 29. September ist es endlich soweit: Ein scheinbar nicht enden wollender Wahlkampf findet seinen Höhepunkt.

Die Parteien stehen jetzt in der Hochphase des Wahlkampfs und wir in den Gemeindestuben sind bereits bestens gerüstet für den Wahlgang. Rund 80.000 Beisitzer, Ersatzbeisitzer und Wahlzeugen sowie die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in unseren Gemeinden stehen am 29. September in 10.300 Wahllokalen bereit für das Hochamt der Demokratie. Ohne die Arbeit der vielen Freiwilligen, ohne ihren Einsatz, würde unsere Demokratie nicht funktionieren. Ich danke Ihnen allen von Herzen für Ihren Einsatz!

Was sich aber in den Wahlsprengeln an den Wahltagen immer wieder zeigt: Die Arbeit vor Ort bleibt bei denen hängen, die ihrer demokratiepolitischen Pflicht nachkommen. Und es werden leider auch immer weniger, die sich bereit erklären, ihre Freizeit zu opfern. Deswegen habe ich vor einigen Wochen gemeinsam mit Vizepräsident Rupert Dworak eine dringende Wahlrechtsreform gleich nach der Wahl eingemahnt. Wir brauchen eine Entbürokratisierung des Wahlrechts, Verbesserungen bei der Briefwahl, eine einheitliche Entschädigung für alle Wahlbeisitzer zwischen 50 und 80 Euro, Ersatzzahlungen für Parteien, die keine Beisitzer schicken und einen Pool an freiwilligen interessierten Wahlberechtigten aus den Reihen der Gemeindebürger. Ganz wichtig ist für uns auch der volle Kostenersatz für alle Ausgaben, die wir für die Abwicklung der Wahl tätigen müssen. Die Nationalratswahl kostet rund 20 Millionen Euro. Die Gemeinden zahlen 15 bis 16 Millionen Euro und erhalten nur 0,84 Euro pro Wahlberechtigtem zurück, was etwa 5,4 Millionen Euro Kostenersatz bedeutet. Es kann nicht sein, dass wir hier dem Bund die Arbeit abnehmen, aber unsere Ausgaben nicht gedeckt werden. Bei Bundeswahlen muss der Bund, bei Landeswahlen müssen die Länder und bei Gemeindewahlen müssen selbstverständlich wir für die Kosten aufkommen.

Im Vorfeld der letzten Regierungsverhandlungen haben wir unsere Forderungen bei den Parteien deponieren können. Viele unserer Ideen fanden auch Eingang ins Regierungsprogramm. In den letzten Wochen haben wir unser Forderungspapier überarbeitet und um aktuelle Herausforderungen und Positionen ergänzt. Wir stehen also ab dem 30. September bereit, die Vorstellungen der Gemeinden an mögliche Koalitionsparteien heranzutragen.

Ich freue mich auch schon, Sie bei den Kommunalen Sommergesprächen von 11. bis 13. September in Bad Aussee begrüßen zu dürfen. In diesem Jahr wollen wir uns mit vielen internationalen Experten über das Thema „Starke Infrastruktur für starke Regionen“ austauschen.

ALFRED RIEDL
Präsident des Österreichischen Gemeindebundes

„WIR STEHEN AB DEM 30. SEPTEMBER BEREIT, DIE VORSTELLUNGEN DER GEMEINDEN AN MÖGLICHE KOALITIONSPARTEIEN HERANZUTRAGEN.“

Feedback, Anmerkungen oder Kommentar bitte an **leserbriefe@kommunal at**

EDITORIAL

Liebe Leserin, lieber Leser,

die Nationalratswahl am 29. September ist für die Gemeinden eine große Herausforderung. Nicht nur, weil der Großteil der Bürgermeister und Gemeinderäte auch Parteifunktionäre sind und im Wahlkampf für ihre jeweiligen Parteien laufen müssen, sondern auch, weil es eine Fülle von Vorschriften gibt, die einfach nicht mehr zeitgemäß sind. Wie oft ist es beispielsweise In Ihrer Gemeinde vorgekommen, dass jemand am Samstag Einsicht ins Wählerverzeichnis nehmen wollte? Trotzdem müssen Mitarbeiter gefunden werden, die sich stundenlang ins Gemeindeamt setzen und dort auf jemanden warten, der nicht kommt.

Das größte Problem bei der Abwicklung einer Wahl ist aber wahrscheinlich, genügend Wahlbeisitzer zu finden. Das war nie besonders einfach, die Aufregungen rund um die letzte Bundespräsidentschaftswahl haben aber dazu geführt, dass sich immer weniger diese Arbeit antun wollen, weil die Gefahr besteht, bei Fehlern vor Gericht gezerrt zu werden.

Ein neues Wahlrecht, bei dem engagierte Bürgerinnen und Bürger keine Angst haben müssen, sich strafbar zu machen, wäre daher eine Aufgabe, die die neue Bundesregierung bald in Angriff nehmen sollte. Und sie sollte dabei auf die Gemeinden hören, denn diese wissen, wo die Probleme der derzeitigen Rechtslage liegen.

Michael Zimper,
Geschäftsführer Kommunalverlag

/34

KOMMUNAL fragt, die Kandidaten antworten

Acht Fragen von kommunaler Bedeutung – und die Antworten der Spitzenkandidaten zur Nationalratswahl 2019

/24

Baustelle Eisenbahnkreuzung

Zwei Entscheidungen in zwei wichtigen Fragen

INHALT

/50

Der Weg zum Quartier

„Smart City"-Lösungen und Best-Practice-Beispiele aus Österreich

/98

Pinzgauer Förderprofi

Florian Juritsch, Bürgermeister von Unken

FOTOS: /vchal/shutterstock.com//, Palsovicz/ shutterstock.com/AIR-Media, Juritsch/Gemeinde Unken; TITEL: /Krzelnak/NPeter/shutterstock/Monatage Thomas Max

KOMMUNAL 8&9/2018

THEMA „KLIMAWANDEL"

Klimanotstand: Alibi oder starker Beschluss 14
Ernst gemeint ist der Klimanotstand ein Beschluss mit hoher Symbolkraft

Mehr Bäume: Eine Chance fürs Klima 20
„Wiederaufforstung" ist ein Hoffnungsschimmer für das Weltklima

Spannungsfeld Raumordnung und Bodenschutz 22
In den Gemeinden prallen verschiedene Interessen aufeinander

POLITIK & RECHT

Sicherer Zugang zu Bargeld in Gemeinden 30
Strategische Kooperation zwischen Gemeindebund und Mastercard

So heiß wird's in ihrer Gemeinde 32
Ein Recherche-Projekt untersucht Klimadaten für Gemeinden

GESTALTEN & ARBEITEN

Erste Smart-Village-Projekte zeigen Erfolge 58
Zwei steirische Gemeinden erproben Sensortechnik bei Müll

Eine Idee und viel Knochenarbeit 72
Stuttgarts Ansatz zu nachhaltiger Mobiltät in der Stadt

Luftqualität: Frische Luft für wache Köpfe 76
Luft ist das wichtigste Lebenselixier – und gerade in Schulen extrem wichtig

LAND & LEUTE

Digitaler Pfad: E-Government mit Fragezeichen 102
Ein Experten-Talk am Gemeindetag in Graz wirft Fragen auf

Bürgermeisterinnen: Frauenpower im Apfelland 106
60 Bürgermeisterinnen trafen sich in Puch bei Weiz

Bundesländer, Termine, Personalia, Impressum 114

FACH- & SERVICEINFORMATIONEN

ARGE Forum Mineralische Rohstoffe	85
Bundesbeschaffung GmbH	61
Bundesministerium für Digitalisierung und Wirtschaft	48
Bundesministerium für Nachhaltigkeit und Tourismus	46
Esch Technik	70
eww Anlagentechnik GmbH	83
Familie & Beruf Management GmbH	112
Fonatsch ssgm	57
Gesundheit Österreich GmbH	113
Graf Carello GmbH	65
GUARDI GmbH	84
Heat4All Vertriebs GmbH	90
Humer – Anhänger, Tieflader, Verkaufsfahrzeuge GmbH	96
Hochfilzer	60
ITEK-Verkehrs- und Beschilderungstechnik GmbH	68
Klima- und Energiefonds	56
KS Steuerberatung	71
Microtronics Engineering GmbH	69
Österreichische Bundesforste AG	92
Österreichische Post AG	82
PSC Public Software & Consulting GmbH	86
Raiffeisen Leasing GmbH	67
RIS GmbH	80
Signify Austria GmbH	64

KOMMENTAR

„STERNSTUNDEN“ DES PARLAMENTARISMUS

Das „freie Spiel der Kräfte“ im Parlament in Kombination mit der Vorwahlzeit lässt teure Wahlzuckerln befürchten. Und in der Tat folgt derzeit ein Initiativantrag dem anderen.

Die Aufkündigung der Koalition und die Ausrufung von Neuwahlen bei gleichzeitig erfolgreichem Misstrauensantrag gegenüber der gesamten Bundesregierung, hatte die Einsetzung einer „Übergangsregierung“ zur Folge. Damit wurden auch viele Gesetzesvorlagen, die im Verhandlungsstadium waren, nicht mehr von der Regierung ans Parlament weitergeleitet. Dafür wurde nun das Parlament aktiv und eine Reihe von Gesetzesanträgen mit Initiativantrag der Abgeordneten ins Hohe Haus gebracht.

Man kann diesem Weg durchaus kritisch gegenüberstehen, aber unser Parlamentarismus funktioniert so, dass die Mehrzahl der Gesetzesbeschlüsse als Regierungsvorlagen ans Parlament zur Beschlussfassung weitergeleitet werden. Am Beginn dieses Prozesses steht ein Sachverhalt, der einer gesetzlichen Regelung bedarf. Ein Entwurf wird auf Basis der einzelnen Ministerien erstellt und nach intensiven Diskussionen mit Experten und mitunter Betroffenen eine Regierungsvorlage erstellt. Diese Vorlage wird einem mehrwöchigen Begutachtungsverfahren unterworfen, wo nochmals viele Einrichtungen ihre Stellungnahmen abgeben können. Erst nach einer Überarbeitung wird die Regierungsvorlage vom Ministerrat dem Parlament zur Beschlussfassung vorgelegt.

Natürlich kann es auch noch im Parlament zu Änderungen kommen, aber üblicherweise wird das was von der Regierung vorgelegt wurde, auch von der Mehrheit beschlossen. Die Regierung stützt sich ja auch auf eine Mehrheit im Parlament.

> „**Stabilitätspakt, Schuldenbremse** oder das Ziel eines ausgeglichen Haushalts oder gar einen Überschuss zu erzielen, **gelten plötzlich nicht mehr.**“

Feedback, Anmerkungen oder Kommentar bitte an **leserbriefe@kommunal at**

Üblicherweise.

Denn wenn während der Legislaturperiode eine Koalition aufgelöst wird, oder generell im Zeitraum vor einer Wahl, herrschen plötzlich andere Gesetze. Das sogenannte „freie Spiel der Kräfte“ zieht ins Hohe Haus ein. Plötzlich gibt es für verschiedene Vorlagen neue Mehrheiten. Die Vorwahlzeit ist zu verlockend, um nicht doch noch Geschenke zu verteilen. Und obwohl es Initiativen gab, dass sich das Parlament in dieser Zeit selbst beschränkt, konnten dem nicht alle Parteien zustimmen. Stabilitätspakt, Schuldenbremse oder das Ziel, einen ausgeglichen Haushalt oder gar einen Überschuss zu erzielen, gelten plötzlich nicht mehr. Die Folgen muss ja sowieso die nächste Regierung verantworten.

Von vielen wurde dies als Sternstunde des Parlamentarismus bezeichnet. Dass jetzt über Initiativantrag Gesetze beschlossen werden, sieht die Verfassung vor. Aber das Parlament hat weder die Ressourcen, sorgfältig erarbeitete Gesetzesvorlagen zu erstellen, noch die Möglichkeiten, ein Begutachtungsverfahren durchzuführen. Husch-Pfusch-Aktion sagen deswegen andere. Die Abschaffung des Pflegeregresses ist ein Musterbeispiel dafür. Nicht nur der Umstand an sich, sondern vielmehr die Art der Ausfüh-

> 1,2 MILLIARDEN AN BUDGETWIRKSAMEN MEHRAUSGABEN HATTEN DIE SITZUNGEN IM JUNI ZUR FOLGE. **UND DABEI STEHT DER GROSSE KEHRAUS NOCH IM SEPTEMBER BEVOR.“**

rung und die Formulierungen. Stundenlang wurde in vielen Sitzungen danach diskutiert, was einzelne Formulierungen bedeuten sollen. Und nicht verwunderlich ist auch, dass Betroffene und Experten plötzlich beklagen nicht mehr eingebunden zu werden (wie dies beispielsweise beim Gewaltschutzpaket der Fall ist).

Im Juni ist es schon heiß hergegangen im Parlament. Und das war nicht nur den hohen Außentemperaturen geschuldet. 1,2 Milliarden an budgetwirksamen Mehrausgaben hatten diese Sitzungen zur Folge. Und dabei steht der große Kehraus noch im September bevor. Wer auch immer danach in der Regierung ist, wird sich damit herumschlagen müssen.

Wie breit gestreut hier die Themen sind, zeigen zwei Beispiele. Eines davon ist der Klimanotstand. Alle haben nun das Klima entdeckt und Gemeinden, Städte und auch ein Bundesland haben bereits den Klimanotstand ausgerufen. Der Bundesrat wird es als nächstes tun und wahrscheinlich auch noch der Nationalrat. Die Begeisterung und Zustimmung dafür sind bei vielen vorhanden. Eine bewusstseinsbildende Maßnahme, die ja durchaus eine Berechtigung hat, sagen viele als Begründung. Man darf aber schon gespannt sein, wenn es um die Umsetzung geht. Jeder einzelne bei sich und bei gesetzlichen Regelungen. Schweizer Wissenschaftler haben darauf verwiesen, dass CO_2-Steuern unumgänglich sind. Das bedeutet Steuern nicht nur auf Kerosin im Flugverkehr, sondern auch höhere Steuern auf Diesel und Benzin und Öl und Gas und den Energieeinsatz. Dann wird die Begeisterung nicht mehr so groß sein. Frankreich lässt grüßen. Die Auswirkungen auf Wirtschaft und Konsum werden erheblich sein. Wie schaut es dann mit der internationalen Wettbewerbsfähigkeit aus, wenn Österreich hier eine Vorreiterrolle einnehmen wird? Das sind nur einige Aspekte, die sich beliebig fortsetzen ließen.

Das andere ist die Valorisierung des Pflegegeldes, die noch vor dem Sommer beschlossen wurde. Eine Forderung, die auch der Gemeindebund erhoben hat. Sie sollte jedoch eingebettet in eine Evaluierung und ein Gesamtkonzept sein. Dieses fordert der Gemeindebund schon seit längerem. Genauso wie den Einbehalt des 13. und 14. Bezuges bei stationärem Aufenthalt im Pflegeheim. Vom Gesundheits- und Sozialausschuss des Gemeindebundes, genauso wie in einer einstimmigen Resolution des Bundesvorstandes gefordert. Der Gemeindebund ist damit nicht allein. Bereits in den FAG-Verhandlungen wurde diese Forderungen von allen Ländern und auch vom Städtebund verlangt. Wenn das nun vom Präsidenten öffentlich in Erinnerung gerufen wird und dies Rücktrittsaufforderungen, anscheinend dem Vorwahlfieber geschuldet, nach sich zieht, fehlt dafür jegliches Verständnis und kann nur der sommerlichen Hitze zugeschrieben werden.

Wir werden sehen ob, wenn es darum geht, konkrete Maßnahmen zu setzen, die Initiatoren der Ausrufung des Klimanotstandes genauso schnell vergessen haben, was sie vor einigen Monaten beschlossen haben, wie beim Einbehalt des 13. und 14. Bezuges.

Die in der Vorwahlzeit beschlossenen Gesetze werden jedoch Gültigkeit und ihre Nachwirkungen haben. Ob sie allerdings als Sternstunden des Parlamentarismus in die Geschichte eingehen, darf bezweifelt werden.

HOFRAT DR. WALTER LEISS
ist Generalsekretär des Österreichischen Gemeindebundes

ANGESAGT

DAS WORT HAT ...

„Mit dieser Einigung besteht nun Hoffnung, dass nicht nur in Zentralräumen, sondern auch im ländlichen Bereich die ärztliche Versorgung aufrecht erhalten bleibt."

Walter Leiss,
Generalsekretär des Österreichischen Gemeindebundes

„Dieses Jobsharing-Modell für niedergelassene Ärztinnen und Ärzte ist ein wichtiger Beitrag zur **besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf**."

Alexander Biach,
Verbandsvorsitzender des Hauptverbands der österreichischen Sozialversicherungsträger

„Die Angst vor einer selbstständigen Tätigkeit **wird kleiner, wenn man sie erlebt**."

Johannes Steinhart, Vizepräsident der Ärztekammer und Bundeskurienobmann der niedergelassenen Ärzte, über den damit auch erleichterten Einstieg in die Arbeit als Kassenarzt

INTERNATIONAL

DER BLICK ÜBER DIE GRENZEN

FOTO: shutterstock.com/Pavone

Großbritannien: Experte rät zu Grab an Autobahn

Vom Sparsarg mit Falltür unter Joseph II. bis zu Udo Prokschs „Verein der Senkrechtbegrabenen": Gerade in Österreich hat man sich schon viele Gedanken über Platzeffizienz bei Beerdigungen gemacht. In Großbritannien ist laut einem Bericht auf ORF-News das Problem akut, denn dort geht Friedhöfen und Urnenhainen der Platz aus. Ein Gesundheitsexperte ließ nun mit ausgefallenen und klimanützlichen Vorschlägen aufhorchen.

Als Teil einer Umweltstrategie, zu der die Klimakrise zwinge, müssten die Behörden auch Beerdigungen mit einbeziehen, so John Ashton. Der frühere Präsident der Fakultät für öffentliche Gesundheit, einer britischen Gesundheitsorganisation, schlug im „Journal of the Royal Society of Medicine" vor, Menschen auch entlang von Autobahnen, Radwegen, auf Brachflächen und sogar auf alten Industriestätten zu bestatten.

So könne man mehrere Fliegen auf einen Streich erwischen: Die Städte könnten neue Grünflächen schaffen, zu denen alle Zugang hätten, dem Klima helfen und zugleich die „Friedhofskrise" bekämpfen. Denn laut einer Studie aus dem Jahr 2013 soll auf Englands Friedhöfen spätestens 2033 kein Platz mehr sein.

Der Fuji-Reien-Friedhof in Shizuoka, Japan (in unserem Bild eine Aufnahmen aus dem Frühling), dürfte Asthon bei seiner Argumentation helfen.

orf.at/stories/3129213/

E-SCOOTER SIND AUS DEN USA IN EUROPA ANGEKOMMEN – UND DA WIE DORT VERHASST

Ein Bericht der renommierten „Washington Post" ist Balsam auf den Seelen vieler, die mit der „amerikanischen Erfindung" der E-Scooter nicht können. Autor Rick Noak fand, dass von Paris über Berlin bis nach Kopenhagen betrunkene Benutzer und schlecht geparkte Motorroller den Haß provozieren, der in amerikanischen Städten im vergangenen Jahr ein Synonym wurde.

Das frühe Urteil für die Roller in Europa war hart, so Noak. Kommentatoren nennen sie demnach mittlerweile „gefährlicher" Trend, ein „Wahnsinn" und befindet, dass sie „Schädlinge" seien.

washingtonpost.com

Deutschland: Arme und reiche Gemeinden driften weiter auseinander

„Die Schere zwischen Städte und Gemeinden mit guter und schlechter Finanzlage geht immer weiter auf. Wir erwarten von Bund und Ländern, dass auch mit Blick auf die kommunalen Finanzen gleichwertige Lebensverhältnisse in ganz Deutschland angestrebt werden“, so Dr. Gerd Landsberg, Hauptgeschäftsführer des Deutschen Städte- und Gemeindebundes (DStGB), zu den Anfang Juli vorgelegten Zahlen des 5. Kommunalen Finanzreports der Bertelsmann-Stiftung.

Es darf für die Chancengerechtigkeit der Menschen keinen Unterschied machen, ob sie auf dem Land oder in der Stadt, im Osten oder im Westen leben. „Wir erwarten, dass aus der Regierungskommission ‚gleichwertige Lebensverhältnisse‘ klare Konzepte kommen“, so Landsberg. Allein der kommunale Investitionsrückstand liegt demnach in Deutschland bei 138 Milliarden Euro.

dstgb.de

Türkei: Prokurdische Bürgermeister abgesetzt

Die Bürgermeister von Van, Mardin und Diyarbakır wurden verhaftet. Der Vorwurf: Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung. Alle drei sind Mitglieder der prokurdischen Partei HDP, der Ankara immer wieder Verbindungen zur als Terrororganisation eingestuften PKK nachsagt. Auch die Stellvertreter der drei Bürgermeister wurden verhaftet. Gleichzeitig verhaftete die Polizei rund 400 weitere Personen in 29 Provinzen, denen Verbindungen zu Terrororganisationen nachgesagt werden.

derstandard.at

Dr. Christian Koch, Abteilungsleiter öffentliche Finanzierungen

BESTE FINANZIELLE LÖSUNGEN FÜR IHRE GEMEINDE:
ICH BIN FÜR SIE DA.

HYPO NOE
Mit Sicherheit unsere Bank.

Diese Marketingmitteilung wurde von der HYPO NOE Landesbank für Niederösterreich und Wien AG, Hypogasse 1, 3100 St. Pölten, erstellt und dient ausschließlich der unverbindlichen Information. Die Produktbeschreibung erfolgt stichwortartig. Irrtum und Druckfehler vorbehalten. Stand 1/2019. **Werbung**. Eine Information der HYPO NOE Landesbank für Niederösterreich und Wien AG.

PITTERS © KOMMUNALTREND

DR. HARALD PITTERS IST TRENDEXPERTE UND KOMMUNALFORSCHER.

IT und E-Government als transparente Standortfaktoren

Diesmal setzt sich KOMMUNAL mit IT und E-Government auseinander. Dabei handelt es sich um eine zentrale Herausforderung für die politischen Handlungsträger auf allen Ebenen. Die Digitalisierung ist längst zu einem bestimmenden Faktor im gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Leben geworden. Für die Gemeinden bedeutet sie einerseits große Investitionen, unter anderem in ein modernes, funktionierendes Breitbandsystem. Andererseits bietet die damit einhergehende Dezentralisierung hervorragende Gelegenheiten, zuletzt ins Abseits geratene Gegenden wieder besser zu integrieren.

Als Beispiel ist hierfür vor allem die Flexibilität im Arbeitsbereich zu nennen – zeitgemäße Fernarbeit ermöglicht es unter anderem älteren Personen, Frauen oder Studierenden an ihren Wohnorten einer adäquaten Berufstätigkeit nachzugehen. Neben diesen gesellschaftlichen Fortschritten ist es aber auch für die Gemeinden in ihrem eigenen Wirkungsbereich von größter Bedeutung, die neuen Möglichkeiten von E-Government und offener Verwaltung zu nutzen. Hierbei lässt sich für den Bürger optimale Transparenz schaffen und neben neuen Studien wie „Transparente Gemeinde“ von Transparency International zeigt auch der aktuelle Pitters© Kommunaltrend, dass dieses Thema allgegenwärtig ist.

Bei diesen Projekten werden ausgewählte Gemeinden nach verschiedenen Transparenzkriterien untersucht. Die Erstuntersuchung zeigte bereits erfreuliche Ergebnisse, aber speziell im Beschaffungswesen oder beim Umgang mit öffentlichem Eigentum sind noch Verbesserungspotenziale vorhanden. Auch die Gemeinden können als Standort durch erhöhte Transparenz erheblich profitieren, indem sie im Sinne der BürgerInnen die Initiative ergreifen und ihre Kommunen sowohl im politischen als auch im wirtschaftlichen Sinn modern und IT-fit verwalten.

> **„Für die Gemeinden bedeutet Digitalisierung Investitionen**, aber auch eine Chance, ‚abseits gelegene‘ Gegenden besser zu integrieren.“

office@pitters.at
www.pitters.at

PRAXIS-KOMMENTAR

MAG. GREGOR STICKLER ZU GESCHÄTZTEN AUFTRAGSWERTEN BEI HOCHBAUPROJEKTEN

Sind Planer- und Bauleistungen zusammenzurechnen?

Das Bundesvergabegesetz knüpft als Grundregel bei der Berechnung des geschätzten Auftragswertes an den Vorhabensbegriff an (§ 13 Abs 1 BVergG 2018). Danach ist bei der Berechnung des geschätzten Auftragswertes der „geschätzte Gesamtwert aller zum Vorhaben gehörigen Leistungen einschließlich aller Optionen und etwaiger Vertragsänderungen“ zu berücksichtigten. Die Frage, welche Leistungen zu einem Vorhaben gehören, kann nur anlässlich einer Einzelfallbetrachtung geklärt werden. Aus Gesetz und Rechtsprechung lassen sich folgende Grundsätze ableiten:

- Für die Beurteilung ist von einer funktionellen Betrachtungsweise auszugehen. Dabei sind Gesichtspunkte wie
  - der örtliche Zusammenhang,
  - der gemeinsame Zweck,
  - die gemeinsame Planung,
  - das Vorliegen von Aufträgen aus gleichen Fachgebieten oder
  - der wirtschaftliche Zusammenhang

  zu berücksichtigen (z. B. getrennte Bauabschnitte einer Kanalisationsanlage).
- Die Wahl der Berechnungsmethode darf nicht in der Absicht erfolgen, die vergaberechtlichen Bestimmungen zu umgehen („unzulässiges Auftragssplitting“)
- Dienstleistungen (z. B. Planerleistungen) können von ausführenden Bauleistungen getrennt werden. Die geschätzten Auftragswerte dieser Leistungen müssen daher nicht zusammengerechnet werden.
- Dienstleistungen eines Vorhabens bzw. deren Auftragswerte sind nur dann zusammenzurechnen, wenn es sich um Leistungen desselben Fachgebietes handelt (Stellungnahme des Verfassungsausschusses zum Vergaberechtsreformgesetz 2018) (z. B. nicht: Planerleistungen und Übersiedlung).

kanzlei@schramm-oehler.at
Gregor Stickler ist Partner von Schramm Öhler Rechtsanwälte

GESCHICHTE

KOMMUNAL VOR 25 JAHREN – AUS UNSEREM ARCHIV

Lobbying für Gemeinden – in Brüssel und anderswo

Zwei Themen beherrschten die Sommerausgabe des „Kommunal-Magazins“ 1994: Zum einen der Bericht vom 41. Österreichischen Gemeindetag, der ein paar Wochen vorher in Linz über die Bühne gegangen war. Und zum anderen ging es um den damals näher rückenden Beitritt Österreichs zur Europäischen Union.

Der 2008 leider verstorbener KOMMUNAL-Verlagschef Walter Zimper (Bild) brachte in seinem damaligen Editorial beide Dinge auf den Punkt. Er bemängelte, dass trotz des offensichtlichen Stellenwerts der Gemeinden in der östereichischen Politik es immer öfter zu legistischen Maßnahmen komme, „deren praktische Auswirkungen auf eben diese Gemeinden nicht wirklich bedacht worden sind“.

Eine Vorgangsweise der übergeordneten Landes- und Bundespolitik, die heute leider immer noch zu spüren ist. Andererseits war Walter Zimper weitsichtig genug, um zu erkennen, dass auch in Brüssel „Gesetze in Massen produziert werden“ und dass es bei „pragmatischer Sicht der Dinge“ dort wohl ebenso sein wird wie überall: „Die Mehrzahl der Gesetze wird direkt oder indirekt auf die Gemeinden durchschlagen.“ Er forderte daher ein kommunales Lobbying für die Gemeinden – auch direkt in Brüssel, um im legistischen Entwicklungsstadium eines Gesetzes mitreden zu können. „Man muss zumindest davon wissen“, so Zimper damals.

Hier schloss sich für ihn schon 1994 ein Kreis. „Für die authentische und kompetente Information der österreichischen Gemeindemandatare wurde dieses ‚Kommunal-Magazin‘ als offizielles Fach- und Verbandsorgan des Österreichischen Gemeindebundes neu konzipiert. Es hat seine Bedeutung schon bisher unter Beweis gestellt, doch mit dem Europa-Beitritt wird es noch wichtiger für uns alle.“

25 Jahre später ist KOMMUNAL das europaweit anerkannte Informationsmedium und Fachmagazin für Gemeinden – mittlerweile auch mit einer „Tochter“ in Deutschland.

Ihre Steuerberater – verlässliche Partner von Wirtschaft & Gemeinden.

Die österreichischen Steuerberaterinnen und Steuerberater stehen ihren Klienten mit ihrem Know-how und ihrer Erfahrung mit Rat und Tat zur Seite. Damit diese sich noch besser auf ihre Aufgaben für die Bürgerinnen und Bürger ihrer Gemeinde oder auf ihr Unternehmen konzentrieren können.

Steuerberater bieten ihren Klienten eine Vielzahl von unterschiedlichen Leistungen in allerhöchster Qualität. So vertrauen nahezu alle Unternehmen und mehr als 75% aller österreichischen Gemeinden auf eine regelmäßige Zusammenarbeit mit einem Steuerberater.

ihre steuerberater
Mit uns wachsen.

Finden Sie Ihren Steuerberater:

www.facebook.com/IhreSteuerberater

www.ksw.or.at

SMART CITY

Bei den „Österreichischen Bautagen“ ist die Smart City ein Leitthema. Führende Köpfe der Baubranche und Experten in der Stadtentwicklung sowie Planer werden in Vorträgen, Podiumsdiskussionen und Workshops zu aktuellen Entwicklungen sprechen:

„Wesentlich ist, die gebaute Umwelt weniger als optimiertes aber unveränderliches räumliches Gebilde zu sehen, sondern als ein an die sich ständig ändernden physikalischen und sozialen Rahmenbedingungen anpassendes und veränderliches Habitat.“

BERNHARD SOMMER, Architekt
und Spezialist im Energie Design

„Wir brauchen die freifinanzierten Wohnungen und wir brauchen die gemeinnützigen Bauvereinigungen. Eine Schiene allein wird es nicht schaffen, den Wohnungsbedarf zu decken.“

SANDRA BAUERNFEIND
Geschäftsführende Gesellschafterin Ehl Immobilien

„Wir brauchen modulare, perfekt aufeinander abgestimmte Produkte für die Energieerzeugung, Speicherung und Verteilung..“

WALTER KREISEL,
Verfechter der Energiewende

Fachkongress „ÖSTERREICHISCHE BAUTAGE“
13. – 14. November
Congress Loipersdorf

Mehr zum PROGRAMM finden Sie unter:

WWW.BAUTAGE.AT

ÖSTERREICHISCHE BAUTAGE

WIE GEMEINDEN IN **ZUKUNFT BAUEN**

Die Gemeinden sind der größte öffentliche Investor des Landes. Ein Großteil der Ausgaben wandert in Bauaufträge.

Die Bauwirtschaft wiederum ist aktuell mit großen Herausforderungen – Stichwort Digitalisierung und Smart City – konfrontiert. Bei diesem Veränderungsprozess wird kein Stein auf dem anderen bleiben.

Die Stadt von morgen steht vor großen Herausforderungen: Urbanisierung, Digitalisierung, Globalisierung und dann auch noch der Klimawandel. Im Gebäudesektor bedeutet das den Einsatz neuer Technologien, aber auch die Implementierung neuer Strukturen. Im Fokus stehen die effiziente Energienutzung und erneuerbare Energien, ressourcenschonende Mobilität sowie die gebaute Umwelt – Stichwort Gebäudestandards und Sanierung des Gebäudebestands – samt Infrastruktur.

Damit stellen sich Fragen wie: In welchen Häusern werden wir leben, in welchen Wohnungen wohnen? Welche Heizsysteme benötigen wir in Zukunft? Wie bewegen wir uns zukünftig im urbanen Bereich fort? Das große Ziel lautet „Beste Lebensqualität für die Bewohner bei größtmöglicher Ressourcenschonung.“

> **„In welchen Häusern werden wir leben,** in welchen Wohnungen wohnen?“
>
> **Zwei Fragen,** mit denen sich die „Bautage 2019“ beschäftigen werden.

Die effiziente und nachhaltige Nutzung von vorhandenen Ressourcen wie Energie, Infrastruktur, Wohnraum oder öffentlicher Stadtraum steht im Mittelpunkt der Smart City. Immer stärker rückt dabei die Quartiersentwicklung in den Vordergrund: Welche Wohnungen, Gebäude und Quartiere wir in Zeiten des Klimawandels und der Energiewende brauchen.

Damit befassen sich die „Österreichischen Bautage“ vom 13. bis 14. November 2019 im Congress Loipersdorf. Experten sprechen über die Herausforderungen der Städte heute und in Zukunft. Immobilienexperten berichten über die Veränderungen für den Wohnungsmarkt.

Mehr Informationen: www.bautage.at

ENERGIE-EFFIZIENTE KRAFTPAKETE FÜR IHRE GEMEINDE

Leise, effizient und energiegeladen:
Das **STIHL AkkuSystem PRO** ist die emissionsfreie Lösung für alle Gemeinden. Passen Sie Ihre Geräte an die Arbeitsumgebung an. Ob Regen, Sonne oder Schnee, schwer erreichbare Stellen oder geräuschsensible Umgebungen. Das umfangreiche Gerätesortiment ermöglicht jeden Einsatz. Ihr Arbeitsalltag wird damit zum Kinderspiel und die Natur wird es Ihnen danken. Alle Produkte des **STIHL AkkuSystem PRO** entsprechen den Anforderungen des e5-Programms für energieeffiziente Gemeinden. Entdecken Sie die volle Ladung Akku-Power bei Ihrem STIHL Fachhändler und unter **www.stihl.at**

Made in Austria

STIHL

„KLIMAWANDEL“
Das gesellschaftspolitische Problem betrifft auch Gemeinden

DIE FRAGE IST NICHT OB, **SONDERN WANN**

Wir gehen im wahrsten Sinn des Wortes heißen Zeiten entgegen. Wissenschafter und Klimaforscher prophezeien einen bislang ungeahnten Anstieg der Temperaturen. Staaten auf Meeresniveau fordern vergeblich mehr Anstrengungen, um den Anstieg des Meeresspiegels zu verlangsamen. Wie das die Gemeinden betrifft? Der Klimawandel ist ein gesellschaftspolitisches Problem, das die Zukunft unserer Kinder und aller Menschen direkt betrifft – und damit geht es die Gemeinden in den verschiedensten Bereichen sehr wohl was an.

FOTO: shutterstock.com/Roff

AUSRUFUNG DES KLIMANOTSTANDS

BESCHLÜSSE MIT **STARKER SYMBOLKRAFT**

Die 1200-Einwohner-Gemeinde Michaelerberg-Pruggern in der Obersteiermark machte den Anfang: In der Gemeinderatssitzung vom 13. Juni beschloss der Gemeinderat einstimmig, den Klimanotstand auszurufen – als erste Gemeinde in Österreich.

TEXT // CARINA WURZ

Viele Gemeinden und Städte und – als erstes Bundesland – das Land Vorarlberg folgten. Sie wollen damit vor allem eines: Zeichen setzen und Bewusstsein schaffen. Doch fangen die Klimaschutzpioniere mit den geforderten Maßnahmen auch bei sich selbst an?

Aufmerksamkeit für ein ohnehin brennendes Thema. Mit drastischen Formulierungen wurden die Beschlüsse zum Klimanotstand begründet: „Unser Haus brennt", waren die Fraktionen im Vorarlberger Landtag einig, und Landeshauptmann Markus Wallner betonte: „Wir sind an einem Punkt angekommen, an dem es kein Zurück mehr gibt." Traiskirchens Bürgermeister Andreas Babler formuliert via Facebook: „Die Zeit des Wartens ist endgültig vorbei, weil es um nichts weniger als das Überleben unserer Kinder und Kindeskinder auf diesem Planeten geht." Im obersteirischen Michaelerberg-Pruggern ging man nüchterner an die Sache heran, doch auch für Bürgermeister Hannes Huber zählt die Symbolkraft: „Wir wollen mit unserem Schritt Aufmerksamkeit für den Klimaschutz erregen und Menschen zum Nachdenken bringen. Auch richtet sich unsere Botschaft an die ‚hohe Politik', die endlich aktiv werden muss", fasst er zusammen. Er begrüßt, dass andere Gemeinde es gleichgetan haben. Etwa die Marktgemeinde Perchtoldsdorf und die Stadtgemeinde Traiskirchen, die mit ihrer Lage im sogenannten Speckgürtel rund um Wien die Auswirkungen der Klimaveränderung schon heute besonders spüren: „Viele unserer Bürgerinnen und Bürger sind tagsüber in Wien. Sie haben damit auch ein städtisches Empfinden, etwa was die Auswirkungen der Hitzetage oder das Verschwinden von Bäumen betrifft", begründet der Perchtoldsdorfer Bürgermeister LAbg. Martin Schuster, der dem Gemeinderat ein Klimamanifest zum Beschluss vorgelegt hat, diesen Schritt. Auch ihm geht es darum, Zeichen zu setzen: „Jeder Grundsatzbeschlusses zielt natürlich einmal darauf ab, aufzurütteln und ein Thema hochzubringen", meint er. Besonders öffentlichkeitswirksam hisste der Traiskirchner Bürgermeister Andreas Babler gemeinsam mit den Klima-Aktivisten von „Fridays for Future" eine Flagge für den Klimaschutz, mit dem Klimaziel von maximal 1,5°C Erderwärmung, als „sichtbares Zeichen für diese Entscheidung, die der Gemeinderat einstimmig getroffen hat". Also alles nur Effekthascherei? Nicht ganz.

Die Gemeinden als Vorreiter und Vorbilder. „Ich erinnere mich noch daran, als in den 90er-Jahren die Mülltrennung erstmals zum Thema wurde. Damals waren es die Gemeinden, die das in die Breite brachten, binnen weniger Jahre zur Selbstverständlichkeit werden ließen", zieht er einen Vergleich und ist überzeugt, dass den Kommunen in der aktuellen Debatte eine ähnliche Rolle zukommt. Michaelerberg-Pruggern hat

CARINA WURZ IST FREIE JOURNALISTIN

FOTO: shutterstock.com/Will

„WIR SIND AN EINEM PUNKT ANGEKOMMEN, **AN DEM ES KEIN ZURÜCK MEHR GIBT.“**

Markus Wallner, Landeshauptmann von Vorarlberg

BUNDESRAT SPRACH SICH EINSTIMMIG FÜR KLIMANOTSTAND AUS

Basis für die Mitte Juli erfolgte Entschließung des Bundesrats zur Erklärung des „Climate Emergency“ bildete ein Antrag, den ÖVP- und SPÖ-Bunderäte nicht zuletzt vor dem Hintergrund der „Fridays For Future - Bewegung“ eingebracht haben. Mit der Ausrufung des Klimanotstands durch die Regierung soll ihrer Meinung nach der Eindämmung der Klima- und Umweltkrise und ihrer schwerwiegenden Folgen höchste Priorität eingeräumt werden.

Konkret fordern die Bundesräte, den Nationalen Energie- und Klimaplan – aufbauend auf nationalen und internationalen Forschungsergebnissen – nachzubessern und umgehende Maßnahmen vorzubereiten, um den Ausstoß von Treibhausgasen ohne Einsatz risikoreicher Kompensationstechnologien und ohne Ankauf von Emissions-Zertifikaten nachweislich zu verringern. Ziel soll es sein, die Emissionen ehestmöglich, jedenfalls noch vor Mitte des Jahrhunderts, und sozial verträglich über die Ziele des Pariser Klimaschutzabkommens hinaus „auf Netto-Null“ zu reduzieren, um einen angemessenen Beitrag Österreichs zur Begrenzung der Erderwärmung auf 1,5 Grad Celsius zu leisten.

Weiters ersuchen die Bundesräte die Regierung, bei künftigen Entscheidungen die Auswirkungen auf das Klima und den Klimaschutz zu berücksichtigen, die österreichische Bevölkerung umfassend zu informieren, sich auch auf internationaler Ebene für Klima- und Umweltschutz stark zu machen sowie bei der Umsetzung von Maßnahmen mit den Bundesländern und den Gemeinden zu kooperieren.

in der Vergangenheit bereits Pionierarbeit geleistet: „Im Ortsteil Pruggern (Anm.: Damals noch eigenständige Gemeinde) wurden bereits 2006 alle öffentlichen Gebäude an die mit Bioenergie betriebene Fernwärme angeschlossen, beginnend mit 2007 wurde die Straßenbeleuchtung Zug um Zug auf LED umgestellt“, erzählt Bürgermeister Hannes Huber. Auch für Perchtoldsdorf ist der Klimaschutz kein Neuland: Seit 1994 ist die Gemeinde Mitglied des Klimabündnis Österreich, gemeinsam mit derzeit 986 anderen, die sich mit individuellen Maßnahmen für den Klimaschutz engagieren. 2010–2014 hat Perchtoldsdorf als Klima- und Energie-Modellregion eine bundesweite Vorbildfunktion eingenommen. „Natürlich sind wir als Gemeinden bei vielen Themen gefordert, selbst aktiv zu werden. Es ist aber auch wichtig, innerhalb der Bevölkerung einen Diskurs in Gang zu setzen“, so Martin Schuster, der damit in eine ähnliche Kerbe stößt wie sein Amtskollege aus der Steiermark: „Es ist uns klar, dass wir als Kleingemeinde das Weltklima nicht retten werden. Aber wir wollen in unserem Wirkungsbereich Bewusstsein schaffen und Menschen etwa beim Ausstieg aus der fossilen Energie individuell vor Ort unterstützen. Denn die Bereitschaft der Bevölkerung ist da“, so Bürgermeister Hannes Huber. Nach der Ausrufung des Klimanotstands lud er deshalb zur Bürgerversammlung ein, um gemeinsam mit der Bevölkerung nächste Schritte für den Klimaschutz zu erarbeiten.

Willensbekundungen für mehr Klimaschutz.
Mit ihren Beschlüssen erlegen sich die Gemein- »

BIS 2030 HABEN WIR **EIN BUDGET VON 20 MILLIONEN EURO** FÜR EINE ENTSPRECHENDE PERSONAL- UND VERWALTUNGSSTRUKTUR UND DIE KONKRETE PROJEKTUMSETZUNG **VORGESEHEN**."

Andreas Babler,
Bürgermeister von Traiskirchen

Der Traiskirchner Bürgermeister Andreas Babler hisste gemeinsam mit den Klima-Aktivisten von „Fridays for Future" eine Flagge für den Klimaschutz, mit dem Klimaziel von maximal 1,5 °C Erderwärmung, als „sichtbares Zeichen für die Entscheidung, die der Gemeinderat einstimmig getroffen hat".

den aber auch selbst einige Pflichten auf. In Perchtoldsdorf sollen künftig alle Anträge auf ihre Klimarelevanz, die auch auszuweisen ist, geprüft und Maßnahmen mit positivem Effekt auf das Klima prioritär behandelt werden – so sieht es das Klimamanifest vor. Ähnliches ist in der Traiskirchner Resolution zum Klimanotstand zu lesen: Die Gemeinde setzt sich zum Ziel, Auswirkungen auf das Klima bei jeglichen Entscheidungen zu berücksichtigen und Lösungen zu bevorzugen, die sich positiv auf Klima-, Umwelt- und Artenschutz auswirken. Außerdem will die Gemeinde alle in ihrem Einfluss stehenden Gesetze, Verordnungen und Maßnahmen prüfen und bemüht sich, diese im Sinne des angestrebten Ziel von maximal 1,5 °C Erderwärmung anzupassen. Dort, wo die Stadt Traiskirchen keinen direkten Einfluss mehr hat, möchte Bürgermeister Babler auch auf Landes- und Bundesebene Änderungen erreichen, etwa in der Bauordnung. Das Land Vorarlberg hat sich diese Aufgabe bereits selbst gestellt. Nachdem der Landtag den Klimanotstand ausrief, prüft das Land jetzt alle Gesetze, Verordnungen und Förderungen auf ihre Vereinbarkeit mit Energieautonomie und Klimaschutz. Allesamt wichtige Ansätze, um klimafreundliches Denken und Handeln Stück für Stück zur Selbstverständlichkeit werden zu lassen. Doch kurzfristige Auswirkungen sind davon nicht zu erwarten, vor allem angesichts der Tatsache, dass die Grundsatzbeschlüsse mehr Willensbekundung als Verpflichtung sind.

Den Worten folgen Taten. Es ist aber deshalb nicht alles Schall und Rauch. Denn überall, wo Beschlüsse zum Klimaschutz fielen, sind auch bereits erste (zusätzliche) Maßnahmen in Planung: „Konkret haben wir vor, auf zwei großen Flächen, die wir mit der nächsten Flächenwidmungsplanänderung in Bauland widmen werden, die Energieversorgung zu reglementieren: Wir werden im Bebauungsplan festlegen, dass auf den über 20 neuen Bauparzellen keine fossilen Brennstoffe erlaubt sind", so Bürgermeister Huber aus Michaelerberg-Pruggern. Damit könnte die Gemeinde beispielgebend für andere sein. Die Bevölkerung wünscht sich unter

WIR WERDEN IM BEBAUUNGSPLAN FESTLEGEN, DASS AUF DEN ÜBER 20 **NEUEN BAUPARZELLEN KEINE FOSSILEN BRENNSTOFFE ERLAUBT SIND.**"

Bürgermeister Hannes Huber, Michaelerberg-Pruggern

FOTOS/Gemeinde Traiskirchen, Gemeinde Perchtolsdorf

„WIR ALS GEMEINDEN SIND BEI VIELEN THEMEN GEFORDERT, **SELBST AKTIV ZU WERDEN.** ES IST ABER AUCH WICHTIG, INNERHALB DER BEVÖLKERUNG EINEN DISKURS IN GANG ZU SETZEN.“

Martin Schuster,
Bürgermeister von Perchtoldsdorf

Der Slogan „Wir streiken bis ihr handelt“ ist im Rahmen der „Fridays for Future“ entstanden. Animiert von der Schülerin Greta Thunberg fordern die Jugendlichen vor allem, dass die Politik endlich anerkennt, dass sich die Welt in einer substanziellen Klima- und Umweltkrise befinden. In Österreich fordern sie ganz konkret, dass der Staat den Klimanotstand erklärt – mit allem, was dazu gehört..

anderem finanzielle Anreize und Information für alle, die derzeit noch mit Öl heizen – an der konkreten Umsetzung dieser Maßnahme wird gearbeitet. Auch Traiskirchen lässt den Worten Taten folgen: Gemeinsam mit Expertinnen und Experten wird derzeit ein struktureller Maßnahmenkatalog erarbeitet, der Fragen der Dachflächengestaltung mit erneuerbaren Energien, der Verhinderung von großflächiger Bodenversiegelung sowie des Baustoffmanagements berücksichtigt. Auch städtische Pflanzaktionen sind geplant. Für all das stellt die Gemeinde auch entsprechende finanzielle Mittel zur Verfügung: „Bis 2030 haben wir ein Budget von 20 Millionen Euro für eine entsprechende Personal- und Verwaltungsstruktur und die konkrete Projektumsetzung vorgesehen“, so Bürgermeister Andreas Babler. Selbst auferlegtes Ziel ist, den Ausstoß von Treibhausgasen zu verringern und die Emissionen bis 2030 auf Netto-Null zu reduzieren. Dafür wünscht sich die Gemeinde eine valide externe Evaluierung. Perchtoldsdorf knüpft mit dem Klimamanifest an die Maßnahmen der Vergangenheit an: „Natürlich werden wir unser Energiekonzept weiterentwickeln, außerdem den EMAS-Prozess (Europäisches Energiemanagement) auf alle kommunalen Bereiche ausdehnen. Ebenso setzen wir verstärkt auf den Baumschutz und die seit zwei Jahren laufende Bepflanzungsoffensive“, nennt Bürgermeister Schuster einige Beispiele, mit denen die deutliche Kohlendioxid-Reduktion im gemeindeeigenen Bereich vorangetrieben werden soll.

KLIMANOTSTAND INTERNATIONAL

Australien zählt insgesamt zu den Vorreitern beim Ausrufen von Klimanotstand. Am 21. August 2017 verabschiedete der australische Stadtrat von Darebin City in Groß-Melbourne einstimmig den „Darebin Climate Emergency Plan“. Weitere Gemeinden beschlossen ebenfalls 2017 erste Klimanotpläne. Die große Welle, der sich weltweit viele Kommunen, Regionen und Länder anschlossen, folgte jedoch erst 2019.
Im April und Mai erregte die Ausrufung eines nationalen Klimanotstands in Großbritannien und in der Republik Irland durch eine Motion des House of Commons Aufsehen. Erst kürzlich erklärten auch die ersten deutschen Stadtregierungen von Konstanz, Kiel und Münster den Klimanotstand.

AUFFORSTUNG

MEHR BÄUME: EINE **CHANCE FÜRS KLIMA**

Seit einiger Zeit gilt das Thema „Wiederaufforstung“ als einer der zentralen Hoffnungsschimmer für das Weltklima.

TEXT // HANS BRAUN

Allein in Indien haben im Juli 1,5 Millionen Menschen an einem Tag mehr als 66 Millionen Bäume gepflanzt. Äthiopien hat Ende Juli bekannt gegeben, dass bis Oktober vier Milliarden Bäume neu gepflanzt werden sollen.

Eine wissenschaftliche Studie der „American Association for the Advancement of Science“[1] hat das Potenzial ausgerechnet. Demnach könnte die Wiederherstellung von Waldflächen auf globaler Ebene dazu beitragen, den atmosphärischen Kohlenstoff einzufangen und den Klimawandel zu mildern. Die Studie verwendete direkte Messungen der Waldbedeckung, um ein Modell des weltweiten Waldwiederherstellungspotenzials zu erstellen. Ihre räumlich expliziten Karten zeigen, wie viel zusätzliche Baumbedeckung außerhalb bestehender Wälder sowie landwirtschaftlicher und städtischer Flächen existieren könnte. Ökosysteme könnten zusätzliche 0,9 Milliarden Hektar zusammenhängenden Wald unterstützen. Dies würde eine Zunahme der Waldfläche um mehr als 25 Prozent bedeuten, einschließlich mehr als 500 Milliarden Bäumen und mehr als 200 Gigatonnen zusätzlichen Kohlenstoffs zum Zeitpunkt der Reife. Eine solche Änderung hat das Potenzial, den atmosphärischen Kohlenstoffpool um etwa 25 Prozent zu reduzieren.

Der Klimawandel wird jedoch diese potenzielle Baumbedeckung verändern. Die Autoren schätzen, dass, wenn wir nicht von der aktuellen Flugbahn abweichen können, die globale potenzielle Überdachungsfläche bis 2050 um rund 223 Millionen Hektar schrumpfen kann, wobei die überwiegende Mehrheit der Verluste in den Tropen auftritt. Die Ergebnisse unterstreichen die Möglichkeit des Klimaschutzes durch globale Baumrestaurierung, aber auch den dringenden Handlungsbedarf.

> „Eine Zunahme der Waldfläche um mehr als 25 Prozent hat das Potenzial, den **atmosphärischen Kohlenstoffpool um etwa 25 Prozent zu reduzieren.“**

1 Die Studie ist unter https://science.sciencemag.org/content/365/6448/76 verfügbar. Zusammengefasst auf science.orf.at/stories/2987899/

Weltweite Plattform sorgt für Kommunikation und Erfahrungsaustausch. „Cities4Forests“ – so der Name der Plattform – hilft Kommunen überall auf der Welt, eine Verbindung mit verschiedenen Wäldern herzustellen: innere Wälder wie städtische Parks, nahegelegene Wälder im städtischen Umland sowie weit entlegene Wälder wie Tropenwälder. Die Plattform unterstützt Städte dabei, ihre Wälder besser instandzuhalten, zu managen und gegebenenfalls wieder aufzuforsten. Primäres Ziel ist es, technische Expertise zur Verfügung zu stellen, um lokale Politik, Wissensaustausch und das Voneinander-Lernen zu ermöglichen.

Aktuell sind aus Europa die Städte Brüssel, Dublin, Manchester, Oslo, Skopje, Tirana und Wien Partner der Cities4Forests.

Bäume zu pflanzen könnte also ein Weg sein, das Klima zu beeinflussen. Bäume binden klimaschädliches CO_2. Und allein die österreichischen Wälder speichern auf einer Fläche von vier Millionen Hektar (das entspricht fast der halbe Fläche Österreichs) ca. 985 Millionen Tonnen Kohlenstoff.

In Österreich mangelt es also nicht an Wald. Laut einer Erhebung des österreichischen

FOTOS // © proHolz Austria // shutterstock //

Waldverbandes aus dem Jahr 2017 wächst mehr Wald nach als genutzt wird. Demnach sind es rund 5500 Fußballfelder zusätzlich pro Jahr. Dennoch hat Wien im Juli ein Sonderbudget von acht Millionen Euro für die Neupflanzung von schattenspendenden Bäumen für 2019 und 2020 beschlossen. Und kürzlich haben das Umweltministerium und die Landwirtschaftskammer Österreich die Fördermaßnahmen für eine Wiederaufforstung nach Extremwetterereignissen oder nach Schädlingsbefall von zwei auf drei Euro pro neu gepfanztem Baum erhöht – das Ministerium rechnet dadurch mit 20 Millionen Euro extra.

Das Land Tirol pflanzt jetzt 420 neue Bäume in den Tiroler Gemeinden. Mit der Aktion „Land schafft Bäume“ soll aktiv an der Klimaverbesserung gearbeitet werden. Insgesamt 1000 Bäume werden vom Land gefördert.

Die Bäume werden an öffentlich zugänglichen Orten, entlang von Feldern und Wiesen sowie bei Weggabelungen eingepflanzt. Bisher beteiligten sich 48 Tiroler Gemeinden an der Aktion. Bis zu 15 Bäume wurden in den einzelnen Gemeinden gepflanzt.

„Wenn morgen die Welt untergeht, pflanze ich dennoch heute einen Apfelbäumchen“, soll Martin Luther gesagt haben. In diesem Sinn: Österreichs Gemeinden können allein das Weltklima nicht retten, aber sie können ihren Teil dazu beitragen.

QUELLEN: orf.at; www.cities4forests.org; www.waldverband.at

„Aufforstung ist keine Wunderwaffe im Kampf gegen die Erderwärmung, aber ein wichtiger und relativ unkomplizierter Teil der Lösung. Und Aufforstung kann mehr als nur das Klima retten. Ganz nebenbei nützt sie unter anderem auch der Biodiversität, der regionalen Wirtschaft, der Nahrungssicherheit und den Ökosystemen.“, so Karlheinz Erb vom Institut für Soziale Ökologie der Universität für Bodenkultur in Wien.

GLOSSE

BEIM THEMA „BÄUME“ NEUE WEGE DENKEN

Waldnutzung versus Haftung

Gleich vorweg: Vernünftige Nutzung des Waldes im Sinne einer ökologisch verantwortlichen Wirtschaft ist völlig in Ordnung. Niemand kann was gegen die Nutzung der Wälder durch Menschen haben, solange es in einem vernünftigen Ausmaß passiert – und nicht jedes Unglück zu maßlosen Haftungsansprüchen führt.

Zur vernünftigen Nutzung des Waldes zählt auch seine Funktion als Naherholungsgebiet – und damit als Faktor für die regionale Wirtschaft. Aber hier muss auch auf die Eigenverantwortung der Besucherinnen und Besucher gepocht werden. Bei Sturm geht man nicht in den Wald. Bäume haben eine Lebensspanne wie der Mensch. Sie werden alt und schwach, Äste werden alt und schwach. Wenn einer fällt, kann das tragisch enden. Aber dass man dann nach einem Schuldigen sucht – und den all zu oft in den Gemeinden findet – ist ein fatales Zeichen. Es führt einzig zu einem vorsorglichen Umschlagen von Bäumen oder zu einem Betretungsverbot. Beides kann weder im Sinn der Menschen noch der Bäume – und damit des Klimas – sein.

Man sollte im Gegenteil alles tun, um die Umwelt zu schützen. Wenn man nicht gerade wie die Herren Trump, Bolsonaro oder Kaczyński die letzten verbleibenden Urwälder rodet, um Platz für kurzfristige Agrar- oder Wirtschaftsprojekte zu schaffen, ist das Gebot der Stunde, den Wald zu schützen. Das heißt aber auch die Haftungsfrage neu zu definieren, wie es der Gemeindebund schon vor einiger Zeit gefordert hat.

hans.braun@kommunal.at
Mag. Hans Braun ist Chefredakteur von KOMMUNAL

BODENVERBRAUCH

SPANNUNGSFELD RAUMORDNUNG UND BODENSCHUTZ

Eine der wesentlichsten Aufgaben aller Gemeinden ist die planmäßige und geordnete Gestaltung des Lebensraums der Menschen. Dabei prallen in den Gemeindestuben oftmals verschiedene Interessen aneinander, von der Landwirtschaft, über Schutz vor Naturgefahren bis hin zu Betriebs- und Wohngebieten.

TEXT // ANDREAS STEINER

Die Gemeinden setzen mit der Raumplanung Rahmenbedingungen für Wohnen, Arbeiten und Wirtschaften. Dies alles in Einklang zu bringen, wird immer herausfordernder. Hinter der Ordnung des Lebensraums steckt eine natürliche Ökonomie. Siedlungen haben sich dort entwickelt, wo sich im Zusammenleben Synergien ergaben, wie etwa an Flüssen, in fruchtbaren Regionen usw. Der Boden ist aber ein begrenztes Gut, mit dem verantwortungsvoll umgegangen werden muss. Die Herausforderungen für und der Druck auf die Gemeinden wird in den letzten Jahren immer größer. Die Bevölkerungsentwicklung und steigende Immobilienpreise in den Ballungszentren und der Wunsch nach einem Einfamilienhaus mit Garten erhöht den Siedlungsdruck in immer mehr Gemeinden. Junge Gemeindebürgerinnen und Gemeindebürger verlangen genauso nach Wohnraum, wie junge Unternehmerinnen und Unternehmer nach geeigneten Betriebsgrundstücken. Dazu kommen nicht mobilisierbare Leerstände in den Ortszentren oder auch brachliegende Industrie- und Gewerbegebiete mit den unterschiedlichsten Gründen. Österreichweit – schätzt das Umweltbundesamt – stehen rund 40.000 Hektar Industrie-, Gewerbe- und Wohnimmobilien leer. Eine gewaltige Herausforderung für die Gemeinden, denn hinter jedem Grundstück stehen verschiedene Interessen, die den Leerstand begründen.

Eine Statistik des Umweltbundesamtes zeigt, dass der Bodenverbrauch seit 2010 von 24 Hektar auf rund 10,5 Hektar pro Tag im Jahr 2018 zurückgegangen ist, was zeigt, dass bereits ein Umdenken stattgefunden hat. Anmerken muss man aber an dieser Stelle, dass aktuelle Medienberichte aus den Bundesländern zeigen, dass die täglichen Hektarverbrauchsangaben durchaus mit Vorsicht zu genießen sind. So ist die Schätzung für Salzburg, wo täglich zwei Fußballfelder (mehr als ein Hektar) Grünland verbraucht werden, laut Raumordnungsabteilung deutlich zu hoch geschätzt. Heute ist es fast undenkbar, riesige Einkaufszentren – wie in der Vergangenheit – auf die grüne Wiese zu stellen. Die Bevölkerung und auch die Gemeinden sind sensibilisiert und schauen heute genauer hin. Man versucht Ortskerne zu stärken und Wohnraum zu verdichten, Bauland zu mobilisieren und leerstehende Gebäude wieder zu beleben. In den Bundesländern gibt es immer intensivere Raumordnungsdebatten, wo die Landesregierungen versuchen, neue Wege in Planung und Management von Bauflächen zu gehen. So will

FOTO: shutterstock.com/ZoomTeam

„Der Druck auf die Gemeinden wird immer größer. Die Suche nach Wohnraum oder Betriebsgrundstücken steht im Gegensatz zum Bodenverbrauch."

man etwa in Salzburg Supermärkte mehrfach nutzen, indem Gewerbeflächen und Wohnraum auf mehreren Ebenen forciert werden sollen, um den begrenzten Raum effektiv zu nutzen. In Tirol sollen Supermärkte nur mehr mit Parkdecks oder Tiefgaragen gebaut werden, um Flächen zu sparen. In Niederösterreich können Gemeinden Baulandbefristungen von fünf Jahren festlegen und nach Ablauf unbebaute Grundstücke ohne Entschädigung rückwidmen. Damit soll leerstehendes Bauland in Wohngebieten weiter reduziert werden. Außerdem will man in Niederösterreich in Zusammenarbeit mit 48 Gemeinden einen „Grünen Ring" rund um Wien gemeinsam erhalten, in dem Grünräume als Erholungsräume gesichert und Siedlungsstrategien festgelegt werden.

Ein Blick nach Deutschland zeigt aber auch, dass Gemeinden dort ein allgemeines Vorkaufsrecht für unbebaute Flächen in Wohngebieten haben, um im öffentlichen Interesse Gebiete zu entwickeln. Auch der Österreichische Gemeindebund macht sich stark für geeignete Mobilisierungslösungen für Gemeinden, damit Siedlungsräume im Einklang mit den verschiedenen Interessen nachhaltig vor Ort gestaltet werden können.

KOMMENTAR

ANDREAS STEINER ÜBER BODENVERBRAUCH IN DEN GEMEINDEN

Jede Gemeinde hat ihre **spezifischen Anforderungen**

In der derzeit laufenden öffentlichen Debatte rund um den Klimaschutz hat man allzu oft den Eindruck, die Gemeinden wären die alleinigen Verantwortlichen für den Bodenverbrauch, für Klimaschutzmaßnahmen usw.

Fakt ist: Jede Gemeinde hat ihre spezifischen Herausforderungen. Die Debatte um den Bodenverbrauch wird in ländlichen Regionen anders geführt als in urbanen Regionen. Während auf dem Land Bauplätze günstig sind und junge Menschen dringend gesucht werden, wird im Wiener Umland jeder Quadratmeter fast schon in Gold aufgewogen. Der Siedlungsdruck dort sorgt dafür, dass sich immer weniger junge Menschen in ihren eigenen Gemeinden Eigentum leisten können und deswegen immer öfter abwandern. Diese Entwicklung verstärkt den Druck auf Bürgermeister und Gemeinderäte immer mehr, geht es doch auch um den Zusammenhalt in der Ortschaft. Gleichzeitig stehen in den Ortszentren alte große Häuser leer bzw. wohnen dort auf hunderten Quadratmetern ein bis zwei Personen. Wer nun den Gemeinden lauthals vorschlägt, mehr „zu verdichten" und Leerstände besser zu managen, sollte darauf schauen, welche Instru-mente dafür zur Verfügung stehen. Den Gemeinden sind in vielen Fällen die Hände gebunden. Wenn Erben ihre Häuser nicht verkaufen wollen, weil sie auf zukünftig bessere Preise hoffen, und alte Häuser nicht renoviert werden, weil kein Geld da ist, wird es schwierig. Was aber klar ist: Ein Umdenken hat auch in der Bevölkerung bereits stattgefunden. Heute wollen die Bürgerinnen und Bürger mitreden bei Umwidmungen. Sie wollen wissen, warum genau diese Flächen jetzt für ein neues Siedlungsgebiet verwendet werden sollen.

Wer sagt, die Gemeinden machen es sich einfach, der kennt die kommunalpolitische Situation nicht: Spätestens seit „Fridays for Future" und „Klimanotstand" ist Bodenverschwendung ein absolutes NO GO. Das heißt, als Bürgermeister muss man heute mehr denn je im intensiven Austausch mit Landwirten vor Ort und den Gemeindebürgern Siedlungen planen und die Grenzen des Gemeindewachstums definieren. Wenn dies in allen 2096 Gemeinden so abläuft, geht der tägliche Bodenverbrauch noch schneller zurück als erwartet.

ANDREAS STEINER IST PRESSESPRECHER DES ÖSTERREICHISCHEN GEMEINDEBUNDES

BARGELDSERVICE
Kooperation sichert Zugang zu „Cash“
Seite 30

RECHERCHE-PROJEKT
So heiß wird es in Ihrer Gemeinde
Seite 32

NR-WAHL 2019
Die Kandidaten im KOMMUNAL-Check
Seite 34

GEMISCHTE GEFÜHLE BEI VERWALTUNGSGERICHTSHOF-ENTSCHEID

BAUSTELLE EISENBAHNKREUZUNG

Lange musste man nach Antworten auf Fragen zu den legistisch missglückten Kostentragungsbestimmungen im Eisenbahngesetz suchen. Nunmehr hat der Verwaltungsgerichtshof in zwei Entscheidungen wichtige Fragen beantwortet. Eine Entscheidung ist für zahlreiche Gemeinden nachteilig, eine andere durchwegs erfreulich.

FOTO: shutterstock.com/Jakubith

TEXT // BERNHARD HAUBENBERGER

Wie bereits mehrfach berichtet, sieht das Eisenbahngesetz grundsätzlich eine Vereinbarung der beiden Verkehrsträger über die Kosten der Umsetzung von angeordneten Maßnahmen an Eisenbahnkreuzungen vor. Sollte es keine Vereinbarung geben, werden die Kosten je zur Hälfte zwischen Eisenbahnunternehmen und Träger der Straßenbaulast geteilt. Sowohl das Eisenbahnunternehmen als auch der Träger der Straßenbaulast haben jedoch die Möglichkeit, binnen drei Jahren ab Rechtskraft des Anordnungsbescheides (Sicherungsbescheides) bei der Behörde einen Antrag auf Kostenteilung zu stellen.

Im Kostenteilungsverfahren wird die „Kostenteilungsmasse“ ermittelt (was ist zu teilen) und diese anhand von vier Kriterien aufgeteilt (wie ist zu teilen).

Die vier Kriterien sind

1. Veränderung des Verkehrs seit Baugenehmigung der Kreuzung
2. Verbesserung der Abwicklung des Verkehrs auf Eisenbahn und Straße
3. Ersparnisse
4. Mehraufwendungen im Sonderinteresse eines Verkehrsträgers

Wenngleich man durchaus auch die Meinung vertreten könnte, dass Ersparnisse und Mehraufwendungen nicht in der Aufteilung, sondern bereits bei der Eruierung der Kostenteilungsmasse zu berücksichtigen sind (letztlich könnten diese Kriterien ziffernmäßig bestimmt werden), hat der Verwaltungsgerichtshof (VwGH) es für nicht unzulässig erachtet, dass alle vier Kriterien für die Aufteilung ausschlaggebend sind.

Des Weiteren hat er es für nicht rechtswidrig erachtet, dass alle vier Kriterien mit je 25% gewichtet werden und selbst dann zur Anwendung kommen, wenn diese gar nicht schlagend werden. Sollte es daher keine Mehraufwendungen im Sonderinteresse eines Verkehrsträgers geben, kann dieses Kriterium mit 25% gewichtet und beiden Verkehrsträgers im selben Ausmaß zugerechnet werden (je 12,5%).

Nachdem der VwGH zugleich aber auch ausgesprochen hat, dass unter Bedachtnahme der Umstände des Einzelfalls eine gewichtende Abwägung der Interessen der Parteien auf Basis der Kriterien in Form einer Gesamtbetrachtung vorzunehmen ist, wird es – je nach Umstän- »

den des Einzelfalls – auch zulässig sein, dass die Kriterien anders gewichtet werden. Sollte daher ein Kriterium geradezu ausschlaggebend für eine technische Sicherung sein, dann wird dieses Kriterium wohl höher als mit nur 25% zu gewichten sein.

In diesem Zusammenhang für die Gemeinden als Träger der Straßenbaulast nachteilig ist die Festlegung des VwGH, dass die mit einer Sicherung der Eisenbahnkreuzung einhergehende „Erhöhung der Verkehrssicherheit" vom Kriterium „Verbesserung der Abwicklung des Verkehrs" umfasst ist und in erster Linie dem Träger der Straßenbaulast zuzurechnen und damit für die Gemeinden nachteilig ist. Begründet wird diese Ansicht mit statistischem Zahlenmaterial, wonach die Ursache von Unfällen an Eisenbahnkreuzungen zu 98% auf Seiten des Straßenverkehrs liegt und daher von einem höheren Nutzen auf Seiten des Straßenverkehrs ausgegangen werden kann.

Diese Ansicht ist für Gemeinden nachteilig und darüber hinaus auch nicht nachvollziehbar. Unverständlich ist, weshalb nicht darauf abgestellt wird, ob es vom Straßenverkehr verursachte Unfallhäufigkeiten an der konkreten, verfahrensgegenständlichen Kreuzung gegeben hat und diese Unfallhäufung ursächlich für die Sicherung gewesen ist.

Fraglich ist aber, weshalb das Verhalten des Straßenverkehrsteilnehmers überhaupt eine Rolle bei der Kostentragung spielen soll. Letztlich hat die Gemeinde als Trägerin der Straßenbaulast der die Eisenbahn kreuzenden Straße überhaupt keinen Einfluss auf das Verkehrsverhalten der Straßenverkehrsteilnehmer. Weder ist die Gemeinde für Verkehrsregelungen an Eisenbahnkreuzungen noch für die Überwachung und Kontrolle der Einhaltung derselben zuständig.

Hinzukommt, dass unter Abwicklung des Verkehrs in erster Linie die Flüssigkeit, Leichtigkeit und Schnelligkeit zu verstehen ist. Die „Erhöhung der Verkehrssicherheit" ist vom Sinngehalt des Begriffs „Abwicklung" nicht umfasst und hat allenfalls nur mittelbar Auswirkung auf die Abwicklung des Verkehrs - so etwa, wenn durch eine erhöhte Sicherheit die Unfallhäufigkeit gemindert wird und dadurch Verspätungen, Zugausfälle und Verkehrsverzögerungen vermieden werden. Die dadurch bewirkte Verbesserung der Abwicklung des Verkehrs kommt aber beiden Verkehrsträgern gleicherweise zugute.

Zu rechnen ist damit, dass nunmehr in allen Kostenteilungsverfahren dieses Kriterium zulasten der Gemeinde ausgelegt wird. Gemeinden sollten daher besonders Acht geben, dass die Gewichtung der Kriterien nicht dazu führt, dass sie am Ende eines Tages mehr als 50% der Gesamtkosten zu tragen haben. Dies kann und wird vor allem dann eintreten, wenn es zu demselben oder den anderen Kriterien kaum oder womöglich gar keine Anhaltspunkte gibt, die sich für das Eisenbahnunternehmen belastend auswirken.

Weitgehend geklärt ist die Frage, ob die Eisenbahnkreuzungsverordnung 2012 (EisbKrV 2012) Auswirkung auf bereits bestehende Kostentragungsregelungen hat, sollte

MAG. BERNHARD HAUBENBERGER IST JURIST BEIM ÖSTERREICHISCHEN GEMEINDEBUND

FOTO: shutterstock.com/Austroshot

aufgrund einer Überprüfung ein Sicherungsbescheid nach der neuen Verordnung ergehen. Das ist insofern von Bedeutung, als in zahlreichen vor allem bereits technisch gesicherten Kreuzungen bislang das Eisenbahnunternehmen sämtliche Kosten getragen hat.

Zurückzuführen ist dieser Umstand darauf, dass nach alter Rechtslage vor dem „Deregulierungsgesetz 2001“ die Behörde mit der Festlegung der Art der Sicherung sogleich auch über die Kostentragung abzusprechen hatte. Da die Behörde das zumeist unterlassen hat und das Eisenbahnunternehmen gegen die Nicht-Entscheidung über die Kosten nicht vorgegangen ist, wurde die Kostentragungsregel, wonach das Eisenbahnunternehmen alle Kosten zu tragen hat, rechtskräftig.

Der VwGH hielt fest, dass es bei der Frage, ob bestehende Kostentragungsregelungen durch einen neuen Sicherungsbescheid außer Kraft gesetzt werden können, darauf ankommt, ob durch diesen Bescheid die vorgeschriebene „Art der Sicherung“ geändert oder beibehalten wurde.

Wichtig ist, dass der VwGH davon ausgeht, dass sich die Arten der Sicherung von Eisenbahnkreuzungen, die in der alten Verordnung (EKVO 1961) und nunmehr in der neuen Verordnung (EisbKrV 2012) festgelegt sind, nur in ihrer Begrifflichkeit (Terminologie) unterscheiden. In beiden Verordnungen gibt es fünf abschließend aufgezählte Sicherungsarten, wobei zu ersten beiden auch Andreaskreuze vorgeschrieben waren (diese sind nunmehr überall vorgeschrieben):

1. Gewährleisten des erforderlichen Sichtraumes
2. Abgabe akustischer Signale vom Schienenfahrzeug aus
3. Lichtzeichen (EKVO 1961: „Lichtzeichenanlagen“)
4. Lichtzeichen mit Schranken (EKVO 1961: „Schrankenanlagen“)
5. Bewachung

Aus der Rechtsprechung des VwGH lässt sich ableiten, dass Gemeinden sowohl hinsichtlich angeordneter Anpassungen an die neue Verordnung als auch hinsichtlich Erneuerungen bestehender Sicherungen keine Kosten tragen müssen, wenn sich die „Art der Sicherung“ nicht ändert und die Gemeinde bislang keine Kosten getragen hat.

Wie bereits in einer Entscheidung aus dem Jahr 2015 dargelegt, bekräftigte der VwGH seine Ansicht, dass die Kostentragungsregelungen nicht zum Tragen kommen, wenn im Sicherungsverfahren entschieden wurde, dass die bisherigen Sicherungen beibehalten werden können. Des Weiteren legte er fest, dass die Kostentragungsregelungen sehr wohl dann, aber nur insoweit Anwendung finden, sollten „ergänzende Änderungen der Sicherungsanlage“ angeordnet werden.

Im Zusammenhang mit einer älteren Vollschrankenanlage, die an die Vorgaben der EisbKrV 2012 anzupassen war, hat der VwGH nunmehr ausgesprochen, dass es sich bei dieser Anpassung (ungeachtet der vorzunehmenden technischen Anpassungen) nicht um eine Änderung der Sicherungsart, sondern um eine Weiterbelassung bzw. Beibehaltung der bereits gegebenen Sicherungsart handelt. Die bisherigen Kostentragungsregelungen gelten daher weiter und können nicht durch Kostenteilungsanträge ausgehebelt werden.

Bereits im Jahr 2015 hat der VwGH im Zusammenhang mit einer erfolgten Erneuerung einer (bereits über der technischen Nutzungsdauer befindlichen) Lichtzeichenanlage ausgesprochen, dass die bestehenden Kostentragungsregelungen nicht ausgehebelt werden können, sollte im Sicherungsbescheid festgehalten werden, dass die bestehenden Sicherungen beibehalten werden können. Nachdem der diesem Kostenverfahren zugrunde liegende Sicherungsbescheid auf Grundlage der alten Verordnung erlassen wurde, war bis dato nicht klar, welche Auswirkungen Sicherungsbescheide auf Grundlage der neuen Verordnung auf die Kostentragung haben.

Aus der bisher vorliegenden Rechtsprechung des VwGH lässt sich daher ableiten, dass eine Gemeinden sowohl hinsichtlich angeordneter Anpassungen an die neue Verordnung als auch hinsichtlich Erneuerungen bestehender Sicherungen keine Kosten tragen muss, wenn sich in beiden Fällen die „Art der Sicherung“ nicht ändert und die Gemeinde bislang keine Kosten getragen hat. Ausgenommen davon sind allfällig erforderliche „ergänzende Änderungen“ von Sicherungsanlagen.

Der VwGH hat in diesem Sinn auch die Frage geklärt, wie mit jenen Fällen umzugehen ist, in denen eine alte „Lichtzeichenanlage“ durch »

FOTO: shutterstock.com/Palsovic

„Lichtzeichen mit Schranken“ ersetzt wird. Da es sich hierbei um eine Änderung der Art der Sicherung handelt, sind alle Kosten, die mit der Anordnung der anderen Art der Sicherung einhergehen, in die Kostenteilungsmasse mit einzubeziehen. Dass die Gemeinde hinsichtlich der alten Lichtzeichenanlage bislang keine Kosten getragen hat, spielt insofern keine Rolle.

Unbeantwortet gelassen hat der VwGH jedoch die Frage, ob in Fällen, in denen eine „Lichtzeichenanlage“ durch „Lichtzeichen mit Schranken“ ersetzt wurde, der Umstand, dass die Gemeinde niemals Kosten getragen hat, bei den Kriterien bzw. bei der Aufteilung der Kostenteilungsmasse zu berücksichtigen ist. Nachdem sich das Eisenbahnunternehmen die (in vielen Fällen aufgrund des Ablaufs der technischen Nutzungsdauer ohnedies bereits längst notwendige) Erneuerung der alten Sicherungsanlage erspart, spricht Vieles dafür, dass dieser Umstand als Ersparnis im Sinne der Kriterien zu werten ist. Nachdem dieser Ersparnis enormes Gewicht zukommt, müsste diese mit mehr als 25 Prozent gewichtet werden.

Nicht restlos geklärt ist die Frage, was zu geschehen hat, wenn eine alte Halbschrankenanlage durch eine Vollschrankenanlage ersetzt wird. Ohne Zweifel handelt es sich dabei – mit Verweis auf die jüngsten Entscheidungen des VwGH – um ein und dieselbe „Art der Sicherung“. Ob die Schranken mit Halbschranken oder Vollschranken, zweiteilig oder vierteilig ausgestaltet sind, sollte daher keinen Unterschied machen – die Art der Sicherung bleibt immer dieselbe. Demgemäß müssten die alten Kostentragungsregelungen fortbestehen und können nicht durch Kostenentscheidungsanträge ausgehebelt werden.

Ob es sich jedoch bei einer Aufrüstung von Halbschranken auf Vollschranken um eine (unbeachtliche) technische Anpassung (an die neue Verordnung) handelt, die gar keine neue Kostentragungspflicht auslöst, oder um eine ergänzende Änderung der Sicherungsanlage, die nur hinsichtlich der Änderung eine neue Kostentragungspflicht auslöst, ist nicht geklärt. Vieles und vor allem die Verfahrensökonomie spricht dafür, dass eine bloße Änderung der Ausgestaltung ein und derselben Sicherungsart keine neuen Kostentragungspflichten auslöst.

Nicht nachvollziehbar ist die Ansicht des VwGH, wonach der Behörde bei der konkreten Ausgestaltung der Kostentragung, insbesondere der Zahlungsmodalitäten, ein weiter Ermessensspielraum zukommt. Demnach liegt es im Ermessen der Behörde bzw. des Verwaltungsgerichts zu bestimmen, ob die zukünftigen Erhaltungs- und Inbetriebhaltungskosten jährlich in Höhe des vorgeschriebenen Betrages oder in Form einer Einmalzahlung in Höhe des mittels Barwertberechnung abgezinsten Betrages zu zahlen sind.

Es kann daher, wie im gegenständlichen Fall, sein, dass die Gemeinde vorab im Wege eines Einmalbetrages Erhaltungs- und Inbetriebhaltungskosten für die nächsten 25 Jahre bzw. für den Zeitraum der technischen Nutzungsdauer einer Eisenbahnkreuzung zahlen muss, obwohl in keiner Weise sicher ist, dass die Eisenbahnkreuzung die nächsten 25 Jahre bestehen bleibt. Was zu passieren hat, wenn die Kreuzung fünf Jahre später aufgelassen oder andersartig gesichert wird, ist unklar – denn die Zahlung dieses Einmalbetrages ist aufgrund eines (wohl) rechtskräftigen Kostenbescheids erfolgt.

An diesem durchaus realistischen Szenario (letztlich gibt es zu viele Eisenbahnkreuzungen) ändert auch die Feststellung des VwGH nichts, wonach der Kostenbescheid als „vertragsersetzender Bescheid“ zu werten sei und daher im Wege privatautonomer Vereinbarungen abgeändert werden könne.

WAS ZU PASSIEREN HAT, **WENN DIE KREUZUNG FÜNF JAHRE SPÄTER AUFGELASSEN WIRD** ODER ANDERSARTIG GESICHERT WIRD, IST UNKLAR."

GLOSSE

BERNHARD HAUBENBERGER ÜBER EISENBAHNKREUZUNGEN

Das Gegenteil von **„gut" ist „gut gemeint"**

250 Millionen Euro – das war die Schätzung der Kostenfolgen, die durch die Eisenbahnkreuzungsverordnung ausgelöst werden. Dass das BMVIT mit dieser Schätzung völlig daneben lag, war von Beginn an klar. Auch von Beginn an wurde eine Erstreckung der in der Verordnung festgelegten Fristen für die Überprüfung und Sicherung aller Kreuzungen eingemahnt. Rund 5000 Eisenbahnkreuzungen gibt es österreichweit. All diese müssen bis 2024 auf Grundlage der Verordnung überprüft werden und bis 2029 den Vorgaben der neuen Verordnung entsprechen. Demgemäß müssen nahezu alle bislang nicht technisch gesicherte Kreuzungen technisch gesichert (Lichtzeichen mit oder ohne Schranken) und eine Vielzahl bereits technisch gesicherter Kreuzungen angepasst oder aufgrund des Alters sogleich erneuert werden.

Behörden wie Eisenbahnunternehmen kommen ins Schwitzen, im Wissen darum, dass dieser Zeitplan kaum sinnvoll einzuhalten ist. Sinnvoll bedeutet, dass die Kreuzungen auch daraufhin überprüft werden sollten, ob sie nicht aufgelassen werden könnten. Im Ergebnis führen die engen Fristen nicht selten dazu, dass Kreuzungen technisch gesichert werden, obwohl sie an sich aufgelassen werden könnten.

Ungeachtet dessen, wird nach jedem Unfallgeschehen – die letzten schweren Unfälle ereigneten sich im Übrigen auf technisch gesicherten Kreuzungen – von jenen eine raschere Sicherung aller Eisenbahnkreuzungen gefordert, die das Prinzip von Ursache und Wirkung noch nicht verstanden haben. Wer der Logik folgt, sollte erkennen, dass die sicherste Kreuzung jene ist, die es nicht mehr gibt.

Damit nicht „gesichert" wird, was aufgelassen werden kann, müssen die Fristen gestreckt und zudem streckenweise Überprüfungen dahingehend stattfinden, ob und welche Kreuzungen aufgelassen werden können.

Dass durch die Verordnung obendrein Abermillionen Euro im wahrsten Sinne des Wortes versenkt werden, sollte auch nicht unerwähnt bleiben. Warum die Gemeinden zum Handkuss kommen, ist unverständlich und inakzeptabel zugleich: Gemeinden haben im Sicherungsverfahren keine Parteistellung, bei der Projektierung keine Mitsprache, bei der Ausschreibung keine Einsicht, bei den Kosten keine Kontrolle und bei der Finanzierung keine Ressourcen.

Sollten nicht rasch Änderungen erfolgen, werden jene Zweifel laut, die an sich auch schon von Beginn an geäußert wurden: Die Eisenbahnkreuzungsverordnung schafft nicht Sicherheit, sie provoziert Gefahrenstellen. Denn Unvernunft und Unachtsamkeit machen weder vor Lichtzeichen noch vor Schrankenanlagen Halt. Das haben die letzten Unfallereignisse deutlich gezeigt. Durch einen regelrechten Wildwuchs technischer Sicherungen, aufgrund derer die Geschwindigkeit der Züge deutlich angehoben werden kann, gehen Unfälle nur selten glimpflich aus – denn wenn es kracht, dann kracht es ordentlich.

MAG. BERNHARD HAUBENBERGER IST JURIST BEIM ÖSTERREICHISCHEN GEMEINDEBUND.

Feedback bitte an
leserbriefe@kommunal.at

BARGELD SERVICE IN ÖSTERREICHS GEMEINDEN

KOOPERATION SICHERT **BARGELD-ZUGANG** IN DEN GEMEINDEN

Um die Infrastruktur zur Bargeldbehebung auf dem Land zu stärken, haben der Österreichische Gemeindebund und Mastercard eine strategische Kooperation gestartet: Österreicherinnen und Österreicher können so bequem und einfach Zugang zu Bargeld erhalten.

TEXT // HANS BRAUN

In Österreich hat Bargeld, neben modernen Zahlungsmethoden, einen hohen Stellenwert. Gerade in den Gemeinden spielt es eine sehr große Rolle. Dort schließen allerdings immer mehr Bankfilialen und damit Bankomaten. Um die Infrastruktur zum Bargeldbezug zu stärken, starteten der Österreichische Gemeindebund und Mastercard eine Initiative: Eine strategische Kooperation zur Stärkung der Gemeinden sowie deren Bürgerinnen und Bürgern mit innovativen Zahlungssystemen wird gegründet. „Wir freuen uns sehr über die Kooperation mit Mastercard, die den österreichischen Gemeinden viele Chancen bietet, und hoffen, dass die Betriebe in den Gemeinden das große Potenzial erkennen und diesen Service für die Bürgerinnen und Bürger auch anbieten werden“, so Alfred Riedl, Präsident des Österreichischen Gemeindebundes.

Wer heutzutage Bargeld beziehen möchte, muss dafür nicht mehr notwendigerweise zum Bankomat oder zur Bankfiliale. Bei ausgewählten Händlern gibt es bereits den sogenannten Bargeld-Service. Bei diesen, beziehungsweise an deren Supermarkt-Kassen, können Kundinnen und Kunden ganz einfach beim Bezahlen an der Kasse den gewünschten Abhebungsbetrag nennen, die neue Debit Mastercard oder die bekannte Maestro-Karte einstecken, PIN eingeben und so ihr Bargeld beziehen. Um diesen Service zu nutzen, kann verbunden mit einer Konsumation bzw. einem Einkauf Geld abgehoben werden.

> **„Das Potenzial ist riesig.** Allein, wenn man an die Stärkung der örtlichen Wirtschaft denkt.“
>
> **Alfred Riedl,**
> Präsident des Österreichischen Gemeindebundes

Und so funktioniert es: Man nennt der Kassiererin bzw. dem Kassierer die Summe, die man gerne als Bargeld beziehen möchte, und bezahlt die Konsumation oder den Einkauf. Es gibt keinen Mindestbetrag. Selbst bei einer Packung Kaugummi (der Service ist an eine minimale Konsumation gebunden, und sei es ein „Packerl Notfallzünder“) funktioniert die zusätzliche Geldbehebung. Man kann dann bis zu 200 Euro pro Transaktion abheben. Der Betrag, den man abheben möchte, wird zum Gesamtpreis des Einkaufs hinzugefügt und auf dem Beleg ausgewiesen. Nach Abschluss der Transaktion wird dieser Betrag in bar ausgehändigt.

Kosten für die Dienstleistung noch nicht klar. Ob für die Transaktion, die ja eine Dienstleistung ist, Kosten anfallen, war bei Bekanntgabe der Kooperation noch offen. Für den Händler oder den Gastwirt, der am Bargeld-Service teilnimmt, dürften keine zusätzlichen Kosten anfallen. Allerdings dürfte es an den Geldinstituten liegen, ob für den Konsumenten im Falle einer Behe-

FOTOS // Mastercard/ Paris Tsitsos

Und so funktioniert der Bargeld-Service: Man nennt der Kassiererin bzw. dem Kassierer, dem Kellner die Summe, die man gerne als Bargeld beziehen möchte und bezahlt die Konsumation oder den Einkauf. Es gibt keinen Mindestbetrag. Selbst bei einer Packung Kaugummi funktioniert die zusätzliche Geldbehebung.

Christian Rau und Alfred Riedl unterzeichneten ein „Memorandum", mit dem die Kooperation offiziell wurde.

bung Kosten anfallen. Mastercard selbst stellt ja keine Kreditkarten aus und konnte daher auch nicht für die weiteren Konditionen sprechen. Derzeit ist es oft so, dass bei einer Behebung eines Bankkunden bei einem Bankomaten „eines Fremdinstituts" eine kleine Gebühr, meist rund ein Euro, berechnet wird.

Ländliche Gebiete Österreichs und die Ortszentren können von dem Bargeld-Service stark profitieren. Der Bargeld Service ist für alle Beteiligten ein Gewinn. Schließen die Bankfilialen, so springen oft die Gemeinden ein, um ihren BürgerInnen den Zugang zu Bargeld zu gewährleisten. Sie zahlen für aufgestellte Bankomaten dann jährlich Unterhaltskosten. Diese könnten durch den Bargeld-Service eingespart, die Gemeindekassen damit entlastet werden.

„Wir hoffen, dass viele Gemeinden die Initiative aufgreifen, und bedanken uns für die gute Kooperation mit dem Gemeindebund!", sagt Christian Rau von Mastercard Austria, und meint weiter: „Wir leisten so gemeinsam einen wichtigen Beitrag zur Stärkung der ländlichen Infrastruktur."

Mehr auf gemeindebund.at

KLIMAWANDEL

SO HEISS WIRD'S IN **IHRER GEMEINDE?**

Die Erderwärmung hat in Österreich bereits deutliche Auswirkungen. Für Gemeinden, die langfristig planen, ist die Temperaturentwicklung daher enorm wichtig. In einem Addendum/ZAMG-Projekt können Sie die Klimadaten für Ihre Gemeinde per Knopfdruck sehen.

Wien wird in 30 Jahren ähnliche Temperaturen wie Skopje haben, London wird klimatisch wie Barcelona. Was heute noch wenig wahrscheinlich klingt, wird durch den Klimawandel schon bis 2050 Realität. Den ersten Vorgeschmack erhalten wir schon jetzt im Sommer. Aber nicht nur für große Städte stellen diese Projektionen wichtige Planungsinstrumente für die Zukunft dar. In einer einzigartigen Kooperation zwischen der Zentralanstalt für Meterologie (ZAMG) und der Rechercheplattform Addendum wird es nun für jede einzelne Gemeinde möglich, sich ihre Temperaturentwicklung anzusehen.

Einerseits hat Addendum Temperaturdaten der ZAMG aus dem Projekt SPARTACUS für jede Gemeinde zusammengefasst. Dadurch wird auf Gemeindeebene ersichtlich wo die Sommertemperaturen (Juni, Juli, August) generell am höchsten sind und wie stark sich die mittlere Höchsttemperatur verändert hat. Dadurch wird ersichtlich, wie sich die Höchsttemperaturen im vergangenen Jahrzehnt im Vergleich zur Referenzperiode 1971 bis 2000 in Richtung extremer Hitze verschoben haben. Wichtig ist aber, zu bedenken, dass sich die Szenarien nur auf das Zentrum einer Gemeinde beziehen. In den meisten Fällen wird der Standort des Gemeindeamtes herangezogen. In größeren Gemeinden, die sich beispielsweise über Tal- und Berglagen erstrecken, ergeben sich dadurch Unschärfen.

Andererseits sind in diesem Report die Erkenntnisse des Projektes ÖKS15 zu den Temperaturveränderungen und Hitzetagen je Gemeinde aufbereitet. Darin werden zwei Klimaszenarien für die nahe Zukunft (2021 bis 2050) sowie für die ferne Zukunft (2071 bis 2100) aufbereitet.

Viele Entscheidungen hängen von Temperaturentwicklung ab. Bauen wir noch einen Schneelift? Auf wieviele Hitzetage müssen wir uns in unserer Gemeinde einstellen? Müssen wir die Architektur adaptieren? Müssen wir zusätzliche Quellen erschließen? Diese und unzählig viele andere Entscheidungen mehr hängen in den Gemeinden von den klimatischen Bedingungen ab. Planungssicherheit wird durch diese Analyse erstmals bis in jede Gemeinde möglich.

Geben Sie einfach den Namen Ihrer Gemeinde ein und sehen Sie sich die Entwicklung an.

MEHR ZUM PROJEKT

www.zamg.ac.at/cms/de/forschung/klima/klimatografien/spartacus

data.ccca.ac.at/dataset/endbericht-oks15-klimaszenarien-fur-osterreich-daten-methoden-klimaanalyse-v01

addendum.org/klima/klimawandel-gemeinden/

FOTO: shutterstock.com/Wisniewska

„Wir suchen Pioniere, die kommunale Lösungen für die Herausforderungen unserer Zeit kreiert haben."

Georg Dygruber, Organisator des Kongresses „Bewusst gemeinsam leben" am 14. September in Salzburg (mehr auf Seite 120 dieser Ausgabe)

„Die Gemeinden fordern den vollen Kostenersatz für alle Wahlen", so Alfred Riedl und Rupert Dworak.

NR-Wahl kostet insgesamt zwanzig Millionen

Für die Nationalratswahl müssen Gemeinden etwa 80.000 Wahlbeisitzer und zehn Millionen Euro bereitstellen. Der Gemeindebund fordert Reformen, um die Gemeinden finanziell zu entlasten und die Rekrutierung von Beisitzern zu erleichtern.

Von insgesamt 20 Millionen wird aber bloß die Hälfte vom Bund selbst getragen. Die 5,3 Millionen Euro Pauschalentschädigung des Bundes decken nur ein Drittel der tatsächlich anfallenden Kosten von 15 bis 16 Millionen Euro, die die Gemeinden stemmen, ab. „Die Gemeinden fordern den vollen Kostenersatz für alle Wahlen. Wenn der Bund bundesweite Wahlen ausruft, müssen auch diese Kosten ersetzt werden", forderten Gemeindebund-Präsident Alfred Riedl und Vizepräsident Rupert Dworak.

„EUROPA IN DER GEMEINDE"

EINE **INITIATIVE MIT 1200 MITGLIEDERN**

EUROPA FÄNGT IN DER GEMEINDE AN

Am 17. September 2019 wird mit dem auf eine Initiative des Bundesministeriums für Europa, Integration und Äußeres (BMEIA) zurückgehenden Europa-Staatspreis zum 5. Mal außerordentliches Engagement von Bürgerinnen und Bürgern sowie Organisationen zur Förderung des Europabewusstseins ausgezeichnet - zum 1. Mal mit dem Sonderpreis „Europa in der Gemeinde"!

Gerade heute ist es wichtig, die Chancen des gemeinsamen Europas klar aufzuzeigen und die Auseinandersetzung mit europäischen Themen zu fördern. Europa ist als Raum der Beständigkeit auch Veränderungen ausgesetzt - diese mitzugestalten liegt in unserer Hand!

Mit dem Sonderpreis „Europa in der Gemeinde" werden die besten Projekte von Europa-Gemeinderätinnen und -Gemeinderäten prämiert. Entscheidende Auswahlkriterien sind insbesondere die Wirksamkeit des Projekts sowie die Frage, wie sehr Menschen zu eigenständigem Engagement für Europa bewegt werden.

Kommunalpolitiker sind zumeist erste Ansprechpartner für die Bürgerinnen und Bürger in den Gemeinden, wenn es um die wirtschaftliche, politische und soziale Entwicklung Europas geht. Die Initiative „Europa fängt in der Gemeinde an", die das BMEIA koordiniert und gemeinsam mit seinen Partnern - dem Österreichischen Gemeindebund, der Vertretung der Europäischen Kommission in Österreich und dem Verbindungsbüro des Europäischen Parlaments in Österreich - unterstützt, umfasst bereits 1200 Europa-Gemeinderätinnen und -Gemeinderäte, allein heuer kamen mehr als 150 Mitglieder dazu!

Dieser Zuspruch ist eine Bestätigung unseres europäischen Weges; die Wegmarken legen die Bürgerinnen und Bürger unseres Landes – auch und gerade auf Gemeindeebene!

Bundesministerium Europa, Integration und Äußeres

ENTGELTLICHE EINSCHALTUNG DES BMEIA

Die neue Volkspartei

SEBASTIAN KURZ

SPÖ

PAMELA RENDI-WAGNER

FPÖ DIE SOZIALE HEIMATPARTEI

NORBERT HOFER

neos

BEATE MEINDL-REISINGER

JETZT

PETER PILZ

DIE GRÜNEN GRUENE.AT

WERNER KOGLER

NATIONALRATSWAHL 2019

DIE KANDIDATEN IM **KOMMUNAL-CHECK**

KOMMUNAL befragte die Spitzenkandidaten der Wahllisten zu ihren Vorstellungen für die nächsten fünf Jahre. Die Fragen drehten sich dabei um Themen wie „Klimaschutz“ genauso wie um die Pläne für die „Stärkung des ländlichen Raums“ oder den Dauerbrenner „Reform der Pflege“.

FOTOS: shutterstock.com/vchal/Butzmann,Volkspartei/Knie, SPÖ/FPÖ/Neos/Die Grünen/Liste Pilz

Für KOMMUNAL-Leser ist es ein gewohntes Ritual. Vor jeder bundesweiten Wahl stellen wir den Spitzenkandidaten der aussichtsreichsten Parteien einige Fragen, die vor allem für die Gemeinden von Bedeutung sind. Es geht dabei im Wesentlichen nur um Probleme, die aus unserer Sicht für Gemeinden wichtig sind.

Vielen Menschen in diesem Land ist es vermutlich eher gleich, wer an der Spitze einer Gemeinde steht, aber es sollte sich wer finden. Darum auch unsere Frage, „welche Ansätze die Kandidaten verfolgen, um **geeignete Menschen zur Kandidatur für den Gemeinderat oder das Bürgermeisteramt** zu gewinnen". Genauso ist es mit dem ***„Ausbau der Glasfaser-Infrastruktur im ländlichen Raum"***. Die Bürgerinnen und Bürger sind vermutlich weniger daran interessiert, wie es gemacht wird. Aber die Gemeinden, die dieses Service den Menschen im Ort bieten, wird die Antwort auf diese Frage und die damit zusammenhängenden Probleme sehr interessieren.

Oder die Frage nach der „**Reform der Pflege**". Seit Jahren scheint klar zu sein, dass in Österreich auf diesem Gebiet nicht einfach „weitergewurschtelt" werden kann. Wir wollten wissen, wie sich die Spitzenkandidaten die Zukunft der Pflege vorstellen.

Damit sich unsere Leser ein besseres Bild der Antworten machen können, haben wir diesmal die Fragen und die Antworten online gruppiert und zusammengefasst – in der Print-Ausgabe fehlt uns leider der Platz, um die manchmal sehr ausführlichen Antworten alle abdrucken zu können. Wenn Sie also ihr Smartphone die QR-Codes bei den einzelnen Fragen lesen lassen, kommen Sie direkt zu den Antworten der sechs Spitzenkandidaten auf die jeweilige Frage. »

Alle Antworten in voller Länge finden sich auf kommunal.at/artikel/kommunal-fragt-die-kandidaten-geben-antwort-0

UMWELT

Volltext: https://kommunal.at/artikel/klimaschutz-verwirklichen

Die Debatte rund um den **Klimaschutz** beschäftigt die Innenpolitik seit Monaten und ist auch ein wichtiges Thema für die Nationalratswahl. Wie sehen Ihre Pläne in Sachen Klimaschutz aus?

Die neue Volkspartei

SEBASTIAN KURZ

„Für mich ist **Nachhaltigkeit keine Frage des Entweder – Oder,** sondern des Einklangs aus Wirtschaft, sozialer Verantwortung und Umweltschutz. Wir wollen unseren Strom bis 2030 zu 100% aus erneuerbarer Energie produzieren und innovative Lösungen gegen den CO_2-Ausstoß im Verkehrs- und Gebäudebereich. Auch ein besseres Bewusstsein für den Klimaschutz bei den Bürgerinnen und Bürgern ist wichtig."

FPÖ DIE SOZIALE HEIMATPARTEI

NORBERT HOFER

„Für uns **zählt der Klimaschutz zum Umweltschutz** und unsere Umwelt gilt es zu schützen. Der Umbau unseres Energiesystems auf heimische erneuerbare Energien ist für uns ein wesentlicher Bestandteil einer nachhaltigen Klimapolitik. Mit der Klima- und Energiestrategie #mission2030 wurden die ersten Schritte für planbare Rahmenbedingungen geschaffen und gleichzeitig auch Zukunftsinvestitionen in den Wirtschaftsstandort Österreich gesichert. Gebote statt Verbote ist unsere Devise, daher keine CO_2- oder Fleisch-Steuer. Im Verkehrbereich setzen wir auf Dekarbonisation."

SPÖ

PAMELA RENDI-WAGNER

„**Klimaschutz und Sozialpolitik müssen Hand in Hand** gehen. Kosten und Auswirkungen der Klimakrise dürfen nicht auf den Einzelnen abgewälzt werden. Europaweite CO_2-Steuer, europäische Kerosinbesteuerung und natürlich europaweiten Ausstieg aus der Atomkraft. In Österreich muss das öffentliche Verkehrsnetz massiv ausgebaut werden. SPÖ-Klimaticket:
1 Euro am Tag für alle Öffis in einem Bundesland, 2 Euro für drei Bundesländer und 3 Euro für ganz Österreich. Investitionen in alternative Technologien, erneuerbare Energien, CO_2-arme Zukunftsbranchen und in Green Jobs."

neos

BEATE MEINDL-REISINGER

„Wir treten **für eine aufkommensneutrale CO_2-Steuer** ein. Steuern auf Arbeit radikal senken und Umweltverschmutzung belasten. Durch Einführung von Klimabudgets schaffen wir auf allen politischen Ebenen einen effektiven und transparenten Klimaschutz mit klaren politischen Verantwortlichkeiten. Mit einem Erneuerbaren Ausbau Gesetz (EAG) wird das Fördersystem effizienter. Weiters: Reform der Raumordnung gegen Zersiedelung, Naturraum schützen, Verkehr effizienter planen. Wir wollen die Abschaffung umweltschädlicher Subventionen - gut fürs Klima und fürs Budget."

DIE GRÜNEN Grüne.at

WERNER KOGLER

„Der Klima- und Umweltschutz, also die Erhaltung unserer Lebensgrundlagen, hat für uns Grüne oberste Priorität. Es ist unser Ziel, **Österreich möglichst bis 2040 klimaneutral** zu machen. Klimaschutz soll dazu nicht nur verfassungsrechtlich als Staatsziel verankert werden, sondern ganz als verbindliche Vorgabe für Politik und Wirtschaft gelten. Zukünftige Gesetze, Staatsausgaben und Infrastrukturprojekte haben einen Klimacheck zu bestehen. Zusätzlich stehen wir für eine aufkommensneutrale, öko-soziale Steuerreform, die das Steuerprivileg für Diesel und Kerosin abschafft, Arbeit entlastet und eine CO_2-Komponente einführt. Ein Ökobonus sichert den sozialen Ausgleich. Wir müssen alle bei der Gestaltung und Sicherung der Zukunft mitnehmen."

JETZT

PETER PILZ

„Ausstieg aus fossiler Energie: Ausbau von Ökostrom, Fokus bei erneuerbaren Energien verstärkt auf Solarenergie, gleichzeitig aber auch Verringerung des Energieverbrauchs durch thermische Sanierung von Gebäuden, effizientere E- Geräte: Die bereitgestellte Energie muss sinnvoller genutzt werden Eine **aufkommensneutrale und sozial verträgliche ökosoziale Steuerreform** soll umgesetzt werden.
Weitere Maßnahmen sehen wir im Ausbau der öffentlichen Verkehrsmittel, sodass diese attraktiver werden als der motorisierte Individualverkehr. Begrünung und Entsiegelung von Städten soll vorangetrieben werden. Drastische Reduktion von Plastikmüll und Einführung eines verpflichtenden Pfandsystems, Abschaffung von klimaschädlichen Subventionen (insbesondere in der Landwirtschaft) sowie Förderung von Biolandwirtschaft."

INFRASTRUKTUR

Volltext: https://kommunal.at/artikel/laendlichen-raum-erhalten

Welche Maßnahmen planen Sie, um den ländlichen Raum zu stärken?

Die neue Volkspartei

SEBASTIAN KURZ

„Wer im ländlichen Raum lebt, muss **gleiche Chancen haben wie in der Stadt.** Das betrifft Gesundheitsversorgung genauso wie Infrastruktur und Arbeitsplätze. Wir haben deshalb einen 11-Punkte-Plan für den ländlichen Raum erarbeitet – von der Neugestaltung und Ökologisierung der Pendlerpauschale, den Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs bis hin zur Stärkung des Ehrenamts als wichtige Säule für die Gesellschaft.

FPÖ DIE SOZIALE HEIMATPARTEI

NORBERT HOFER

„Um die Defizite zu beheben, die durch Maßnahmen wie Schließung von Polizeistationen, Kasernen, Bezirksgerichten, Schulen und Postämtern sowie Einsparungen beim öffentlichen Verkehr den ländlichen Raum benachteiligt haben, wollen wir folgendes forcieren: Digitalisierung und flächendeckender 5G/Glasfaser-Ausbau für Schaffung moderner und familienfreundlicherer Arbeitsplätze, Schutz von Klein- und Mittelbetrieben inkl. kleinstrukturierter Land- und Forstwirtschaft, Erhalt und Ausbau einer funktionsfähigen Infrastruktur. Tourismusförderung, gesundheitliche Nahversorgung ist ebenso sicherzustellen wie der **Fortbestand von Gast- und Wirtshäusern.“**

SPÖ

PAMELA RENDI-WAGNER

„Die SPÖ steht für **gleiche Lebenschancen und die beste öffentliche Versorgung in Stadt und Land.** Das bedeutet flächendeckende beste medizinische Versorgung mit längeren Öffnungszeiten, gute Kinderbetreuungs- und Bildungseinrichtungen sowie Pflege- und SeniorInnenheime. Mit dem Ausbau des öffentlichen Verkehrs und dem SPÖ-Klimaticket wollen wir die Anbindung zwischen Stadt und Land verbessern. Mit Investitionen wie dem Breitbandausbau und KMU-Förderungen wollen wir wirtschaftliche Aktivitäten im ländlichen Raum nachhaltig fördern.“

neos

BEATE MEINDL-REISINGER

„Österreich hat generell als Wirtschaftsstandort in den letzten Jahren konsequent an Attraktivität verloren. Die Steuer- und Abgabenquote ist im europäischen Vergleich unverhältnismäßig hoch und die Bürokratie überwuchert das Unternehmertum. Setzt man in diesen Bereichen an, profitiert auch der ländliche Raum. Hier wollen wir auch insbesondere **durch infrastrukturelle Impulse Verbesserungen erreichen,** sowohl beim Ausbau der öffentlichen Verkehrsmittel, als auch der digitalen Infrastruktur und dem breiten Ausbau von Kinderbetreuungseinrichtungen.“

DIE GRÜNEN GRÜNE.AT

WERNER KOGLER

„Die **Abwanderung der Frauen und Jungen muss gestoppt werden**. Um hier gegenzusteuern, ist es wichtig, die Lebenssituation besonders für Frauen zu verbessern. Dazu bedarf es Jobs für Frauen und qualitativ hochwertige Angebote der Kinderbetreuung, der Ausbildung und Qualifikation und entsprechendes kulturelles Angebot. Insbesondere muss eine moderne, klimaneutrale und kostengünstige Verkehrsinfrastruktur als Alternative zum motorisierten Individualverkehr auf- bzw ausgebaut werden. Selbstverständlich funktioniert das alles nicht ohne Infrastruktur wie Schulen, öffentlicher Verkehr, Ärzt_innen, Kultureinrichtungen und weiterer Infrastruktur wie Breitband oder Förderungen für regionale Wirtschafts- und Wissenschaftsprojekte.“

JETZT

PETER PILZ

„Klein- und Biobauern stärken: **Reform der landwirtschaftlichen Förderungen**, weg von der Flächenförderung hin zu einer stärkeren Förderung von Biobauern.

- Ab-Hof-Verkauf von Lebensmitteln fördern
- Durch Kleinprojekte den sozialen Zusammenhalt im Dorf stärken, um Gemeinden für Zuzüge interessant zu machen. Hier spielen insbesondere aktive Vereine, wie Sportvereine und die Freiwillige Feuerwehr, eine zentrale Rolle.
- Ausbau der öffentlichen Verkehrsmittel
- Ausbau von Ganztagsschulen und Kinderbetreuungsplätzen
- Ausbau des Breitbandangebots (siehe nächste Frage)
- Förderung von lokalen KMU
- Erneuerbare Energien im ländlichen Raum fördern
- Einbindung lokaler Akteure in ländliche Entwicklungsprojekte »

TECHNOLOGIE

Volltext: https://kommunal.at/artikel/infrastruktur-ausbauen

Glasfaser

iat die Autobahn von morgen: Wie wollen Sie den flächendeckenden Ausbau sicherstellen und angehen?

Die neue Volkspartei

SEBASTIAN KURZ

„In vielen Gemeinden und Regionen gibt es bereits starke Initiativen zum 5G- oder Glasfaser-Ausbau. **Bis 2025 wollen wir den flächendeckenden Ausbau** schaffen. Viele Menschen zieht es aufgrund fehlender digitaler Infrastruktur in die Städte. Dieser digitalen Landflucht wollen und müssen wir entgegenwirken."

FPÖ DIE SOZIALE HEIMATPARTEI

NORBERT HOFER

„Die letzte Bundesregierung hat unter Federführung von Minister Norbert Hofer wichtige Weichenstellungen in Bezug auf Breitbandausbau und 5G vorgenommen. Unter anderem wurde das Telekommunikationsgesetz entsprechend geändert, um eine Versteigerung der Frequenzen in dem Sinne sicherzustellen, dass diese in einer guten Balance zwischen erzieltem Versteigerungserlös und Erhalt der Wettbewerbsfähigkeit stattfinden können.
Darüber hinaus wurde auch **die Breitbandstrategie erstellt,** die sicherstellt, dass Österreich entsprechend wettbewerbsfähig bleiben kann." (Ausführliche Antwort siehe Langfassung)

SPÖ

PAMELA RENDI-WAGNER

„Ziel ist, schnelles Internet ins ganze Land zu bringen und bis 2030 die flächendeckende Versorgung mit gigabit-fähigen Anschlüssen zu erreichen. Dazu sind **umfangreiche Investitionen notwendig, die mit Förderungen unterstützt** werden müssen – insbesondere in den ländlichen Gebieten."

neos

BEATE MEINDL-REISINGER

„Es braucht einen schnelleren Ausbau, vor allem in den derzeit unterversorgten Regionen. Darüber hinaus fordern wir den **Ausbau eines gesamtstaatlichen Lage- und Informationszentrums,** das Gefährdungen und Risiken der kritischen Infrastruktur rasch erkennt. Im nächsten Budget soll die Förderung von Digitalisierungsmaßnahmen und Innovationen zur regionalen Entwicklung verstärkt Niederschlag finden. Damit alle Regionen gleichermaßen profitieren, braucht es eine flächendeckende Verfügbarkeit von ultraschnellen Internetzugängen in ganz Österreich."

DIE GRÜNEN GRÜNE.AT

WERNER KOGLER

„Österreich hat den Glasfaserausbau jahrelang verschlafen und ist eines der Schlusslichter in der OECD. In Anbetracht der topographischen Herausforderungen Österreichs wird nicht überall die gleiche Technologie Sinn machen: Auf der Tiroler Alm sind 100 Mbit via Mobilfunk sinnvoller als ein Glasfaserkabel. In dichter besiedelten Gebieten sind hingegen Gigabit-Netze anzustreben. **In allen Fällen liegt der größte Druck auf dem unsichtbaren Rückgrat der Datenautobahnen: dem österreichischen Backhaul.** Der Backhaul braucht daher unsere Aufmerksamkeit wie jede andere kritische Infrastruktur. Denn auch 5G-Netze sind nur so leistungsfähig wie der Backhaul, an den sie angeschlossen sind." (Ausführlicher siehe Langfassung)

JETZT

PETER PILZ

„Eine der größten Herausforderungen betrifft die Digitalisierung. Flächendeckend schnelles Internet ist das Mindeste, was österreichischen Unternehmen sowie den vielen freiberuflich arbeitenden Menschen geboten werden muss und eigentlich längst Standard sein sollte. Leider gibt es noch immer etliche Regionen in Österreich, in denen User wegen mangelnder Infrastruktur (wie fehlendem Glasfaser-Ausbau), mit langsamem Internet zu kämpfen haben. Der flächendeckende **Ausbau von schnellem Breitband-Netz mittels Glasfaser-Kabel muss noch schneller forciert werden.** Außerdem muss die Vergabe der Mittel absolut transparent ablaufen. Daneben muss für alle Österreicher und Österreicherinnen gewährleistet sein, dass durch die Einführung von 5G-Netzen keine gesundheitlichen Langzeitfolgen entstehen. Dazu sind intensive Studien notwendig."

GESUNDHEIT

Volltext: https://kommunal.at/artikel/aerztemangel-bekaempfen

Welche Maßnahmen wollen Sie setzen, um gegen den Ärztemangel anzukämpfen?

Die neue Volkspartei

SEBASTIAN KURZ

„Wir müssen Allgemeinmediziner gerecht entlohnen und vor allem durch **Landarzt-Stipendien** spannende Anreize für angehende Ärztinnen und Ärzte schaffen. Außerdem müssen wir flexibler werden, indem wir mobile Einrichtungen stärker forcieren und die Errichtung von Gruppenpraxen in strukturschwachen Regionen erleichtern."

FPÖ DIE SOZIALE HEIMATPARTEI

NORBERT HOFER

„Durch die Reform der Sozialversicherungen wurden organisatorische und finanzielle Rahmenbedingungen geschaffen, damit ein **neuer Gesamtvertrag mit den Ärzten** ausverhandelt werden kann und eine neue Honorarordnung eine attraktivere Basis für Jungärzte schafft. Gleichzeitig wurde mit der gesetzlichen Umsetzung des Projekts „Ärzte dürfen Ärzte anstellen" die Möglichkeit einer besseren Kooperation verschiedener Ärzte geschaffen. Auch eine verbesserte Förderung von Landarztpraxen bzw. Regionalpraxen soll bessere Versorgung emöglichen."

SPÖ

PAMELA RENDI-WAGNER

„Österreich droht ein akuter Ärztemangel. Bereits jetzt haben fast 200.000 Menschen keine Hausärzte. In den nächsten 10 Jahren wird rund die Hälfte der niedergelassenen ÄrztInnen in Pension gehen, ohne dass sie nachbesetzt werden können. **Wir brauchen daher sofort Lösungen.** Der Arztberuf muss aufgewertet werden. Z. B. durch mehr Praxiserfahrung in der Ausbildung und durch Anreize für MedizinstudentInnen und ÄrztInnen, im Land zu bleiben. Das kann durch Vorreihung bei Ausbildungsplätzen, Förderungen und Praxisgründungsunterstützungen erreicht werden. Wir wollen Primärversorgungszentren und Gruppenpraxen rasch ausbauen."

neos

BEATE MEINDL-REISINGER

„Da die von den Kammern (AK, WK, LK) geführten Kassen bei ihren Kernaufgaben die Stellenplanung vernachlässigt haben, fordern NEOS, dass die **Kassen künftig Honorare bei Privatärzten zur Gänze übernehmen** müssen, wenn im Heimatbezirk in einem angemessenen Zeitraum kein Termin bei einem Vertragsarzt frei ist. Darüber hinaus möchten wir Umschichtungen von Mitteln aus den Krankenhausbereich in den wohnortnäheren niedergelassenen Bereich und einen flächendeckenden Ausbau der Primärversorgung, also einer stärkere Zusammenarbeit der niedergelassenen Gesundheitsberufe."

DIE GRÜNEN GRÜNE.AT

WERNER KOGLER

„Die **Arbeitsbedingungen des medizinischen Personals** – egal ob Ärzt_innen, Pflegepersonal oder sonstige Gesundheitsberufe – ist wesentlich für die Qualität der Gesundheitsversorgung. Das ist auch eine Frage der Einkommenshöhe, sowie auch der Arbeitszeit und des Arbeitsumfeldes. Wichtig ist es, Einrichtungen zu unterstützen und weiter zu entwickeln, die das Personal in Spitälern effektiv entlasten, wie etwa Primärversorgungszentren, allgemeinmedizinische Ambulanzen oder das Gesundheitstelefon 1450. So kann dafür gesorgt werden, dass bestimmte Patient_innen an anderen Stellen schneller und effektiver behandelt werden können. All das wird etwas kosten, aber auch zu Kostenreduktionen führen und die Gesundheitsversorgung verbessern."

JETZT

PETER PILZ

„Mehr Kassenärzte und Kassenärztinnen: **Kassenstellen für Allgemeinärzte und -ärztinnen müssen attraktiver werden**: Bessere Honorierung, Bürokratieabbau, flexiblere Arbeitsmöglichkeiten. Landarztstipendien nach deutschem Vorbild: Wer ein Stipendium bezieht, verpflichtet sich, einige Jahre in der jeweiligen Region zu praktizieren.
Ausbildungsoffensive: Die Anzahl der Studierenden der Medizin sollte erhöht werden, um die Pensionierungswelle abzufedern.
Verbesserung der Arbeitsbedingungen für junge Ärzte und Ärztinnen: Personen, die in Österreich den Turnus absolvieren, sollen durch positive Anreize dazu gebracht werden, in Österreich zu bleiben und hier zu arbeiten. Dazu muss Österreich als Standort konkurrenzfähiger werden."

PFLEGE

Volltext: https://kommunal.at/artikel/pflege-sicherstellen

Über eine Million Angehörige sind im Bereich der Pflege tätig. Ich habe persönlich miterlebt, was das als Umstellung für die ganze Familie bedeutet, als meine Oma pflegebedürftig wurde. Wir haben **ein umfangreiches Pflegekonzept** vorgelegt, mit einer neuen Art der Finanzierung der Pflegeversicherung als 5. Säule der Sozialversicherung. Es braucht bessere Ausbildungsmöglichkeiten für Pflegekräfte, eine Pflege-daheim-Garantie sowie weniger Bürokratie für pflegende Angehörige. Wir wollen, dass alle Menschen in Österreich in Würde altern können."

Die neue Volkspartei

SEBASTIAN KURZ

Dauerhafte Abschaffung des Pflegeregresses. Die Wiedereinführung, wie sie etwa durch die ÖVP, etwa durch Gemeindebund-Präsident Riedl, auf die 13. und 14. Pensionszahlung beabsichtigt sind, lehnen wir ab, ebenso wie die Einführung einer Pflegeversicherung. Dafür: Jährliche Valorisierung des Pflegegeldes in allen Stufen. Jeder Pflegebedürftige soll jene Betreuung erhalten, die seiner individuellen Situation entspricht. **Eckpunkte des Masterplans Pflege sollen daher weitergeführt** werden: Attraktivierung der Pflege und Betreuung zu Hause, Erweiterung der Angebote der Hospiz-- und Pallitivbetreuung, integrierte Versorgung, Imagekampagne zur Attraktivierung der Pflegeberufe, Ausbildung, Freiwilliges Soziales Jahr' und anderes mehr." (Ausführlicher siehe Langfassung)

FPÖ DIE SOZIALE HEIMATPARTEI

NORBERT HOFER

Mit der Pflegegarantie wollen wir für alle ÖsterreicherInnen eine Pflege sicherstellen, auf die sie sich verlassen können, die Sicherheit gibt, Schutz bietet sowie Würde und Respekt garantiert. Ein steuerfinanzierter **Pflegegarantiefonds soll dabei alle anfallenden Kosten** für die Betroffenen übernehmen – egal ob im Heim, mobil oder zu Hause gepflegt wird. Ein Pflegefall ist immer ein schwerer Schicksalsschlag für die Angehörigen. Deswegen wollen wir einerseits einen Rechtsanspruch auf Pflegekarenz einführen und andererseits regionale Pflegeservicestellen einrichten, die Betroffenen helfen und bei allen Erledigungen rund um die Pflege unterstützen."

SPÖ

PAMELA RENDI-WAGNER

Die Reform der Pflege beschäftigt die Politik seit Jahren. Auch die Gemeinden sind gefordert, da sie einen wesentlichen Organisations- und Finanzierungsbeitrag leisten. Wie sehen Sie die Pflege der Zukunft?

neos

BEATE MEINDL-REISINGER

Die Finanzierung muss deutlich vereinfacht werden. Wir setzen **weiterhin auf das steuerfinanzierte Pflegegeld,** ergänzt um eine individuelle, präventionsbasierte Pflegeversicherung, die im Nicht-Pflegefall als Zusatzpension ausbezahlt wird."

Die Pflege der Zukunft wird sich in hohem Maße professionalisieren und neue Angebote bieten müssen. Das wird nur funktionieren, wenn die Gemeinden, die die nächste und auch beste Ansprechstelle sind, die entsprechenden Mittel aus dem Bundesbudget zur Verfügung gestellt erhalten. Dabei geht es einerseits um neue Formen der Pflege und Betreuung, andererseits um eine bessere Entlohnung der in Pflege und Betreuung beschäftigten Menschen und um die Erarbeitung höchster Qualitätsstandards. Die **Kosten für diese sehr großen Aufgaben sind eine große Herausfordeurng und können nicht den Gemeinden aufgehalst** werden."

DIE GRÜNEN

WERNER KOGLER

Wir benötigen eine Vision, wie das Pflegesystem der Zukunft aussehen soll, das optimale Versorgung und den beschäftigten Pflegekräften einen guten Arbeitsplatz garantiert. Wir fordern **deutlich mehr Geld für die Pflege** für folgende Maßnahmen:

- Valorisierung des Pflegegelds
- Ausbildungsoffensive, die sich am praktischen Bedarf orientiert.
- Verbesserung der Arbeitsbedingungen in der Pflege: Adäquate Personalschlüssel, spürbare Erhöhung des Einkommens, realistische zeitliche Bemessung, Abbau von Bürokratie
- Stärkung der Pflege zu Hause: mobile Pflegedienste, Situation pflegender Angehöriger verbessern.

All diese Maßnahmen ließen sich beispielsweise über einen Pflegefonds finanzieren, der aus Vermögenssteuern gespeist wird." (Ausführlicher siehe Langfassung).

JETZT

PETER PILZ

BILDUNG

Volltext: https://kommunal.at/artikel/bildung-ermoeglichen

„Flexibler, auf die Talente der Kinder ausgerichtet und fit für das digitale Zeitalter. Wir wollen ein modernes Bildungssystem, das jede Schülerin und jeden Schüler individuell fördert und fordert. Dazu braucht es **schlanke Strukturen, eine klare Regelung** über die Zuständigkeiten und weniger Bürokratie in den Klassenzimmern. Digitale Grundbildung, wie Softwarekenntnisse oder Umgang mit digitalen Medien, wird immer wichtiger in der Arbeitswelt und muss daher auch fixer Bestandteil in Schulen sein."

Die neue Volkspartei

SEBASTIAN KURZ

„Dazu hat die FPÖ bereits im Jahr **2014 einen entsprechenden Antrag** betreffend ‚Finanzierungssystem hinsichtlich der Errichtung, Erhaltung und Auflassung der allgemein bildenden Pflichtschulen' im Parlament eingebracht, der damals von ÖVP/SPÖ vertagt wurde (https://www.parlament.gv.at/PAKT/VHG/XXV/A/A_00652/index.shtml)."

FPÖ DIE SOZIALE HEIMATPARTEI

NORBERT HOFER

„Das Bildungssystem braucht neue Antworten. Das reine Abrufen von Wissen verliert an Bedeutung. Wir müssen die derzeitigen Lehrpläne und de vorgegebenen Fächerkanon überdenken und die Digitalisierung des Bildungssystems – Ausstattung der Schulen mit WLAN und Laptops sowie die Modernisierung der Schulorganisation forcieren. Zunehmend werden Gemeinden, etwa beim Ausbau der Ganztagesschulen, alleine gelassen. Wir wollen daher eine **Zusammenführung aller öffentlichen Schulen zu einer Schulerhalterschaft** und eine faire, chancengerechte und aufgabenorientierte Anpassung der Finanzierung."

SPÖ

PAMELA RENDI-WAGNER

Der Gemeindebund fordert eine Aufgaben- und Kompetenzentflechtung im Bildungssystem und wünscht sich, dass das Personal in einer Hand vereint ist. Wie sieht für Sie das Bildungssystem der Zukunft aus?

„Die Aufgaben- und Kompetenzentflechtung in Österreichs Schulwesen ist kontraproduktiv. Wir wollen den Schulleitungen sowie den Pädagog_innen die Freiheit und Verantwortung zur eigenen Umsetzung und Gestaltung geben. Wir verlangen **volle personelle, finanzielle und pädagogische Autonomie**. ‚Gemeinsames Ziel, vielfältige Wege' soll ein Rahmen für alle Schulen sein. Privatschulen erhalten die gleiche Finanzierung wie öffentliche, solange sie sich zur Gemeinnützigkeit verpflichten. Jeder Schulstandort bekommt sein eigenes Budget in Form einer Pro-Kopf-Finanzierung. Wir fördern die chancengerechte gesellschaftliche Durchmischung an Schulen mit zusätzlichen finanziellen Mitteln (‚Chancenbonus')."

neos

BEATE MEINDL-REISINGER

„Grüne haben immer wieder gefordert, die bisherigen Landeskompetenzen in den Bund zu transferieren. Das brächte größere Einsparungen und bessere Planbarkeit. Das Bildungssystem der Zukunft stellt aber nicht auf die Verwaltung ab, sondern die Schüler_innen in den Mittelpunkt. Struktur und Lehrplan orientieren sich an der bestmöglichen Förderung und Unterstützung aller Schüler_innen. **Wir wollen eine inklusive Schule für alle.** Das bedeutet flächendeckende Ganztagsangebote mit verschränktem Unterricht. Die frühe Trennung muss abgeschafft, und eine gemeinsame Schule der 10- bis 14-jährigen eingeführt werden. Zudem muss das Bildungssystem der Zukunft auch die Zukunftsthemen adäquat abbildet z. B. hinsichtlich Klimakrise, Digitalisierung, politische Bildung und Medienkompetenz."

DIE GRÜNEN GRÜNE.AT

WERNER KOGLER

„Im Sinne der Herausforderungen des Wissenszeitalters fordern wir: Neubewertung des Fächerkanons, Fokus auf Kreativität und Innovation. Neugestaltung der Wissensvermittlung, in der **Kreativität, Lösungsorientierung und soziale Kompetenzen als fächerübergreifende Leitprinzipien** der Bildung verstanden werden. Individuelle und ganzheitliche Förderung vom Kindergarten bis zur Universität. Frühzeitige Auseinandersetzung mit Naturwissenschaften und Technik, um mehr Menschen für die Forschung zu begeistern. Stärkere Förderung von Kommunikation und Kooperationsfähigkeit. Neue Informationstechnologien als Medium und Werkzeug, kreative Gedanken umzusetzen Lerngruppen müssen konsequent verkleinert werden, der Lehrberuf aufgewertet werden.Der Entwirrung der Aufgaben- und Kompetenzverflechtung im Bildungssystem stehen wir positiv gegenüber." (Ausführlicher siehe Langfassung) »

JETZT

PETER PILZ

DEMOKRATIE

Volltext: https://kommunal.at/artikel/buergermeistermangel-verringern

In vielen Gemeinden wird es immer schwieriger, geeignete Menschen zur Kandidatur für den Gemeinderat oder das Bürgermeisteramt zu gewinnen. Welche Ansätze haben Sie, um dieser Entwicklung entgegenzuwirken?

„Ich habe oft den Eindruck, dass es nicht daran liegt, dass nicht genügend Menschen bereit sind, einen Beitrag für die Gesellschaft zu leisten. Im Gegenteil: Viele wollen in den ‚Gemeindeparlamenten' mitentscheiden. **Was aber abschreckend wirken könnte, ist eine schlechte politische Kultur oder Streit.** Alle, die sich in der Kommunalpolitik engagieren, verdienen Respekt für ihren Einsatz – egal hinter welcher Parteifarbe sie stehen. Ein neuer Stil der Wertschätzung und des Miteinanders tut der Politik auf allen Ebenen gut. Das würde auch auf kommunaler Ebene helfen."

Die neue Volkspartei

SEBASTIAN KURZ

FPÖ DIE SOZIALE HEIMATPARTEI

NORBERT HOFER

„Politische **Basis unserer Heimat Österreich sind unsere Gemeinden.** Im Sinne eines funktionierenden Subsidiaritätsprinzips kommt den Gemeinden die wichtigste Rolle im direkten Kontakt mit den Bürgern zu. Die gewählten Gemeindevertreter sind die Manager, die mit ihren Entscheidungen über das künftige Geschick ihrer Heimatgemeinde entscheiden. Die Bürgermeister haben eine besondere Verantwortung für ‚ihre' Gemeinde und die Gemeindebürger. Der Bürgermeister ist selten ‚außer Dienst'. Er ist zudem gefordert, über Parteigrenzen hinweg Sachfragen zum Wohle der Gemeinde zu lösen."

neos

BEATE MEINDL-REISINGER

„Kommunalpolitik braucht Aufwertung. Rund 40.000 Menschen engagieren sich. Darauf sind wir sehr stolz. Wir wissen, dass die Anforderungen in den letzten Jahren massiv gestiegen sind, Rechtssicherheit und soziale Absicherung sind schwieriger geworden. Deregulierung der Verwaltung, nach der Tätigkeit wieder in den alten Job zurückkehren zu können oder gezielte Fortbildungsprogramme sind nur drei von vielen nötigen Maßnahmen. Klar ist: **Jeder Mensch, der sich in der Kommunalpolitik betätigt, verdient höchsten Respekt.**"

SPÖ

PAMELA RENDI-WAGNER

„Politische Entscheidungsträger erleben auf dieser Ebene die größte Nähe zum Bürger und nehmen eine zentrale Rolle im gesellschaftlichen Leben der Menschen ein. Einerseits liegt es natürlich an der Wichtigkeit der Parteien in Österreich. Das wollen wir NEOS ändern, wir sind eine offene Bewegung. Aber auch technische Gründe gehören beseitigt. In anderen Ländern ist es normal, dass man auch in anderen Gemeinden als Bürgermeister kandidieren kann und es so **eine Professionalisierung des Bürgermeisteramtes** gibt."

JETZT

PETER PILZ

„Obwohl Gemeindepolitik quer durch Österreich jeweils sehr unterschiedlich aussieht, kann man feststellen, dass die Möglichkeiten der Mitbestimmung für nicht koalitionär gebundene Gemeinderät_innen oft nur sehr gering sind. Um politisches Engagement für die Bürger und Bürgerinnen in den österreichischen Gemeinden wieder attraktiver zu machen, braucht es dringend **eine Demokratisierungsinitiative, die politische Mitbestimmung Einzelner** auch abseits von etablierten Machtstrukturen erleichtert."

DIE GRÜNEN GRUENE.AT

WERNER KOGLER

„Hier ist das **Grundproblem, dass viele Menschen Vertrauen in die Politik verloren haben.** Das ist aufgrund der Korruptionsskandale der letzten Jahre verständlich.
Unsere Ansätze, dieser Entwicklung entgegenzuwirken, sind:
- Einführung von politischer Bildung als eigenes Schulfach: So können junge Menschen ermutigt und befähigt werden, sich kritische Meinungen über politische Entwicklungen zu bilden und die Chancen, welche politisches Engagement bietet, wahrzunehmen.
- Förderung von Frauen in der Politik.
- Einbindung der Zivilgesellschaft in politische Projekte: Projekte auf Gemeindeebene sind hierfür bestens geeignet, da die Bewohnerinnen und Bewohner am besten wissen, welche Projekte für ihre Gemeinde sinnvoll und notwendig sind. Außerdem wird dadurch der persönliche Nutzen von Politik für die Menschen sichtbar." (siehe Langfassung)

LEBEN

Volltext: https://kommunal.at/artikel/gemeinde-definieren

Was bedeutet „Gemeinde“ für Sie ganz persönlich?

„Jeder von uns hat einen Ort, dem er sich zugehörig fühlt - einen Ort, von dem er kommt und den er Heimat nennt. Man erkennt einen solchen Ort zumeist daran, dass man immer wieder an ihn zurückkehren kann und sich stets willkommen fühlt – gleich, wie lange man schon nicht mehr dort gewesen ist. Das bedeutet Gemeinde für mich: Eine lebendige Gemeinschaft, in der Lösungen gemeinsam gesucht werden und in der man zusammensteht. Unsere **Gemeinden sind ein wesentlicher Bestandteil für die hohe Lebensqualität** in unserem Land.“

Die neue Volkspartei

SEBASTIAN KURZ

FPÖ DIE SOZIALE HEIMATPARTEI

NORBERT HOFER

„Gemeinde bedeutet Bürgernähe, Identität, Aufrechterhaltung **der spezifischen Kulturen in Wort, Gesang und Tradition.**“

„Gemeinde bedeutet für Mich Heimat und ist der Ort, **wo man sowohl wohnt, aber vor allem auch lebt.** Gemeinden sind geprägt von ihrem Zusammenhalt, von der Gemeinschaft, dem Vereinsleben. Man kennt die Menschen in seiner Gemeinde oder im Grätzl. Natürlich macht es einen Unterschied, ob die Gemeinde, in der ich lebe, 1000 oder 100.000 EinwohnerInnen hat, aber auf die eigene Gemeinde ist man immer stolz. In der Gemeinde wächst man auf, hat dort Familie, Freunde und verbindet ein Leben lang Erinnerungen und Gefühle damit.“

SPÖ

PAMELA RENDI-WAGNER

„Gemeinde bedeutet **für mich Gemeinschaft.**“

neos

BEATE MEINDL-REISINGER

„Gemeinde ist für mich die kleinste Einheit des Zusammenlebens, in der Politik sichtbar und für alle erlebbar wird, wo sich Politiker_innen im **direkten Kontakt mit den Bürgerinnen und Bürgern nicht hinter Floskeln verstecken können** und wo der Zusammenhalt der Gesellschaft aufgrund der gegenseitigen Sichtbarkeit meist noch gut funktioniert.“

DIE GRÜNEN GRUENE.AT

WERNER KOGLER

„**Heimat. Kapfenberg, St. Katharein, Wien.**“

JETZT

PETER PILZ

BUNDESKONFERENZ DER FREIEN BERUFE ÖSTERREICHS (BUKO)

AB 2020 GILT DIE **VRV NEU**

2019 bringt für Gemeinden organisatorisch eine besondere Herausforderung mit sich. Der Voranschlag für das Jahr 2020 muss bereits unter Zugrundelegung der neuen Haushaltsregeln der VRV 2015 erstellt werden. Steuerberater und Wirtschaftsprüfer sind die richtigen Ansprechpartner bei der Umstellung.

Die Voranschlags- und Rechnungslegungsverordnung (VRV) Neu erfolgt mittels eines integrierten Drei-Komponenten-Haushalts:

Ergebnishaushalt: Sämtliche Erträge und Aufwendungen werden periodengerecht veranschlagt und verbucht. Neben den laufenden Aufwendungen sind in Zukunft die laufenden Abschreibungen auf das Anlagevermögen und die Dotierung von Rückstellungen zu beachten.

Finanzierungshaushalt: In diesem Bereich werden sämtliche Einzahlungen und Auszahlungen erfasst.

Vermögenshaushalt (Vermögensrechnung): Im Vermögenshaushalt werden die Vermögenswerte (langfristiges und kurzfristiges Vermögen, Nettovermögen (=Eigenkapital), Sonderposten für Investitionszuschüsse, langfristige und kurzfristige Fremdmittel) erfasst und dargestellt.

Einer der grundlegenden Schritte zur erstmaligen Erstellung der Vermögensrechnung (=Bilanz) ist die erstmalige Erfassung und Bewertung der vorhandenen Vermögenswerte und die damit einhergehende **Erstellung einer Eröffnungsbilanz**. Einige Bundesländer haben Leitfäden für die Erstellung der Eröffnungsbilanzen und die Bewertung der einzelnen Positionen herausgegeben.

> „Steuerberater und Wirtschaftsprüfer können aufzeigen, **was im Einzelfall bei jeder Bilanzposition zu tun ist."**

Was sind die wesentlichsten Posten? Auf der **Aktivseite** der Vermögensrechnung wird das **Sachanlagevermögen** die höchsten Vermögenswerte aufweisen. Leasinggeschäfte sind im Einzelfall zu prüfen.

Die Bewertung der Grundstücke, Gebäude, Straßenbauten, Brücken, Wasser- und Abwasserbauten, Anlagen, Fahrzeuge, Maschinen, Kulturgüter, die technische Einschätzung sowie die Ermittlung der Nutzungsdauer und die Ermittlung der Abschreibungen stellen einen großen Aufwand dar.

Auf der **Passivseite** der Bilanz gibt es zwei Positionen die hervorzuheben sind:

1. Einen wesentlichen Wert wird der **Sonderposten Investitionszuschüsse** (Kapitaltransfers) darstellen. Diese Position wurde zwischen dem Bereich Nettovermögen (=Eigenkapital) und langfristige Fremdmittel festgelegt.

KONTAKT

BUKO

Bundeskonferenz der Freien Berufe Österreichs

Kammer der Steuerberater und Wirtschaftsprüfer
Schönbrunner Straße 222-228/1/6, 1120 Wien
Telefon: +43 1 811 73 0
Mail: **office@ksw.or.at**
Web: **ksw.or.at**

2. Die Einstellung von **Rückstellungen** kann ein wesentlicher Faktor für das Gesamtbild der Bilanz darstellen. Als langfristig gelten Rückstellungen für Abfertigungen, Rückstellungen für Jubiläumszuwendungen, Rückstellungen für Haftungen, Rückstellungen für Sanierung von Altlasten, Rückstellungen für Pensionen (Wahlrecht) und sonstige langfristige Rückstellungen. Als kurzfristig gelten z. B. Rückstellungen für Prozesskosten, Rückstellungen für ausstehende Rechnungen und Rückstellungen für nicht konsumierte Urlaube.
Rückstellungen wurden im Bereich der Kameralistik nicht dargestellt.
Nachdem das bisherige System der Kameralistik mehr oder weniger auf Zahlungsströme abstellte, erfolgt die laufende Erfassung der Belege in Zukunft wie auch in einem System der doppelten Buchhaltung.

Die Komplexität liegt im Detail und das Hinzuziehen von Spezialisten wird im Einzelfall notwendig sein.

Steuerberater stehen mit Rat und Tat zur Seite. Im Bereich der Erstellung der erstmaligen Eröffnungsbilanz können Steuerberater und Wirtschaftsprüfer einen großen Beitrag für Gemeinden leisten. Steuerberater und Wirtschaftsprüfer haben jahrzehntelange Erfahrung im Bereich des Rechnungswesens, im Bereich der Bilanzerstellung und im Bereich der Bewertung. Steuerberater und Wirtschaftsprüfer können aufzeigen, was im Einzelfall bei jeder Bilanzposition zu tun ist.

BUKO Bundeskonferenz der Freien Berufe Österreichs

KOMMENTAR

KLAUS HÜBNER
ZUR BEDEUTUNG DER
STEUERBERATER/INNEN

Wir sind für Sie da. In ganz Österreich!

Ob klein, mittel oder Industrie – es gibt kaum einen Betrieb in Österreich, der nicht mit einem Steuerberater zusammenarbeitet. Auch für viele Gemeinden sind Steuerberater erster Ansprechpartner in steuerrechtlichen und wirtschaftlichen Fragen.

Wie eine aktuelle Umfrage des Österreichischen Gemeindebundes in Kooperation mit der Bundeskonferenz der Freien Berufe zeigt, arbeiten drei von vier österreichischen Gemeinden regelmäßig mit einem Steuerberater zusammen und sind mit der Kooperation sehr zufrieden. Das Leistungsspektrum ist vielfältig – von Erstellung von Steuererklärungen oder Energieabgabenvergütungen über die Beratung in Umsatzsteuerfragen bis hin zu Fragen zum Gemeinnützigkeitsrecht oder Vereinsrecht.

Neue Herausforderungen für Gemeinden bringen ab dem nächsten Jahr die neuen Haushaltsregeln der Voranschlags- und Rechnungslegungsverordnung. Wie die Umfrage belegt, fühlen sich derzeit rund 60 Prozent der Gemeinden gut gerüstet. Auch hier können Steuerberater mit fundiertem Wissen im Rechnungswesen und in der Bilanzerstellung einen wichtigen Beitrag für Gemeinden leisten.

Partner der Gemeinden. Kurzum, wir – österreichweit rund 8000 – Steuerberaterinnen und Steuerberater verstehen uns als zuverlässiger Partner in allen steuerlichen und wirtschaftlichen Belangen. Damit Sie sich auf die gemeinnützigen und gewerblichen Projekte zum Wohle Ihrer Bürger konzentrieren können.

office@ksw.or.at
Mag. Klaus Hübner ist Präsident der Kammer der Steuerberater und Wirtschaftsprüfer

KSW KAMMER DER STEUERBERATER UND WIRTSCHAFTSPRÜFER

FOTO // BMNT / Susanne Brandstetter

JOINT DANUBE SURVEY 4

WELTWEIT GRÖSSTE FLUSSUNTERSUCHUNG FÜR DIE DONAU

Der „Joint Danube Survey 4“ erfasst einen digitalen Fingerprint der Donau und Mikroplastik.

Der Joint Danube Survey 4 (JDS4) ist die weltweit umfangreichste Untersuchung eines großen Flusses und seiner Zubringer. Nach dem Start in Budapest fanden an fünf österreichischen Messstellen Probenahmen statt. Ziel ist die Erfassung der Biologie, Chemie und Gewässerstruktur. Donaufische werden untersucht, neue Untersuchungs-Methoden eingesetzt und erstmals wird donauweit Mikroplastik erfasst.

Fünf der insgesamt 51 Messstellen des JDS4 liegen in Österreich: Jochenstein, Enghagen, Oberloiben, Klosterneuburg und Hainburg. Eigens entwickelte Sammelgeräte für Mikroplastik geben Auskunft über die Menge an Plastikpartikel, die das fließende Wasser der Donau transportiert. Erste Ergebnisse liegen bereits vom Mikrobiologieprogramm, das sich unter österreichischer Führung mit potenziellen Gefahren durch Fäkalkeime und antibiotikaresistente Bakterien beschäftigt, vor.

Mit einer Ausnahme liegen die fäkalen Belastungen an den Probenstellen im österreichischen Donauabschnitt allesamt im geringen bis moderaten Bereich. Der einzige Wert gering über dem Höchstwert für moderate Belastung stammt von einer Probe unterhalb der Kläranlage Abwinden/Asten. Hohe Belastung durch die Donauschifffahrt wurde nicht festgestellt. Die mikrobiologische Untersuchung der Donau und deren wichtigster Zuflüsse auf mehr als 2600 Flusskilometern zeigte die höchsten Belastungen mit Fäkalkeimen in Serbien, Rumänien und Bulgarien.

Beim JDS4 kommt zum ersten Mal in einem großen Fluss die umfangreiche Untersuchung der eDNA (environmental DNA) zur Anwendung. Dabei werden DNA-Moleküle im Wasser untersucht und mit einer Datenbank verglichen. So ist eine Bestimmung der in der Donau lebenden Pflanzen und Tiere möglich, ohne dass sie selbst entnommen werden. Zusätzlich zur gezielten Untersuchung einer Vielzahl von Schadstoffen wird ein digitaler Fingerprint der chemischen Inhaltstoffe des Wassers erstellt, der mehr als 40.000 Substanzen in geringsten Konzentrationen umfasst.
Ziel ist es, die strengen Vorgaben der EU-Wasserrahmenrichtlinie zur Erreichung des guten Zustandes in allen Gewässern zu erfüllen. Der letzte JDS zeigte für Österreich eine durchwegs gute Wasserqualität der Donau auf. Die Erkenntnisse des JDS4 bilden eine wichtige Entscheidungsgrundlage für eventuell nötige weitere Maßnahmen entlang der Donau.

Lebensstil und Wirtschaftsweise spiegeln sich in unseren Gewässern wider. Neue Analyseverfahren weisen heutzutage eine Vielzahl an Stoffgruppen nach. Wichtig ist die Unterscheidung in unbedenkliche und bedenkliche Substanzen. Deshalb ist die laufende Kontrolle der Qualität der Donau bedeutsam. Regelmäßig werden diese Kontrollen im nationalen Monitoring-Programm des Bundesministeriums für Nachhaltigkeit und Tourismus durchgeführt. Zusätzlich organisiert die Internationale Kommission zum Schutz der Donau (IKSD) seit 2001 alle sechs Jahre eine große donauweite Überwachung.
In Österreich wird der JDS4 durch das BMNT durchgeführt. Die Ergebnisse werden Mitte 2020 vorliegen.

ENTGELTLICHE EINSCHALTUNG DES BMNT

FOTO // BMNT / Alexander Haiden

VIELFALTLEBEN GEMEINDEWETTBEWERB

Gemeinden erhalten Insektenvielfalt

Infos

vielfaltleben, die größte heimische Artenschutz-Initiative, wurde 2009 vom Bundesministerium für Nachhaltigkeit und Tourismus (BMNT) gemeinsam mit dem Naturschutzbund Österreich und vielen weiteren Partnern gestartet.
Die Biodiversitäts-Initiative unterstützt Gemeinden, die Projekte zum Schutz von Insekten umsetzen und somit wichtige Partner bei der Erhaltung der Arten- und Lebensraumvielfalt in Österreich sind.
www.vielfaltleben.at

Die Hälfte der 696 Bienenarten in Österreich sind in ihrem Bestand bedroht. Sie sind mit tausenden Schmetterlings-, Fliegen- und Käferarten an der Bestäubung der Blütenpflanzen beteiligt. Sie sorgen dafür, dass Obst und Gemüse sich vermehren können. Aber Bodenversiegelung, Pestizideinsatz, Lichtverschmutzung und verloren gegangene Landschaftsstrukturen machen den Insekten das Überleben schwer.
Bei einem Wettbewerb der Biodiversitäts-Initiative vielfaltleben konnten Österreichs Gemeinden ihre Ideen für insektenfreundliche Projekte im Gemeindegebiet einreichen.

Nun stehen die Gewinner fest: 12 Gemeinden aus 7 Bundesländern! Sie erhalten bis zu 2000 Euro sowie Beratungen für die Umsetzung ihrer Maßnahmen, die sich den Erhalt der Insektenvielfalt und den Schutz von Bienen, Heuschrecken & Co zum Ziel gesetzt haben.

BURGENLAND
- Litzelsdorf
- Unterkohlstätten
- Winden

NIEDERÖSTERREICH
- Baden
- Fels
- Sooß

OBERÖSTERREICH
- Linz

SALZBURG
- Lamprechtshausen

STEIERMARK
- Wildon
- Ragnitz

TIROL
- Radfeld

VORARLBERG
- Tschagguns

Viele Gemeinden arbeiten in ihren Vorhaben eng mit ortsansässigen Kindergärten, Volksschulen oder Vereinen zusammen und gehen so mit gutem Beispiel voran.

FOTO // VS Gnas / Gabriele Stangl

TRINKPASS 2019

VOLKSSCHULE GNAS ÜBERZEUGTE JURY

Über 20.000 Schülerinnen und Schüler beteiligten sich am Schulwettbewerb „Mein Trinkpass“. Heuer stand der Trinkpass unter dem Motto „Mein Durst und ich“. Ziel war es, dass Schülerinnen und Schüler bewusst ihr Trinkverhalten beobachten und sich kreativ mit Trinkwasser auseinandersetzen. Die Kinder waren aufgefordert, ein Gefäß zu malen, basteln oder gestalten, woraus sie ihr Wasser am liebsten trinken würden. Den Hauptpreis, einen Erlebnistag im Nationalpark Neusiedler See-Seewinkel, gewann die Volksschule Gnas (Steiermark). Die 3a der Volksschule fertigte Trinkgefäße aus Ton an, die roh- und glasurgebrannt wurden. Zum engeren Kreis der Siegesanwärter – und prämiert mit Trinkflaschen – zählten die 2B des Gymnasium St. Ursula aus Salzburg-Glasenbach, die 2B des BGBRG Mössingerstraße aus Klagenfurt sowie die dritte Klasse der VS St. Aegidi.

ENTGELTLICHE EINSCHALTUNG DES BMNT

DAS DIGITALE AMT

WAHLKARTE UND WOHNSITZÄNDERUNG MIT EINEM KLICK

Mit der App Digitales Amt und der Plattform oesterreich.gv.at hat das Bundesministerium für Digitalisierung und Wirtschaftsstandort den Grundstein für moderne und mobile Verwaltungsservices gelegt.

Die bis dato am meisten genutzten Services waren der Antrag auf Ausstellung einer Wahlkarte für die Europawahl 2019 im vergangenen Mai und die Wohnsitzänderung per App.

Wahlkarte per App bestellen. 13.439 Österreicher/innen nutzten für die Europawahl 2019 das digitale Amt, um eine Wahlkarte zu bestellen. Das Team von oesterreich.gv.at hat das System für die vorgezogene Nationalratswahl am 29. September 2019 adaptiert und die Beantragung einer Wahlkarte noch benutzerfreundlicher gemacht.

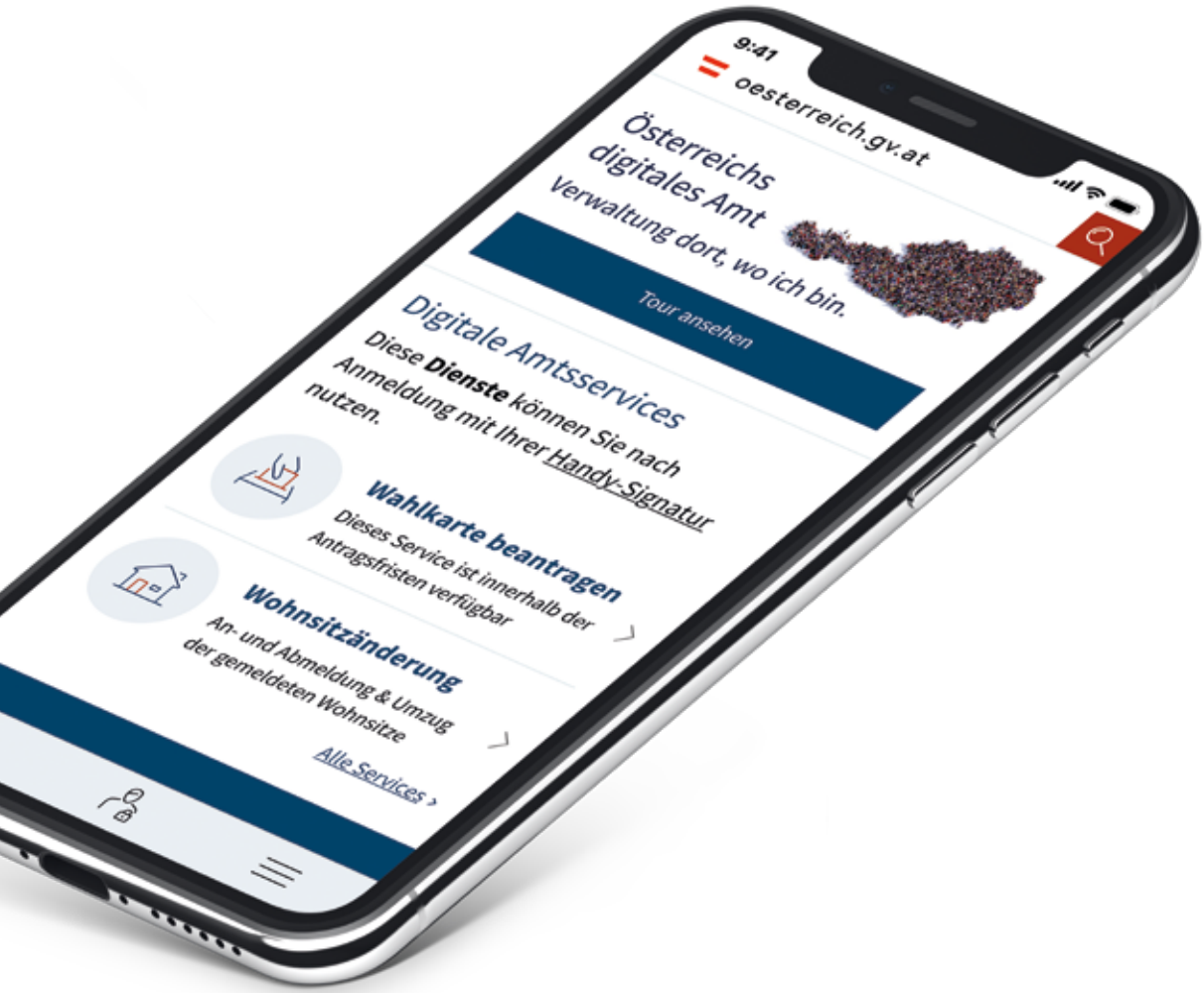
Alle bekannten Daten, wie Name, Geburtsdatum und Hauptwohnsitz, werden durch Anbindung an die bestehenden Register angezeigt und sind durch den/die Bürger/in nur noch zu bestätigen. Zu jedem Schritt folgen detaillierte Erklärungen und Informationen, damit für den/die Bürger/in transparent und nachvollziehbar dargestellt wird, warum welche Daten verwendet werden.

Nach erfolgreicher Beantragung der Wahlkarte erhält der/die Bürger/in ein Bestätigungsmail an eine selbst gewählte Mailadresse. In dem Mail befindet sich auch die Transaktionsnummer, falls es Rückfragen zum eigenen Antrag geben sollte. Bricht ein/e Bürger/in das Verfahren ab, wird nochmals extra darauf hingewiesen, dass die Wahlkartenbeantragung nicht erfolgreich war, um den/die Bürger/in bestmöglich zu unterstützen.

Dieses neue, zentrale System des Bundes wird von nahezu allen Gemeinden genutzt und die Wahlkarten werden postalisch an die gewünschte Adresse wie z. B. den Hauptwohnsitz oder auch eine abweichende österreichische oder internationale Adresse zugestellt oder können auf expliziten Wunsch auch persönlich abgeholt werden.

Die Zustellung der Wahlkarten startet allerdings erst ab 2. September 2019, wenn alle amtlichen Stimmzettel und Kuverts gedruckt und versandbereit sind.

Umzug per APP. Das zweithäufigst genutzte Verfahren ist die Möglichkeit zur Anmeldung eines neuen Wohnsitzes nach einem Umzug. Dieser Service erspart den Bürgerinnen und Bürgern österreichweit den Weg zur Meldebehörde. Stattdessen können sie ihren neuen Wohnsitz rund um die Uhr bequem von zuhause aus melden und erhalten sofort nach der abschließenden elektronischen Unterschrift mit der Handy-



Die App „Digitales Amt" wurde seit März 2019 rund 130.000 Mal heruntergeladen.

DAS DIGITALE AMT IN ZAHLEN

13.439
erfolgreich abgewickelte Wahlkartenanträge

4000
Wohnsitzänderungen

10.000
Mal wurde das Reispass-Erinnerungsservice in Anspruch genommen

1400
Registrierungen am digitalen Babypoint

signatur ihre „Bestätigung der Meldung" für ihren neuen Wohnsitz elektronisch auf das Handy oder ihren PC.

Mit dem aktuellen Update Anfang August 2019 wurden vor allem Verbesserungen bei der Eingabe der neuen Adresse umgesetzt. So soll die Qualität der auf diesem Weg gemeldeten Adressen gehoben und die Anzahl der Klärungsfälle vermindert werden. Hinweise bei Abbruch des Verfahrens wurden gleichlautend wie beim Wahlkartenverfahren eingebaut, damit eventuell unbeabsichtigte Beendigungen des Services vermieden werden.

Weitere technische Verbesserungen im Hintergrund helfen, bei Anfragen von Benutzerinnen und Benutzern besser und individueller unterstützen zu können und generell den Service robuster und stabiler zu gestalten.

Das Digitale Amt in Zahlen. Aber nicht nur der Wahlkartenservice und die Wohnsitzänderung wurden für die neuen Anforderungen aufgerüstet, auch die übrigen Services des Digitalen Amtes wurden weiterentwickelt und auf dem neuesten Stand gehalten. Bisher haben rund sieben Millionen Besucherinnen und Besucher das Portal oesterreich.gv.at besucht.

Neben 13.439 erfolgreich abgewickelten Wahlkartenanträgen wurden über 4000 Wohnsitzänderungen über das Digitale Amt gemeldet, 10.000 Mal wurde der Reispass-Erinnerungsservice in Anspruch genommen und 1400 Registrierungen wurden am digitalen Babypoint verzeichnet, wo eine Vielzahl an Services rund um die Geburt eines Kindes angeboten wird.

Die App „Digitales Amt" wurde seit März 2019 rund 130.000 Mal heruntergeladen.

Mehr auf oesterreich.gv.at

ENTGELTLICHE EINSCHALTUNG DES BMDW

GESTALTEN & ARBEITEN

RAUM FÜR MENSCHEN
Stuttgart: Eine Idee und viel Knochenarbeit
Seite 72

LUFTQUALITÄT
Schulen: Frische Luft für wache Köpfe
Seite 76

ENERGIESYSTEME
Lokal erzeugt und erneuerbar
Seite 88

SMART CITY

VON DER KASERNE ZUM WOHNQUARTIER

FOTO // AIR-Media

Vorschläge, die Kaserne im Salzburger Stadtteil Riedenburg – bekannt unter dem Begriff „Riedenburg-Areal – dem Wohnbau zu widmen, reichen Jahrzehnte zurück. Das Projekt beleuchtet die Vorzüge innerstädtischer Nachverdichtung – auch unter dem „Smart-City"-Aspekt.

TEXT // ROMAN HÖLLBACHER

Bereits 1988 schlug der damalige Bürgermeister Josef Reschen vor, auf der Riedenburgkaserne Wohnungen zu bauen. Wenig später konterte Militärkommandant Engelbert Lagler mit Bedingungen für die Freigabe von Kasernenareal. Er forderte Ersatzbauten „im Wert von mehreren hundert Millionen Schilling" und torpedierte damit alle Ambitionen, auf dem Kasernengelände geförderte Wohnungen zu realisieren. Erst immer größere Löcher im Haushalt des Verteidigungsministeriums und der anhaltend unterversorgte Salzburger Wohnungsmarkt schufen den Druck, das Vorhaben wieder auf die Agenda zu setzen. Schließlich wurde 2012 das rund 35.000 m² große Areal in bester innerstädtischer Lage von der Republik Österreich nach einem öffentlich ausgeschriebenen Verfahren an eine Bietergemeinschaft aus einem genossenschaftlichen und einem privaten Wohnbauträger veräußert. Dass die Lage des Grundstücks am Rande der historischen Altstadt und in der sogenannten Pufferzone des UNESCO-Welterbes auch anderen Nutzungen zugelassen hätte, ist durchaus plausibel. Insbesondere seitens der Immobilienwirtschaft wurden lukrativere Verwertungsmöglichkeiten für das Kasernenareal gesehen. Die Kulturszene wiederum ventilierte, Teile des Areals wenigstens temporär der Kunst- und Theaterszene zur Verfügung zu stellen. Alle diese Überlegungen wurden durch die kommunalpolitische Entscheidung obsolet, rasch eine möglichst große Zahl an geförderten (Miet)-Wohnungen zu realisieren.

Im schließlich 2016–2019 errichteten Wohnquartier sehen Kritiker nach wie vor einen Widerspruch zur der im späten 19. Jahrhundert entstandenen gartenstadtähnlichen Bebauung mit Villen im Stadtteil Riedenburg. Dabei wird aber übersehen, dass für dieses Quartier große, den Maßstab des Villenbaues weit hinter sich lassende Objekte durchaus prägend sind. In diese Kategorie fallen etwa die alte Sternbrauerei oder das von der Kongregation der Barmherzigen Schwestern 1874–78 nach Plänen von Vinzenz Rauscher jun. und des Wiener Dombaumeisters Friedrich von Schmidt errichtete Konventsgebäude mit dem bis heute bestehenden Seniorenwohnheim. In dieser Tradition des großen Maßstabs steht auch das neue Wohnquartier, dessen Dimension von der Ausdehnung der Kaserne herrührt. Die Diskussion über den Maßstab und die adäquate städtebauliche Interpretation des Areals wurde in einem prominent besetzten Architektenwettbewerb geklärt, an dem eine ganze Reihe hochrangiger internationaler Architekturbüros teilgenommen haben. Dabei kürte die Jury unter dem Vorsitz von Rüdiger Lainer am 20. März 2014 den Vorschlag der ARGE Schwarzenbacher Struber Architekten und Fally + Partner Architekten aus Salzburg zum Leitprojekt. Für den nördlichen Abschnitt empfahl sie den städtebaulichen Ansatz des Ateliers Pucher aus Graz umzusetzen. Mit der Freiraumplanung betraute man das Büro „agence ter" aus Karlsruhe. In einem intensiven kooperativen Prozess, den der Gestaltungsbeirat der Stadt moderierte, wurden diese sich ergänzenden Gestaltungsansätze zu einer städtebaulichen Konzeption zusammengeführt und inhaltlich verdichtet. »

Städtebau. Die Entscheidung der Jury basiert auf der Erkenntnis, dass die Bildung von durchlässigen auf dem Gelände verteilten Clustern auch einen positiven Umgang mit den „Rändern“, den Schnittstellen zur benachbarten Bebauung, erlaubt. Diese Bebauungsstruktur nimmt unmittelbar Anleihe zur offenen Bauweise des bestehenden Stadtteils. Das neue „Quartier Riedenburg“ distanziert sich damit von der hermetischen Struktur der Kaserne, die an allen vier Seiten von hohen Mauern umgeben und damit von der benachbarten Bebauung abgeschottet war. Diese städtebauliche Figur widerspricht jenen, die eine wie auch immer gestaltete Blockrandbebauung für die Neuordnung des Areals favorisierten. Der Wettbewerb lieferte den Beweis, dass weder der Standort noch die gegenwärtigen Anforderungen an das Wohnen eine Blockrandbebauung begünstigen. Entgegen den immer wieder vorgebrachten Argumenten für derartige Strukturen konnte in diesem Wettbewerb kein einziger der Entwürfe mit einem derartigen Ansatz überzeugen. Die städtebauliche Konzeption mit der Öffnung des Areals ist unter der Voraussetzung, dass man bereit ist, objektive Kriterien anzuerkennen, keine willkürliche Entscheidung, sondern unter den gesetzten Prämissen objektiv richtig.

Auch wenn heute kaum jemand die Sinnhaftigkeit der Verdichtung nach innen bestreitet, anstatt weiterhin Grünräume im Umland zu verbauen, geht es sehr rasch in eine andere Richtung, wenn ein solches Areal in nächster Nachbarschaft entsteht. Nicht anders verhielt es sich, als die konkreten Pläne für die Bebauung der Riedenburg publik wurden. Über Monate hinweg haben die Lokalmedien Klischees von der Zerstörung eines Stadtteils bedient. Dabei hat die Entscheidung, dieses Areal für Wohnen, und zwar vornehmlich für sozial verträgliches Wohnen zu widmen, erhebliche Vorzüge. Die zentrale Lage mit einer optimalen Anbindung an öffentliche Verkehrsmittel ermöglicht es, Mobilität ohne private Pkw zu offerieren. Die Stadt Salzburg, die zu den Stoßzeiten im Stau steht, setzt hier auch ein Signal zum Umdenken. Um Mobilität jenseits der Abhängigkeit vom privaten Pkw auf den Weg zu bringen, wurde eine attraktive Infrastruktur für Fahrrad-, E-Bike- sowie E-Mobil-Nutzung geschaffen. Statt der 636 erforderlichen Radabstellplätze stehen 844 zur Verfügung. Umgekehrt konnte durch ein ausgeklügeltes Verkehrskonzept, das sich auf einer Analyse des erwartbaren Bedarfs stützt, die Zahl der 445 Pkw-Pflichtstellplätze auf 297 Tiefgaragen- und 17 Oberflächenstellplätze reduziert werden. Unterstützt wird diese verkehrliche Anbindung durch die funktionelle Integration des neuen Quartiers. So situierte man an der stark befahrenen Neutorstraße Geschäftsflächen und Büros und einen Platz, der als Entree zur Wohnanlage dient. Ein Café-Restaurant, das Menschen mit körperlichen und/oder geistigen Beeinträchtigungen beschäftigt, ein städtischer Kindergarten und ein Bewohnerzentrum, das für den ganzen Stadtteil offensteht, sind weitere Funktionen, die nicht nur den Bewohnern der 315 Wohnungen zählenden Anlage zur Verfügung stehen. Ein Mehrwert für den ganzen Stadtteil bildet auch die öffentlich zugängliche Grünfläche in der Größe von rd. 5000 m^2 und die Durchwegung des Geländes, welche das neue Quartier an die Umgebung an- und mit ihr verbindet. Durch die städtebauliche Disposition und die Freiraumplanung mit der zentralen Erschließungsachse entstand ein autofreies „Inneres“, das durch gezielt gesetzte Maßnahmen, wie etwa durch Radstellboxen, von den Verkehrserregern an Neutor-, Moos- und Leopoldskronstraße akustisch abgeschirmt wird.

Ein echter Glücksfall ist zudem, dass faktisch als letztes Relikt der Kaserne das Haus Sinnhubstraße 3, ursprünglich eine Stallung für rekonvaleszente Pferde aus dem Jahr 1893, gerettet werden konnte und eine Bestandsgarantie besitzt. Es beherbergt seit September 2018 das Architekturhaus Salzburg, das vom Verein Initiative Architektur geführt wird.

Über eine Wohnanlage dieser Größenordnung einen Bericht zu verfassen, wenn gerade die letzten Bewohner einziehen, wie dies jetzt im Juli und August des Jahres 2019 der Fall ist, muss berücksichtigen, dass noch nicht jedes Detail sitzt. Der großzügige Baumbewuchs, mit dem die Anlage ausgestattet wurde, muss noch in die Jahre kommen und noch sind längst nicht alle Geschäfts- und Büroflächen vermietet. Die Voraussetzungen jedenfalls, dass gemeinsam mit den tertiären Nutzungen die neue Wohnanlage zur Stärkung des gesamten Stadtteils beiträgt, sind geschaffen, recht viel mehr kann man seitens der Architekten nicht tun.

DR. ROMAN HÖLLBACHER
IST KUNSTHISTORIKER UND ARCHITEKTURPUBLIZIST UND LEITET DIE GESCHÄFTSSTELLE SALZBURG DER ZT-KAMMER FÜR OÖ UND SBG.

GRAFIK: ARGE Schwarzenbacher/Sturber/Atelier Thomas Pucher

INTEGRATION DER WOHNANLAGE IN DER STADT UND IM QUARTIER DURCH:

- einen öffentlichen Park
- ein Stadtteil-Café mit WLAN
- Gemeinschaftsräume und „Waschsalon“ im Erdgeschoss
- Soziale Durchmischung der Bewohner
- Hochwertige Außenräume mit Sitzgelegenheiten, Aktivitätszonen etc.
- Soziale Startbegleitung durch das Diakoniewerk

BAUSTELLENTAFEL

- Architektur: Schwarzenbacher Struber Architekten und Fally + Partner Architekten (ARGEPartner), Atelier Thomas Pucher (Bauteil A+F)
- Landschaftsplanung: agence ter (Entwurf) Freiraum+Landschaft Stöckl (Ausführungsplanung)
- Auftraggeber: GSWB und UBM Development
- Planung: 2014-2016
- Realisierung: 2016-2019
- BGF: ca.: 35.800 m²
- Mitarbeiter
  Stefan Höll (PL), Erich Österbauer, Martina Scheffer, Christine Ausserlechner, Wolfgang Rüdiger
- Statik: Ahmad ZTGmbH
- Bauphysik: Graml ZTGmbH
- Haustechnik: TB Heiling
- Elektrotechnik: TB Herbst
- Brandschutz: IBB

MISSION „SMART CITIES INITIATIVE“

Die handelsleitenden Zielsetzungen der Smart Cities Initiative sind darauf ausgerichtet, die Strategien des Klima- und Energiefonds auf allen Ebenen der nachhaltigen Stadtentwicklung zur Wirkung zu bringen. Dass Gemeinden auch was Smart City Initiativen betrifft, zu den Vorreitern in Österreich gehören, zeigt die Fülle an Beispielen, die auf der Website der „Smart Cities Initiative“ aufgelistet sind. Auf dieser Doppelseite haben wir exemplarisch vier Projekte angeführt.

CITTÀ SLOW HARTBERG #1

Die Charakteristika der oststeirischen Bezirkshauptstadt Hartberg sind vergleichbar mit hunderten Kleinstädten europaweit. Im Stadtzentrum befindet sich die historische Altstadt, eine gewachsene Struktur mit fließenden Stadtgebietsübergängen zu den benachbarten Ortsteilen. Industriegebiete, Einkaufszentren und Siedlungen sind am Stadtrand angesiedelt. Die Stadt verfolgt bereits seit ca. zwei Jahrzehnten klimaschonende Maßnahmen und möchte unter anderem mittelfristig eine CO_2-Neutralität erzielen.

Die Hartberger Vision für 2020 orientierte sich am Orts- und Stadtentwicklungskonzept sowie an der Philosophie von „Città Slow“. Darüber hinausgehend wurde in einem umfangreichen Beteiligungsprozess unter Einbindung der Bevölkerung von ExpertInnen und PolitikerInnen eine Vision von Hartberg für 2050 entwickelt, in der die Hartberger Bevölkerung einen nachhaltigkeitsorientierter Lebensstil, innovatives Wirtschaften und eine hohe Lebensqualität verbindet.

Die Nutzung neuester Technologien und ein Fokus auf Innovationen und Forschung im Umwelt- und Energiesektor unterstützten die nachhaltige positive Stadtentwicklung. Hartberg bietete seinen BürgerInnen eine gesunde, ökologisch intakte grüne Lebensumgebung und legt großen Wert auf die Pflege der pflanzlichen und tierischen Mitwelt.

Der dazu erarbeitete Maßnahmenplan umfasst unter anderem den Aufbau eines Echtzeit-Stadtinformationssystems zur besseren Einbindung und Information der Bevölkerung, insbesondere zu Umwelt-, Luft- und Klimadaten oder verschiedene intelligente Anreizsysteme für die Etablierung einer nachhaltigen Stadtmobilität inkl. Carsharing.

smartcities.at/stadt-projekte/smart-cities/#citta-slow-hartberg

SMART CITY SALZBURG #2

Salzburgs Schwerpunkte wurden in der Erweiterung und Optimierung des Fernwärmenetzes in Übereinstimmung mit den Stadtplanungs- und Entwicklungsstrategien sowie einer weiteren Reduktion des Primärenergiebedarfs aus nicht erneuerbaren Energiequellen gesehen. Erfahrungen mit innovativen Bauprojekten, „Smart Grids“ und neue e-Mobilitätsdienstleistungen wurden auf einen breiteren Anwendungskreis übertragen.

In Bezug auf Energie- und Klimaschutz wurden in den letzten Jahren zahlreiche Maßnahmen umgesetzt, die teilweise auch über die Stadtgrenzen hinaus Leuchtturmcharakter aufweisen: Die Wohnanlage Samer Mösl, der erste mehrgeschossige Wohnbau Österreichs in Holzbauweise und mit Passivhausstandard oder das „Stadtwerk Lehen“, ein energieoptimierter Stadtteil mit internationalem Vorzeigecharakter. Bereits vor über zehn Jahren wurde ein „Energie-Kontroll-System“ für die Verbrauchsaufzeichnung und Überwachung der städtischen Objekte eingeführt. Neben einem täglichen Energiecontrolling wurden aus dem Energiekontrollsystem auch ambitionierte Planungsvorgaben für Bauvorhaben abgeleitet. Die Stadt Salzburg setzte gemeinsam mit der Salzburg AG Pilotprojekte zu „Smart Grids“ und zur Elektromobilität um, unter anderem:

- Wohngebäude wurden in ein Gesamtsystem integrierte Nullenergie-/Plusenergiegebäude geändert und haben im Gesamtsystem eine neutrale CO_2-Bilanz
- Kommunale Gebäude und Infrastruktureinrichtungen sind Plusenergieobjekte und versorgen ihre Umgebung
- Energieaufbringung und -verteilung sind intelligent vernetzt und die Potenziale erneuerbarer Energieträger werden genutzt
- Mobilität ist vollständig umgestellt auf ein nachfrageorientiertes, intelligentes Transport-Servicesystem
- Mensch und Lebensstil durch aktive Einbindung von Bürger/innen, Bildungseinrichtungen u. a. wird der erforderliche Wertewandel erreicht

smartcities.at/stadt-projekte/smart-cities/#smart-city-salzburg

Maßnahmenpaket für Smart-Cities-Akteure. Die Smart Cities Initiative des Klima- und Energiefonds bietet zur Verwirklichung ihrer Mission ein umfassendes Maßnahmenpaket an, welches die Förderung von Stadtprojekten, die Bereitstellung und Verbreitung von Smart Cities Wissen für österreichische Städte und Kommunen sowie eine Reihe von Services für weitgefasste, an Smart Cities interessierte Zielgruppen umfasst.

Smart-Cities-Wissen für Lernprozesse der städtischen Akteure und den Kapazitätsaufbau in Stadt- und Gemeindeverwaltungen bereitstellen.

Das Förderprogramm mit seinen Ausschreibungen ist ein Kernbestandteil der Initiative und unter der Website **smartcities.at/foerderung/smart-cities-initiative-des-klimafonds** abrufbar

Die österreichischen Städte und Kommunen auf ihrem Weg zur **„Zero Emission City“** unterstützen

Die **urbane Energie-transformation** in österreichischen Städten und Kommunen als gesamtheitlichen Prozess etablieren und voranbringen.

„SMART WATER CONTROL“ – INTELLIGENTER WASSERKREISLAUF IN DER KOMMUNALEN WASSERINFRASTRUKTUR #3

Die urbane Wasserinfrastruktur garantiert neben der Versorgung der Bevölkerung mit Frischwasser auch die umweltgerechte Abführung von Schmutzwässern und die sichere Ableitung von Regenwasser. Das Sondierungsprojekt „Smart Water Control“ der Uni Innsbruck soll vor diesem Hintergrund nun Grundlagen für ein innovatives, intelligentes Sensor- und Steuerungsnetzwerk schaffen. Durch smartes Monitoring einzelner Teilsysteme wird in Echtzeit ein optimaler Steuerungsablauf ermöglicht, um den Wasserkreislauf einer urbanen Region global, systemübergreifend und ressourcenschonend bewirtschaften zu können. Ein derartiges System bringt ökologische, ökonomische, soziale und technische Vorteile mit sich und gilt als Grundvoraussetzung für die von vielen Städten angestrebte Entwicklung einer dezentralen und nachhaltigen Wasserinfrastruktur.

Das übergeordnete visionäre Ziel ist die Entwicklung einer dezentralen und nachhaltigen Wasserinfrastruktur, die sich positiv auf das soziale Umfeld einer lebenswerten Stadt auswirkt. Voraussetzung dafür ist ein smartes Mess- und modellgestütztes Steuerungsnetzwerk, und dahingehend ist es Ziel des Sondierungsprojekts „Smart Water Control“, eine „Smart Water Community“ innerhalb Österreichs aufzubauen. Außerdem sollen mögliche Testregionen identifiziert werden, in denen zeitnah ein umfangreiches und smartes Mess- und Steuerungsnetzwerk umgesetzt werden kann.

Die generelle Idee in diesem Forschungsvorhaben ist, dass eine Vielzahl von Parametern wie Wasserstand, Temperatur, Durch- und Abflüsse in möglichst kurzen Zeitabständen gemessen und übertragen werden. Die gesammelten Messdaten sollen einerseits die modelltechnische Abbildung komplexer Wasserinfrastruktursysteme ermöglichen, können andererseits aber auch für unterschiedlichste Modellsimulationen verwendet werden.

Das Projekt verfolgt einen umfassenden Ansatz und hat die innovative Steuerung der gesamten Wasserinfrastruktur zum Ziel. Herausforderungen liegen dabei im systemübergreifenden Datenaustausch, aber auch in der Absicherung des Systems gegenüber Cyber-Attacken. Zudem gilt es datenschutzrechtliche Fragen zu berücksichtigen und eine Bewusstseinsbildung bei KonsumentInnen zu betreiben, um die Vorteile der regelmäßigen Übermittlung feinaufgelöster Messdaten klarzumachen und diese nicht als Eingriff in die Privatsphäre (Stichwort „gläserner Kunde“) darzustellen.

www.uibk.ac.at/umwelttechnik/research/projects/smartwatercontrol.html

DAS PROJEKT SINN CITIES – SOZIALE INNOVATIONEN IN SMART CITIES. #4

GESELLSCHAFTSBEZOGENE BEGLEITMASSNAHMEN ZUR BESSEREN NUTZUNG TECHNOLOGISCHER EFFIZIENZPOTENZIALE.

Das Projekt unter Federführung des Österreichischen Instituts für nachhaltige Entwicklung zeigt umsetzungsorientierte Wege auf, welche sozialen Innovationen so mit der technologischen Entwicklung gekoppelt werden können, dass auch bisher nicht ausgeschöpfte Einsparpotenziale aktiviert werden.

Die Erreichung der nationalen und internationalen Klimaschutzziele setzt voraus, dass im urbanen Bereich eine deutliche Erhöhung der Energieeffizienz realisiert wird. Jüngste Studien zum Rebound-Effekt zeigen, dass dazu technologische Innovationen alleine nicht ausreichen. Mehr als die Hälfte der technologisch möglichen Ressourceneinsparung geht dadurch verloren, dass es keinen adäquaten Umgang der Gesellschaft mit diesen neuen Technologien gibt. Zunehmend wird daher erkannt, dass es einer stärkeren Verbindung von technologischen mit sozialen Innovationen bedarf. Dazu dient das Projekt SINN Cities.

Es zeigt umsetzungsorientierte Wege auf, welche sozialen Innovationen so mit der technologischen Entwicklung gekoppelt werden können, dass auch bisher nicht ausgeschöpfte Einsparpotenziale aktiviert werden. Ziel dabei ist es, die Technologien für eine Umstellung auf nachhaltige Lebensweisen zu nutzen. In diesem Sinne kann soziale Innovation als ein Prozess kollektiver Schöpfung einer neuen sozialen Praxis bezeichnet werden (Crozier/Friedberg 1993, S.19), als neuer Weg, Ziele zu erreichen, insbesondere neue Organisationsformen, neue Regulierungen, neue Lebensstile, die die Richtung des sozialen Wandels verändern, Probleme im Sinne der Nachhaltigkeit besser oder anders lösen als frühere Praktiken und die deshalb wert sind, verbreitet und institutionalisiert zu werden.

Vorrangig wurden mit dem Projekt vier Ziele verfolgt:

- Bessere Nutzung des technologisch möglichen RessourceneinsparPotenzials,
- Erhöhung der Effektivität technologischer Effizienzstrategien,
- Unterstützung der nachhaltigen Entwicklung urbaner Lebensstile durch Smart Cities-Technologien und damit verbunden Steigerung der Nachfrage nach ressourcensparenden Technologien und Lösungen
- und die Erweiterung der Linzer Smart-Cities-Strategie um soziale Innovationen.

smartcities.at/stadt-projekte/smart-cities/#sinn-cities-soziale-innovationen-in-smart-cities

KLIMA SCHÜTZEN UND GLEICHZEITIG KOSTEN SPAREN

GEBÄUDE INNOVATIV SANIEREN

Gebäude sind zentrale Verursacher von Treibhausgasemissionen. Die Sanierung des Gebäudebestandes ist daher ein Schlüsselfaktor bei der Erreichung der Klimaziele.

FOTO/Thomas Topf

MUSTERSANIERUNG: EINE FÖRDERAKTION IDEAL FÜR GEMEINDEN
Gelungenes Beispiel: die Volks- und Sonderschule in Waidhofen an der Thaya.

Bei der Sanierung von Gebäuden kommt es nicht nur auf die Quantität an, sondern vor allem auf die Qualität der umgesetzten Maßnahmen. Bestandsgebäude, die heute saniert werden, haben einen maßgeblichen Einfluss auf die Treibhausgasemissionen der nächsten Generationen. Genau hier setzt der Klima- und Energiefonds in Kooperation mit dem BMNT mit seinem Förderprogramm „Mustersanierung“ an.

„Ziel ist es, den Gebäudesektor mittel- bis langfristig gänzlich frei von CO_2-Emissionen zu machen. Die Vision: Das Gebäude als Kraftwerk soll in ganz Österreich Realität werden“, so Ingmar Höbarth, Geschäftsführer des Klima- und Energiefonds.

Ob Schulen, Gemeindeämter, Kindergärten, Hotels oder Bürohäuser – 84 Mustersanierungen beweisen, dass hochinnovative und nachhaltige Sanierungen bereits heute möglich sind.

WAS IST EINE MUSTERSANIERUNG?
Eine Mustersanierung grenzt sich von einer herkömmlichen thermisch-energetischen Sanierung durch deutlich höhere Endenergieeinsparung und CO_2-Reduktionen ab. Außerdem werden bei einer Mustersanierung beispielsweise durch den Einsatz erneuerbarer Energie oder umweltfreundlicher Baustoffe weitere ökologische Aspekte umgesetzt, wie beispielsweise schonender Umgang mit Ressourcen oder Verwendung lokaler Materialien. Eine Mustersanierung verfolgt aber auch andere Ziele, wie etwa Komfortsteigerung und damit verbunden erhöhte Lebens- bzw. Wohnqualität.

Best-Practice-Beispiel in Waidhofen/Thaya. Ein gelungenes Beispiel ist die Sanierung der Volks- und Sonderschule im niederösterreichischen Waidhofen an der Thaya.

Die thermische Sanierung der Hülle war sowohl im Klassentrakt als auch im Bereich des Turnsaals eine der vorrangigen Maßnahmen zur Verringerung des Energieverbrauchs.

Zur Erreichung einer thermisch hochwertigen und luftdichten Hülle wurden alle Fenster und Außentüren durch Kunststofffenster bzw. Aluminiumportale mit Dreischeiben-Isolierverglasung ersetzt.

Die gesamte Haustechnik sowie die Wärme- und die Wasser- und Warmwasserverteilung wurden erneuert.

Eine neu errichtete Photovoltaikanlage auf dem Dach produziert rund 120.000 Kilowattstunden emissionsfreien Strom im Jahr. Damit wird nicht nur der gesamte Bedarf der Schule abgedeckt, sondern ein Überschuss produziert, der als Ökostrom ins Netz eingespeist wird. Zur laufenden Anpassung und Optimierung der Haustechnikanlage an das Nutzerverhalten im laufenden Betrieb wurde ein Monitoringsystem installiert.

Jährlich können nun sowohl rund 45.000 Euro an Kosten für Heizung, Warmwasser und Strom als auch 285.000 kg CO_2 eingespart werden. Der Heizwärmebedarf reduzierte sich aufgrund der Mustersanierung um zirka 87 Prozent.

MUSTERSANIERUNG 2019
Das Programm Mustersanierung 2019 läuft bist 28.2.2020. Gefördert werden umfassende Sanierungsprojekte von betrieblich genutzten und öffentlichen Gebäuden
www.klimafonds.gv.at
https://mustersanierung.at

ENTGELTLICHE EINSCHALTUNG

www.ssgm.eu

SMART & SAFE & GREEN MOBILITY
ssgm INITIATIVE

A-3390 Melk | Industriestraße 6 | **T** +43 / 2752 / 52723-0 | **E** info@ssgm.eu | **I** www.ssgm.eu

SMART & SAFE & GREEN MOBILITY

SSGM – DAS SIND WIR

Gegründet im Jänner 2019, setzt sich die Initiative Smart Safe and Green Mobility (kurz SSGM) dafür ein, das Bewusstsein für die Themen Smart City / Smart Region / Smart Street im öffentlichen Raum bei Kommunen und deren Bewohnern zu stärken. Der Verein unterstützt und vertritt Verbände, die Bevölkerung sowie Unternehmen und versucht Fragen und Antworten zu den angeführten Themenbereichen zu liefern. Hier soll vor allem auf die wachsenden Bedürfnisse in den Bereichen Mobilität, Sicherheit, Digitalisierung, Erreichbarkeit sowie Umweltschonung eingegangen werden.

Know-How-Transfer. Ein Grundbaustein, um den

Bedürfnissen der Bevölkerung einer Smart City gerecht zu werden, ist die Möglichkeit, sich frei und sicher bewegen zu können. Denn ganz gleich ob die Menschen zu Fuß, mit dem Rad, dem Auto, öffentlich oder sonstwie unterwegs sind, muss allen Verkehrsteilnehmern zukünftig eine optimale und zeitgemäße Fortbewegung ermöglicht werden. Wir von SSGM bieten Workshops und Seminare zu den Themenbereichen einer Smart City an. Wichtig ist uns das Aneignen von Know-how und Verständnis für die Thematik. Sie haben Interesse an einem Workshop, wollen mehr zu der Thematik erfahren – schauen Sie vorbei auf www.ssgm.eu und informieren Sie sich online über unsere nächsten Termine und Veranstaltungen. Sie organisieren gerne selbst – wir stehen auch für individuelle Termine (ab 12 Personen) gerne zur Verfügung und freuen uns über Ihre Anfrage.

SMART & SAFE & GREEN MOBILITY
ssgm INITIATIVE

KONTAKT
Initiative Smart Safe and Green Mobility
Industriestraße 6, 3390 Melk
Tel.: 02752 / 52723 35
E-Mail: **info@ssgm.eu**
Web: **www.ssgm.eu**

ENTGELTLICHE EINSCHALTUNG

STEIERMARK

ERSTE **SMART VILLAGE-PROJEKTE** ZEIGEN ERFOLGE

Nachhaltigkeit und Energieeffizienz sollen in zwei Pilotgemeinden in der Steiermark über moderne Technik erreicht werden. Sensoren helfen etwa bei Mülltrennung und Winterdienst. Die Beteiligten zogen auf dem 66. Österreichischen Gemeindetag in Graz eine positive Zwischenbilanz.

FOTO: shutterstock.com/sippacom

TEXT // REBECCA PIRON

Hier zeigt der Müllwagen Fehlwürfe an, Sensoren in der Fahrbahndecke warnen vor Glatteis und Räumfahrzeuge tracken selbst, wo im Stadtgebiet bereits geräumt und wo noch ein Einsatz nötig ist. Feldkirchen und Riegersburg in der Steiermark sind die ersten Smart Villages Österreichs. „Innovation muss beim Bürger ankommen, und dafür braucht es eine mutige Gemeindevertretung“, sagt Erich Gosch, Bürgermeister von Feldkirchen. Energie Steiermark, Saubermacher und die beiden Gemeinden arbeiten seit fast einem Jahr in einer Pilotphase daran, verschiedene kommunale Aufgaben durch modernste Technik zu optimieren. „Die Steiermark ist ein Innovationsland“, sagt Landeshauptmann Hermann Schützenhöfer bei der Präsentation der Zwischenergebnisse auf dem 66. Österreichischen Gemeindetag. „Mit den Smart Villages zeigen wir, wie Digitalisierung Umweltschutz und Nachhaltigkeit fördern kann.“

Ein Wertstoffscanner erkennt in beiden Gemeinden, wie viele Fehlwürfe es im Restmüll gibt. Sensoren scannen den Müll, während er aus der Tonne in den Müllwagen geladen wird. Zu Beginn erkannten die Scanner in 65 Prozent aller Mülltonnen Fehlwürfe. Schon durch die Ankündigung, dass der Müll nun überprüft wird, habe sich die Quote auf 38 Prozent verringert. Durch gezielte Informationen konnte sie in der Folge noch weiter gesenkt werden. Zur Kommunikation werden SMS und die App „Daheim“ benutzt. Über die App informieren die Städte ihre Bürger über die nächste Abholung und geben Tipps zur Mülltrennung, die auf den Daten beruhen, die beim Scannen gesammelt wurden. „Die Bürger

„Die Bürger haben das Angebot gut angenommen. **Alle wollten dabei sein.“**

Manfred Reisenhofer, Bürgermeister von Riegersburg

haben das Angebot gut angenommen. Alle wollten dabei sein“, erzählt Manfred Reisenhofer, Bürgermeister von Riegersburg. Nun setzt auch Villach in Kärnten die Wertstoffscanner ein. Derzeit sind die Scanner noch im Testbetrieb, doch für 2020 wird eine Region für den Normalbetrieb gesucht.

Mit GPS-Streckenerfassung sind die Kommunalfahrzeuge in Feldkirchen und Riegersburg ausgestattet. So erhalten die Kommunen einen Überblick darüber, wo etwa bereits geräumt ist. „Das ist bei uns sehr wichtig, um die Sicherheit im Winter gewährleisten zu können“, sagt Bürgermeister Reisenhofer. Ebenfalls wichtig für den Winterdienst sind die Eissensoren, die an neuralgischen Punkten in die Fahrbahndecke eingelassen sind. Mithilfe künstlicher Intelligenz lernen die Sensoren über Temperaturmessungen der Luft und des Straßenbelags zu erkennen, wann Glatteisgefahr besteht und wann Schnee liegen könnte. „Früher mussten wir an den kritischen Punkten Mitarbeiter vorbeischicken, die die Situation überprüft haben“, erzählt Reisenhofer. „Die Sensoren bedeuten deshalb eine große Kostenersparnis.“ Und auch Streugut kann durch die Sensoren gespart werden, denn es wird nur noch dort gestreut, wo tatsächlich Schnee und Eis die Sicherheit gefährden.

„Unser großes Ziel ist, dass unsere Kinder in einer grünen Welt aufwachsen können“, sagt Michael Schickhofer, Landeshauptmann-Stellvertreter der Steiermark. „Dabei wird auch unser Smart Village-Projekt mithelfen.“

REBECCA PIRON IST REDAKTEURIN BEI KOMMUNAL DEUTSCHLAND

11. HOCHFILZER PROFI-TESTTAGE

DIESE GERÄTETESTS ÜBERZEUGEN

Bereits zum 11. Mal lädt Hochfilzer zu den Profi-Testtagen ein und kommt mit seinen Geräten zum großen Geländetest nach Salzburg, Oberösterreich, Niederösterreich/Wien, Steiermark und Kärnten.

Neben Neuheiten bei Akku-Geräten von Pellenc und EGO Power+ ist der brandneue AS 1040 YAK 4WD mit dabei im umfangreichen Testgerätepool. Der neue Aufsitzer von AS Motor vereinigt die robuste Leistungsfähigkeit eines Schlegelmähers mit der Kletterfähigkeit und dem Komfort der bewährten AS-Allrad-Aufsitzmäher. Für Kommunen besonders interessant sind die bewährten Wildkrautbürsten AS 30 und AS 50. Sie sind eine effiziente und umweltfreundliche Alternative zur chemischen Unkrautbeseitigung auf Pflasterflächen, entlang von Gehsteigen und auf Sportanlagen.

Abgerundet wird das Programm mit Schneefräsen von Ariens und Fujii sowie durch die bewährten Motorgeräte des japanischen Herstellers Echo, unter anderem mit der neuen CS-2511WES. Sie ist die „Rear-Handle-Motorsäge" mit dem besten Leistungsgewicht am Markt und beweist eindrucksvoll das Know-How des japanischen Herstellers. Auch der neue Laubbläser PB-8010 von Echo kann erstmals getestet werden.

Lassen Sie sich fachmännisch beraten und sehen Sie die Maschinen im Einsatz. Nur so stellen Sie fest, ob sie Ihre Anforderungen erfüllen.

Termine:
- Dienstag, 24.09.2019: **Grödig** bei Salzburg (S)
- Mittwoch, 25.09.2019: **St. Florian** (OÖ)
- Dienstag, 01.10.2019: **Altlengbach** (NÖ)
- Mittwoch, 02.10.2019: **Nestelbach**/Graz (Stmk.)
- Donnerstag, 03.10.2019 **Klagenfurt** (Ktn.)

Hochfilzer
WIR SIND IHR PARTNER

INFOS & ANMELDUNG
HOCHFILZER GmbH & CoKG
Weinberg 18, 6250 Kundl
Tel.: +43 5338 8405-0
E-Mail: **info@hochfilzer.com**
www.hochfilzer.com

ENTGELTLICHE EINSCHALTUNG

Gut geht's.

Seminarprogramm für Bürgermeister/innen und Amtsleiter/innen – Herbst 2019
Für Ihr eigenes Wohl und das Ihrer Gemeinde/Stadt

Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger
Österreichischer Gemeindebund
Fonds Gesundes Österreich

GEMEINSAM : GESUND
Gesundheitsförderung in der Gemeinde entwickeln
Termin: 7. – 9. November 2019
Veranstaltungsort: Hainbach, Oberösterreich, Hotel Donauschlinge

AUS!ZEIT!
Sich mit Achtsamkeit und wirkungsvollem Zeitmanagement selbst organisieren
Termin: 21. – 23. November 2019
Veranstaltungsort: Zwettl, Niederösterreich, Hotel SchwarzAlm

WEITER GEHT'S!
Seminar mit dem Schwerpunkt Klimaschutz
Für Teilnehmer/innen vergangener Seminare
Termin: 10. – 12. Oktober 2019
Veranstaltungsort: Stans, Tirol, Hotel Schwarzbrunn

Detailinfos: www.fgoe.org/Buergermeister_innen-Seminare
Kontakt: petra.gajar@goeg.at

ENTGELTLICHE EINSCHALTUNG

DAS IT-ANGEBOT DER BBG

NUR DAS BESTE FÜR IHRE VERWALTUNG

Wussten Sie, dass rund ein Viertel aller Beschaffungen über die BBG aus dem Bereich IT & Telekommunikation stammen? Egal ob Hardware, Software oder IT-Dienstleistungen - in der passenden Themenwelt „Alles für die IT“ im e-Shop der BBG werden Sie fündig. Mit wenigen Klicks können PCs & Notebooks, Drucker, Bildschirme, aber auch Verbrauchsmaterialien, wie Druckerpatronen, bestellt werden.

Neben den Klassikern im IT-Portfolio bietet die BBG auch Lösungen für Ihre IT-Sicherheit an. Darüber hinaus können mittels der Rahmenvereinbarung „IT-Dienstleistungen“ IT-Experten, wie Sicherheits- und Datenschutzberater, schnell und unkompliziert angefordert werden. Vervollständigt wird das Angebot der BBG durch Netzwerkkomponenten, Serversysteme und Software, wie Microsoft-Lizenzen.

COPYRIGHT: Jörg Rofeld/Fotolia

TIPP
Entdecken Sie unser brandneues Angebot an wiederaufbereiteten Tinten- und Tonerkartuschen unter der GZ 3301.03254. Druckerverbrauchsmaterial von Originalherstellern finden Sie unter der GZ 3301.03014.
Mehr Informationen unter **www.bbg.gv.at** und **www.e-shop.gv.at**

„Beim Einkauf über den e-Shop schätzen wir vor allem die **unkomplizierte Abwicklung**. Unsere Bestellungen langen direkt bei den Lieferanten ein. Außerdem können wir die benötigten IT-Komponenten selektiv auswählen. Dank der einheitlich geregelten Liefermodalitäten nützen wir den e-Shop gerne auch für Direktvergaben.“

Roland Schoklitsch,
Stadtgemeinde Stockerau

BBG
BUNDESBESCHAFFUNG

VON GANZEM HERZEN
DANKE.

GIS
Danke für Ihren Beitrag - auch zu den Landesbudgets.
Einfach informieren, einfach anmelden.
www.gis.at

GEMEINDE-DIGITALISIERUNG

DEN MENSCHEN **GUTES TUN**

Wie können Gemeinden und Kommunen den künftigen Weg im zunehmend digitalisierten Alltag gemeinsam mit den Bürgern bestreiten? MANZ und der Gemeindebund haben sich mit Future Law Gedanken gemacht und das Projekt „Future Village“ auf den Weg gebracht.

Wolfgang Pichler (MANZ), Lena Gansterer (Impact Hub), Susanne Stein-Pressl (MANZ) und Walter Leiss (Österreichischer Gemeindebund).

Future Village“ wurde als Start-up-Programm ins Leben gerufen, um digitale Ausrufezeichen zu setzen. Innovative Lösungen im Bereich der Gemeinde-Digitalisierung für über 2000 Gemeinden in Österreich waren gesucht und wurden gefunden. Die vier Sieger eines Jury-Votings absolvierten Anfang Juli die Future Village Summer School, ein intensives Förderprogramm, welches den Start-ups Zugang zu Experten und Know-how aus den Gemeinden ermöglichte.

Mit Unterstützung von Mentoren und Coaches wurden Themen wie Businessplanung, Marketing, um Gemeinden zu erreichen, und Öffentlichkeitsarbeit genauso besprochen, wie andere relevante Felder aus dem Rechtsbereich oder der IT-Infrastruktur in Gemeinden.

„Die Start-ups aus Deutschland, Österreich und Dänemark haben sich eine Woche bei MANZ zur Summer School eingefunden und extrem viel gelernt. Wir waren sehr gerne Gastgeber und können als Verlag mit zusehends wachsendem digitalen Angebot im Bereich Rechtsinformation und ‚anwaltssicherer‘ Datenverarbeitung ebenso viel aus den Gesprächen für unsere Arbeit mitnehmen“, ist Dr. Wolfgang Pichler, Mitglied der Geschäftsführung bei MANZ und Jury-Mitglied, von „Future Village“ überzeugt und ergänzt: „Als Partner des Österreichischen Gemeindebunds sind wir immer an guten Lösungen für unsere Kunden interessiert.“

Auch der Gemeindebund ist bei „Future Village“ begeistert an Bord. Aus elf Ländern wurden immerhin über 20 Bewerbungen in den Kategorien Attraktiver Wohnraum, Zukunftssichere Infrastruktur, Lean Administration, Aktive Teilnahme, Qualitätspflege sowie Sozialer Zusammenhalt eingereicht. „Bei der Auswahl der vier Projekte für die aktuelle Phase des Wettbewerbs war uns besonders wichtig, dass die Ideen ein Feld abdecken, in dem derzeit großer Bedarf herrscht. Dort sehen wir das größte Entwicklungspotenzial für die Zukunft“, betont der Generalsekretär des Österreichischen Gemeindebundes, Dr. Walter Leiss.

Am 2. Oktober 2019 findet der Höhepunkt von „Future Village“ im Rahmen eines „Demo Days“ statt. Vor großem Publikum werden die Ideen für eine bessere Zukunft der Gemeinden präsentiert und wird abschließend der Sieger von der Expertenjury gekürt.

START-UP	BESCHREIBUNG
Mintech	Mit ihrer Lösung „Kidsy“ möchte das Start-up aus Dänemark die institutionelle und private (Kinder-)Betreuung optimieren.
RegioHELP	Ihre Applikation unter dem Namen „Acceptify“ möchte die aktive Partizipation in den Gemeinden steigern, indem die Bevölkerung in einem direkten Kommunikationskanal mit den Entscheidungs trägern eigene Vorschläge einbringt.
Triply	Der Web-Service aus Oberösterreich bietet automatisierte Mobilitätskonzepte in ländlichen Regionen.
Vialytics	Das Start-up aus Stuttgart bietet eine automatische und kontinuierliche Erfassung des Straßenzustandes unter Nutzung vorhandener Fahrzeugflotten und künstlicher Intelligenz.

FOTO // © Future Law

COMMUNITY

THE AUSTRIAN eGOVERNMENT EXPERTS

WIR BEGLEITEN IHRE DIGITALE EVOLUTION

ODER: WIE DIE DIGITALISIERUNG ZUM TEIL IHRER ORGANISATIONS-DNA WIRD

Als Österreichs führender Entwickler von innovativen und maßgeschneiderten eGovernment-Lösungen **begleiten wir Städte, Gemeinden und Verbände auf ihrem Weg zur Digitalisierung**. Mit dem Ziel, komplexe Zusammenhänge zu vereinfachen und die aktuellen technischen Möglichkeiten für den Benutzer effizient miteinander zu verbinden. Unser ständig wachsendes Produktportfolio umfasst zahlreiche Eigenentwicklungen in mehr als 350 Städten, Gemeinden, Unternehmen und Verbänden sowie flexible und individuelle Lösungen in den Bereichen Soft- und Hardware, Betreuung, Beratung und Ausbildung.

Von der Ist-Analyse mit entsprechender Zieldefinition, über die Einführung der richtigen Softwarelösungen, bis hin zum ständigen Support und der laufenden Durchführung von Mitarbeiterschulungen, bekommen unsere Kunden bei Comm-Unity alles aus einer Hand. In sämtlichen technischen, organisatorischen und personellen Belangen stehen wir Ihnen ständig helfend, lösungsorientiert und unkompliziert zur Seite. Und das bereits seit über 40 Jahren.

Wir legen unseren Fokus auf die Gemeinde und ihre Mitarbeiter

Selbstverständlich sind wir mächtig stolz auf unseren **GeOrg** – eine eigens für unsere Kunden entwickelte **360° Verwaltungssoftware** die die Basis für eine rundum funktionierende Organisationsdigitalisierung bildet. Damit ist es aber nicht getan. Vielmehr konzentrieren wir uns auf das Wesentliche – die Arbeitsabläufe der Anwender. Dabei gehen wir sehr strukturiert vor. Gemeinsam definieren wir zukünftige Prozesse , erstellen Umsetzungskataloge und Checklisten und stehen bei der Einführung Schritt für Schritt zur Seite. Nur so wird Ihr Weg zur Digitalen Evolution ein Erfolg.

Wie sich aus analogen Geschäftsbeziehungen digitale Freundschaften entwickeln.

„Unsere Vision ist eine vollständige digitale Beschreibung der kommunalen Verwaltung." Das waren die ersten Worte mit der uns Adolf Schöngruber - Amtsleiter der Gemeinde St. Marien aus Oberösterreich – beim ersten gemeinsamen Zusammentreffen konfrontierte.

Wenige Monate später haben wir es gemeinsam geschafft. Heute funktioniert das gesamte Gemeindeamt in seinem Tun und Handeln gänzlich digital. Egal ob mündlich, schriftlich oder online – sämtliche Anliegen werden bereits im Erfassungsprozess harmonisiert und so zu digitalen Auslösern aller kommunalen Geschäftsprozesse. Ebenso der gesamte Output. Egal ob es sich um RsA, RsB, Postversand, oder LetterLink handelt. Die Korrespondenz wird just in time an die Österreichische Post AG übertragen. Kontoauszüge werden vollautomatisch von der Bank abgeholt und von GeOrg verbucht, Eingangsrechnungen werden automatisiert mit den eingegebenen Buchungen verbunden und die erstellten Anordnungen werden nur noch von den Sachbearbeitern digital geprüft und unterfertigt.

Wenn man heute bei Adolf Schöngruber nachfragt, wie die Einführung mit uns als Partner gelaufen ist, kommt als Antwort: **„Wir haben nicht nur davon geredet, wir haben es einfach gemacht. Mit dem Ergebnis, dass die Comm-Unity mit ihren Softwarelösungen und Umsetzungsideen unseren Arbeitsplatz digital, ortsunabhängig und revisionssicher gemacht hat**. Selbst unsere Stakeholder ziehen ihren Hut vor dem Ergebnis und dem unermüdlichen Einsatz der Comm-Unity. **Für uns ist die Digitale Evolution bereits zur Wirklichkeit geworden."**

Vertrauen Sie Österreichs eGovernment-Experten – von Anfang an

Das Thema Digitalisierung sollte auch in Ihrer Gemeinde keine Begleiterscheinung sein. Vielmehr ist sie Teil Ihres Erfolges. Wenn Ihnen dadurch unnötige Komplexität und aufwendige Routine genommen werden kann, werden Sie rasch erkennen, wie sehr moderne Methoden es schaffen, Ihr Tagesgeschäft zu vereinfachen. Wir begleiten und beraten Sie partnerschaftlich in sämtlichen Entscheidungsfragen und erarbeiten gemeinsam mit Ihnen gangbare und effiziente Lösungsszenarien.

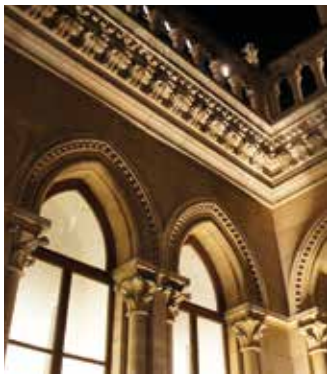
Mit der Comm-Unity an Ihrer Seite wird Digitalisierung zum Teil Ihrer DNA.

WIENER RATHAUS ERSTRAHLT BIS 2023 IN NEUEM LICHT

NEUES KONZEPT: ELEGANZ UND FARBE

Das Wiener Rathaus zählt zu einem der touristischen, aber auch lokalen Hotspots in Wien. Das von 1872 bis 1883 nach Plänen von Friedrich Schmidt erbaute Gebäude wird seit 2012 saniert.

Visualisierung des Entwurfs für die neue Fassadenbeleuchtung.



Altbestand oben: Fenster überstrahlen ungleichmäßig, keine Struktur.
Neu: Gebäudenahe Beleuchtung der Gebäudehülle mit warmweißenm

FOTOS & VISUALISIERUNG // ©podpod design

Auch die Beleuchtung der rund 1000 m² großen Fassade wird bis 2023 komplett erneuert. Die Arbeiten am Hauptturm haben bereits begonnen. Die Arbeitsgemeinschaft CSP – Csernohorszky Elektroinstallationen, Signify und podpod design – sorgt in diesem Projekt für die Lichtplanung, die Elektroplanung, Demontage und Herstellung, sowie die Instandhaltung.

Der Negativkontrast wird auch bei der neuen Beleuchtung als Stilmittel eingesetzt – die vorderste Fassadenebene ist eher dunkel gehalten, die innenliegenden Bereiche in den Arkaden, den Türmen und hinter den Balkonen aber deutlich heller. Diese innere Gebäudeebene in den Türmen und hinter den Fenstern kann wahlweise warmweiß oder dynamisch farbig bespielt werden, während die Struktur der neugotischen Fassade von den Balkonen aus mit warmweißem Licht nachmodelliert wird.

„Mit dem LED-basierten System von Color Kinetics lässt sich nun das Erscheinungsbild des Wiener Wahrzeichens ganz einfach und vielfältig verändern. Die LEDs ermöglichen Millionen von Farbsequenzen und -variationen. So können individuelle Kundenwünsche und Eventanforderungen ganz einfach erfüllt werden“, sagt Nermin Islamovic, Key Account Manager bei Signify Austria GmbH.

Im Alltag wird das Rathaus weiterhin warmweiß beleuchtet im Wiener Stadtbild präsent sein, bei festlichen Anlässen aber wird die Fassade zur Bühne. Ergänzend zur warmweißen Beleuchtung der Außenhaut kann das Gebäude mit den DMX-gesteuerten Leuchten aus dem Inneren mit Farbe zum Leben erweckt und auch im Zusammenspiel mit externen Projektionen inszeniert werden.

Die veraltete elektrotechnische Anlage wird von Csernohorszky komplett erneuert und auf den neuesten Stand der Technik gebracht. Durch sorgfältige Lichtplanung von podpod design und die Umstellung auf das LED-basierte Beleuchtungssystem Philips Color Kinetics wird nicht nur die Beleuchtung attraktiver und flexibler. Es werden auch die Bedienungs- und Wartungskosten gravierend verringert, nur ein Viertel an Leuchten gegenüber dem Altbestand benötigt, der Energieverbrauch um rund 80% gesenkt und die Lichtverschmutzung maßgeblich reduziert.

MEHR INFOS
Signify Austria GmbH,
Kranichberggasse 4,
1120 Wien
Web: **www.signify.com**

signify

ENTGELTLICHE EINSCHALTUNG

GEMEINDEN INVESTIEREN IN DIE ZUKUNFT

E-MOBILITÄT IM KOMMUNALEN FUHRPARK

E-Mobilität im Gemeindefuhrpark platziert Sie als Vorreiter! Vorausschauende Gemeinden fördern den Gebrauch von Transportmitteln mit geringer Umweltbelastung und steigern emissionsfrei die Lebensqualität der Bewohner! Die umfangreichen Einsatzbereiche sind: Bauhof, Grünraumbewirtschaftung, Abfallwirtschaft, Reinigungsarbeiten, Blumenpflege, Verteilungsarbeiten, Materialtransporte, u. v. m. Dabei spielen E-Fahrzeuge gerade im kommunalen Umfeld ihre Vorteile perfekt aus. Die gebündelten Vorteile für Gemeinden sind: geruch- und geräuschfrei! Komplett CO_2-emissionsfrei! Zahlreiche Förderungen, Synergien durch PV-Anlagen der Gemeinde oder anderen erneuerbaren Energiequellen, niedrigste Kosten für Betrieb und Wartung, steuerliche Vorteile, u. v. m. Bei uns werden die E-Transporter genau auf die Bedürfnisse der jeweiligen Gemeinde angepasst und zugeschnitten. Bis zu 1400 kg Nutzlast – 70 km/h – 150 km Reichweite!

Carello

GRATIS-TEST

Testen Sie einen E-Transporter für eine Woche GRATIS in Ihrer Gemeinde! Überzeugen Sie sich selbst! Während der unverbindlichen Testphase können Sie unseren E-Transporter in Ihrer Gemeinde frei nutzen.

Melden Sie sich an unter:
Tel: 03385/8282-0
oder unter
office@graf-carello.com

ENTGELTLICHE EINSCHALTUNG

CTX CONTAINEX

Raum zum Wohlfühlen!

Ihre Vorteile:

- Flexible Raumlösungen für Kindergärten / Schulen / Sportvereine / Jugendzentren
- Wärmedämmung mit modernsten Materialien
- Attraktives Preis-Leistungsverhältnis
- Beratung vor Ort

Anwendungsbeispiele:

- Gruppenräume
- Aufenthalts- und Sozialräume
- Umkleideräume und Garderoben

RAUM sofort CONTAINEX
www.containex.com

Kontaktieren Sie uns
Telefon: +43 2236 601-0 • E-Mail: ctx@containex.com
www.containex.com

PARTNER DER BBG BUNDESBESCHAFFUNG

NEUE SIEDLUNGEN UND QUARTIERE IN GEMEINDEN

KLIMAVERTRÄGLICH **PLANEN UND BAUEN**

In Ihrer Gemeinde entsteht eine neue Siedlung oder ein neues Stadtquartier? Der klimaaktiv Quick-Check liefert Erstinformationen, wie aus Ihrem Bauprojekt ein Vorzeigeprojekt in Sachen Klimaschutz wird.

Besonders bei größeren Bauvorhaben werden Chancen und Möglichkeiten nicht genutzt, klimaverträglich zu gestalten. Neben der Optimierung der thermischen Gebäudehülle und der Energieversorgung sollte auch das städtebauliche und das Mobilitätskonzept – über die gesetzlichen Standards hinaus – an die lokalen Bedingungen angepasst werden. Der klimaaktiv-Standard für Siedlungen und Quartiere fasst daher alle relevanten Kriterien für die Planung und Errichtung von Erfolgsprojekten in sechs Handlungsfeldern zusammen: Management, Kommunikation, Städtebau, Gebäude, Versorgung, Mobilität.

„Der Quick-Check ist **eines von mehreren Instrumenten**, die den Weg zu klimaverträglichen Siedlungen unterstützen."

Der Weg zum Ziel. Der Quick-Check ist eines von mehreren Instrumenten, die auf der Website www.klimaaktiv.at/siedlungen neu verfügbar sind, um Gemeinde- und Stadtverantwortliche, Projektentwickler und Bauträger sowie BeraterInnen und PlanerInnen auf dem Weg zur klimaverträglichen Siedlung bzw. zum klimaverträglichen Quartier zu unterstützen. Durch Eingabe einiger weniger Informationen kann man relativ schnell erkennen, in welchen Themenbereichen Spielraum nach oben besteht und wo sich die Qualität der Planung – oft mit wenigen Änderungen – noch verbessern lässt. Weitere Details können im Rahmen einer kostenfreien Erstberatung geklärt werden. Bei Bedarf unterstützt eine unabhängige Expertin oder ein unabhängiger Experte auch konkrete Projektvorhaben und begleitet diese auf dem Weg zur Auszeichnung durch das Bundesministerium für Nachhaltigkeit und Tourismus.

„Endlich gibt es mit dem klimaaktiv-Standard für Siedlungen und Quartiere ein einfaches Werkzeug, um Gemeinden und Bauträger strukturiert durch den Planungs- und Umsetzungsprozess zu begleiten", so Ernst Rainer, klimaaktiv-Kompetenzpartner aus der Steiermark und Kärnten. „Bisher war es jedes Mal eine Herausforderung, sich auf die relevanten Diskussionsthemen und Qualitätskriterien zu einigen. Mit dem klimaaktiv-Standard sind diese gesetzt, und wir können uns nun voll und ganz auf die Planung und Umsetzung von Maßnahmen konzentrieren."

Das Themenfeld „klimaaktiv Siedlungen und Quartiere" bietet Informationen, Beratungen und Begleitungen zum Thema klimaverträgliche und lebenswerte Siedlungen und Quartiere an. Kontakt und Info: www.klimaaktiv.at/siedlungen

JOHN DEERE SNOWFOX-AKTION

JETZT AB € 25.490,–

Preis in Euro inkl. aller Steuern und Abgaben. Gültig bis 30.11.2019 bzw. so lange der Vorrat reicht. Irrtümer, Satz- und Druckfehler vorbehalten.

1026R
- 25,2 PS 3 Zylinder Diesel
- 2-stufiger Hydrostat mit 2-Pedal-Steuerung
- Schneeschild
- Rauch Streuer SA121
- Inkl. Abdeckplane, Rührwerk und Beleuchtung

2036R
- 36,6 PS 3 Zylinder-Diesel
- 2-stufiger Hydrostat mit 2-Pedal-Steuerung
- Schneeschild
- Rauch Streuer SA250
- Inkl. Abdeckplane, Rührwerk und Beleuchtung

JOHN DEERE

Lagerhaus Technik lagerhaus.at

Nähere Informationen erhalten Sie bei Ihrem John Deere-Profiberater in Ihrem Lagerhaus.

ENTGELTLICHE EINSCHALTUNG

FUHRPARKMANAGEMENT

RAIFFEISEN-LEASING SETZT AUF PUBLIC PRIVATE PARTNERSHIPS

Raiffeisen-Leasing Fuhrparkmanagement unterstützt seine Kunden bei der Erneuerung, Erhaltung und beim Management von Fuhrparks und ist verlässlicher Partner bei Zukunftsprojekten im Bereich Public Private Partnerships. Als Pionier im Bereich E-Mobilität und Ökoflottenmanagement setzt es sich für die Förderung von Klimaschutz und Nachhaltigkeit ein.

Flexibilität & Sicherheit

Um beim Fuhrparkmanagement maximale Flexibilität zu ermöglichen, bietet Raiffeisen-Leasing verschiedene Module an, die miteinander kombiniert werden können. Kernleistung ist dabei das Operatingleasing. Bei diesem Abrechnungsmodell trägt Raiffeisen-Leasing Fuhrparkmanagement das Risiko des tatsächlichen Kostenverlaufs.

PPP – Nachhaltige Zukunftsprojekte

Als nachhaltige Zukunftsprojekte sieht Raiffeisen-Leasing Public Private Partnerships (PPP). Der Vorteil bei Großprojekten der öffentlichen Hand liegt hierbei in der vollen Kostentransparenz und professionellen Abwicklung.

PPP-Modelle geben allen beteiligten Partnern die Möglichkeit, ihre spezielle Expertise einzubringen – so geschehen beim Bildungscampus Nordbahnhof, zusammen mit Granit und Siemens, oder beim nö. Landeskindergarten „Mistelbach NORD". Das Kindergartengebäude wurde in Zusammenarbeit der Stadtgemeinde Mistelbach, dem Land Niederösterreich, WRS Energie- und Baumanagement GmbH und Raiffeisen-Leasing errichtet. Raiffeisen-Leasing war Finanzierungspartner für das Projekt und hat der Stadtgemeinde Mistelbach Kosten- und Termingarantie geboten.

Der Bildungscampus Nordbahnhof ist ein PPP-Modell mit Beteiligung von Raiffeisen-Leasing.

BILDUNGS INFRA STRUKTUR TAG

INTER PÄDAGOGICA®

08.11.2019

Messe Wien

Im Rahmen der 41. Interpädagogica, Österreichs wichtigster Bildungsfachmesse.

THEMENSCHWERPUNKTE:

Bau, Erweiterung, Instandhaltung und Ausstattung von Bildungsstätten

Alle Informationen dazu finden Sie unter

www.interpaedagogica.at

Reed Exhibitions®

FLEXIBLE STRASSENPOLLER ALS SICHERE ABGRENZUNG VON VERKEHRSFLÄCHEN

WAHRE „STEHAUFMÄNNCHEN“

Der historische Ortskern von Judenburg sollte nicht unter den Verkehrselementen leiden – Jislon-Poller leisten unauffällig ihren Dienst als Verkehrsabgrenzung und fügen sich dezent ins Ortsbild ein.

Um das Befahren und Beparken von gesperrten Flächen zu verhindern, eignen sich Jislon-Straßenpoller ganz besonders: Sie gliedern sich dezent ins Ortsbild ein, sind einfach zu montieren und können im Winter – falls es die Gegebenheiten erfordern – schnell und unkompliziert wieder entfernt werden.

Die Vorzüge gegenüber fixen Poller – übrigens sind sie CE-zertifiziert – liegen auf der Hand: Selbst wenn einmal was passiert, passiert nichts. Kein Schaden am Poller und kein Schaden am „Kontrahenten“. Und die Funktion als Abgrenzung der Verkehrsflächen, deren Zutritt beschränkt werde soll, bleibt durchgehend gewährleistet.

Jislon Straßenpoller sind in verschiedenen Designs und Farben erhältlich – hier die Variante „Poller mit Kettenabsperrung“.

Standfest und doch flexbel: Bis zu 1000-mal problemlos überfahrbar – getestet und zertifiziert.

KONTAKT
ITEK Verkehrs- und Beschilderungstechnik GmbH
9131 Grafenstein, St. Peter 33
Tel.: 04225/2569
E-Mail: **office@itek.co.at**
Web: **www.itek.co.at**

ENTGELTLICHE EINSCHALTUNG

Den Fortschritt erleben.

Liebherr-Radlader L 506 Compact - L 518 Stereo für den Winterdienst

- Maximale Leistung bei großer Einsatzvielfalt im Winterdienst
- Zuverlässige Schneeräumung von Straßen, Gehsteigen und engen Gassen mit leistungsstarken Anbauwerkzeugen
- Extreme Wendigkeit und Flexibilität dank kompakter Bauweise der Compactlader und einzigartigem Lenksystem der Stereolader®
- Hoher Fahrkomfort aufgrund einfacher Bedienung und optimaler Kabinen-Rundumsicht

Liebherr-Werk Bischofshofen GmbH
Dr.-Hans-Liebherr-Straße 4
5500 Bischofshofen
Tel.: +43 50809 1 0

E-Mail: info.lbh@liebherr.com
www.facebook.com/LiebherrConstruction
www.liebherr.com

LIEBHERR

ENTGELTLICHE EINSCHALTUNG

DIGITALISIERUNG & IOT FÜR IHRE SMART CITY

DIGITALE GEMEINDE – VON KANAL BIS SPITAL

Der Begriff Smart City spannt einen weiten Bogen über unterschiedliche Interessensgruppen – Bürger, Wirtschaft, Verwaltung. Mit Smart-City-Anwendungen machen Sie Ihre Gemeinde noch lebenswerter.

Etwa im Falle eines drohenden Hochwassers ist schnelles Handeln das Um und Auf. Mit einem Hochwasserfrühwarnsystem haben Sie nicht nur neuralgische Punkte online im Blick, sondern informieren per Knopfdruck alle registrierten Bürger via SMS.

Auch Ihre Wasserversorgung lässt sich mit Füllstand- und Durchflusssensoren überwachen. Die entsprechenden Daten der verteilten Sensoren werden über GSM an den zentralen Server gesendet. Aufgrund von Hygienevorschriften müssen Klospülungen beispielsweise in Spitälern oder Autobahnraststätten regelmäßig betätigt werden.

Überwachen und automatisieren Sie dies mit IoT-Technologien. Bis hin zum Kanal, in dem Sie die Konzentration des giftigen H_2S-Gases messen, wird Ihre Wasserwirtschaft smart.

IoT in der digitalen Gemeinde resultiert so in Einsparung von Ressourcen wie Zeit, Geld und Energie sowie einer höheren Lebensqualität. Microtronics zeigt Ihnen den Weg Ihrer Gemeinde zur Smart City.

Microtronics
We live M2M

KONTAKT
Microtronics Engineering GmbH
Hauptstraße 7
A-3244 Ruprechtshofen
Tel. +43 2756 77180
office@microtronics.com
www.microtronics.com

ESCH-TECHNIK UND KUBOTA

WINTERAKTION FÜR KUBOTA-KOMMUNALTRAKTOREN

Kubota und Esch-Technik bieten für die anstehende Herbstsaison für kurze Zeit ihre Kommunaltraktoren in Winteraktion an.

Die Serie Kubota B2 verfügt über starke 3 und 4-Zylinder-Kubota-Dieselmotoren mit bis zu 31 PS, verbesserte Hydraulikfunktionen und neue Komfortkabinen mit serienmäßiger Heizung, Lüftung und Klimaanlage. Die Kommunalbereifungen bieten optimalen Gripp im Winter bei ausgezeichnetem Fahrkomfort und gleichzeitig eine kompakte Außenbreite von ca. 1,25 m!

Auch die Kubota ST-Serie in der Klasse 30 bis 40 PS verfügt über mehr Motorleistung, Fahrgeschwindigkeiten bis 34 km/h, höchste Hydraulikleistung in ihrer Traktorenklasse und optimierte Komfortkabinen mit hervorragender Rundumsicht und serienmäßiger Klimaanlage.

Alle Kubota-Traktoren zeichnen sich durch ihre außergewöhnliche Wendigkeit und Langlebigkeit aus. Die Kubota-Traktoren sind mit unterschiedlichsten Original-Zubehörgeräten flexibel für den Sommer- und Winterdienst ausrüstbar. Zusätzlich gibt es jetzt für kurze Zeit einzelne Modelle zu besonders günstigen Winter-Aktionspreisen!

Für weitere Details und eine persönliche Vorführung der Maschinen stehen Ihnen die Mitarbeiter von Esch-Technik an den Standorten St. Veit/Glan, Wien und Marchtrenk/Linz sowie rund 50 Händler österreichweit zur Verfügung.

MEHR INFOS
Esch-Technik Maschinenhandels GmbH
9300 **St. Veit/Glan**
Tel.: 04212 2960-0
1230 **Wien**
Tel.: 01 6162300
4614 **Marchtrenk/Linz**
Tel.: 07243 51500
office@esch-technik.at
www.esch-technik.at

ENTGELTLICHE EINSCHALTUNG

VRV 2015 – SO MEISTERN SIE DEN UMSTIEG

DER ERSTE VORANSCHLAG IST HALB SO WILD

Der 1. 1. 2020 und damit auch der Umstieg auf die VRV 2015 rückt immer näher. Zusätzlich ist das Budget 2020 bereits jetzt im Herbst erstmalig nach der VRV 2015 zu erstellen. Bei Beachtung einiger Neuerungen und Spezifika sollte die Voranschlagserstellung gut bewältigbar sein. Diese haben wir in den folgenden fünf Punkten zusammengefasst.

Ansatz & Konto: Grundsätzlich erfolgt die Veranschlagung wie bisher auf Ansatz und Post (alte Bezeichnung) bzw. Ansatz und Konto (neue Bezeichnung). Die ersten drei Stellen von Ansatz und Konto sind österreichweit vereinheitlicht und nach dem vorgegebenen Schema zwingend anzuwenden. Damit bleibt ein wesentliches Fundament des bisherigen Systems erhalten.

Nicht finanzierungswirksame Aufwendungen: Neu hinzu kommt die Veranschlagung von nicht finanzierungswirksamen Aufwendungen und Erträgen.

Die wichtigsten davon sind die

- Abschreibungen inkl. der ertragswirksamen Auflösung von Investitionszuschüssen sowie die
- Dotierung oder Auflösung von Rückstellungen für Abfertigungen und Jubiläumsgelder.
- Wer vom Wahlrecht des Ansatzes der Pensionsrückstellungen Gebrauch macht, muss diese auch veranschlagen.

Rückstellung für nicht konsumierte Urlaube brauchen laut § 9 Abs 3 nicht veranschlagt werden.

Veranschlagung in zwei Haushalten: Es müssen sowohl der Ergebnisvoranschlag als auch der Finanzierungsvoranschlag erstellt werden. Hier ist es ratsam, zuerst den Voranschlag für einen der beiden Haushalte zu erstellen, die Beträge dann in den zweiten Haushalt zu übernehmen und anzupassen bzw. zu ergänzen. In vielen Fällen werden die beiden Haushalte betraglich nicht voneinander abweichen. Bei größeren Einheiten mit dezentraler Budgetierung ist empfehlenswert, dass die dezentralen Dienststellen lediglich den Finanzierungshaushalt erstellen und der Ergebnishaushalt in der Finanzabteilung zentral erstellt und den Dienststellen zur Verfügung gestellt wird.

Neue Veranschlagungslogik – wann ist mein Haushalt ausgeglichen? Im kameralen Haushalt folgten viele der Logik, dass beim Budgetieren alle Einnahmen mit Ausgaben bedeckt wurden und „unterm Strich" eine Null dargestellt werden konnte. Kreditaufnahmen zählen nach dieser Logik zu Einnahmen. Nach der VRV 2015 existiert diese Logik nicht mehr, viel mehr folgt der Finanzierungshaushalt im Wesentlichen der Saldenlogik des Voranschlagsquerschnitts. Das Nettoergebnis, d. h. der Saldo des Ergebnishaushalts, zeigt zusätzlich, ob die Gebietskörperschaft die Abschreibungen im jeweiligen Jahr „verdienen" kann.

Der neuen Logik folgend sollte der Saldo der operativen Gebarung („Saldo 1") der Finanzierungsrechnung jedenfalls positiv sein; mittelfristig sollte auch das Nettoergebnis positiv sein. Der unterste Saldo des Finanzierungsvoranschlags („Saldo 7") kann sowohl positiv als auch negativ sein. Er zeigt lediglich, ob sich der Anfangsbestand der liquiden Mittel im Laufe des Jahres erhöhen oder niedriger werden wird. Zudem zeigt der Finanzierungsvoranschlag in den Salden 2 bis 4, ob und in welchem Ausmaß Investitionen durchgeführt werden und diese mit Darlehen bedeckt werden sollen.

Entscheidungsgrundlagen: Die neue Veranschlagungslogik gilt es auch allen politischen Entscheidungsträgern näher zu bringen. Hier ist es empfehlenswert, sowohl den Finanzierungsvoranschlag als auch den Ergebnisvoranschlag im Überblick (d. h. Gliederung laut Anlage 1a und 1b) zu verwenden und dabei die wichtigsten Salden zu erklären. Wenn zusätzlich noch eine inhaltliche Übersicht mit den wichtigsten und finanziell bedeutendsten Maßnahmen erstellt wird, sollte einem guten Abschluss des Budgetierungsprozesses nichts im Wege stehen.

Veronika Meszarits
veronika.meszarits@public-finance.at

Petra Simonis-Ehtreiber
Petra.simonis-ehtreiber@bdo.at

Andreas Schlögl
aschloegl@ks-beratung.at

MEHR INFOS
Mag. Veronika Meszarits, MBA unterstützt gemeinsam mit Mag. (FH) Petra Simonis-Ehtreiber (BDO) und Ing. Andreas Schlögl (KS Steuerberatung) Gemeinden in Finanzangelegenheiten und insbesondere bei der Umsetzung der VRV 2015.

ENTGELTLICHE EINSCHALTUNG

MEHR UMWELTSCHUTZ INS STADTBILD

EINE IDEE UND **VIEL KNOCHENARBEIT**

Fahrradfahren ist en vogue. Aber das ist natürlich nicht der einzige Grund, warum Städte sich immer mehr vom Autoverkehr frei machen wollen. Nicht zuletzt ist es der Umweltschutzgedanke, der Elektromobilität zu einem Siegeszug verholfen hat und vor allem anderen der Wunsch, unsere Städte und Gemeinden „den Menschen zurück zu geben“.

TEXT // HANS BRAUN

Kennen Sie die Bilder aus dem Manhattan der frühen 1900er-Jahre? Als die Straßen mit Unmengen an Pferdefuhrwerken und Kutschen verstopft waren? Nicht mal zehn Jahre später, Henry Ford hatte in der Zwischenzeit das Fließband erfunden und Autos verfügbar und erschwinglich gemacht, waren dieselben Straßen mit Autos verstopft. Es hat zwar einige Zeit gedauert, bis das in Europa angekommen ist – aber so war es. Heute sind in praktisch allen Städten Staus an der Tagesordnung, Parkplatznot und mangelnde Luftqualität inkludiert. Noch in den 60er/70er-Jahren nahmen städteplanerische Aktivitäten vor allem auf den Autorverkehr Rücksicht. So manche Autobahn oder Schnellstraße quer durchs Siedlungsgebiet wurde mit den Worten eröffnet, dass man nun „für die nächsten 100 Jahre Raum fürs Auto“ geschaffen habe.

Das hat sich ein bisschen umgedreht. Zunehmend werden Projekte wie Car-Sharing, Bike-Sharing und öffentlicher Verkehr vorangetrieben. Aber wie setzt man an? Wie startet man so eine Entwicklung?

Einen Weg, wie es funktionieren könnte, zeigt Stuttgart auf. Dass gerade die baden-württembergische Hauptstadt sich hier auf dünnes Eis begibt, ist klar, haben doch mit Daimler und Porsche zwei der absoluten automobilen Aushängeschilder Deutschlands hier ihren Sitz. Insgesamt bietet alleine Daimler in der Region Stuttgart rund 90.000 Arbeitsplätze an. Aber nicht nur die Betriebe sind ein Teil Stuttgarts. So laufen gleich zwei Bundesstraßen mit bis zu sechs Spuren mitten durch das Stadtgebiet und den Lebensraum der Menschen.

„Das wird uns vor Herausforderungen stellen, **aber es ist der richtige Weg.**“

Michael Münter,
Leiter des Referats strategische Planung und nachhaltige Mobilität in Stuttgart, zum Vorstoß des Gemeinderates Stuttgarts, alle oberirdischen Parkplätze der Kernzone abzuschaffen.

Umdenken „Schritt für Schritt“. Dann kam im Januar 2013 mit Fritz Kuhn ein neuer Oberbürgermeister. Der ehemalige Vorsitzende von „Bündnis 90/Die Grünen“ setzte auf eine schon länger bestehende Bewegung der Menschen auf, die mehr nachhaltige Mobilität in der Stadt forderten. Kuhn beschloss nicht nur, die Fahrzeugflotte der Stadt auf Elektro- oder Hybrid-Modelle umzustellen. Michael Münter, Leiter des Referats strategische Planung und nachhaltige Mobilität in Stuttgart und einer der Vortragenden auf der Urban Future Global Conference (UFGC): „In Chargen zu je 50 Fahrzeugen schreibt Stuttgart Neubeschaffungen aus. In Summe werden wir 250 Autos anschaffen, die allermeisten davon reine Elektroautos sowie einige wenige Plug-in-Hybride“

Auch die mehreren Transporter der Stadt und die einigen Dutzend Spezialfahrzeuge sollen in den kommenden Jahren Schritt für Schritt um-

FOTO: shutterstock.com/Cracho//Adamski

E-Bikes und -Roller sind der urbane Trend dieses Sommers. Die Umrüstung auf e-Antriebe im urbanen Bereich ist auf einem guten Weg.

gestellt werden. „Hier setzen wir unter anderem auch auf Biogas, zum Beispiel bei den Müllfahrzeugen. Damit schlagen wir zwei Fliegen mit einer Klappe, denn aus dem in der Stadt anfallende Biomüll machen wir Biogas und treiben damit die Autos an“, so Münter.

Die Aktivitäten der Stadtverwaltung stehen dabei keineswegs allein. Die Post hat mittlerweile vollelektrische Street-Scooter – das sind keine Roller, sondern Kastenwagen – im täglichen Einsatz. Und Daimler betreibt die rund 550 Autos seiner car2go-Flotte in Stuttgart rein elektrisch.

„Das ist natürlich nicht alles so einfach gewesen“, erinnert sich Münter. Oberbürgermeister Kuhn hat zwar die Grundrichtung vorgegeben, dann aber einen „Lenkungskreis Nachhaltige Mobilität“ installiert, bestehend aus den Vizebürgermeistern, den betroffenen städtischen Ämtern und den Verantwortlichen der Verkehrsunternehmen und des Tarifverbunds, die sich etwa alle zwei Monate zusammensetzen und die kommenden Schritte besprechen. Und dieses Themen übergreifend koordinierende Referat von Münter untersteht zudem direkt dem Oberbürgermeister.

Gesellschaft ist als Ganzes gefordert. Dass wir als Gesellschaft schon wegen des Klimawandeles etwas für die Förderung nachhaltiger Mobilität tun müssen, scheint klar zu sein. Gerade Bürgermeisterinnen und Bürgermeister sitzen hier an den Schaltstellen, wenn man so will. Das Problem ist, dass eine Schwalbe noch keinen Sommer macht. Will heißen, dass ein Bürgermeister einer großen Stadt einiges bewegen kann, aber wenn die Gemeinden der Umgebung nicht mit an Bord sind und ihren Teil beitragen, bleibt es Stückwerk.

Fritz Kuhn hat sich darum an die Aufgabe gemacht, die Region Stuttgart (region-stuttgart.org) noch stärker zu vernetzen und zusammenzubringen. Hierzu hat er z. B. die Oberbürgermeister der Region nach seinem Amtsantritt persönlich besucht und Kontakte geknüpft. Für deutsche Verhältnisse ist das ein ebenso ungewöhnlicher Schritt, wie er das für Österreich wäre, aber eines ist sicher: Er schafft Vertrauen.

Nach den Autos kam der nächste Schritt. „Vergangenes Jahr haben wir für Familien die Anschaffung von elektrischen Lasten-Fahrrädern mit 400.000 Euro gefördert. Jeder, der so ein Rad gekauft hat, wurde mit 1500 Euro gefördert. Und wenn der- oder diejenige zudem auf die Anschaffung eines Autos verzichtet oder das alte verkauft, gibt es drei Jahre später nochmal 500 Euro obendrauf, als sogenannten Nachhaltigkeitsbonus. So schnell konnten wir gar nicht schauen, wie die das Geld weg war. 2019 haben wir die Fördersumme auf 500.000 Euro erhöht“, erzählt Münter.

Die Aktion hatte aber Folgen der anderen Art. Wenn bis zu 300 Lastenräder neu in der Stadt unterwegs sind, fällt noch stärker als bisher auf, was alles zu bedenken ist. Die Mittelinseln sind plötzlich zu schmal, die Radwege müssen auch verbreitert werden und es müssen geeignete Abstellflächen geschaffen werden.

Aber der jüngste Vorstoß Stuttgarts wird richtig einschlagen: Der Gemeinderat von Stuttgart hat den Beschluss gefasst, innerhalb des sogenannten Cityrings, also des Kerns der Innenstadt, alle oberirdischen Parkplätze – mit Ausnahmen wie beispielsweise für Behinderte – abzuschaffen. „Das wird uns vor Herausforderungen stellen, aber es ist der richtige Weg. Viele Menschen wünschen sich gerade in den Innenstädten mehr Platz zum Flanieren und eine attraktivere Aufenthaltsqualität“, wie Münter meint.

Das Gespräch fand auf der UFGC 2019 in Oslo statt. Das Beispiel Stuttgart zeigt wie so viele andere, die auf der UFGC 2019 präsentiert wurden, zwei Dinge auf: Zum einen sind die Menschen bereit, für eine lebenswerte Umwelt in der Stadt neue Wege zu gehen. Und zum anderen könne Städte wirkliche Vorreiter sein und eine Menge Gemeinden mitziehen.

KOMMUNAL ist Medienpartner der UFGC.
urban-future.org

URBAN FUTURE global conference

BEWERBUNG NOCH BIS 15. SEPTEMBER

SDG-AWARD FÜR GEMEINDEN

Gemeinden, die sich die UN-Nachhaltigkeitsziele ganz besonders zu Herzen nehmen, können sich bis 15. September 2019 für den SDG-Award bewerben. Der Senat der Wirtschaft ehrt damit ausschlaggebendes Engagement bei der Verwirklichung der SDGs.

Gemeinden mit Blick in die Zukunft aufgepasst! Wer fleißig an der Umsetzung der UN-Nachhaltigkeitsziele arbeitet, hat die Chance, bei einem feierlichen Festakt des Senats der Wirtschaft geehrt zu werden. Mit dem SDG-Award wird vom Ethik-Beirat der Unternehmensorganisation herausragendes Engagement ausgezeichnet und so einem breiteren Publikum bekannt gemacht.

Die 17 „Sustainable Development Goals“ (SDGs) der Vereinten Nationen sollen ein Kompass in eine bessere Zukunft sein. Klimaschutz, Geschlechtergerechtigkeit und Armutsbekämpfung stehen dabei unter anderem auf dem Programm. Seit zwei Jahren vergibt der Ethik-Beirat des Senats der Wirtschaft die SDG-Awards in den Kategorien „Jugend“, „Medien“ und „Unternehmen“ an jene, die sich bei der Verfolgung der Nachhaltigkeitsziele ganz wesentlich ausgezeichnet haben. 2019 gibt es den Preis erstmals auch in der Kategorie „Kommunen“ – denn die Implementierung von Maßnahmen, die die Leute abholen, fängt in der Gemeinde an.

Einreichfrist ist der 15. September 2019. Die Nominierung für den SDG-Award erfolgt per E-Mail an den Ethik-Beirat und ist noch bis 15. September 2019 möglich. Darin soll in PDF-Format das SDG, welches umgesetzt wird, und die dafür gesetzten Maßnahmen beschrieben werden. Wichtig ist auch hervorzuheben, in welchem Maß die Umsetzung in die kommunale Entwicklungsstrategie integriert wurde. Der Nachweis ihrer Beständigkeit wird hier punkten. Die Jury berücksichtigt auch, in welchem Umfang eine Einbeziehung der Bürger/innen stattfindet. Ideenreichtum in der Umsetzung und Bürger/innen-Dialog zahlen sich also aus.

Im Rahmen der Gala am 23. Oktober 2019 werden die Ausgezeichneten also die Gelegenheit erhalten, mit hochrangigen Personen zu networken und ihre Projekte zu präsentieren. Damit ist Anerkennung auf hohem Niveau sicher.

Mehr Infos auf kommunal.at/artikel/auszeichnung-fuer-gemeinden-die-auf-nachhaltigkeit-setzen

ARA 360° KREISLAUF-WIRTSCHAFT FÜR ÖSTERREICH

STARTEN WIR DIE ZUKUNFT JETZT.

Schließen wir gemeinsam den Verpackungskreislauf:
Hochwertige Sekundärrohstoffe für neue Produkte.
Nachhaltige Verpackungen durch ARA Circular Design.
Das ist 360° Kreislaufwirtschaft made in Austria.

DIE TREIBENDE KRAFT IM RECYCLING.

ara.recycling www.ara.at

ARA
Altstoff Recycling Austria

LUFTQUALITÄT IN SCHULEN

FRISCHE LUFT FÜR WACHE KÖPFE

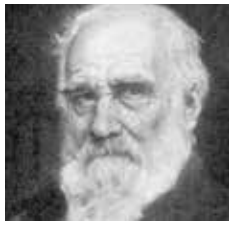
Es gibt Orte, da fühlen wir uns besonders wohl – im Wald, am Meer, auf dem Berg, in unserem Zuhause. Dieses Wohlbefinden wird von zahlreichen Faktoren beeinflusst, darunter findet sich immer wieder eine Konstante: Wir fühlen uns dort wohl, wo wir gute Luft einatmen – Luft ist unser wichtigstes Lebenselixier.

TEXT // PETER TAPPLER

Die Qualität unserer Atemluft übt entscheidenden Einfluss auf unseren Energiehaushalt und vor allem auch auf unsere Leistungsfähigkeit aus. Grund genug, sich eingehend mit dem Thema Luft in Unterrichtsräumen zu beschäftigen, um unserem Nachwuchs gute und leistungsfördernde Raumluft zu ermöglichen.

Was ist gute oder schlechte Innenraumluft in Schulräumen? „Schlechte Luft" verursachende Schad- und Geruchsstoffe können von Möbeln und Materialien der Innenausstattung stammen, in dicht belegten Räumen produzieren jedoch die Schüler selbst den Großteil an Luftverunreinigungen. Diese von den Nutzern abgegebenen flüchtigen Substanzen führen zu Aufmerksamkeits- und Leistungsverlusten. Bei guter Lüftung in Schulen hingegen schätzt man, dass durch die schadstoffarme Luft bei den Schülern Leistungsgewinne im zweistelligen Prozentbereich erreicht werden können. Nicht nur aus Schulen kennt man positive Effekte reiner Luft, im Bereich der Krankenhaushygiene ist auch die Tatsache wohlbekannt, dass in gut belüfteten Räumen infolge der Verringerung der Übertragung von Keimen die Krankheitsanfälligkeit und damit die Fehlzeiten absinken.

Die von uns ausgeatmete Substanz Kohlendioxid (CO_2) eignet sich ausgezeichnet als Beurteilungsparameter für die Qualität der Raumluft. Schon der Hygieniker Max von Pettenkofer entdeckte Mitte des 19. Jahrhunderts den Zusammenhang zwischen der CO_2-Konzentration und der Luftgüte:



„Wir haben ein Recht, **jede Luft als schlecht und für den beständigen Aufenthalt als untauglich zu erklären,** welche in Folge der Respiration und Perspiration der Menschen mehr als eins pro mille Kohlensäure enthält."

Max von Pettenkofer, deutscher Physiker (1818 bis 1901)

Für Innenräume, in denen geistige Leistungen erbracht werden sollen, wird dieser Wert immer noch herangezogen. Laut der Richtlinie zur Bewertung der Innenraumluft des Bundesministeriums für Nachhaltigkeit und Tourismus/Österreichische Akademie der Wissenschaften darf die Kohlendioxid-Konzentration im Mittel den Wert von ein Promille = 0,1 Prozent = 1000 ppm (parts per million = Teile CO_2 pro Teile Luft) während einer Unterrichtsstunde nicht überschreiten.

Man könnte, wenn man die Praxis in Schulen nicht kennt, vielleicht glauben, dass dieser Wert durch gutes Lüften in den Pausen zu erreichen wäre. Dies entspricht jedoch bei den mittlerweile dicht schließenden Fenstern und der damit verbundenen geringen Grundlüftung nicht der Realität. Dieser Umstand führt unter anderem zu der Frage, wie man erkennen kann, wie es um die Qualität der Raumluft in Schulräumen bestellt ist. Schadstoffe wie Lösungsmittel oder Formaldehyd können mittels spezialisierter Laboranalytik gemessen werden. In der Regel genügt es jedoch, die Konzentration an CO_2 als Anzeiger für die Qualität der Raumluft in Hinblick auf menschliche Emissionen zu bestimmen. Um wenig Geld kann beispielsweise eine sogenannte „Lüftungsampel" oder ein CO_2-Messgerät angeschafft werden. Eine Lüftungsampel zeigt gelb,

Die Antwort auf die Frage, ob wir uns in Zukunft den Betrieb von Schul- und Unterrichtsräumen ohne Hybridlüftung überhaupt leisten können, ist eindeutig „Nein".

FOTO: shutterstock.com/Kneschke

wenn die Raumluft grenzwertig mit Geruchs- und Schadstoffen belastet ist, und rot, wenn die Raumluftqualität derartig absinkt, dass ein Schulbetrieb nicht mehr vertretbar wird. Somit können derartige Messgeräte anschaulich auf die Notwendigkeit von Lüftungsmaßnahmen hinweisen.

Bei bisher durchgeführten CO_2-Monitorings zeigte sich, dass man für die Bereitstellung der erforderlichen Frischluftmenge von etwa 20 m^3 pro Schüler und Stunde in der Regel etwa alle zehn Minuten lüften müsste, was in der kalten Jahreszeit in einem geordneten Schulbetrieb völlig unmöglich ist. Entgegen oftmals gehörter Meinung ist dies auch bei Schulen außerhalb des Stadtgebietes der Fall.

Was ist nun die Lösung? Gutes Lüften vor allem in den Pausen ist immer eine gute Idee, in der Praxis ist dies in vielen Fällen nicht ausreichend möglich oder findet aus Haftungsgründen nicht statt. Darüber hinaus wurden die undichten, Energie vernichtenden Fenster der Sechziger- und Siebziger-Jahre des vorigen Jahrhunderts fast überall durch dicht schließende Verbundfenster ersetzt. Aus diesem Grund muss die Fensterlüftung durch eine bedarfsgeregelte Komfortlüftung unterstützt werden. Man nennt diese Kombination „Hybridlüftung". In Deutschland ist laut einem im Jahre 2017 erschienenen Lüftungsleitfaden des deutschen Umweltbundesamtes bei Neubauten von Schulen und Unterrichtsräumen eine Hybridlüftung obligatorisch vorzusehen. Im Büroneubau, wo Effizienz und Leistung ein Muss sind, hat man dies auch hierzulande schon seit langem begriffen und achtet auf ausreichende Frischluftzufuhr.

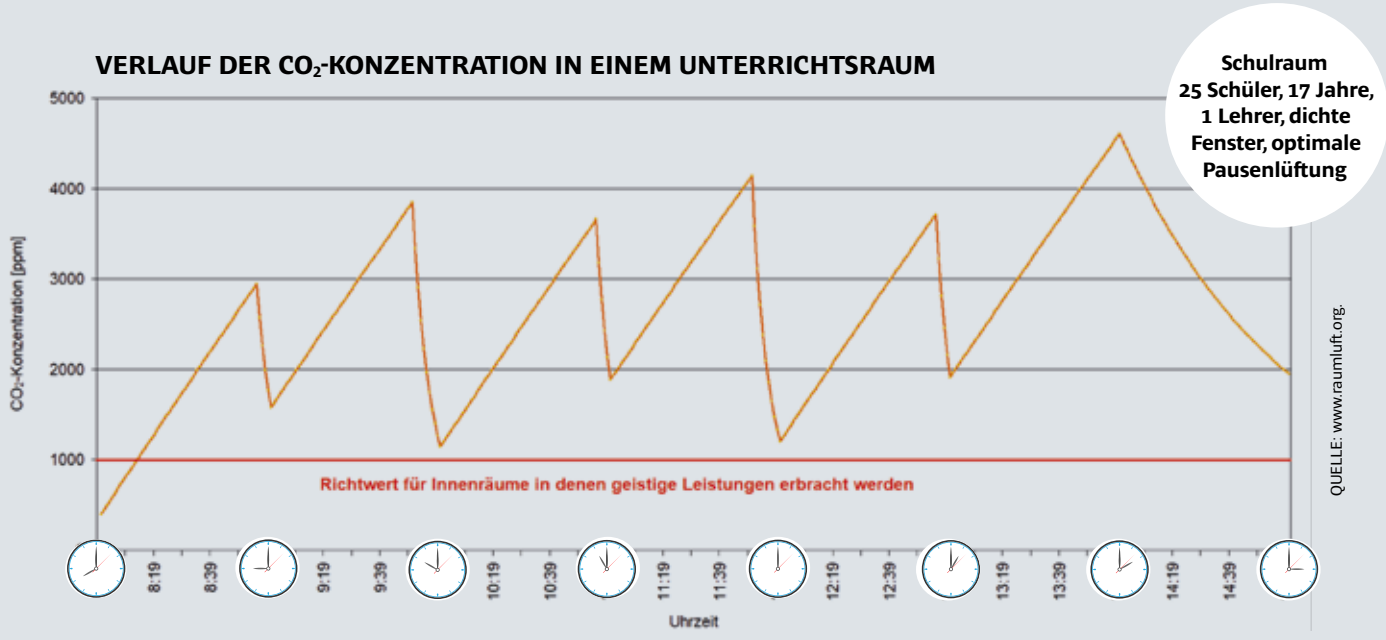
Diese „Infrastrukturmaßnahmen" kosten Geld, dieses ist jedoch bestmöglich investiert – nämlich in das Wissen und die Gesundheit unseres Nachwuchses. Untersuchungen aus Skandinavien zeigen eindeutig, dass bei guter Luft in Schul- und Unterrichtsräumen durch Leistungsgewinne und Vermeidung von Fehlstunden volkswirtschaftlich viel Geld gespart werden kann – diese Einsparungen wiegen schon nach sehr kurzer Zeit die Ausgaben für die notwendigen Investitionen auf.

Bei dem Thema „mechanische Lüftung" scheiden sich oft die Geister und es tauchen Bedenken bezüglich Hygiene und Pilzbefall auf. Diese Befürchtungen stammen aus Zeiten der lauten, Energie fressenden und zugigen Lüftungsdinosaurier, die es heute glücklicherweise nicht mehr geben sollte. Bedenken seitens des Schulerhalters, des Lehrpersonals oder der Eltern sollten aber schon in der Planungsphase sehr ernst genommen werden, um die größtmögliche Akzeptanz von geplanten Maßnahmen zu erreichen. Die beste Lüftungsanlage ist verlorener Aufwand, wenn sie von unzufriedenen Nutzern nicht akzeptiert und im schlimmsten Fall sogar außer Betrieb gesetzt wird! »

RICHTLINIE ZUR BEWERTUNG DER LUFTQUALITÄT VON INNENRÄUMEN

Die Richtlinie zur Bewertung der Innenraumluft wurde vom Arbeitskreis Innenraumluft am Bundesministerium für Nachhaltigkeit und Tourismus (BMNT) und der Österreichischen Akademie der Wissenschaften (ÖAW) erarbeitet und ist in der „Blau-Weißen Reihe des BMLFUW" als Lose-Blatt-Sammlung erschienen. Die letzte Aktualisierung erfolgte im Dezember 2017 im Teil 7. Eine Neufassung ist derzeit in Ausarbeitung und wird auf den Seiten des BMNT abrufbar sein.

www.bmnt.gv.at/umwelt/luft-laerm-verkehr/luft/innenraumluft/richtlinie_innenraum.html



Manch einer denkt zum Beispiel, dass die Fenster nicht mehr geöffnet werden dürfen. Richtig ist, dass bei Komfortlüftungsanlagen die Fenster zu jeder Gelegenheit geöffnet werden können und auch sollen, um möglichst viel Frischluft in die Räume einzubringen. In der warmen Jahreszeit dient eine moderne Komfortlüftungsanlage in den Nachtstunden dazu, kühle Luft in die Schulräume einzubringen. Mittlerweile sind Hitzeperioden schon im Mai und Juni zu erwarten. An sehr heißen Tagen wird daher die heiße Außenluft mit der im Gegenstromwärmetauscher geführten Raumluft abgekühlt. Eine gut programmierte Lüftungsanlage kann also dazu beitragen, dass der neue Schultag in einem angenehm frischen, gut temperierten Raum verbracht wird.

Häufig werden raumlufttechnische Anlagen als „Keimschleudern" bezeichnet, was bei uralten Klimaanlagen mitunter tatsächlich der Fall war. Keime brauchen hohe Feuchtigkeit, somit können „Verkeimungen" bei Lüftungsanlagen gar nicht auftreten. Auf eine gute Wartung der raumlufttechnischen Anlage muss dennoch größter Wert gelegt werden. Wenig bekannt ist, dass durch hochwertige Zuluftfilter ein positiver gesundheitlicher Effekt entsteht: Der Eintrag von die Gesundheit gefährdendem Feinstaub und Pollen wird deutlich reduziert.

Zwei bei allen raumlufttechnischen Anlagen ernst zu nehmende Themen sind mögliche Zugerscheinungen und akustische Belästigung, welche die Freude über die frische Luft verleiden können. Wichtig für eine nahezu unhörbare, zugfreie Einbringung der Luft ist daher, auf gut angeordnete Zuluftauslässe und hochwertige Schalldämpfer zu achten.

Zu guter Letzt die immer wichtiger werdende Energiefrage: Vergeuden wir vielleicht mit Lüftungsanlagen wertvolle Energie? Das Gegenteil ist der Fall: Moderne Lüftungs- und Heizsysteme sparen im Vergleich zu alleiniger Fensterlüftung Energie ein.

Abschließend stellt sich die Frage, ob wir uns in Zukunft den Betrieb von Schul- und Unterrichtsräumen ohne Hybridlüftung überhaupt leisten können, und die Antwort ist eindeutig „Nein". Obwohl vermutlich noch niemand „erstunken" ist, wäre der Neu- oder Umbau von Schulen ohne eine ausreichende Lüftungslösung in der heutigen Zeit keine zukunftsfähige Entscheidung – das Bauvorhaben würde nebenbei bemerkt auch nicht den Bauordnungen der Länder entsprechen. Die oberste Forderung bei Lüftungskonzepten muss aber die Qualität sein und nicht – wie leider so oft – die preisgünstigste Lösung.

Mit einer hochwertigen, gut geplanten und regelmäßig gewarteten Hybridlüftung, die auch nachträglich in Schulklassen eingebaut werden kann, erhalten wir nicht nur bessere Raumluft um die gleichen Energiekosten, sondern auch mehr Aufmerksamkeit der Schüler, bessere schulische Leistungen und deutlich weniger Krankenstände bei Schülern und Lehrpersonal.

LINKS ZUM THEMA

Mehr zu Klassenzimmerlüftung:

www.komfortlüftung.at

UNIV.-LEKTOR DI PETER TAPPLER IST ALLGEMEIN BEEIDETER UND GERICHTLICH ZERTIFIZIERTER SACHVERSTÄNDIGER FÜR INNENRAUMLUFTQUALITÄT UND LEITET DEN ARBEITSKREIS INNENRAUMLUFT AM BM FÜR NACHHALTIGKEIT UND TOURISMUS.

GASTKOMMENTAR
RUDOLF KOLBE ÜBER „DIGITALE PIONIERE“

Kärnten und ZiviltechnikerInnen starten digitale Einreichung für Behördenverfahren

Nach österreichischem Recht bedarf jede Grenzänderung (Teilung) die Errichtung einer Urkunde sowie deren langfristige Sicherung, um die neuen Eigentumsverhältnisse wirksam werden zu lassen und die neue Grenzsituation zu dokumentieren.

Österreichweit sind es oftmals ZiviltechnikerInnen (ZT), die als „technische Notare“ solche und weitere Verfahren durchführen. Jährlich erstellen sie etwa 30.000 Urkunden für ihre Kundinnen und Kunden.

Diese komplexen Vorgänge der Einholung von Bewilligungen werden nun erstmals auf digitalem Weg möglich sein: Gemeinsam mit dem Land Kärnten hat die Bundeskammer der ZiviltechnikerInnen eine innovative und sichere Anwendung geschaffen, die der Verwaltung die unmittelbare Übernahme von ZT-Daten in ihre digitale Verwaltungsstruktur ermöglicht. Das kammereigene elektronische ZT-Archiv, eines von drei hoheitlich geführten hochsicheren Urkunden- und Datenarchive in Österreich, ist Teil der Anwendung, wurde hierfür adaptiert und erlaubt ZiviltechnikerInnen die Einreichung über eine ihnen bereits zur Verfügung stehende digitale Arbeitsumgebung. Beginnend mit Grundstücks-teilungs- und Forstteilungsverfahren soll eine schrittweise Digitalisierung aller technikaffiner Behördenverfahren für ZiviltechnikerInnen in Kärnten stattfinden.

Die Entwicklung dieser digitalen Lösung war nur durch die partnerschaftliche und engagierte Zusammenarbeit zwischen der Bundeskammer und dem Land Kärnten möglich.

Der Startschuss für die digitale Einreichung in Kärnten erfolgt im September. Weitere Bundesländer sollen bis zur bundesweiten Ausrollung folgen.

Die Kärntner-Lösung wird gemeinsam mit Landeshauptmann Peter Kaiser bei einer Kickoff-Veranstaltung vorgestellt. Interessierte sind herzlich zur Teilnahme am 19. September ab 9 Uhr in der ZT-Kammer für Kärnten und Steiermark, Bahnhofstraße 24, Klagenfurt, eingeladen.

BR h.c. DI Rudolf Kolbe ist Präsident der Bundeskammer der ZiviltechnikerInnen

RIS – DIGITALE LÖSUNGEN FÜR KOMMUNEN

DIGITALE AMTSTAFEL ANTE PORTAS?

In Oberösterreich ist sie bereits rechtskonform und Realität, in Tirol wohl ab 1. Jänner 2020 und auch in anderen Bundesländern Österreichs werden sämtliche Möglichkeiten diesbezüglich bereits ausgelotet – die Rede ist von der Digitalen Amtstafel für Gemeinden und Städte.

Das Ausdrucken und Aushängen von Kundmachungen auf einer manuellen Amtstafel, meist in Form eines Glas-Schaukastens, könnte schon bald der Vergangenheit angehören. In Oberösterreich ist die digitale Amtstafel bereits rechtskonform und in vielen Gemeinden werden Kundmachungen bereits digital ausgehängt – vielfach in Form des Gem2Go-Kiosk der RIS GmbH aus Steyr. Mit dem webbasierten Content-Management-System RIS Kommunal und der Gemeinde-Info und Service App Gem2Go hat sich die RIS GmbH bereits einen Namen in Österreich gemacht. Nun folgt mit dem Gem2Go-Kiosk neben der Webapplikation und der mobilen App auch eine Lösung für die, bisher manuelle, Amtstafel.

Der Gem2Go-Kiosk – die Digitale Amtstafel. Der Gem2Go-Kiosk soll die manuelle Amtstafel ablösen und dabei noch über andere wichtige Geschehnisse in der Gemeinde informieren. Möglich macht das unter anderem ein 32" großer touchfähiger Bildschirm aus dem Hause TableConnect. Diesen gibt es sowohl als Einbaurahmen, zum Aufhängen, als auch als Stele für den Außenbereich. Darauf werden sämtliche Kundmachungen in einer Galerie angezeigt, per Tippen auf den jeweiligen Aushang wird der Aushang geöffnet und in Gem2Go angezeigt. Somit können die BürgerInnen neben der Amtstafel auch die vielen Vorteile der Gem2Go-App, wie bspw. wichtige Ansprechpersonen, News oder Veranstaltungen genießen. Der Gem2Go-Kiosk dient also neben der Funktion als Digitale Amtstafel auch als Info-Point für die Gemeinde.

Keine doppelte Eingabe nötig. Der Gem2Go-Kiosk kann mithilfe von RIS Kommunal befüllt werden. Im webbasierten CMS gibt man die gewünschte Kundmachung ein und schon erscheint sie im Kiosk, auf der Webseite sowie in Gem2Go. Die Wartung von mehreren Kanälen fällt somit weg und vereinfacht den Arbeitsalltag des Gemeindemitarbeiters enorm. Die 9000-Einwohner-Marktgemeinde Sierning in Oberösterreich nutzt bereits sämtliche Systeme, darunter auch den ersten Outdoor-Gem2Go-Kiosk in Österreich. „Aus meiner Sicht ist es wichtig ein durchgängiges System zu haben. Mit RIS Kommunal haben wir schon über Jahre hinweg grandiose Erfahrungen gemacht und weiterführende Systeme wie die Gem2Go-App und der Gem2Go-Kiosk waren für uns der nächste logische Schritt", meint Siernings Bürgermeister Manfred Kalchmair.

MEHR INFOS
Mehr Infos finden Sie unter
www.amtstafel.app"

ENTGELTLICHE EINSCHALTUNG

a.Aigner

www.a-aigner.com

GRABSTÄTTEN FÜR URNEN

Die zunehmende Mobilität in der Gesellschaft und eine stärkere Thematisierung über die Grabpflege in den Familien haben dazu geführt, dass die Nachfrage nach Urnengräbern ständig steigt.
Durch die Beschaffenheit dieser Urnengräber ist es Gemeinden möglich, einen oder mehrere Bereiche mit Urnengräbern zu gestalten, die jederzeit vergrößert werden können. Es ist nicht notwendig, größere bauliche Maßnahmen durchzuführen, dadurch fallen auch geringere Kosten an.
Die Urnengräber sind aus Granit gefertigt und können als Einzel- oder Familiengräber genutzt werden, es ist auch möglich vergängliche Urnen beizusetzen.
Das System ist darüber hinaus bestens geeignet zur Urnenaufbewahrung im eigenen Garten.

Für weitere Auskünfte bezüglich Material, Ausführung, Aufstellung, Kosten und allen anderen Fragen stehe ich gerne zur Verfügung.

Andreas Aigner
Oberweißburg 112, 5582 St.Michael
0660 464 8016, info@a-aigner.com
http://www.a-aigner.com/

POST AG

MIT DER BRIEFWAHL ZU HÖHERER WAHLBETEILIGUNG

Die Österreichische Post bietet Ihnen unterschiedliche Lösungen und Services, die Sie bei der Vorbereitung und Durchführung der bevorstehenden Nationalratswahl individuell unterstützen und den Wahlberechtigten einfaches und barrierefreies Wählen ermöglichen.

Die ständig wachsende Anzahl an Wahlkartenanträgen bei Wahlen zeigt deutlich das Bedürfnis, unabhängig von Ort und Zeit zu wählen.

Das LMR-Wahlservice bietet seit 2010 in einer Kooperation mit der Comm-Unity EDV GmbH unter Einbeziehung der LMR-Partner (NÖ Gemeinde-Datenservice GmbH, OÖ Gemeinde-Datenservice GmbH, KUFGEM-EDV GmbH, Gemeindeinformatik GmbH, PSC Public Software & Consulting GmbH, Gemeindeverband Krems) einen umfangreiches Wahlservice für Städte und Gemeinden sowie barrierefreien Zugang zum Wahl- und Stimmkartenantrag für Wähler an.

Neben einem Antragscode für die einfache Online-Bestellung der Wahlkarte enthält der Folder auch einen Barcode, der die Erfassung der Wahlkartenanträge erleichtert.

Dieser Full-Service ist für alle Arten von Wahldurchgängen (Wahlen, Volksabstimmungen und -befragungen) geeignet und erleichtert Städten und Gemeinden die Wahlvorbereitung und -durchführung.

Die amtlichen Wahlinformationen und der vorausgefüllte Wahlkartenantrag werden in einem Folder zugestellt. Neben einem Antragscode für die einfache Online-Bestellung der Wahlkarte enthält der Folder auch einen Barcode, der die Erfassung der Wahlkartenanträge erleichtert.

Die durchgängige, EDV-gestützte Wahlkarten-Abfertigung vermindert den Verwaltungsaufwand und spart somit Ressourcen.

Zusätzlich richtet sich der LMR-Wahlservice auch direkt an die Wählerinnen und Wähler. Denn durch die ansprechende und umfassende Wahlinformation, die einfache Bestellung der Wahlkarten und die Stimmabgabe per Briefwahl wird es dem Bürger erleichtert, sein Recht auf direkte Demokratie zu nutzen – dadurch steigt die Wahlbeteiligung.

Ein weiterer innovativer Service der Post ist die Gemeindestreuung. Mit Info. Post Classic Gemeindestreuung können Sie unadressierte Werbesendungen und Informationen gezielt innerhalb eines Gemeindegebiets (PLZ-unabhängig) verschicken.

WEITERE INFOS
Mehr Informationen zu den Wahlservices der Post sowie zur Briefwahl erhalten Sie bei der Business-Hotline der Post unter 0800 212 212 oder **businessservice@post.at** sowie in unserem Wahlservice-Folder unter **www.post.at/Wahlservices**

ENTGELTLICHE EINSCHALTUNG

LEUCHTENDE FOTOPOINTS VON MK ILLUMINATION UND EWW ANLAGENTECHNIK

ATTRAKTIVER BLICKFANG JEDER GEMEINDE

Mit gut inszenierten Fotopoints von MK Illumination und eww Anlagentechnik generieren Städte und Kommunen on- und offline Aufmerksamkeit.

Was bringt Menschen dazu, auf den Auslöser zu drücken und ein Bild mit Freunden und Familie oder ein originelles Selfie zu knipsen? Im wahrsten Sinne des Wortes besteht die Herausforderung darin, einen echten Blickfang zu erzeugen. Das gelingt mit dem richtigen Motiv! Spannend und außergewöhnlich muss es sein – im wahrsten Sinne des Wortes „Leuchtkraft“, besitzen - um zu einem regelrechten „Fotopoint“ zu werden, den Menschen nicht nur gerne ablichten, sondern garantiert auch über ihre sozialen Netzwerke verbreiten.

Die Vorteile der Fotopoints:

- Fotopoints können ganzjährig für unterschiedlichste Veranstaltungen zum Einsatz kommen und sind somit kosteneffizient.
- Verbunden mit einer Marketingkampagne können die entstandenen Bilder eine große Reichweite in den sozialen Medien erreichen.
- Der „User Generated Content“ kann für erfolgreiches Stadtmarketing eingesetzt werden.

Lichtmotive von MK Illumination eww Anlagentechnik als Fotopoints steigern die Attraktivität von Orten und erzeugen Aufmerksamkeit in den sozialen Netzwerken.

Der strategische Einsatz von Licht im Stadtmarketing ist daher unerlässlich, wenn es darum geht, in Innenstädten Erlebnisse zu schaffen.

ENTGELTLICHE EINSCHALTUNG

eww Anlagentechnik

eww.at

eww Anlagentechnik GmbH I Knorrstraße 6 I A-4600 Wels I Telefon: +43 7242 493 234 I E-Mail: anlagentechnik@eww.at

20 JAHRE GUARDI

ZAUN, TOR, BALKON AUS ALUMINIUM

GUARDI ist mit 12.000 Montagen im Jahr der heimische Marktführer, wenn es um Zäune, Tore & Balkone aus Aluminium geht.

Rudi Czapek, Gründer von GUARDI, baute den ersten Gartenzaun vor über 20 Jahren für sich selbst. „Der ist mir anscheinend sehr gut gelungen. Danach kamen nämlich die ersten Nachbarn, die auch so einen wollten", so Czapek.

Das Portfolio ist breit, die Liebe zum Detail unübersehbar. Den Großteil der Produkte designt Czapek selbst, oft sind sie im Zusammenspiel mit Kunden und Architekten entstanden.

Mit automatischen Schiebetoren und -türen, Gartenprodukten, Carports, Terrassenböden aus Aluminium bis hin zu Paket- und Mülltonnenboxen wird das Angebot laufend erweitert.

„Wir möchten unsere große Stärke, ein bestechendes Produkt-Design zu einem unschlagbaren Preis, auch in andere Bereiche rund um das Haus und den Garten ausdehnen", ergänzt Czapek. Der hohe Qualitätsanspruch bleibt nicht unbemerkt: GUARDI GmbH wurde heuer mit dem Plus X Design Award ausgezeichnet, dem weltweit größten Innovationspreis für Technologie, Sport und Lifestyle. Apropos Qualität: GUARDI bietet auf die Oberflächenbeschichtung seiner Aluminium-Profile als einziges Unternehmen in der Branche 15 Jahre Garantie.

Rund 400 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zählt die GUARDI-Familie aktuell. Mehr als 30 Patente wurden in den vergangenen Jahren angemeldet, und auch beim Thema „Digitalisierung" ist GUARDI Vorreiter.

GUARDI-Vorteile:

- Bestpreisgarantie
- 15 Jahre Garantie auf die Oberflächenbeschichtung
- Alles aus einer Hand: von der Beratung bis zur Profi-Montage

MEHR INFOS
Kostenlosen Beratungstermin vereinbaren: 05 05 890
www.guardi.at

Marketingleiterin Lisa Reisenhofer und Geschäftsführer Rudi Czapek (vorne) sowie Technikleiter Johannes Mitterer und Vertriebsleiter Werner Haselmayer (hinten) freuen sich über das 20-Jahr-Jubiläum von GUARDI.

GUARDI bietet auf die Oberflächenbeschichtung seiner Aluminium-Profile als einziges Unternehmen in der Branche 15 Jahre Garantie.

Modell Epos – Design by Studio F. A. Porsche inkl. GUARDI Briefkastensäule.

ENTGELTLICHE EINSCHALTUNG

HERKUNFTSBEZEICHNUNG FÜR ROH- UND BAUSTOFFE IST MUSS FÜR DEN WIRTSCHAFTSSTANDORT

BIOÖKONOMIE JA – BAUSTOFF-BASHING NEIN!

Wenn es nach den Verfechtern einer grünen, politisch korrekten, aber realitätsfremden Vision einer zukünftigen Wirtschaft geht, darf bald nur mehr mit nachwachsenden Rohstoffen produziert und mit erneuerbaren Energieträgern die Wirtschaft befeuert werden.

FOTO./Forum Rohstoffe, Sigrid Moser-Sailer

Eine Sanierung alter Häuser, wie die des Rathauses in Bruck an der Leitha in Niederösterreich, wäre ohne den Einsatz mineralischer Rohstoffe nicht machbar.

TEXT // MAG. IUR. ROBERT WASSERBACHER

Der Grundgedanke der Bioökonomie ist verlockend positiv aufgeladen. Laut Definition der EU-Strategie wird Bioökonomie als Summe jener Sektoren und Systeme verstanden, die auf biologischen Ressourcen basieren. Im „Mission-Statement Bioökonomie" haben gleich drei Ministerien die Grundzüge der kommenden österreichischen Entwicklungen vorgezeichnet. Hier wird eine bewusste Besserstellung biobasierter Produkte und der Ersatz fossiler Ressourcen (Rohstoffe und Energieträger) gefordert. Als Begründung wird eine positive Klimarelevanz angeführt, jedoch ohne diese näher zu begründen.

Ganzheitliche Betrachtung mit Lebenszyklusmodell schafft fairen Wettbewerb. Bioökonomie kann als Wirtschaftskonzept zur bewussteren Nutzung von Rohstoffen und nachhaltiger Produktion nur dann erfolgreich sein, wenn faire Wettbewerbsbedingungen herrschen. Diese Wettbewerbsbedingungen müssen jedoch auf anerkannten Nachhaltigkeitskriterien – Stichwort Lebenszyklusmodell unter Berücksichtigung des ökologischen Fußabdrucks - basieren.

Es kann nicht sein, dass klassische Nutzer nicht-nachwachsender Rohstoffe – oder wie im Fall mineralischer Rohstoffe nur langsam nachwachsend – systematisch angeschwärzt und aufgrund ihrer Produktionsprozesse als Umweltsünder dargestellt werden. Immerhin leisten Produkte mineralischen Ursprungs unverzichtbare Beiträge für das Leben auf unserem Planeten. Man stelle sich unseren Alltag ohne Kläranlagen, Brücken, Gleisschotter, Straßen, Tunnel oder massive Gebäude vor, ganz abgesehen von den Beiträgen zur Pharma- und Kosmetikbranche.

Regionale Rohstoffe mit kurzen Transportwegen vor importiertem Holz. Zweifelsohne lassen sich Gebäude auch in Holz errichten. Aber kommt wirklich das dafür verwendete Holz aus der Region, werden Arbeitsplätze in Österreich geschaffen und erfolgt der Transport auf kurzen Wegen, wie dies bei mineralischen Rohstoffen der Fall ist? Es kann wohl nicht im Sinne einer Bioökonomie-Strategie sein, dass der Ursprung des verwendeten „nachwachsenden Rohstoffs" einige tausend Kilometer entfernt ist. Eine Herkunftsbezeichnung für Roh- und Baustoffe ist daher ein Muss für den Wirtschaftsstandort. Nur so kann gesichert werden, dass sich Importe mit langen Transportwegen nicht hinter dem Siegel „Ökobaustoff, Ökorohstoff" verstecken. Das wäre ganz im Sinne einer bioökonomischen Strategie und würde pauschalen Verunglimpfungen den Garaus machen.

INFORMATIONEN
Forum mineralische Rohstoffe
Mag.iur. Robert Wasserbacher
Geschäftsführer des Forums mineralische Rohstoffe
Wiedner Hauptstraße 63
1045 Wien
Tel.: 05 90 900 3534
info@ForumRohstoffe.at
www.ForumRohstoffe.at

ENTGELTLICHE EINSCHALTUNG

DIGITALE SIGNATUR FÜR AUTHENTIZITÄT UND INTEGRITÄT BEIM ELEKTRONISCHEN POSTVERSAND

„DARAUF GEBEN WIR BRIEF UND SIEGEL“

Vor geraumer Zeit war ein bedeutendes Dokument nur mit einer Unterschrift sowie einem unversehrten Siegel etwas wert. Um diesen Anspruch nach Vertrauenswürdigkeit auch im digitalen Zeitalter zu erfüllen, eignet sich das Verfahren der E-Mail-Signatur.

Die Ursprünge des Schriftverkehrs reichen bis nach Babylonien und ins alte Ägypten zurück, allerdings hat sich der Zweck von Briefen bis heute nicht geändert. Sie werden nach wie vor dazu genutzt, amtliche oder persönliche Nachrichten zu übermitteln. Besonders wichtige Schriftstücke wie Beglaubigungen wurden schon damals unterzeichnet und mit einem komplex gestalteten Siegel versehen, das sich nur schwierig nachahmen ließ. Derart konnte der Empfänger davon ausgehen, dass das entsprechende Dokument wirklich vom genannten Absender stammte. Auch heutzutage spielen Unterschriften noch eine wichtige Rolle, wenn es darum geht, die Echtheit wichtiger Schreiben zu verifizieren. Doch wie sieht es mit dem Paraphieren elektronischer Post aus?

Durch den Siegeszug der Digitalisierung tritt das analoge Dokument immer weiter in den Hintergrund, und die elektronische Kommunikation übernimmt an vielen Stellen die Aufgabe des Informationstransportes. Beim E-Mail-Verkehr sollte man deshalb ebenfalls auf die Glaubwürdigkeit der eingegangenen Nachricht achten. Denn der Stand der Technik ermöglicht es bereits, auch E-Mails zu unterschreiben.

Ähnlich wie bei einem analogen Schriftstück ist dafür ein Zertifikat notwendig, das sich mit einer Art Personalausweis oder Reisepass vergleichen lässt und die persönliche Identität sicherstellt. Mittels dieses Zertifikats erfolgt die digitale Signatur der E-Mail. Sie garantiert die Integrität der elektronischen Nachricht und bestätigt die Echtheit des Absenders. Auf diese Weise steigert sich der Wert des Dokuments erheblich.

Einfache E-Mail-Signatur mit SEPPmail. Neben der Verschlüsselung von E-Mails beherrscht die SEPPmail Appliance genau diese RFC-konforme Signatur über Zertifikate. Bei der ersten ausgehenden E-Mail des Nutzers beantragt das Secure E-Mail Gateway ein Zertifikat bei einer der akkreditierten Zertifizierungsstellen. Diese sogenannten Certificate Authorithies (CAs) weisen nach, dass das Zertifikat, also der persönliche, öffentliche Schlüssel, zu einer konkreten Person gehört. Sämtliche E-Mail-Clients unterstützen dieses Verfahren, sodass auf Seiten des Empfängers keine spezifischen Softwarekomponenten oder Tools zur Signaturprüfung erforderlich sind. Derart wird der administrative Aufwand bei der Erstellung digitaler Signaturen deutlich minimiert und der gesamte Public Key Infrastructure (PKI)-Prozess beschleunigt. Vorab muss lediglich definiert werden, welche Personen E-Mails signieren sollen. Alle weiteren Schritte regelt die innovative SEPPmail-Lösung automatisch.

Zahlreiche Unternehmen und öffentliche Institutionen haben die digitale Signatur bereits eingeführt. Auch SEPPmail Partner PSC (Public Software & Consulting), ein führender IT-Ausstatter für die öffentliche Verwaltung Österreichs, empfiehlt seinen Kunden diese Lösung. „Gerade im öffentlichen Bereich ist Authentizität sehr wichtig“, erklärt Josef Aßmayr, Datenschutzbeauftragter und Leiter Software Consulting Geoinformationssysteme & Verfahren bei PSC. „Hinsichtlich des E-Mail-Verkehrs lässt sich diese Glaubwürdigkeit mit der SEPPmail Appliance mühelos erreichen.“

PSC
Public Software & Consulting

MEHR INFOS

MEHR INFOS
PSC Public Software & Consulting GmbH
Dr.-Auner-Straße 20
8074 Raaba
Tel.: +43 316 67 33 00
Mail: info@psc.at
Web: www.psc.at

In der nächsten Ausgabe von Kommunal erfahren Sie mehr zum Thema Verschlüsselung von E-Mails und Erfahrungsberichten aus Gemeinden.

ENTGELTLICHE EINSCHALTUNG

Raiffeisen
Meine Bank
Partnerschaftliche Lösungen
KOMMUNAL SERVICE
für die Zukunft der Region
Meine Gemeinde braucht eine Bank,
die fest in der Region verwurzelt ist.
Für eine starke Region braucht es eine Bank, die in den Gemeinden verankert ist. Raiffeisen ist ein fester Bestandteil der Gemeinden Österreichs und daher erster Ansprechpartner, wenn es um die individuellen Bedürfnisse vor Ort geht. Ein gutes Gefühl dabei ist, wenn das Geld aus der Region auch in der Region bleibt. www.raiffeisen.at

GEBÄUDEÜBERGREIFENDE ENERGIESYSTEME

LOKAL ERZEUGT UND ERNEUERBAR

Um den Klimawandel zu stoppen, wird es in den nächsten Jahren wichtige sein, fossile Energieträger für Wärme, Strom und Kälte deutlich zu reduzieren. Politische Ambitionen, diese Veränderungen voranzutreiben, gibt es bereits.

TEXT // MARGOT GRIM-SCHLINK

Österreich strebt im Rahmen der Klima- und Energiestrategie bis 2050 einen Ausstieg aus der fossilen Energiewirtschaft an. In näherer Zukunft sind auch ein Verzicht auf fossile Energieträger im Neubau sowie eine Umstellung auf erneuerbare Energieträger im Gebäudebestand vorauszusehen.

Aus regulatorischer Sicht wurde für eine Stromversorgung aus erneuerbarer Energie bereits ein Schritt durch die Erneuerbare Energie Gemeinschaft (EEG) gesetzt. So kann erneuerbare Energie, welche innerhalb der EEG – auch grundstücksübergreifend – produziert wird, auch verbraucht, gespeichert und verkauft werden. Im Bereich Wärme- und Kälteversorgung ist die Umsetzung von Projekten mit lokalen erneuerbaren Energieträgern vor allem organisatorisch etwas komplizierter, da diese bereits ab den frühesten Stadtentwicklungsphasen mitgetragen werden müssen und sie planerisch, baulich, rechtlich und auch ökonomisch wesentlich komplexer sind.

Warum lokale Wärme- und Kältenetze aus erneuerbaren Energieträgern? Die aktuelle Klimaschutzpolitik treibt Gebäudekonzepte voran, die mit geringem Energieverbrauch auskommen und zur Beheizung der Gebäude ein geringes Temperaturniveau benötigen. Zusätzlich wird der Anteil an erneuerbaren Energieressourcen ausgebaut, was auch dazu führt, dass in Gebäuden integrierte Systeme vermehrt erneuerbare Energie produzieren, die idealerweise auch gleich vor Ort genutzt wird.

9. KONGRESS DER IG LEBENSZYKLUS BAU

„Gebäude und Umwelt im Wechselspiel“

Wann:
7. November 2019

Wo: Wirtschaftskammer Österreich, Julius-Raab-Saal, Wiedner Hauptstraße 63, 1045 Wien

Mehr Infos unter **www.ig-lebenszyklus.at/kongress2019**

KOMMUNAL ist Medienpartner des IG Lebenszyklus

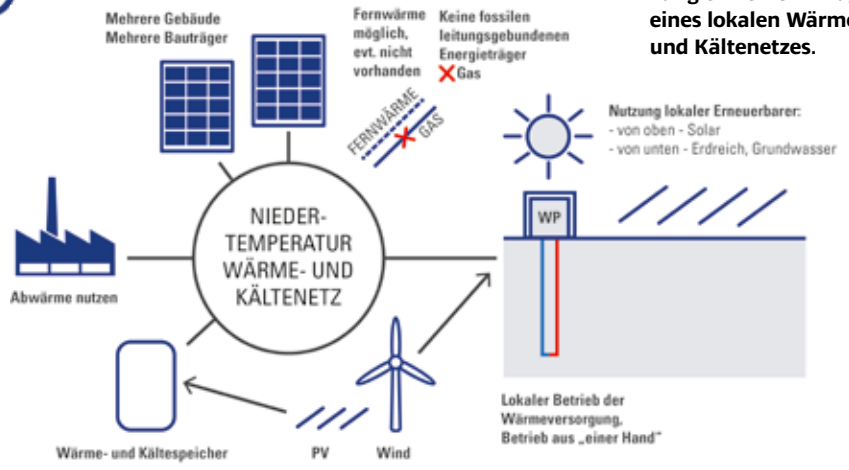
Das sind ideale Voraussetzungen für neue Wärme- und Kältenetze mit niedrigen Systemtemperaturen, die mit fluktuierenden Temperaturniveaus betrieben werden können. Vorteile dieses Konzepts sind geringere Wärme- und Kälteverluste in den Verteilleitungen und die verstärkte Nutzung von erneuerbaren Energieträgern. Auch überregionale erneuerbare Energien können beispielsweise durch die Nutzung von Überschussenergie in der Stromproduktion (z. B. Wind-, Solarenergie) genutzt werden.

Ein lokales Wärme- und Kältenetz soll den Austausch von Energieressourcen ermöglichen, sodass der Anteil der zusätzlichen Energieaufbringung gering sein kann. Beispielsweise soll der Aufwand für Heizen und Kühlen über das Jahr möglichst ausgeglichen sein. So kann die Abwärme aus der Kühlung im Sommer für die Beheizung von Warmwasser oder die Raumheizung im Winter genutzt werden. Die saisonale Speicherung kann beispielsweise durch Erdwärmesonden oder große Wasserspeichersysteme erreicht werden. Zusätzlich sind Wärmepumpen erforderlich, um die notwendigen Vorlauftemperaturen im Gebäude gewährleisten zu können. So kann auch erneuerbar produzierter Strom genutzt werden. Bei einer „Schieflage“ der Bilanz zwischen Heizen und Kühlen kann beispielsweise durch solarthermische Anlagen oder Abwärme aus Produktionsprozessen die Bilanz ausgeglichen werden.

Welche Herausforderungen sind mit erneuerbaren Energieträgern verbunden? Lokale erneuerbare Energienetze sind im Vergleich mit

GRAFIKEN // (IG Lebenszyklus Bau; 2018)

Ein Wärme- und Kältenetz aus lokal verfügbaren, erneuerbaren Energieträgern, ist Bestandteil einer lebenswerten Stadt.



Die technische Vernetzung einzelner Anlagen eines lokalen Wärme- und Kältenetzes.

den bekannten Energieversorgungssystemen wie z. B. Fernwärme oder Gas komplexer, und das gleich auf mehreren Ebenen:

Technisch: Im Vergleich zu zentralen Energieproduzenten gibt es viele dezentrale Anlagen, die miteinander vernetzt und oft zeitlich gestaffelt ins gemeinsame Netz integriert werden müssen.

Ökonomisch: Viele dezentrale Anlagen sind in der Anschaffung und Wartung teurer als eine große zentrale Anlage. Da jedoch keine Kosten für den Energieträger anfallen, rechnen sich diese Systeme im Lebenszyklus betrachtet.

Rechtlich: Aufgrund der vielen einzelne Anlagen an unterschiedlichen Standorten ergeben sich zahlreiche rechtliche Herausforderungen, allen voran sind Themen wie Eigentumsrechte und Servitute zu den Anlagen zu klären.

MARGOT GRIM-SCHLINK IST MITBEGRÜNDERIN DER E7 ENERGIE MARKT ANALYSE GMBH UND BESCHÄFTIGT SICH SEIT VIELEN JAHREN MIT ENERGIEEFFIZIENZ, NACHHALTIGKEIT IN GEBÄUDEN UND MIT SMART CITY THEMEN.

Organisatorisch: Beim Zusammenspiel der vielen verschiedenen Stakeholder mit ihren oft sehr unterschiedlichen Einzelinteressen ist es eine Herausforderung, alle unter einem Hut zu bekommen. Besonders die Stadt bzw. Gemeinde und der Quartiersentwickler sind gefordert, hier die Rahmenbedingungen genau vorzugeben und mit potenziellen Bauwerbern ein gemeinsames Ziel zu formulieren.

Lokale, erneuerbare Energienetze bedeuten eine verstärkte Vernetzung. Für die Umsetzung lokaler erneuerbarer Energienetze ist eine verstärkte Vernetzung nötig. Aus technischer Sicht müssen die einzelnen Gebäude gut miteinander kommunizieren können und zudem müssen die unterschiedlichen Stakeholder enger zusammenarbeiten als in Quartieren mit einem zentralen Energieversorger, bei dem die unterschiedlichen Bauträger nichts miteinander zu tun haben. „Ein „Kümmerer", der die unterschiedlichen Stakeholder koordiniert und auf Track hält, ist auch ein zentraler Dreh- und Angelpunkt und oft ausschlaggebend für den Erfolg des Projektes.

Seit 2018 beschäftigt sich die IG Lebenszyklus Bau mit der Umsetzung von lokalen Wärme- und Kältenetzen aus erneuerbaren Energieträgern. Neben den Herausforderungen und Chancen solcher Systeme für relevante Stakeholder entwickelte die Arbeitsgruppe einen konkreten Ablaufplan für Stakeholder und legte konkrete Schritte fest, um ein solches Energiesystem zu realisieren. Die wesentlichen Stakeholder im Leitfaden sind: Stadt/Gemeinde, Quartiersentwickler, Bauträger, Betreiber und die zentrale Rolle des Kümmerers, der verantwortlich für das Gesamtziel ist und die Koordination aller Beteiligten über hat.

Die Wärmewende hin zu lokal verfügbaren, ökologischen Energieträgern ist im Gange. Nun müssen sich die interessierten Stakeholder richtig aufstellen, um nicht den Anschluss zu versäumen. Beim Kongress der IG Lebenszyklus Bau am 7. November 2019 stehen neben erneuerbaren Energiesystemen auch Mobilität, Vernetzung und Verknappung, als zentrale Umweltfaktoren im steten Wechselspiel mit dem Gebäude, im Fokus.

Redaktionell gekürzt, den vollständigen Beitrag lesen Sie auf kommunal.at/artikel/artikel/gebaeudeuebergreifende-energiesysteme

INFRAROTHEIZUNGEN: UMWELTFREUNDLICHE HEIZFORM DER ZUKUNFT

EFFEKTIV, KOSTENGÜNSTIG, NACHHALTIG

Heizen muss schon längst nicht mehr bloß günstig sein – energiesparende, hoch effiziente Konzepte und ein möglichst nachhaltiger Heizbetrieb stehen genauso im Vordergrund wie möglichst geringe CO_2-Ausstöße und höchster Komfort in allen Belangen.

Heat4All Infrarotheizungen möchte mit seinen ICONIC- und Smartline-Serien nicht nur Heizen mit Stil verbinden, sondern strebt überdies danach, Gemeinden und ihren Bürgern den einfachen Umstieg auf eines der umweltfreundlichsten sowie kosteneffektivsten Heizsysteme am Markt zu ermöglichen.

Nach dem Vorbild von Mutter Natur. Infrarotheizungen sind bereits seit mehreren Jahren auf dem Vormarsch – und ein kurzer Blick auf das Konzept an sich verrät wieso: Gewöhnliche Konvektionsheizungen beheizen Räume, indem sie die Luft in diesen Räumlichkeiten erwärmen – das Resultat sind sowohl große Wärmeverluste, beispielsweise beim Lüften oder durch die Luftmassen unter der Decke (warme Luft steigt auf – im Bodenbereich, wo man sich aufhält, ist die Wärme als Letztes zu spüren), wie auch durch geringe Effizienzgrade. Die sanfte Strahlungswärme von Infrarotheizungen wirkt indessen direkt und schon wenige Minuten nach dem Einschalten der Heizung – nach demselben Prinzip wie auch Sonnenstrahlen oder die wohlige Wärme eines offenen Feuers bzw. Kachelofens.

Doch hier beginnen die Vorteile von Infrarotheizungen erst: Durch die einfache Montage, für die lediglich ein Stromanschluss benötigt wird, sind die Heizungen sowohl in Neu- als auch Altbauten einfach zu installieren. Kamine, Rohre oder andere Leitungen werden nicht benötigt, die jährlichen Wartungskosten entfallen, und überdies schaffen Infrarotheizungen ein besonders angenehmes Raumklima: Lüften hat keinen negativen Einfluss auf das Wärmeempfinden im Raum, Wände werden zusätzlich getrocknet und Schimmel vermieden oder sogar bekämpft, Luftzüge durch Zonenwärme werden verhindert und die Luft wird nicht ausgetrocknet. Und dann wäre da noch das schicke Design: Infrarotheizungen werden nicht etwa als klobige Heizkörper, sondern stattdessen als ansprechende Bilder, stilsichere Glaselemente, dunstfreie Spiegel oder auch in unauffälligem Weiß platzsparend an Decke oder Wänden angebracht.

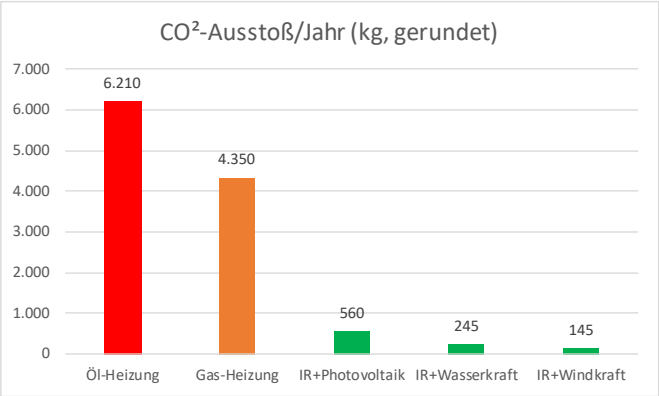
Kostensparend und umweltfreundlich: Umstieg auf Infrarot. Infrarotheizungen bieten sich nicht nur dann an, wenn ein neues Heizsystem benötigt wird, sondern auch als kostengünstige Alternative zu bestehenden Heizsystemen. Die Hauptgründe hierfür sind die kostengünstige Montage, die lange, wartungsfreie Lebensdauer sowie die geringen Betriebskosten. Durch den Einsatz von Strom als Heizmittel kann der Kunde überdies selbst wählen, wie umweltfreundlich er heizen möchte. In Kombination mit grünen Stromanbietern werden Infrarotheizungen über ihre Lebensdauer hinweg so zur kostengünstigsten wie auch nachhaltigsten Heizform am Markt.

Die nebenstehende Grafik* erläutert die Kostenkurve der gängigsten Heizformen über einen Zeitraum von 20 Jahren im Vergleich zu Infrarotheizungen und zeigt deutlich, dass IR-Heizungen auf ihre Lebensdauer weit kostengünstiger betrieben werden können.

* Endergebnisse Vergleichsstudie aller gängiger Heizformen in Österreich, Annahme auf 20 Jahre Betrieb. Studie unabhängig durchgeführt von Genio Bauphysik im Mai 2019. Die vollständigen Angaben sowie Ergebnisse zur Studie finden Sie unter www.heat4all.com.

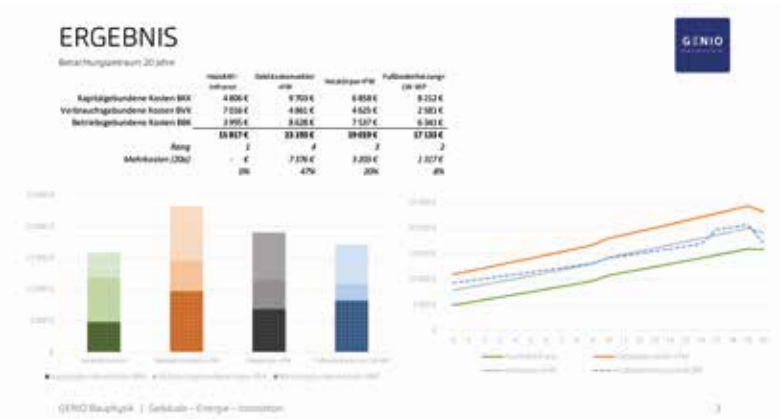
DIE VORTEILE VON INFRAROTHEIZUNGEN IM ÜBERBLICK

- hoch effiziente Heizform
- geringe Anschaffungs- sowie Betriebskosten
- nachhaltiger Betrieb mit Öko-Strom
- in Kombination mit alternativen Energien beinahe $CO_{(?<=\backslash CO)2>}$-neutral
- keine Wartungskosten
- flexibles, praktisches Design
- jederzeit auf- und nachrüstbar
- mobil



Und auch in Sachen CO_2-Ausstoß liegen Infrarotheizungen weit vorne: Bei der Betrachtung eines Einfamilienhauses mit Baujahr 2000 (4 Personen) ergibt sich bei einem Umstieg auf Heat4All Infrarotheizungen in Kombination mit Nutzung von alternativen Energieformen wie Wasser- oder Windkraft bzw. Photovoltaik beispielsweise eine Reduktion der CO_2-Emmissionen von bis zu 97 % im Vergleich zu Öl bzw. Gas als Heizmittel (siehe Grafik).

Ein Umstieg auf Heat4All Infrarotheizungen ist dabei für ein 120-m²-Haus schon ab 5000 Euro brutto (inkl. programmierbarer Einzelsteuerung der Heizpaneele) möglich, während bei einer Umrüstung auf eine effiziente Wärmepumpe mit einem Vielfachen an Kosten gerechnet werden muss (Kosten Wärmepumpe, notwendiger Heizkörpertausch auf Niedrigtemperaturheizkörper, Pumpeneinbau etc.)



Mit KOMMUNAL und Heat4All zur Nachhaltigkeit. Heat4All liegt die Umwelt am Herzen, weshalb wir Ihren Umstieg auf unsere hoch effizienten, kostengünstigen sowie annähernd CO_2-neutralen Heizpaneele in Zusammenarbeit mit KOMMUNAL mit einem Bonus von bis zu 25% auf sämtliche Heizungen und Thermostate unterstützen möchten. Kontaktieren Sie uns jederzeit für ein kostenfreies, unverbindliches Beratungsgespräch.

MEHR INFOS
Heat4All Vertriebs GmbH
Brühlerstrasse 73b/7/5
2340 Mödling

office@heat4all.com
Tel.: 0800 1502600
www.heat4all.com

ENTGELTLICHE EINSCHALTUNG

BUNDESFORSTE: GUT FÜRS KOMMUNALE KLIMA

NUR GESUNDE BÄUME SORGEN FÜR ABKÜHLUNG

Wenn in der Hitze des Sommers ein Temperaturrekord den nächsten jagt, wird uns schnell die Wichtigkeit gesunder und vitaler Baumbestände in Städten und Gemeinden bewusst.

Denn Bäume spenden nicht nur den ersehnten Schatten, sondern sorgen als natürliche Klimaanlage auch für spürbare Abkühlung, indem sie stetig Wasser verdunsten. Eine Temperaturabsenkung unter Bäumen von bis zu zehn Grad Celsius und eine deutliche Erhöhung der Luftfeuchtigkeit verbessert zweifellos die Lebensqualität im bebauten Gebiet.

Verantwortungsvolle Gemeinden haben die Bedeutung des Stadtgrüns für das Wohlbefinden der Bevölkerung längst erkannt und sorgen für gesunde Baumbestände. Die Expertinnen und Experten der Österreichischen Bundesforste (ÖBf) unterstützen sie dabei und machen Stadtbäume nachhaltig klimafit.

Digitaler Baumkataster – Baumdaten auf Knopfdruck. Der digitale Baumkataster ist die optimale Grundlage für die Entwicklung eines sicheren und klimafitten Baumbestandes. Die Experten der Bundesforste erfassen detailliert den IST-Zustand jedes Baumes und empfehlen Maßnahmen zur Herstellung der Verkehrssicherheit sowie zur Verbesserung der Gesundheit und Lebenserwartung der Bäume. Anhand der erhobenen Daten können jene Arten bestimmt werden, die mit den örtlichen Verhältnissen in Zeiten des Klimawandels am besten zurechtkommen und eventuell notwendige Ersatzpflanzung optimal geplant werden.

Klimafitte Bäume im Siedlungsraum. Viele Baumarten stehen durch den Klimawandel und die dadurch höheren Temperaturen und längeren Trockenperioden enorm unter Druck. Dazu kommen Schädlinge wie der Borkenkäfer oder Pilze, die geschwächten Bäumen zusetzen. Die Spezialisten der Bundesforste wissen genau, welche Baumart an welchem Standort die optimale Wahl ist. Anhand eines modernen Baummanagementtools werden gezielte Bepflanzungskonzepte erstellt, die auf klimafitte Baumarten setzen und durch Risikostreuung die Gefahren von abiotischen und biotischen Schäden minimieren.

Ihre Vorteile

- Sämtliche Baumdaten digital auf Knopfdruck
- Verlässliche Planungsgrundlage für kostengünstige Baumpflege
- Aufbau eines nachhaltigen und klimafitten Baumbestandes
- Langjährige Erfahrung und umfassende fachmännische Beratung

MEHR INFOS
ÖSTERREICHISCHE BUNDESFORSTE AG
Pummergasse 10-12
A-3002 Purkersdorf
Tel. +43 2231 600-0
bundesforste@bundesforste.at
www.bundesforste.at

ÖSTERREICHISCHE BUNDESFORSTE

ENTGELTLICHE EINSCHALTUNG

FOTOS // ÖBf / W.Voglhuber

Von der Einwegplastik-Richtlinie betroffen sind jene Einwegkunststoffprodukte, die am häufigsten an europäischen Stränden aufgefunden wurden

FOTO // priscilla list / Shutterstock.com

EU-EINWEGPLASTIK-RICHTLINIE IN KRAFT

NUN LIEGT'S **AN DEN STAATEN**

Am 2. Juli 2019 trat die unter österreichischer Ratspräsidentschaft verhandelte „Richtlinie über die Verringerung der Auswirkungen bestimmter Kunststoffprodukte auf die Umwelt" in Kraft.

Die Veröffentlichung im Amtsblatt der EU war der letzte Schritt im Rechtsetzungsprozess: Nun ist es an den Mitgliedstaaten, die Vorgaben der Richtlinie zeitgerecht, bis zum 3. Juli 2021 umzusetzen. In Österreich sollen die dafür notwendigen rechtlichen Rahmenbedingungen möglichst rasch ergriffen werden.

Als „Einwegkunststoffartikel" gelten Produkte, die ganz oder teilweise aus Kunststoff hergestellt werden und in der Regel nur für den einmaligen oder kurzzeitigen Gebrauch bestimmt sind. Auch Papierbecher mit einer Kunststoffbeschichtung sind Einwegkunststoffartikel. Die Herkunft des Kunststoffs, aber auch seine biologische Abbaubarkeit spielen für die Frage, ob es sich um einen Einwegkunststoffartikel handelt, keine Rolle.

Manche Einwegkunststoffartikel gelangen auch in die Umwelt, weil sie unsachgemäß, über die Kanalisation etwa, entsorgt werden. Um die Verbraucher auf die richtigen Entsorgungsmöglichkeiten, aber auch auf die negativen Umweltauswirkungen unsachgemäßer Entsorgung aufmerksam zu machen, ist auf Damenhygieneartikeln, Feuchttüchern, Tabakprodukten und Getränkebechern künftig eine diesbezügliche Kennzeichnung anzubringen. K

Mehr Details der Richtlinie auf kommunal.at/artikel/artikel/einwegplastik-richtlinie-kraft-getreten

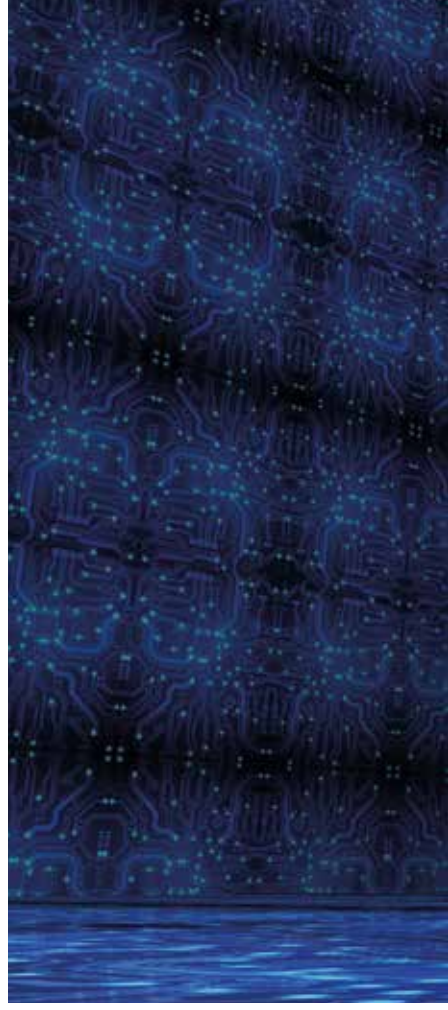
Zuverlässiger Helfer gesucht?

Mit den Kramer Radladern und den dazu passenden Anbaugeräten haben Sie diesen gefunden – das gesamte Jahr über können Sie Radlader einsetzen, egal ob Schneeräumen, verfahren von Pflanztöpfen oder zur Reinigung Ihrer Hoteleinfahrt.

Noch unsicher? Dann mieten Sie die Maschine und entscheiden dann über einen Kauf.

www.wackerneuson.at
info-at@wackerneuson.com

WACKER NEUSON
all it takes!



DATENSICHERHEIT

VORSICHT VOR ALTEN WORD-DATEIEN!

Ob Phishing-Mails, DDOS-Attacken, oder Trojaner: die Versuche, IT-Systeme lahmzulegen oder in diese einzudringen, um an sensible Daten zu gelangen, nehmen zu. Die Methoden der Angreifer werden dabei immer perfider.

Im Prinzip gibt es nur zwei grundsätzliche Methoden, wie Kriminelle in ein IT-System eindringen. Entweder sie greifen die Software direkt an, etwa indem sie Sicherheitslücken ausnützen, oder sie versuchen sich über reguläre Benutzer - sprich Menschen - Zugang zu verschaffen. Das Ziel der Hacker dabei ist diesen Usern die Log-in-Daten zu entlocken oder sie dazu zu bringen, unwissentlich Schadsoftware auf ihrem Rechner zu installieren. Dabei machen sie sich die technische Unwissenheit und Leichtfertigkeit vieler Anwender zunutze. Leider mit anhalendem Erfolg. Von Phishing-Mails und -Seiten lassen sich nach wie vor genügend Leute täuschen und Trojanern öffnen sie, genau wie im Epos, Tür und Tor, indem sie selbst der Malware das Eindringen gestatten. Was Trojaner in weiterer Folge im System anrichten, kann höchst unterschiedlich sein.

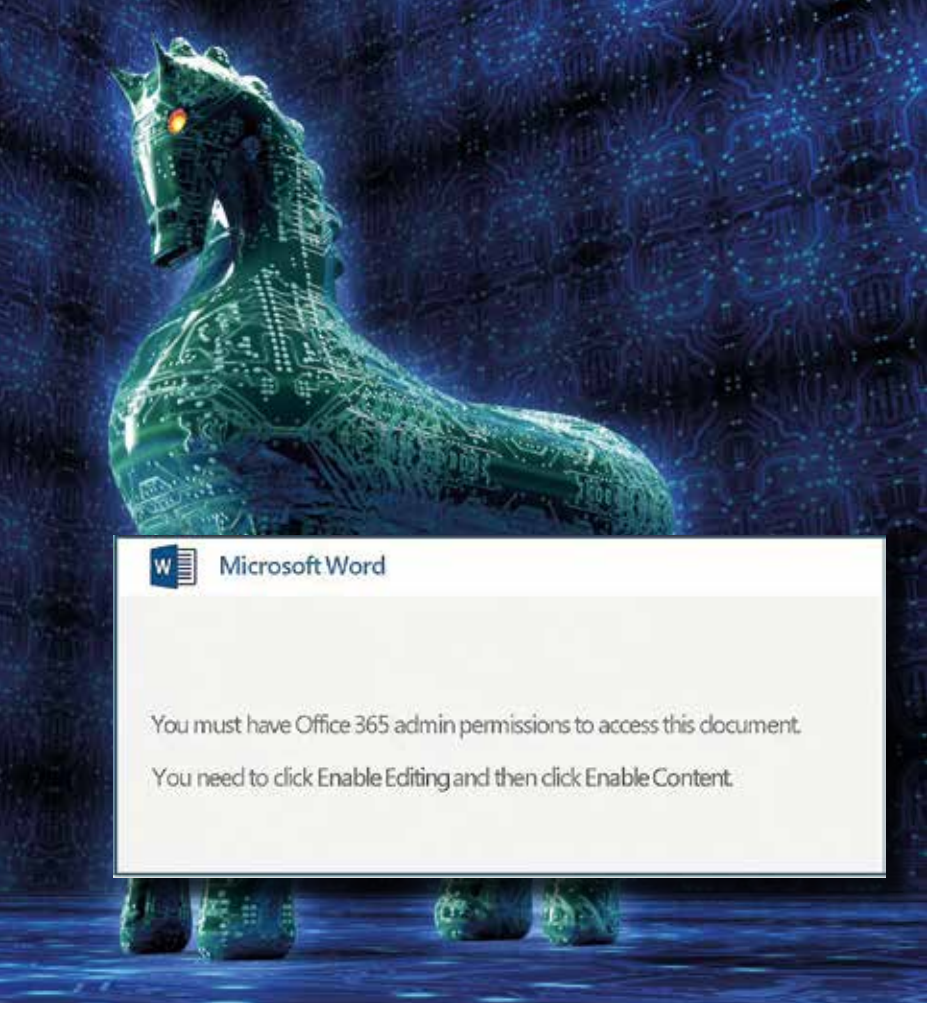
Die Warnung, dubiose E-Mailanhänge mit ungewöhnlichen Datei-Endungen wie .exe, .jar, und anderen nicht zu öffnen, hat jeder schon wiederholt gehört, und hoffentlich auch befolgt. Dass sich unerwünschter Code aber auch über ganz geläufige und vertraute Dateien ausbreiten kann, wissen leider noch viel zu wenige. Das ist mit ein Grund dafür, dass ein eigentlich gar nicht so neuer Trojaner nach wie vor sehr „erfolgreich“ ist.

> **„Emotet ist quasi ein Best-Of-Trojaner** und kombiniert bisher einzeln aufgetretene Methoden zu einem echten Super-Trojaner“
>
> **Thomas Löffler,** Geschäftsführer ThinkTank EDV-Consulting

Emotet heißt der Trojaner, der an sich schon seit Jahren bekannt ist und im Dezember 2018 auch im deutschsprachigen Raum für mediale Aufmerksamkeit sorgte. Der Eindringling hat von seiner Gefährlichkeit nichts verloren und ist auch gegenwärtig höchst erfolgreich in seiner Ausbreitung. Das Geheimnis seines Erfolges? Er schleicht sich über unverdächtige Text-Dateien im vertrauten .doc-Format ein. Microsoft Word-Dateien sind State-of-the-art und eines der gängigsten Formate für Textdateien generell sowie in Mailanhängen. Die wenigsten User vermuten darin eine Gefahr.

Was richtet Emotet an? IT-Profi Thomas Löffler erklärt: „Emotet ist quasi ein Best-of-Trojaner und kombiniert bisher einzeln aufgetretene Methoden zu einem echten Super-Trojaner, der nicht mehr nur den Computer infiziert, auf dem er entfesselt wurde, sondern sich selbstständig über alle Systeme verbreitet.“ Der rennomierte Heise-Verlag, der unter anderem mit c‘t und heise online selbst IT-Fachmedien-Spezialist ist, wurde Opfer von Emotet, nachdem ein Mitarbeiter arglos ein Word-Dokument öffnete und eine (gefälschte) Fehlermeldung erschien, die dazu aufforderte, „Enable Editing“ anzuklicken. Dieser Aufforderung kam der Mitarbeiter leider nach, und schon hatte Emotet seine Aufgabe erfüllt.

FOTO: shutterstock.com/posteriori



Achtung, sobald eine Word-Datei im veralteten .doc-Format beim Öffnen irgendwelche ungewöhnlichen Aufforderungen stellt. Benutzen Sie ausschließlich das neuere .docx-Format!

Wie kann man sich vor Emotet schützen? Die Schwachstelle liegt am .doc-Format selbst, das seit bald zehn Jahren als veraltet gilt und eigentlich keine Berechtigung im modernen Dokumentenaustausch mehr hat. Man sollte daher immer kritisch sein, wenn man Dateien im seit Jahren überholten Format .doc bekommt. Eine gefährliche .doc-Datei wird auch immer dazu auffordern, irgendeine Funktion zu aktivieren, bevor es geöffnet wird (Beispiel für eine solche Meldung siehe oben)

Die Folgen der aktuell häufigsten Schadsoftware, die eine Kombination aus der erfolgreichsten Trojanern der Vergangenheit darstellt, können je nach Variante den Regelbetrieb einer Gemeinde für Wochen lahm legen. Da trotz aller Bemühungen (Firewall, Intrusion Prevention, Spam-Abwehr, Virenscanner, Sichere Einstellungen, Warnmeldungen) immer noch der Mensch die „Last Line of Defense" ist, ist besonders kritisch darauf zu achten, wenn man .doc-Dokumente erhält. Idealerweise sorgt man dafür, Dokumente auch nur im neueren und bis dato unbedenklichen .docx-Format zu versenden, damit Adressaten diese auch im .docx-Format retournieren. Im Zweifelsfall fordert man vom Absender eine telefonische Bestätigung oder ein erneutes Senden der Datei im heute gebräuchlichen .docx-Format an.

RAMSOMWARE IN US-GEMEINDEN

1400

Orte ab 30.000 Einwohner repräsentiert die überparteiliche Bürgermeisterversammlung „Conference of Mayors" in den USA. Sie stellt sich „vereint gegen die Bezahlung von Lösegeld bei IT-Sicherheitsvorfällen".

48

Bundesstaaten sind es, in denen erpresserische Cyberangriffe auf Gemeinden dokumentiert wurden. Nur in Delaware und Kentucky gab es bis dato noch keine Ransomware-Attacken, über die öffentlich berichtet wurde.

In Gemeinden sind Rechner und Systeme heutzutage vernetzt. Um netzwerkseitig die Auslösung oder Verbreitung von Emotet einzugrenzen, sollte man erstens keine lokalen Administratorenrechte für Benutzer vergeben. Statdessen besser ein eigenes lokales Administrator-Konto anlegen und damit notwendige Vorgänge ausführen. Zweitens sollte man .doc-Dateien in Outlook sperren, um das Öffnen dieser Dateien aus Anhängen zu verhindern. Drittens Awareness unter den Gemeindebediensteten schaffen, und viertens gegebenenfalls von Windows 7 auf Windows 10 updaten. Das verringert das Risiko einer Infektion.

Emotet ist natürlich nicht die einzige Bedrohung. Eine reale Gefahr ist auch Erpresser-Software, sogenannte Ransomware, die dem Nutzer Daten bzw. Zugriff sperrt und nur gegen Lösegeld (meist in Form von e-Currrences wie BitCoin) wieder freigibt – wenn man Glück hat. Erst Mitte Juli haben die US-Bürgermeister in einer Deklaration der „Conference of Mayors" vereint gegen die Bezahlung von Lösegeld bei IT-Sicherheitsvorfällen Position bezogen. Initiiert wurde sie vom Bürgermeister von Baltimore. Seine Stadt erhielt nach einer Ransomware-Infektion einer Forderung in der Höhe von 13 Bitcoins (ca. 100.000 Dollar). Parkticket-System und die Verrechnung für die Wassernutzung waren ausgefallen. Mitarbeiter hatten keinen Zugriff mehr auf ihre E-Mails und andere Daten. Erst wollte man zahlen, doch kam man zu dem Schluss, dass man damit nur noch mehr Anreiz für weitere Cyberattacken dieser Art schaffen würde.

WASSERAKTIV FOTOWETTBEWERB 2019
Rund 600 Fotos mit den Hashtags #wasserfrühling bzw. #österreichradeltamwasser trudelten beim wasseraktiv Fotowettbewerb über Instagram und Facebook ein. So abwechslungsreich wie das Wetter, das uns der Frühling bescherte, waren die Motive. Das Gewinnerfoto von Stephan Madersbacher zeigt den Reintaler See in Tirol.

Shortlist: Staatspreis Architektur

17 Projekte in der engeren Auswahl für die renommierte Auszeichnung. Der Gebäudebereich ist für über ein Drittel des Energieverbrauchs in Österreich verantwortlich und daher ein wichtiger Hebel, um unsere Klimaschutzziele zu erreichen. Es zeigt sich immer wieder, dass viele Gemeinden besonders engagierte Bauherren sind, die auf architektonische Qualität, Baukultur, Energieeffizienz, erneuerbare Energieträger und ökologische Baustoffe großen Wert legen. Auch beim sechsten Staatspreis Architektur und Nachhaltigkeit gibt es wieder viele Gemeindeprojekte, die beweisen, dass sich aus nachhaltiger Architektur vielfältige Vorteile ergeben: großer Wohn- und Lebenskomfort, geringe laufende Kosten, Krisensicherheit und höhere Qualität des Lebensumfelds.

Unter den Bewerbungen befinden sich Gebäude sämtlicher Nutzungskategorien. Neu hinzugekommen ist heuer die Kategorie für Ensembles und Quartiere: Denn um Lösungen für Fragen des Klimawandels und der Zersiedelung zu entwickeln, hat die nachhaltige Siedlungsentwicklung eine Schlüsselfunktion inne. Vernetztes Denken, zukunftsfähige Mobilitätssysteme, sparsamer Umgang mit Flächen und hochwertige Freiraumqualitäten sind Aufgaben, denen Gemeinden und Städte gegenüberstehen.

Mehr auf www.klimaaktiv.at/staatspreis

BEST PRACTISE IN ALLER KÜRZE

Heuer sperren mehr Schulen zu

Das neue Schuljahr bringt das Aus für fast 30 Schulstandorte, wie die Plattform ORF News berichtet. Das sind viermal so viele wie im Vorjahr. Schulschließungen gibt es dabei in der Steiermark, in Salzburg, Tirol, Kärnten und Oberösterreich. Gut die Hälfte der Schließungen betrifft Volksschulen, wie ein APA-Rundruf in den Bildungsdirektionen zeigt.
Die meisten Schulen sperren in Tirol und der Steiermark zu. In Tirol betroffen sind dabei laut Bildungsdirektion Kleinstschulen mit einer „Handvoll Kinder". Außerdem werden drei Sonderschulen in Jenbach, Vorderes Stubai und Wörgl geschlossen, wobei zwei davon bisher unselbstständige Sonderschulen und anderen Schulen angeschlossen waren.
Mehr auf **orf.at//stories/3134411/**

FOTOS // Stephan Madersbacher //

LIEBE BESUCHER DER KOMMUNALMESSE 2019

WILLKOMMEN IN DER KÖNIGSKLASSE

Wir bedanken uns für Ihren Besuch auf der Kommunalmesse 2019 in Graz – trotz 35 °C+ war unser Messestand gut besucht und wir konnten viele Interessenten und langjährige Kunden bei uns begrüßen. Besonders freuen wir uns über das rege Interesse an unserer Produktneuheit für 2019, dem Abroll-/Wechselsystem von HUMER, das mit vielen verschiedenen Containern und Aufbausystemen bestückt werden kann. Auch unser Messehighlight, der Geschirranhänger von HUMER, war ein Besuchermagnet und erhielt von allen Interessenten den grünen Daumen. Endlich keine Verschmutzung mehr durch Einweggeschirr auf Veranstaltungen!

Sie konnten die Messe nicht besuchen und möchten mehr über unsere Anhänger, Tieflader, Verkaufsfahrzeuge und Abrollsysteme erfahren? Besuchen Sie eine HUMER Niederlassung in Ihrer Nähe und überzeugen Sie sich von Österreichs größter Anhängerauswahl!

MEHR INFOS
Ihr Ansprechpartner Moritz Zoister 0664 60949412 freut sich über Ihr Interesse.
www.humer.com

ENTGELTLICHE EINSCHALTUNG

„Die Ausgaben für Österreichs Spitäler werden sich bis 2030 **von 12,8 Milliarden auf 24,6 Milliarden Euro fast verdoppeln.**“

Maria Hofmarcher-Holzhacker, Institut Health System Intelligence, in Alpbach

6%

Im 1. Halbjahr 2019 erhielten laut Statistik Austria 5349 Personen die österreichische Staatsbürgerschaft, darunter 35 mit Auslandswohnsitz. Damit gab es um sechs Prozent mehr Einbürgerungen als im Vergleichszeitraum des Vorjahres.

FOTO// Klimpt //

Einfach nachgerüstet: Mehr Sicherheit durch elektronisches Schließsystem

Die Freiwillige Feuerwehr Mistelbach setzt bei ihrer neuen Schließanlage auf eine elektronische Lösung von ASSA ABLOY. Verwaltungsaufwand und Sicherheitsrisiken durch verlorene Schlüssel haben sich damit deutlich reduziert.

Das anspruchsvolle Amt fordert volle Energie und Konzentration. Umso wichtiger ist eine griffbereite Ausrüstung, die im Feuerwehrhaus gut geschützt auf den nächsten Einsatz wartet. Doch um das zu gewährleisten, muss der Zutritt zum Gebäude klar geregelt sein. Eines der größten Risiken hierbei sind verlorene Schlüssel.

Um das künftig zu verhindern, haben sich die Mistelbacher für die elektronische Schließlösung CLIQ® Go der Marke IKON von ASSA ABLOY entschieden. Ein Vorteil des Systems: Ein verlorener elektronischer Schlüssel kann unmittelbar gesperrt werden und ist dann für Unbefugte unbrauchbar. Das reduziert nicht nur das Sicherheitsrisiko eines Einbruchs, sondern spart auch erhebliche Kosten. Denn es müssen keine Zylinder oder Schlüssel getauscht werden, um die vorherige Sicherheitsstufe wieder herzustellen. Stattdessen wird einfach ein einziger elektronischer Schlüssel neu programmiert.

Mehr Infos: www.assaabloy.at

LAND & LEUTE

TREFFEN
Bürgermeisterinnen im Apfelland
Seite 106

REGIONALMÄRKTE
Neue Impulse für die Gemeinden
Seite 108

E-SCOOTER
Trendsportgerät als Herausforderung
Seite 110

Florian Juritsch ist Regional-manager und seit kurzem auch Bürgermeister von Unken. Mit 29 Jahren ist der gelernte Jurist das jüngste Gemeindeoberhaupt in Salzburg.

NAME: **FLORIAN JURITSCH**
ALTER: **29**
GEMEINDE: **UNKEN**
EINWOHNERZAHL: **1899** (1. JÄNNER 2019)
BÜRGERMEISTER SEIT: **20. MÄRZ 2019**
PARTEI: **ÖVP**

FOTO / Florian Juritsch/Gemeinde Unken

NAHAUFNAHME FLORIAN JURITSCH

DER FÖRDER-PROFI AUS DEM PINZGAU

TEXT // ANDREAS HUSSAK

Kommt nach Unken! Ihr werdet sehr gerne, liebevoll und herzlich empfangen! – Vielleicht kann man das noch irgendwo hineinschreiben? Denn ich leb das! Ich leb das einfach! Ich liebe meine Heimatgemeinde aus ganzem Herzen – sonst wäre ich auch nicht hier geblieben. Ich hätte die Möglichkeit gehabt, mit meiner Ausbildung irgendwo anders hin zu gehen, in ein Steuerbüro zu gehen, Steuerberater zu werden oder sonst etwas. Aber das hab ich bewusst nicht gemacht, weil mir die Gemeinde alles bietet, was ich brauche. Wenn man irgendwohin will, ist man schnell dort: Salzburg ist vor der Haustür, München ist in zwei Stunden entfert, Innsbruck eineinhalb. Das sind heutzutage keine Distanzen mehr. Wenn ich möchte, dann kann ich meine Flügel auspacken und entfliehen. Landschaftlich extremst reizvoll, haben wir das Alpenvorland mit dem Blick Richtung Chiemsee vor uns, und wenn man sich um 180 Grad dreht, hat man den Blick bis zum Großglockner in die Hohen Tauern hinein.

So lautete die Antwort von Bürgermeister Florian Juritsch auf die Frage, ob er noch irgendetwas anmerken wolle, nachdem er KOMMUNAL über seine Gemeinde und seinen Werdegang erzählt hat. Seine Leidenschaft ist authentisch, und das inbrünstige Bekenntnis zu seinem Unken verrät, was Juritsch antreibt, sich so sehr für seinen Heimatort zun engagieren. Im Lebenslauf des 29-Jährigen finden sich zudem ein paar für Bürgermeister typische Begebenheiten: Politisch war er schon immer interessiert. Seit jeher ist er bei zahlreichen örtlichen Vereinen aktiv tätig. In der Gemeinde war er stets fest verwurzelt, hatte seinen Hauptwohnsitz immer hier – selbst während seines Studiums. Und auch der Weg in die Politik ist ein klassisch-zufälliger: Sein Vorgänger hat ihn noch während seiner Ausbildung gefragt, ob er ihn unterstützen würde und mit auf die Wahliste geht. Das tat Juritsch, und nachdem zwei Gmeindevertreter ausschieden, rückte er nach. Nach zweieinhalb Jahren als Gemeindevertreter kandidierte Juritsch schließlich für das Spitzenamt – mit Erfolg. Seit 20. März dieses Jahres ist er mit 29 Jahren der jüngste Bürgermeister im Land Salzburg.

> „ICH BIN DAFÜR BEKANNT, SO LANGE ZU REDEN, BIS **DAS GEGENÜBER ERMÜDET ODER EIN KONSENS GEFUNDEN IST.“**

Seine Qualifikationen sind für Juritsch alles andere als ein Nachteil. Der studierte Jurist ist als Regionalmanager in der kommunalen und ländlichen Entwicklung tätig. Bei der Regionalentwicklungsstelle machen er und seine Kollegen primär Förderabwicklungen: „Das Programm heißt LEADER, und ist ein EU-Programm zur Förderung der ländlichen Region. Jeder, der eine gute Idee hat, kann sich bei LEADER bewerben. Wir setzen aber auch selbst Initiativen. Dort, wo es Bedarfslücken gibt, und sich niemand »

findet, der diese Lücken schließt, tritt die Regionaleintwicklungsstelle selbst als Bedarfsträger auf, indem wir Veranstaltungen ausrichten, und die Gemeinden so gut wie möglich servicieren. Die Philosophie lautet: Wenn jemand eine gute Idee hat, dann soll sie auch bestmöglich untersützt werden. Die finanzielle Unterstützung den Menschen vor Ort zukommmen lassen, sodass diese ihre Idee umsetzten können – das ist das Ziel. Den bürokratischem Hickhack im Hintergrund erledigen wir gerne."

LEADER-Regionen müssen sich bei der EU bewerben. Zu Juritschs Region gehören zehn Gemeinden im Saalachtal. Ist die Bewerbung für die kommende Periode erfolgreich, bekommt die Region wieder ein Budget zugeteilt, und getragen wird das alles von einem Verein, der zu 100 Prozent öffentlich finanziert ist und aus diesen zehn Gemeinden besteht. Seit seinem Amtsantritt hat Juritsch hier seine Regionalmanagement-Tätigkeit auf Teilzeit reduziert, auf Halbe-Halbe mit dem Bürgermeisteramt.

„Ich glaube, da kann man sehr viele Synergien nutzen. Ich habe im Vorfeld schon sehr viel mit Gemeinden zu tun gehabt, und ich weiß, wo man die Gelder abholen muss und kann. Das soll dem Bürgermeisteramt nicht schädlich sein. Wobei es natürlich für mich schon eine ganz strikte Trennung zwischen Beruf und Amt gibt. Aber da ich nicht derjenige bin, der entscheidet, wer die Gelder bekommt, ist eine etwaige Unvereinbarkeit nicht gegeben", erklärt Juritsch. „Das Programm, das wir bedienen, ist eine Querschnittsförderung durch alle Bereiche. Angefangen von touristischen, wie z. B. einer Aussichtsplattform, über soziale Projekte, etwa im Eltern-Kind-Bereich, oder landwirtschaftliche Projekte, bei denen man Direktvermarkter unterstützt und Regionalität forciert, aber auch kommunale Projekte, wenn es um die Adaptierung von Bushaltestellen mit Solarbeleuchtung geht. Alles was der ländlichen Entwicklung dienlich ist, lässt sich grundsätzlich darunter subsummieren. Als Jurist ist man insofern nicht ganz verkehrt, weil diese ganzen Förderverträge und zivilrechtlichen Vereinbarungen, die notwendig sind, um an öffentliche Gelder zu gelangen, durchaus sehr komplex sind. Aber auch wenn man einmal verschiedene Meinungen hat, kann man sich Kraft Gesetzes Meinung verschaffen", ist sich Juritsch seiner Fähigkeiten bewusst. Als prädestiniert für das Bürgermeisteramt will er sich dennoch nicht titulieren lassen: „Sagen wir einmal so, die Grundvoraussetzungen sind nicht die schlechtesten, dafür bin ich halt kein Handwerker!"

FOTO / gemeinde-unken.at

Die Gemeinde Unken ist über 100 km² groß und besteht aus fünf Ortschaften. Sie liegt im unteren Saalachtal zwischen Kniepass im Süden und dem Steinpass im Norden, inmitten der Salzburger Kalkalpen.

Das Gemeindeamt in Unken ist der neue Arbeitsplatz von Florian Juritsch.

FOTO /CC BY-SA 3.0/Gakuro

Unken befindet sich an der nördlichen Spitze des Pinzgaus, an der Dreiländerecke von Tirol, Salzburg und Bayern, und bildet das Tor zum Pinzgau – auch im geographischen Sinn: „Bei uns sind die Berge aus, oder fangen die Berge an, je nachdem wie man es sieht", umschreibt Juritsch seine Heimat liebevoll: „Wir sind ein kleiner, aber feiner Ort, mit einer sehr hohen Lebensqualität, was sowohl die Landschaft betrifft, als auch die Infrastruktur vor Ort. Wir können uns glücklich schätzen, noch einen eigenen Bäcker zu haben, einen Metzger, Nahversorger, Dorfwirt – eigentlich alles, was man sich von einer Gemeinde auf dem Land vorstellt. Übrigens bezeichnen wir uns auch als Meran des Pinzgaus, weil wir immer durchschnittlich zwei bis drei Grad Celsius über dem Durchschnitt der übrigen Bezirksnachbargemeinden liegen." Die Infrastruktur in der

FOTO / gemeinde-unken.at

Landschaftlich extrem reizvoll und mit qualitativ hochwertigen Betrieben ausgestattet, gibt es aus touristischer Sicht in Unken immer noch viel Luft nach oben.

FOTO / CC BY-SA 3.0 AT/ Luckyprof

Die alte Festung Kniepass wird revitalisiert und für Besucher erlebbbar gemacht.

Qualität aufrecht zu erhalten ist allerdings eine Herausforderung für Unken, denn zwei gegenläufige Faktoren beeinflussen das Gemeindebudget. Zum einen ist Unken eine relativ finanzschwache Gemeinde, und obwohl sie fast 2000 Einwohner umfasst, ist sie kleinstrukturiert.
Auch das Gewerbe ist kleinstrukturiert, und dementsprechend fällt die Kommunalsteuer aus. Zum andseren ist Unken aber auch wegen seiner guten geografischen Lage Zuzugsgemeinde. In 30 Minuten ist man im Ballungszentrum von Salzburg. „Das hilft uns zwar als Wohnort, aber als Arbeitsplatz-Standort wenig. Wir müssen neue Kanäle, Wasserleitungen, Kindergarten, Schule und all die Themen bewältigen, die bei einem Zuzug anzugehen sind. Pro Kopf bekommt man natürlich die Bundesertragsanteile, doch das steht in keinem Verhältnis dazu, was wir an Infrastruktur bereitstellen müssen. Unken hat ein weitverzweigtes Güterwegenetz und ein sehr großes Wasserleitungsnetz, das wir gerade wieder für 1,2 Mio. Euro ausbauen."

„Die Diskrepanz zwischen dem steigenden Infrastrukturbedarf und den Kommunaleinnahmen, die weniger stark steigen, ist die zentrale Herausforderung, die über allem steht. Doch es gibt für alles eine Lösung. Manchmal muss man mehr Hirnschmalz einbringen, um Dinge zu lösen, und manchmal geht es wieder leichter. Ich bin dafür bekannt, so lange zu reden, bis das Gegenüber ermüdet oder bis ein Konsens herbeigeführt ist."

Um die Schere zwischen Kosten und den Einnahmen zu schließen, entwickelt Unken ein Gewerbegebiet, wobei es dafür gleich mehrere Standorte im Talon hat. Zumindest was die rechtlichen Rahmenbedinungen betrifft, steht das Projekt kurz vor der Realisierung. Planerisch umgesetzt ist auch das touristische Projekt „Festung Kniepass". Die Festung im Originalzustand aus dem Dreißigjährigen Krieg wird revitalisiert, bekommt Salzburgs erste Riesenröhrenrutsche, ein Besucherzentrum und eine multimediale Ausstellung. Unterstützung dafür kommt vom Land und der Tourismusregion Salzburger Saalachtal. Ein weiteres Vorhaben ist die Revitalisierung des Freizeitzentrums, bei dem es das bisherige Hallenbad in der Form nicht mehr geben wird. Weil Unken aber eine historische Bäderkultur besitzt – bis zum Ersten Weltkrieg war der Ort immerhin ein Heilbad und hieß Bad Unken – und verschiedene Quellen, wie etwa eine Salzquelle, nach wie vor in der Gemeinde liegen, wir das traditionelle Bäderwissen auch im neuen Freizeitzentrum Anwendung finden.

Seit Mai ist Unken auch zertifiziertes Wanderdorf. Ein Bildungsnetzwerk wurde gegründet, das den Einwohnern Kultur in Spitzenqualität liefern soll. Kurz gesagt, es passiert viel. Leider nicht nur im Guten, denn auch die Baulandsicherung ist Thema geworden: „Was die Baulandpreise betrifft, sind wir in unserem Bezirk verwöhnt gewesen, aber mittlerweile erwischt es uns auch", berichtet Juritsch, „dass sich der Einheimische das nicht mehr leisten kann". Seine Zuversicht trübt das jedoch kein bisschen: „Schauen wir, dass wir den Betrieb und unsere Lebensqualität weiter aufrecht erhalten bzw. da und dort noch an den Schrauben drehen."

DAS AMT UND SEINE TRÄGER

Sie tragen die politische Hauptverantwortung für die Lebensqualität in den 2098 Gemeinden Österreichs. Ihren Bürgerinnen und Bürgern gelten sie je nach Blickwinkel als Reibebaum oder Respektsperson, Geldbeschaffer oder -verteiler, machtlos oder machtbewusst. KOMMUNAL fragt nach: Wie ticken unsere Bürgermeisterinnen und Bürgermeister? Was treibt sie an? Wie interpretieren sie ihr Amt zwischen Erwartungsdruck, rechtlichen und budgetären Rahmenbedingungen? In Kooperation mit dem Verein Zukunftsorte porträtiert KOMMUNAL in einer losen Serie Gemeindeoberhäupter, die ihre Kommune nicht nur verwalten, sondern gestalten und ihre Visionen umsetzen wollen.

„DIGITALER GEMEINDEPFAD“

E-GOVERNMENT MIT FRAGEZEICHEN

Auf dem „Digitalen Gemeindepfad“ trafen am Gemeindetag in Graz Vertreter der Bundesebene auf Gemeindevertreter, um gemeinsam über die Zukunft des österreichischen E-Governments zu sprechen. In den Expertengesprächen zeigten sich einige Fragezeichen bei den Gemeinden und Sorgen um das föderale Gefüge.

TEXT // REBECCA PIRON

Heuer hat die Digitalisierung rasant in der österreichischen Verwaltung Einzug gehalten. Die Handy-Signatur und die App „Digitales Amt“ verändern die Kommunikation zwischen Bürger und Staat nachhaltig. Dass diese Veränderung zwischen den Verwaltungsebenen bisher nicht ausreichend diskutiert wurde, zeigte sich im Expertengespräch auf dem Gemeindetag in Graz. Angereiste Gemeindevertreter hatten hier auf dem „Digitalen Gemeindepfad“ die Möglichkeit sich mit zuständigen Experten über die E-ID-Registrierung, das Digitale Amt und die Fotopflicht für E-Cards auszutauschen.

Eine Gemeinsamkeit, die sich durch die Gesprächsrunden zog: Gemeindevertreter fühlen sich alleingelassen mit ihren Aufgaben. Die rechtlichen Rahmenbedingungen sind nicht genau genug, die angebotenen Fortbildungsmöglichkeiten nicht praktisch genug und die Aufgabenverteilung zwischen Staat, Bundesländern und Kommunen besorgt die Gemeinden.

Wolfgang Ebner vom Bundesministerium für Digitalisierung und Wirtschaftsstandort war zum Gemeindetag angereist, um mit den Gemeindevertretern über die nächsten Schritte rund um das Digitale Amt zu sprechen. „Ein Ibiza-Video hat die Regierung zu Fall gebracht, aber daran, dass die Digitalisierung an Fahrt verliert, hat niemand Interesse“, versichert er den Anwesenden. „Deshalb entwickeln wir die App mit voller Kraft weiter.“ Es solle sich dabei auf keinen Fall ändern, dass der Bürger wählen kann, ob er mit dem Bürgeramt digital oder persönlich kommunizieren möchte. Für die Zukunft sind einige Künstliche-Intelligenz-Anwendungen geplant. „Wir möchten Chatbots in die App integrieren“, erklärt Ebner. „Das erlöst die Verwaltung von einfachen, wiederkehrenden Aufgaben, die von der eigentlichen Arbeit abhalten.“ Auch an Blockchain-Lösungen werde überlegt, doch hier sei noch nicht abschließend geklärt, auf welchen Feldern die Technologie gewinnbringend ausprobiert werden kann. Ein Problem beim Test der neuen Möglichkeiten: „Viele Anwendungen können wir derzeit nicht im Reallabor testen, da die rechtlichen Rahmenbedingungen es noch nicht zulassen.“

„Wir möchten Chatbots in die App integrieren. Das erlöst die Verwaltung von wiederkehrenden Aufgaben, die von der Arbeit abhalten.“

Wolfgang Ebner, Bundesministerium für Digitalisierung und Wirtschaftsstandort

In der anschließenden Diskussionsrunde zeigte sich, dass es nicht die neuen Technologien sind, für die sich die Gemeindevertreter interessieren. Es sind grundlegende Fragen, wie etwa nach der Aufgabenteilung. So entlastet das Digitale Amt die Gemeinden bei Aufgaben, die sie zuvor für den Bund übernommen haben. Etwa im Bereich des Meldewesens. Da dies nun auch

FOTOS // Shutterstock.com/mmhock

online möglich ist, wird der Arbeitsaufwand bei den Gemeinden geringer. Damit jedoch auch der Personalbedarf. „Ich bin zu 1000 Prozent für das Digitale Amt, aber es muss strukturell durchdacht werden, bevor wir unsere Mitarbeiter und die Bürger damit konfrontieren“, fordert ein anwesender Amtsleiter. Ebner versuchte die Bedenken der Anwesenden zu zerstreuen: „Digitalisierung ist ein Kulturwandel. Sie wird die Arbeitswelt nach und nach umwälzen. Berufsfelder werden aber nicht einfach wegfallen, sie werden sich verschieben.“ So werde es mit der E-ID für Bürger etwa nötig, alle fünf Jahre das Zertifikat erneuern zu lassen. Hierfür würden auch Verwaltungsmitarbeiter benötigt. Dass die Verlängerung des Zertifikats auch online möglich sein soll, erwähnte Ebner nicht.

Ähnlich verlief auch das Gespräch über die E-ID mit Michael Fuchs vom Bundesministerium für Inneres. Fuchs wies auf die vielen zusätzlichen Möglichkeiten hin, die die E-ID gegenüber der Handy-Signatur zulässt. Besonders auch auf den geringeren Aufwand, der dadurch auf die Kommunen zukommt. Doch auch hier zeigte sich im Gespräch, dass es bei den Gemeindevertretern noch einige Fragezeichen bei der konkreten Umsetzung gibt. „Ich war schon auf mehreren Workshops zur E-ID, aber dort sprechen nie Politiker und Praktiker. Die Redner haben von der alltäglichen Arbeit keine Ahnung“, erzählt ein Anwesender.

Auch bei der E-ID gibt es zudem Unsicherheiten bezüglich der Zuständigkeiten. Die Aufnahme der Anträge auf eine E-ID sei eine Dienstleistung der Kommunen an den Bund. Aber: Warum können Kommunen die Aufgabe nicht selbst abschließen wie beim Reisepass? Stattdessen müssten das Foto und die weiteren Unterlagen per Post an andere Stellen weitergegeben werden. Auch hier stoße man wieder an unnötige Verwaltungsgrenzen, kritisieren die Anwesenden. „Ich hoffe hier sehr auf die Expertenregierung, die Prozesse glatt zu ziehen“, sagte ein Gemeindevertreter.

Zum Thema der E-Card-Registrierung sprach Ursula Weismann, Geschäftsführerin der Sozialversicherungs-Chipkarten Betriebs- und Errichtungsgesellschaft (SVC). Ab Januar 2020 werden in ganz Österreich neue E-Cards mit Foto ausgegeben. Der Prozess soll bis Ende 2023 abgeschlossen sein. Dann ist eine E-Card mit Foto Pflicht, um ärztliche Hilfe in Anspruch nehmen zu können. Für 85 Prozent der Österreicher liegen bereits Fotos vor, die für die E-Cards genutzt werden können. Gerade im ländlichen Raum in der Steiermark, in Ober- und Niederösterreich fehlen jedoch von vielen Menschen Fotos. Die SVC versucht Kommunen als freiwillige Registrierungsstellen für die neuen E-Card zu gewinnen.

„Pro eingesammeltem Foto zahlen wir der betreffenden Gemeinde sieben Euro“, sagt Weismann. „Nur das Porto, um uns die Fotos zuzuschicken, müssen die Gemeinden übernehmen.“ Eine Online-Teilnahmeerklärung der Gemeinde reicht aus, um teilzunehmen. Die SVC stellt daraufhin alle nötigen Materialien, E-Learnings, Banner und Flyer zur Verfügung. Viele Gemeindevertreter erklärten sich schon während des Gemeindepfads dazu bereit, freiwillig teilzunehmen.

E-CARD-REGISTRIERUNG

Ab 1. Jänner 2020 wird die e-card mit einem Foto des Versicherten ausgestattet werden. Rund 80 Prozent der Versicherten müssen dafür nichts tun. Personen, die kein Foto in einem Register haben, müssen per Gesetz ein Foto bringen. Um für die Versicherten einen niederschwelligen Zugang zur Foto-Registrierung anzubieten, können (müssen aber nicht!) auch Gemeindeämter die Foto-Registrierung vornehmen. Für jedes registrierte Foto erhalten Gemeinden einen Aufwandsersatz von der Sozialversicherung.

QUELLE: kommunal.at/artikel/foto-registrierung-fuer-e-card-auf-der-gemeinde-moeglich

REBECCA PIRON IST REDAKTEURIN BEI KOMMUNAL DEUTSCHLAND

18. UND 19. SEPTEMBER IN WIEN: DIE „BUILDING TECHNOLOGY AUSTRIA“

ES GEHT UM GEBÄUDE UND **DIE TECHNIK DER ZUKUNFT**

Die Gebäudeplanung der Zukunft ist integral, und um diese Vision umzusetzen, braucht es fachübergreifende Kreativität, nachhaltige Technologien und intelligente Zusammenarbeit.

Die BTA – Building Technology Austria – ist ein Netzwerk-Event, zugleich Fachforum und Expo in einem und bringt Gebäudetechnik-Profis aus den Bereichen Planung, Errichtung und Betrieb zusammen. Sie versteht sich als Netzwerkplattform und Impulsgeber für interdisziplinären Wissenstransfer und Dialog.

„Die BTA hat sich aus der Neukonzeption der Aquatherm entwickelt, die bis 2016 Messeheimat für die Sanitär-, Heizungs- und Klimabranche in Österreich war. Doch das Format hatte Schwächen. Gebäudetechnik, ein immer wichtigerer Bereich für Bauvorhaben für die öffentliche Hand, fehlte komplett. Das war die Initialzündung für uns, neu und vor allem weiter zu denken. Die heutige BTA ist daher viel mehr als bloß Messe. Ihr Ziel ist es, Bauträgern, Architekten, Haustechnikexperten, Industrie, Ausführenden und Betreibern eine Plattform zu bieten, bei der auf Augenhöhe über die Zukunft der Gebäudetechnik gesprochen werden kann“, so Benedikt Binder-Krieglstein, CEO von Reed Exhibitions.

Auch Christian Struber, Geschäftsleiter der Salzburg Wohnbau GmbH, ist von derartigen Fachevents überzeugt: „Events wie die BTA geben einen umfassenden Überblick über neue Entwicklungen, neue Produkte und neue Dienstleistungen. Sie bieten aber auch eine Plattform für den Austausch, für das Gespräch für die Stärkung der Netzwerke.“ Gerade das sei, so Struber, für die Bereiche Digitalisierung und Smart Buildings ganz wichtig. Welche Trends zu erwarten sind? Struber: „Im Bereich der Planung von Objekten mit Sicherheit BIM. Die Digitalisierung gibt uns die Möglichkeit, vernetzt zu arbeiten, digital zu dokumentieren und damit für den Lebenszyklus eines Objekts wichtige Informationen zu sichern. Wir stehen hier erst am Anfang und sicher noch nicht am Ende der Entwicklung.“

Im Rahmen der BTA 2019 findet zudem das erste Fachforum für lebenszyklusorientiertes Planen, Errichten und Betreiben von Gebäuden statt. Das Fachforum beschäftigt sich mit Themen wie Projektkultur, Qualitätssicherung, der Vernetzung von Gebäuden, Nachhaltigkeit und Möglichkeiten einer effizienteren Zusammenarbeit zwischen den Stakeholdern der Baubranche.

- Vorträge mit Weitblick
- innovative Keynotes und Diskussionen
- Praxis-Impulse am Beispiel aktueller Projekte
- fachübergreifender Diskurs zwischen Stakeholdern des Bausektors

Mehr auf www.bt-austria.at

„Die BTA ist viel mehr als bloß Messe. Sie ist Netzwerk-Event, Fachforum und Expo in einem.“

Benedikt Binder-Krieglstein, CEO von Reed Exhibitions

„Fachevents wie die BTA geben einen **umfassenden Überblick über neue Entwicklungen**, neue Produkte und neue Dienstleistungen.“

Christian Struber, Geschäftsleiter Salzburg Wohnbau

GEMEINDE-MTB-MEISTERSCHAFTEN BEI DER „SALZKAMMERGUT-TROPHY 2019“

DER SIEG GEHT NACH SARLEINSBACH/MÜHLVIERTEL

Im Rahmen der 22. Salzkammergut-Mountainbike-Trophy in Bad Goisern traten auch wieder die Bürgermeister, Funktionäre und Gemeindebediensteten kräftig in die Pedale.

Die Teilnehmer der Mühlviertler Gemeinde Sarleinsbach (Daniel Oberngruber, Alois Karlsböck, Georg Grabner) schafften es auf Platz 1.

Bei der Salzkammerguttrophy 2019 gab es auch heuer wieder eine Wertung für Kommunalpolitiker und Gemeindebedienstete aus ganz Österreich. Bei der „Österreichischen MTB-Meisterschaft“ über die 37,9-km-Distanz schafften es die Biker von der Mühlviertler Gemeinde Sarleinsbach (Daniel Oberngruber, Alois Karlsböck, Georg Grabner) auf Platz 1. Rang 2 „erradelten“ ihre oststeirischen Kollegen der Gemeinde Mortantsch (Johannes Kopp, Gottfried Grabner, Martin Schaffler). Rang 3 geht nach Salzburg, genauer gesagt an die Gemeinde St. Gilgen (Veronika Laimer, Anton Wörndl, Thomas Leitner).

Die Einzelwertung bei den Damen entschieden Veronika Laimer (St. Gilgen/Sbg.) vor Marion Binder (Ottnang/OÖ) und Barbara Scheutz (Bad Goisern/OÖ) für sich. In der Herrenwertung siegte der Oberösterreicher Franz Reisinger (Lasberg) vor Daniel Oberngruber (Sarleinsbach/OÖ) und Johannes Kopp (Mortantsch/Stmk.).

Mehr auf /www.salzkammergut-trophy.at/

FOTOS // Rudi Knoll // Erwin Haiden // Joachim Gamsjäger

BÜRGERMEISTERINNENTREFFEN 2019

FRAUENPOWER IM APFELLAND

Puch bei Weiz, das größte Apfeldorf Österreichs, war Austragungsort des 13. Bürgermeisterinnentreffens. Rund 60 Bürgermeisterinnen folgten der Einladung und nutzten die drei Tage zum Erfahrungsaustausch. Gemeindebund-Präsident Alfred Riedl kündigte weitere Bemühungen für Frauen in der Politik an.

Rund 60 Bürgermeisterinnen trafen sich Anfang August in Puch bei Weiz.

TEXT // CARINA RUMPOLD

Im Zentrum des jährlich in einem anderen Bundesland stattfindenden Treffens standen die Vernetzung über Bundesländergrenzen hinweg, der Erfahrungsaustausch und darauf aufmerksam zu machen, dass es immer noch viel zu wenige Frauen in diesem Amt gibt. Gastgeberin war dieses Jahr Bürgermeisterin Gerlinde Schneider. Rund 60 Bürgermeisterinnen aus ganz Österreich folgten der Einladung.

Gastgeberin Gerlinde Schneider ist seit 2010 Bürgermeisterin der mehr als 2000 Einwohner zählenden Gemeinde Puch bei Weiz, dem größten Apfeldorf Österreichs. „Das Amt der Bürgermeisterin ist mit schönen, aber auch herausfordernden Aufgaben verbunden. Darum ist es mir wichtig, meinen Kolleginnen an diesen drei Tagen Zeit zu geben, Energie zu tanken, uns weiterzubilden und uns für die Zukunft zu stärken."

Der Österreichische Gemeindebund unterstützt die jährlichen Treffen seit dem Beginn im Jahr 2007. „Es ist uns ein wichtiges Anliegen, Bürgermeisterinnen zu unterstützen und ein Zeichen zu setzen, dass diese Gestaltungsfunktion nicht nur herausfordernd, sondern auch erfüllend ist", so Gemeindebund-Präsident Bgm. Mag. Alfred Riedl. „Dass wir seit März mit Sonja Ottenbacher und Roswitha Glashüttner zwei Vizepräsidentinnen haben, war nur der Beginn einer intensiveren Auseinandersetzung mit dem Thema."

Der Gemeindebund wirkt unter anderem auch an einem europäischen Projekt mit, bei dem Mechanismen zur weiteren Steigerung der Frauenquote im Bürgermeisteramt gemeinsam mit Deutschland, Frankreich und Polen erarbeitet werden. Erste Ergebnisse sollen Anfang 2021 vorliegen.

„In unserem Alltag müssen wir alle Themen gleichwertig behandeln. Da geht es auch um Finanzen, Baurecht und viele andere Bereiche, die in einer Gemeinde wichtig sind."

Sonja Ottensbacher, Bürgermeisterin von Stuhlfelden und Vizepräsidention des Österreichischen Gemeindebundes

Österreich im europäischen Vergleich eher Schlusslicht. Österreich liegt mit einer Frauenquote von 8,3 Prozent (173 Bürgermeisterinnen bei 2096 Gemeinden) im europäischen Vergleich immer noch im hinteren Feld. Deutschland steht zwar mit 9,6 Prozent Bürgermeisterinnen in den größeren Gemeinden ein wenig besser da, aber die Zehn-Prozent-Hürde wurde auch hier noch nicht übersprungen. Etwas besser ist die Situation in Polen mit elf Prozent (2017). In Frankreich gibt es bereits 16 Prozent Bürgermeisterinnen.

Die beiden Vizepräsidentinnen des Österreichischen Gemeindebundes waren bei dem Treffen auch anwesend. Sonja Ottenbacher hat 2007 die jährlichen Bürgermeisterinnentreffen ins Leben gerufen. „Damals war es mir wichtig, eine Möglichkeit zu finden, mich mit diesen wenigen Bürgermeisterinnen auszutauschen. Es freut mich sehr, dass sich diese Idee so etabliert

FOTOS // Kasofoto

Bei strahlendem Wetter bergüßte Bürgermeisterin Gerlinde Schneider ihre Kolleginnen aus ganz Österreich.

Zwei „junge" Bürgermeisterinnen im Smalltalk: Elisabeth Feichtinger, seit 2015 in Altmünster im Amt und Roswitha Glashüttner, seit 2018 „Chefin" in Liezen.

Das klassische „Gruppenbild mit Präsident" musste sein: Alfred Riedl im Kreise seiner Amtskolleginnen.

Die Bürgermeisterinnen nutzten das Treffen auch zur Weiterbildung. Seminare und Workshops standen zur Auswahl.

MEHR INFOS UND BILDER

gemeindebund.at

hat und wir immer mehr werden. Dennoch ist es für mich auch wichtig, dass wir nicht nur als Frauenpolitikerinnen wahrgenommen werden. In unserem Alltag müssen wir alle Themen gleichwertig behandeln. Da geht es nicht nur um Soziales, sondern auch um Finanzen, Baurecht und viele andere Bereiche, die in einer Gemeinde wichtig sind", betonte Ottenbacher.

Ihre Amtskollegin Roswitha Glashüttner ist erst seit 2018 Bürgermeisterin und seit März 2019 (gleich wie Sonja Ottenbacher) Vizepräsidentin des Österreichischen Gemeindebundes. „Die Steiermark hat mit 7,3 Prozent nach Niederösterreich und Vorarlberg die drittmeisten Bürgermeisterinnen in Österreich. Ich möchte mit der Übernahme dieser beiden wichtigen Funktionen Frauen Mut machen und zeigen, wie viel Freude und vor allem Gestaltungsmöglichkeiten solche Aufgaben bieten."

Eröffnete wurde das jährliche Treffen von der steirische Landesrätin Barbara Eibinger-Miedl, im Laufe der Veranstaltung besuchten auch Landeshauptmann Hermann Schützenhöfer und Steiermarks Gemeindebund-Präsident Bgm. Erwin Dirnberger das Treffen.

REGIONALE MÄRKTE

NEUE IMPULSE FÜR DIE GEMEINDE

Eine Gemeinde kann, unter den Voraussetzungen der jeweiligen Landesgesetze und der Gewerbeordnung, einen Markt veranstalten, wenn ein Bedarf gegeben ist und sie eine Marktrechtsverordnung erlässt.

TEXT // TRISTAN PÖCHACKER

In einer Marktrechtsverordnung legt die Gemeinde das Marktgebiet, die Markttermine und die Waren für die Hauptgegenstände des Marktverkehrs fest. Zusätzlich hat die Gemeinde eine Marktordnung zu erlassen, welche die Bedingungen der Standplatzvergabe, der Marktzeiten und die Marktgegenstände festlegt. Die Gemeinden haben dabei einen großen Gestaltungsspielraum.

Märkte spielen schon seit Jahrhunderten eine wichtige Rolle für Städte und Gemeinden. Wurde eine Gemeinde zur Marktgemeinde ernannt, hat dies die Ortsentwicklung nachhaltig geprägt. Seit der Gemeindereform 1849 ist die Bezeichnung „Marktgemeinde“ nicht mehr formal notwendig, um auch einen Markt abzuhalten – eine repräsentative Wirkung ist der Bezeichnung aber auch heute nicht abzusprechen. Waren Märkte ursprünglich dazu da, die ansässige Bevölkerung mit landwirtschaftlichen Produkten und Waren, die für das tägliche Leben benötigt wurden, zu versorgen, hat sich dieses Bild in neuerer Zeit geändert. Auch wenn in Zeiten von Lebensmitteldiscountern und Onlinehandel der Versorgungscharakter der Märkte eher in den Hintergrund getreten ist, finden sich auch heute noch zahlreiche Vorteile für die Bevölkerung und die Gemeinde.

Standortfaktor und Belebung der lokalen Wirtschaft: Märkte bieten ein breites Produktangebot und eine Vielzahl an Waren. Gerade für kleine Produzenten bietet sich dort eine Gelegenheit, regionale Spezialitäten zu vermarkten und so zu regionaler Wertschöpfung beizutragen. Durch die

„Zu Märkten gehört auch, dass sie Treffpunkte sind. **Sie sind ein Bestandteil des sozialen Lebens.**“

Melanie Eckardt, Landesvorsitzende von „Frau in der Wirtschaft“ im Burgenland

FOTO // shutterstock//Tupungato

„Ein Markt bietet der Gemeinde eine weitere Möglichkeit, **neue Impulse zu setzen.**“

Alfred Riedl, Präsident des Österreichischen Gemeindebundes

kluge Kombination von Ausstellern und lokalen Betrieben ergeben sich auch für ortsansässige Betriebe ganz neue Möglichkeiten. Veranstaltet eine Gemeinde einen Markt, kann sie über ihre Marktordnung für eine ausgewogene Mischung der Aussteller sorgen. Es ist auch ein Trend bemerkbar, dass immer mehr Kunden Tradition und Brauchtum wieder mehr schätzen – dies kann sich einerseits durch die auf dem Markt angebotenen Waren widerspiegeln oder durch das angebotene Rahmenprogramm ausdrücken.

Soziale Funktion: Nicht nur ältere Mitbürger, die auf Grund eingeschränkter Mobilität nicht die Möglichkeit haben, weitere Wegstrecken auf sich zu nehmen, um Waren zu vergleichen, nutzen die Märkte mit ihren breitgefächerten Angeboten im Ort. Gerade auch die jüngeren Generationen setzen vermehrt auf Regionalität und Nachhaltigkeit und schätzen es, mit den Produzenten und Verkäufern in persönlichen Kontakt treten zu können. Der Markt dient damit auch als Treffpunkt für die Bevölkerung.

Einzigartigkeit: Bei der Schaffung von Märkten ist Kreativität und Einfallsreichtum gefragt. Seit längerem ist bekannt, dass es den Menschen beim Einkaufen auch vermehrt um die „Shopping-Experience“ geht. Geschäfte entwickeln sich immer mehr zu Erlebniswelten. Der Markt muss dieses Erfordernis erfüllen, um mithalten zu können. Gefragt sind Besonderheiten und Alleinstellungsmerkmale, etwa Produktpräsentationen, ein Rahmenprogramm (z. B. Modeschau, Show-Cooking, Musik) oder das Angebot von Kinderanimation/-betreuung.

Gemeinden, die sich dafür interessieren, einen Markt abzuhalten oder einen bestehenden Markt neu zu planen, erhalten Unterstützung von den Landesgremien des Markthandels bei den Wirtschaftskammern. Der „Leitfaden für Marktveranstalter“ von Melanie Eckhart kann dabei ebenfalls als Orientierung dienen und bietet nützliche Tipps zur Organisation von Märkten.

MAG. TRISTAN PÖCHACKER IST FACHREFERENT IN DER ABTEILUNG RECHT UND INTERNATIONALES DES ÖSTERREICHISCHEN GEMEINDEBUNDES

E-SCOOTER

TRENDSPORTGERÄT ALS **HERAUSFORDERUNG**

Einfach in der Handhabung, günstig im Betrieb, platzsparend und trendy – das Fortbewegungsmittel E-Scooter bietet Verkehrsteilnehmern zahlreiche Vorteile und erfreut sich steigender Beliebtheit. Doch mit der zunehmenden Anzahl an Geräten häufen sich auch die Beschwerden aufgrund unsachgemäßer Nutzung.

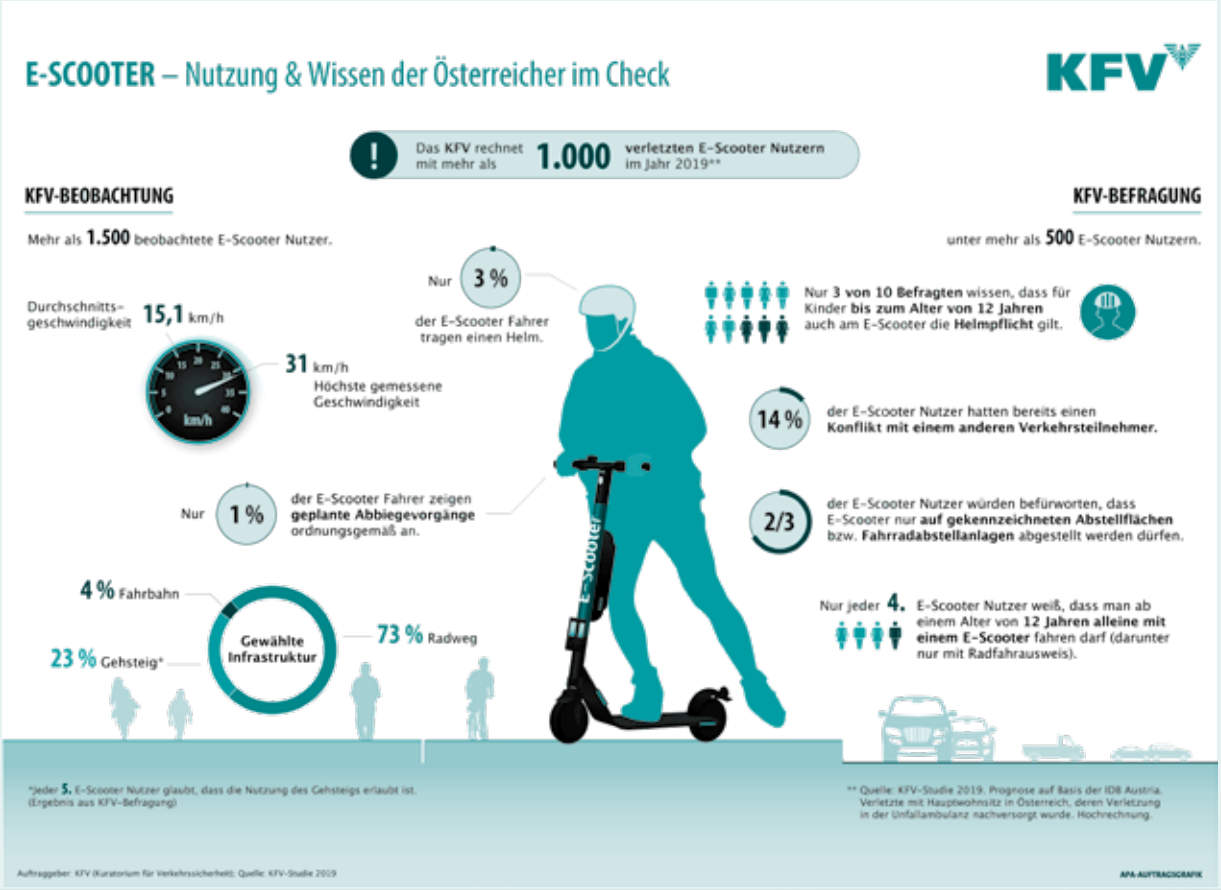
Roller mit Elektroantrieb sind inzwischen zu einem fixen Bestandteil des Verkehrsgeschehens geworden. Neben privaten Geräten werden in immer mehr Städten nun auch Leih-Scooter angeboten. Diese können nach Anmeldung per App geortet und gemietet werden, die Bezahlung ist in der Regel abhängig von der Nutzungsdauer und erfolgt bargeldlos per Kreditkarte.

Für viele Nutzer sind E-Scooter ein Inbegriff moderner und umweltschonender Mobilität. Besonders im Hinblick auf das sogenannte „Problem der letzten Meile“ werden große Hoffnungen auf das Trendsportgerät gesetzt: Es könnte das Potenzial haben, die Lücke zwischen dem öffentlichen Verkehrsnetz und dem eigentlichen Zielort zu schließen. Gleichzeitig häufen sich jedoch auch zunehmend die Beschwerden über zu hohe Fahrgeschwindigkeiten, unsachgemäße Benutzung oder achtlos abgestellte Leihgeräte. „Neue Formen der Mobilität stellen stets eine Herausforderung für das bestehende Verkehrssystem dar. Für ein gutes und unfallfreies Miteinander im Straßenverkehr braucht es klare Regeln, aber auch den gegenseitigen Respekt und die Rücksichtnahme aller Verkehrsteilnehmer“, betont Dr. Othmar Thann, Direktor des KFV.

KFV-TIPPS FÜR MEHR SICHERHEIT AM E-SCOOTER

- Üben Sie den Umgang mit dem E-Scooter im verkehrsfreien Raum!
- Schützen Sie Ihren Kopf mit einem Helm!
- Halten Sie sich an die Verkehrsregeln!
- Fahren Sie stets rücksichtsvoll und gefährden Sie andere Verkehrsteilnehmer nicht!
- Seien Sie im Kreuzungsbereich besonders aufmerksam: Nähern Sie sich langsam der Kreuzung und seien Sie sich möglicher Gefahren durch abbiegende Fahrzeuge bewusst.
- Ablenkung vermeiden, beim Fahren auf Kopfhörer verzichten!
- Machen Sie sich sichtbar! Helle Kleidung und Reflektoren auf der Kleidung und am Scooter helfen, dass Sie besser gesehen werden!
- Schalten Sie bei Dunkelheit und schlechter Sicht das Licht Ihres E-Scooters rechtzeitig ein! Achten Sie darauf, andere Verkehrsteilnehmer nicht zu blenden.
- Überprüfen Sie Leihgeräte vor der Nutzung auf Verkehrstüchtigkeit und Bremsleistung.
- Vorsicht im Urlaub: Die Regelungen für E-Scooter sind in Europa nicht einheitlich. Erkundigen Sie sich vor der Abreise, welche Regeln für E-Scooter an Ihrem Reiseziel herrschen.

FOTO // shutterstock//GRAFIK//KfV/APA Grafik



Neue, bundesweite Regeln für E-Scooter. Eine Novelle der Straßenverkehrsordnung regelt seit Juni 2019 in Österreich den Gebrauch der Trendsportgeräte. E-Scooter gelten rechtlich als Fahrräder, so lange ihre maximale Geschwindigkeit 25 km/h und ihre maximale Leistung nicht mehr als 600 Watt beträgt. E-Scooter-Fahrer haben daher alle Regeln zu befolgen, die auch für Radfahrer gelten. Erlaubt ist demnach die Benutzung auf der Fahrbahn und auf Radfahranlagen, nicht aber auf dem Gehsteig oder Gehwegen – sofern keine anderslautenden Ausnahmeregelungen existieren. Es gilt die 0,8-Promille-Grenze, Telefonieren ist nur mit Freisprecheinrichtung erlaubt. Kinder dürfen erst ab einem Alter von zwölf Jahren alleine mit dem E-Scooter fahren. Für Besitzer eines Radfahrausweises sinkt diese Altersgrenze auf 10 Jahre. Wie beim Fahrrad gilt auch beim E-Scooter für Kinder unter zwölf Jahren Helmflicht – aus Sicherheitsgründen ist das Tragen eines Helms jedoch für alle Altersklassen empfehlenswert. Wer des Öfteren Leih-Scooter nutzt, sollte es daher zur Routine werden lassen, einen Helm gleich in der Früh von zu Hause mitzunehmen.

> **„E-Scooter könnten das Potenzial haben,** die Lücke zwischen dem öffentlichen Verkehrsnetz und dem eigentlichen Zielort zu schließen."

1 Weitere Informationen zum Thema liefert Ihnen bei Interesse die Initiative RückSICHT des Blinden- und Sehbehindertenverbandes. www.blindenverband-wnb.at/wissenswertes/verkehr/initiative-ruecksicht/

E-Scooter achtsam abstellen. Vor allem bei Leihgeräten stellt sich die Frage: Wo parke ich mein Gefährt nach der Fahrt? Scooter sollten am Fahrbahnrand grundsätzlich so abgestellt werden, dass sie weder umfallen können noch verkehrsbehindernd sind. Verkehrseinrichtungen wie Ampeln, Verkehrszeichen etc. dürfen nicht beschädigt oder gar verdeckt werden. Auf dem Gehsteig dürfen E-Scooter nur dann abgestellt bzw. geparkt werden, wenn dieser zumindest 2,5 Meter breit ist – sodann sind Scooter dort platzsparend aufzustellen. Nicht erlaubt ist das Abstellen in Haltestellenbereichen (ausgenommen Fahrradständer), in Grünanlagen, auf nichtöffentlichen Flächen sowie auf anderen Flächen mit Halte- & Parkverbot. Die Gehlinien von Fußgängern sollen keineswegs durch abgestellte Scooter gestört werden. Der beste Platz für Scooter ist somit neben bestehenden Radbügeln oder Fahrradständern oder am Parkstreifen neben der Fahrbahn. Blindenleitsysteme und Ampelanlagen sollten freigehalten und Scooter niemals an Hausmauern oder in Hauseingängen abgestellt werden – dort können sie für ältere, blinde oder sehbehinderte Personen, die sich mit dem Langstock orientieren, zur gefährlichen Stolperfalle werden.[1]

familienfreundlichegemeinde

Gemeinsam. Für ein familienfreundliches Österreich.

Familienfreundlichkeit bringt Vorteile - Für den Standort und die Bürgerinnen und Bürger.

fotolia.com

Familienfreundlichkeit lohnt sich.
Ob Bürgerinnen und Bürger, Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber oder Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, jung oder alt, jeder profitiert von familienfreundlichen Maßnahmen. Die Vorteile von familienfreundlichen Maßnahmen liegen auf der Hand: Die Gemeinden profitieren durch eine Aufwertung des Standorts und einer stärkeren Identifikation der Bürgerinnen und Bürger mit dem Wohnort. So lässt sich auch Abwanderung gezielt vorbeugen. Eine rezente Studie im Auftrag der Familie & Beruf Management GmbH hat gezeigt, dass in zertifiziert familienfreundlichen Gemeinden das Bevölkerungswachstum stärker und auch die Erwerbsquote höher war als in nicht zertifizierten Gemeinden.

Audit *familienfreundlichegemeinde*
Das Audit familienfreundlichegemeinde ist ein nachhaltiger, kommunalpolitischer Prozess für österreichische Gemeinden, Marktgemeinden und Städte mit dem Ziel, in Workshops und durch aktive Bürgerbeteiligung aller Generationen, familienfreundliche Maßnahmen in der Gemeinde zu verankern.Nach erfolgreichem Abschluss des Audits, das europaweit als Vorzeigebeispiel gilt, wird die Gemeinde von der Bundesministerin für Frauen, Familien & Jugend mit dem staatlichen Gütezeichen *familienfreundlichegemeinde* ausgezeichnet. Im Rahmen des Audits werden Maßnahmen für die Bedürfnisse von Kindern, Jugendlichen, Familien, Singles und älteren Menschen sowie auch generationenübergreifende Projekte umgesetzt. Die Individualität der Maßnahmen zeigt die Flexibilität des Auditprozesses.

Neue Plattform
Um Österreich gemeinsam noch ein Stück familienfreundlicher zu machen wurde das Netzwerk „Unternehmen für Familien" ins Leben gerufen, in dem sich bereits mehr als 520 Unternehmen, Institutionen und Gemeinden österreichweit engagieren. Neben zahlreichen Vernetzungsveranstaltungen, wird auf der Onlineplattform **www.unternehmen-fuer-familien.at** zudem durch eine Fülle an familienfreundlichen Maßnahmen und Best Practices das Wissen und die Erfahrungen unserer Partner präsentiert. Jetzt vorbeischauen!

Setzen auch Sie ein Zeichen für mehr Familienfreundlichkeit!

FAMILIE & BERUF MANAGEMENT GMBH

www.familieundberuf.at

/familieundberufat

@familieundberufat

linkedin.com/company/familieundberufat

Bundeskanzleramt

Bundesministerin für Frauen, Familien und Jugend

Bezahlte Anzeige

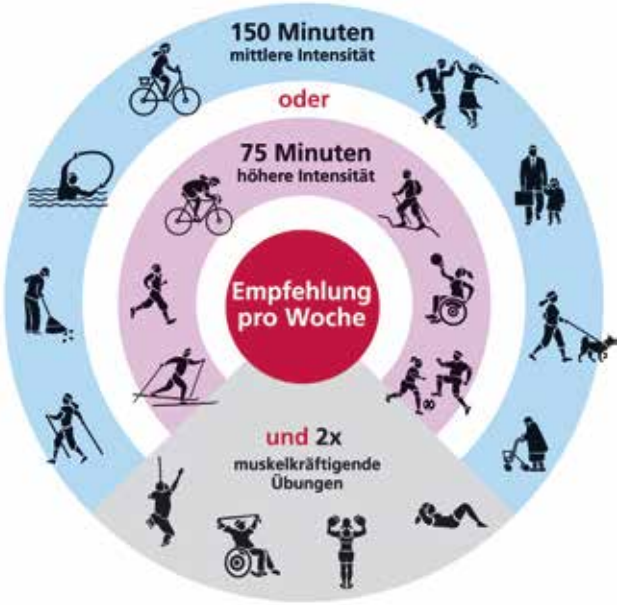
GEMEINSAM FIT. BEWEG DICH MIT!

50 TAGE BEWEGUNG

Regelmäßige Bewegung hält fit, verbessert das Wohlbefinden und die Lebensqualität. Unter dem Motto „Gemeinsam fit. Beweg Dich mit!“ sind Gemeinden und Sportvereine in ganz Österreich eingeladen, die Bevölkerung zu mehr Bewegung zu motivieren.

Von 7. 9. bis 26. 10. wird gezeigt, dass Bewegung gesund ist und Spaß macht. Das Ziel ist, das Thema Bewegung in den Fokus zu rücken und das Wissen über gesunde Bewegung zu erhöhen.
150 Minuten Bewegung pro Woche für Erwachsene und 60 Minuten Bewegung pro Tag für Kinder – so lauten die österreichischen Bewegungsempfehlungen. Gemeinden und Vereine können ihre Bewegungsangebote auf www.gemeinsambewegen.at eintragen und es gibt kostenlose **Werbemittel**. Interessierte finden auf der Website die passenden Bewegungsangebote in ihrer Nähe.

„50 Tage Bewegung“ ist eine gemeinsame Initiative des Fonds Gesundes Österreich und der Fit Sport Austria, der gemeinnützigen GmbH der drei Breitensportverbände ASKÖ, ASVÖ und SPORTUNION sowie dem VAVÖ. Machen Sie jetzt mit Ihrer Gemeinde mit!



50 TAGE BEWEGUNG
www.gemeinsambewegen.at
GEMEINSAM FIT. BEWEG DICH MIT!

NÄHERE INFOS

www.gemeinsambewegen.at

Fonds Gesundes Österreich
Dr. Verena Zeuschner
Telefon: +43/1/8950400-730
E-Mail: verena.zeuschner@goeg.at

ENTGELTLICHE EINSCHALTUNG

Unter dem Motto „Gemeinsam fit. Beweg dich mit!“ rufen wir alle Gemeinden und Sportvereine auf, bei der Initiative „50 Tage Bewegung“ vom 7.09. bis zum 26.10. mitzumachen!

Tragen Sie auf www.gemeinsambewegen.at Ihre Bewegungsangebote ein und bestellen Sie kostenlose Werbemittel.

Unser Ziel ist klar: Bewegung macht Spaß! Bewegung ist gesund und Gemeinden und Sportvereine haben für Alle passende Angebote in ihrer Nähe. Denn mit nur 150 Minuten Bewegung pro Woche kann man ganz leicht etwas für die eigene Gesundheit tun.

BEI UNSEREM SAMMELPASS-GEWINNSPIEL GIBT ES ATTRAKTIVE PREISE ZU GEWINNEN!

Bundesministerium Arbeit, Soziales, Gesundheit und Konsumentenschutz · Gesundheit Österreich GmbH · Fonds Gesundes Österreich · Bundesministerium Öffentlicher Dienst und Sport · AUSTRIAN SPORTS Bundes-Sport GmbH · VAVÖ · ASKÖ · ASVÖ · Sport union

BURGENLAND

Daniel Kitscha von der Europäischen Kommission und Bürgermeister Christoph Krutzler.

Wiesfleck ist europäische **Vorreitergemeinde**

Die Gemeinde Wiesfleck ist die erste Gemeinde Europas, die das Projekt „WiFi4EU“ zur Gänze abgeschlossen hat.
Daniel Kitscha von der Europäischen Kommission besuchte die Gemeinde und überreichte symbolisch den Förderbetrag von 15.000 Euro.
Bürgermeister Christoph Krutzler berichtete dem EU-Vertreter, dass die WiFi4EU-Hotspots über den gesamten Ort verteilt sind, so etwa bei Sport- und Freizeiteinrichtungen, beim Jugendzentrum und bei der Feuerwehr. So soll sichergestellt werden, dass alle Altersgruppen vom Gratis-WLAN profitieren.

Ragweed wird bekämpft

Das Burgenland arbeitet intensiv an der umfassenden Bekämpfung und Eindämmung der Ausbreitung von Ragweed. Mit der Einrichtung einer Melde- und Koordinierungsstelle, bei der sich Betroffene melden können, wurde im Vorjahr bereits ein wichtiger Schritt gesetzt. Mit einem Entwurf für ein Ragweed-Gesetz will das Burgenland Vorreiter im Kampf gegen die sich rasch ausbreitende Pflanze werden.
Mit dem neuen Gesetz sollen Grundstückseigentümer verpflichtet werden, ihre Grundstücke frei von sogenannten „Ambrosia-Organismen“ zu halten. Hinzu werden Bekämpfungs- und Entsorgungsgrundsätze normiert. Auf behördlicher Ebene wird die Koordinierungsstelle festgeschrieben. Unterstützt werden soll die Koordinierungsstelle von geschulten Organen der BH und der Gemeinden.

KÄRNTEN

Der Zersiedelung soll **Einhalt geboten werden**

Das derzeit in Begutachtung befindliche neue Kärntner Raumordnungsgesetz soll die Zersiedelung und den Bodenverbrauch eindämmen. Außerdem sollen die Orts- und Stadtkerne gestärkt werden.
„Das neue Gesetz bringt vereinfachte und damit schnelle Raumordnungsverfahren, mobilisiert dringend benötigtes Bauland und enthält eigene Bestimmungen für Apartmenthäuser, Hoteldörfer und Zweitwohnsitze“, erklärt Landesrat Daniel Fellner.
„Weiters schafft es Vorkehrungen für die Auswirkungen des Klimawandels, zielt auf eine flächensparende Entwicklung ab und forciert die vorrangige Nutzung von bereits vorhandenen Baulandreserven.“ Erstmalig wird in den Zielen und Grundsätzen der Raumordnung auch die Sicherung von freien Seezugängen, öffentlichen Gewässern und sonstigen Naturschönheiten festgeschrieben.

Das neue Raumordnungsgesetz soll vereinfachte und damit schnelle Raumordnungsverfahren bringen. (Symbolbild Lesachtal)

Absicherung des Ehrenamtes

Im August trat in Kärnten ein neues Gemeindemitarbeiterinnen- und -mitarbeitergesetz in Kraft.
Neu ist, dass Einsätze von ehrenamtlichen Helfern als gerechtfertigte Abwesenheit vom Dienst gelten.
Zudem erhalten Gemeindebedienstete, die sich ehrenamtlich bei Rettungsdiensten oder Freiwilligen Feuerwehren engagieren, 40 Stunden (bei Vollzeitbeschäftigung) im Jahr Sonderurlaub für spezifische Ausbildungen im Zusammenhang mit ihrer Freiwilligenarbeit.

NIEDERÖSTERREICH

Ein geförderter Spielplatz in Jedenspeigen.

Ein neuer Spielplatz für jede sechste Gemeinde

Vor vier Jahren startete die Förderinitiative „Schulhöfe und Spielplätze in Bewegung“ des Landes Niederösterreich. In der nun abgeschlossenen dritten Förderperiode wurde die Errichtung von 99 Schulfreiräumen oder Spielplätzen gefördert. Damit erhielt jede sechste NÖ Gemeinde eine Unterstützung.
Gefördert wurden bis zu zwei Drittel der tatsächlich entstandenen Projektkosten – bei Schulfreiräumen maximal 40.000 Euro und bei Spielplätzen maximal 20.000 Euro.
Die Prozessbegleitung, für die das Spielplatzbüro der NÖ Familienland GmbH verantwortlich zeichnet, beinhaltete auch drei Partizipationsprojekte pro Gemeinde, an denen sich in Summe rund 9.900 Kinder und Jugendliche beteiligten.

Ausgezeichnete Ferienbetreuung

Zu Beginn der Sommerferien wurden die besten Projekte des Wettbewerbs Ferienbetreuung prämiert. Den ersten Platz konnte sich heuer die Marktgemeinde Perchtoldsdorf sichern.
70 Prozent der Gemeinden in Niederösterreich bieten bereits eine Ferienbetreuung an. Der Wettbewerb Ferienbetreuung holt die kreativsten, lustigsten und abwechslungsreichsten Ferienprogramme vor den Vorhang und zeigt, wie gelungene Ferienbetreuung funktionieren kann.
Für den Sieg im Wettbewerb gewann Perchtoldsdorf einen zweitägigen Trommelworkshop für die Kinder der Marktgemeinde.
Auf den weiteren Plätzen folgen die Gemeinden Melk, Enzesfeld-Lindabrunn und Kottingbrunn.

OBERÖSTERREICH

Mobilitätsrat sucht Lösungen für den Alltag

Die Leader-Region Mühlviertler Alm widmet sich verstärkt dem Thema Mobilität und hat daher beschlossen, bei der Suche nach regionalen Mobilitätslösungen das neue Prozessformat des „Mobilitätsrats“ anzuwenden.
Der Mobilitätsrat bietet Entscheidungsträgern die Möglichkeit, gemeinsam in einem moderierten Rahmen mit Vertreterinnen und Vertreter betroffener und interessierter Personengruppen (z. B. Anrainer, Senioren, Schüler) nach lokalen und regionalen Lösungen zu Herausforderungen im Bereich Mobilität und Verkehr zu suchen.
Inhaltlich liegen die Schwerpunkt des Prozesses bisher auf Alltags- sowie auf Tourismusmobilität.

Vertreter der Gemeinden der Region Mühlviertler Alm sowie Vertreter der Zielgruppen beim ersten Treffen des Mobilitätsrats..

Ried unterstützt Unternehmensgründer

Die Bezirkshauptstadt Ried setzt im Wettbewerb der Standorte sowie im Konkurrenzkampf gegen das Online-Shopping auf neue Konzepte.
Das Innenstadtförderprogramm „StadtUp“ soll Unternehmensgründern und bestehenden Firmen, die neue Ideen verwirklichen wollen, im ersten Jahr Unterstützung geben.
Hilfe geboten wird durch Business-Coaches, ein Marketingstartpaket sowie durch Banken-, IT-, Rechtsberatungsdienstleistungen etc.
Aus insgesamt 16 Einreichungen wurden die besten fünf Konzepte prämiert, welche im Verlauf des Jahres 2018 einen Betriebsstandort in der Rieder Innenstadt begründeten.
Bis 15. Dezember läuft nun die zweite Runde des Wettbewerbs.

stadtup-ried.at

FOTOS/Gemeinde Wiesfleck, Shutterstock/Ibrix, NÖ Familienland GmbH, RMOÖ

SALZBURG

Kleine Nahversorger wie der Großarler Troadkastn sollen bekannter werden. Ein Leader-Projekt hilft dabei.

EU-Projekte fördern die Nahversorgung

Kleine Lebensmittelgeschäfte sind vielfach fast verschwunden. Hier setzen zwei von der EU und dem Land geförderte Leader-Projekte an.
Kleine Nahversorger erhalten das Angebot und die Qualität regionaler Produkte. Das Projekt „Nahversorgt – Ebenau und Krispl“ macht das bewusst, indem die Vernetzung der Direktvermarkter gefördert wird.
Für zunächst diese beiden Gemeinden der Leader-Region Fuschlseeregion-Mondseeland wird ein regionales Nahversorgungskonzept erstellt. Angeschafft wird ein neuer und hochwertig ausgestatteter Transporter, eine „Nahversorgt“-Marke wird entwickelt. Ähnliches gibt es im Pongau. Auch hier werden sich Direktvermarkter vernetzen.

Die Bedeutung der Ertragsanteile

Alle 119 Salzburger Gemeinden verfügten im Jahr 2017 in Summe über rund 900 Millionen Euro an Steuereinnahmen. Diese setzen sich zu zwei Drittel aus den Ertragsanteilen zusammen. Für die überwiegende Zahl der Gemeinden sind die Ertragsanteile also die wichtigste Einnahmequelle. Konkret betrug 2017 ihr Anteil am gesamten Steueraufkommen zwischen knapp über 47 Prozent in Wals-Siezenheim und Untertauern bis etwa 90 Prozent in Göriach und Lessach im Lungau.
Lediglich in Fuschl am See und Bergheim war das Aufkommen an Kommunalsteuer mit 63,4 beziehungsweise 47,8 Prozent höher als das Aufkommen an Ertragsanteilen mit 29,9 beziehungsweise 42 Prozent.

STEIERMARK

„sbidi“ startete erstes Breitband-Ausbauprojekt

In St. Nikolai im Sausal wird das erste Projekt der Steirischen Breitband- und Digitalinfrastrukturgesellschaft (sbidi) umgesetzt. Rund 8,5 Millionen Euro werden investiert, um die bisher glasfaserfreie Gemeinde an die Datenautobahn anzubinden.
St. Nikolai war bisher im Hinblick auf Internetverbindungen stark unterversorgt. Durch das aktuelle Projekt wird in der Gemeinde ein Glasfasernetz aufgebaut, an das künftig mehr als 1300 Haushalte angeschlossen werden können. Neben privaten Haushalten zählen dazu auch zahlreiche öffentliche Einrichtungen sowie Betriebe in der Gemeinde.
Die Anschlüsse für die Kunden sollen Mitte 2020 in Betrieb genommen werden. Auch in St. Martin im Sulmtal und in St. Stefan ob Stainz startete der Breitbandausbau. Darüber hinaus laufen in weiteren Gemeinden bereits die Planungen.

Bürgermeister Gerhard Hartinger, Landesrätin Barbara Eibinger-Miedl, Landeshauptmann Hermann Schützenhöfer und „sbidi“-Geschäftsführer Herbert Jöbstl.

Erster Blackout-Maßnahmenplan

Ein großflächiger Stromausfall mit vielen Millionen Betroffenen in Südamerika zeigte kürzlich die Wichtigkeit einer gezielten Vorbereitung auf großflächige Blackouts.
Der steirische Katastrophenschutz und der steirische Zivilschutzverband haben ein Maßnahmenpaket für die Vorbereitung auf einen etwaigen Blackout ausgearbeit.
Konkret wurden 307 Einzelmaßnahmen aus sieben Themenfeldern erarbeitet. Seit Juni ist ein umfassender Maßnahmenplan mit sechs ausgewählten Gemeinden in der Pilotphase.

TIROL

Während die Verschuldung der Tiroler Gemeinden insgesamt stieg, ist die Zahl der stark und voll verschuldeten Gemeinden gesunken.

Zurückhaltung bei Darlehen gefordert

Die Investitionstätigkeit der Tiroler Gemeinden ist nach wie vor ungebrochen. „Durch die Investitionen entstehen den Gemeinden bleibende Werte, die langfristig eine hohe Lebensqualität garantieren“, meint Landesrat Johannes Tratter. Der Fokus müsse aber darauf liegen, die Schulden der Gemeinden zu verringern. „Daher erwarte ich mir in Zukunft mehr Zurückhaltung bei den Darlehensaufnahmen“, sagt Tratter in Richtung der Gemeindevertreter. Positiv hebt Tratter hervor, dass die Haftungen der Gemeinden für die Schulden von ausgelagerten Einheiten, beispielsweise Stadtwerke oder Immobiliengesellschaften, um 50 Millionen Euro zurückgegangen sind.

Neuer Raumordnungsplan

Eine langfristige und vorausschauende Gestaltung des Lebensraums im Land – das ist das Ziel des Raumordnungsplans „Lebens-Raum Tirol – Agenda 2030“. Der Raumordnungsplan enthält – auf den Zeitraum bis 2030 ausgerichtet – Ziele und Strategien für die fünf Themenfelder lebenswerte Orte, erfolgreiche Wirtschaftsstandorte, bedarfsgerechte Versorgung und Mobilität, vielfältige Landschaften sowie gemeinsames Handeln.
Die ausgearbeiteten Handlungsempfehlungen sollen vor allem dazu beitragen, sämtliche Möglichkeiten der Baulandmobilisierung zu nutzen, um leistbaren Wohnraum zu schaffen.

www.tirol.gv.at/lebensraum-tirol

VORARLBERG

Sonnencreme für Bäume

Wenn ein Baum überhitzt, kann die Rinde absterben. Dann können Parasiten und Pilze eindringen. Um das zu verhindern, wurden in Alberschwende über 200 Bäume, die in exponierter Lage stehen, angepinselt. „Wir hatten uns gewundert, warum bei exponiert stehenden Bäumen immer auf der gleichen Seite die Rinde aufspringt“, berichtet Bürgermeisterin Angelika Schwarzmann. „Zuerst dachten wir, dass die Salzstreuung die Ursache ist, aber dann haben uns mehrere Baumexperten erklärt, dass das aufgrund der Sonneneinstrahlung passiert.“ Die Fachleute empfahlen unisono den luftdurchlässigen Anstrich, der die Rinde schützt.
„Zuerst muss man einen Grundanstrich machen, dann wird die weiße Farbe aufgetragen“, erklärt Bauamtsleiter Walter Canaval. „Das wirkt wie eine Sonnencreme.“

Der luftdurchlässige Anstrich schützt die Rinde.

Die Photovoltaik-Spitzenreiter

In keiner österreichischen Gemeinde gibt es – in Relation zur Einwohnerzahl – so viele Photovoltaikanlagen auf privaten Wohngebäuden wie in Warth. Laut Statistik Austria beträgt die installierte PV-Leistung rund 800 Watt pro Kopf.
Auch auf den Plätzen drei bis fünf im Ranking liegen Vorarlberger Gemeinden, nämlich Fraxern (380 Watt), Krumbach (360 Watt) und Zwischenwasser (350 Watt). Landesrat Christian Gantner bedankte sich in einer Pressekonferenz in Zwischenwasser für dieses vorbildliche Engagement: „Der kontinuierliche Ausbau der Photovoltaik in unseren Gemeinden ist ein wertvoller Beitrag in Richtung Energieautonomie.“

FOTOS/ Großarler Troadkastn, steiermark.at/Streibl, Shutterstock/Pawel Kazmierczak, Gemeinde Alberschwende

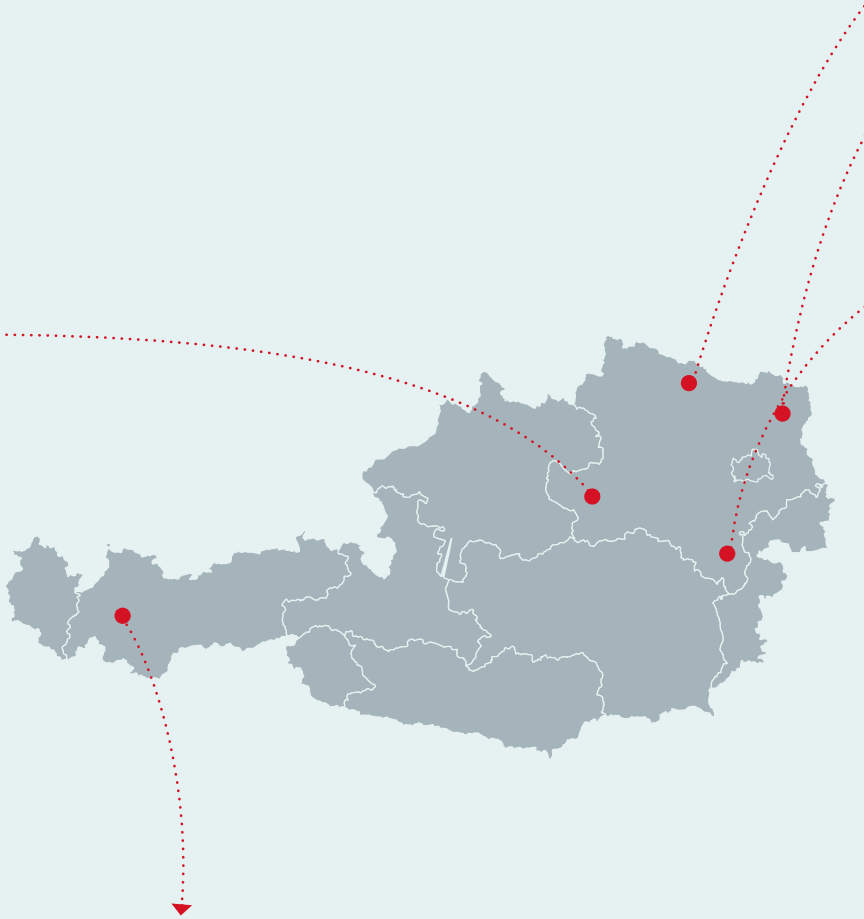
PERSONALIA

Ortskernbelebung **im Fokus**

LUNZ // „Wir dürfen dort wohnen, wo andere Urlaub machen", schwärmt der neue Lunzer Bürgermeister Josef Schachner über seine Gemeinde. Der 54-Jährige erklomm nach sieben Jahren Vizebürgermeister das Bürgermeisteramt der 1800 Einwohner/innen starken Gemeinde im Bezirk Scheibbs. Seit 1995 sitzt er im Gemeinderat für die ÖVP-Fraktion. Privat betreibt der forstwirtschaftliche Meister selbstständig einen Eigenjagdbetrieb. Seine Zeit muss er zwischen seinem Betrieb und dem Bürgermeisteramt aufteilen. „Die Gemeinde hat aber oberste Priorität", versichert Schachner.

Zu Schachners wichtigsten Zielen für seine Amtsperiode zählt die Ortskernbelebung. DerPolitiker will im Lunzer Ortszentrum Wohnraum schaffen und leere Geschäftslokale wieder nutzbar machen. „Der Tourismus bietet hier ein Riesenpotenzial für mehr gastronomische Betriebe im Ortskern", erklärt Schachner. Außerdem will die Gemeinde Lunz ein Tourismusinformationsbüro im Ort einrichten. Auch ein Forscherlabor soll im „Haus der Wildnis" angesiedelt werden.

Der frischgebackene Bürgermeister will sein Amt so transparent wie möglich angehen und hält das Gemeindegeschehen auf der Website „Unser Bürgermeister bloggt" fest. Der Blog wurde von Vorgänger Martin Ploderer ins Leben gerufen und wird von Schachner gerne weitergeführt. „An das Bloggen muss ich mich erst gewöhnen", sagt der Kommunalpolitiker. Seine ersten Beiträge findet man schon online.



Harmonie im Gemeindeamt

STANZ bei LANDECK // In der beschaulichen Tiroler Gemeinde Stanz bei Landeck gibt es einen neuen Bürgermeister. Ferdinand Beer wurde in der ersten Juliwoche 2019 vom Gemeinderat einstimmig in die höchste Position des Ortes gewählt. Davor fungierte er als Vizebürgermeister für den kürzlich verstorbenen Martin Auer. Die 600-Einwohner-Gemeinde ist bekannt für ihre zahlreichen Brennereien und die unübertroffen süßen Zwetschken. Der kleine Ort beherbergt 65 Brennereien bei 180 Haushalten – „das heißt etwa jeder dritte Stanzer Haushalt führt eine Brennerei", zeigt sich der frisch gebackene Bürgermeister stolz. „Einen guten Bürgermeister macht aus, dass er unparteiisch ist und dass er sich um die Belange der

Bevölkerung kümmert", sagt der Stanzer Bürgermeister. Er arbeitet sehr gerne in der Gemeinde und nimmt auch diese neue Herausforderung mit Begeisterung an. Der gute Zusammenhalt innerhalb des Gemeindeamts stellt für ihn einen konstanten Höhepunkt seines politischen Werdegangs dar. „Es läuft sehr harmonisch ab", lobt Beer seine Kolleginnen und Kollegen.

Ein „Schwärmer“ an der Spitze

SCHWARZENBACH // Hört man den frischgebackenen Schwarzenbacher Bürgermeister über seine Gemeinde schwärmen, so will man fast in den nächsten Zug ins Pielachtal springen. Andreas Ganaus wurde Mitte Juli zum Bürgermeister der 375-Einwohner-Gemeinde in Niederösterreich gewählt, über die er viele Lobeslieder zu singen weiß. „Hier findet man die schönste Aussicht von ganz Niederösterreich“, so Ganaus stolz. In der Kommunalpolitik ist der gebürtige Schwarzenbacher schon seit vierzehn Jahren tätig. 2010 wurde er geschäftsführender Gemeinderat, ab 2015 besetzte er den

Posten des Vizebürgermeisters. Seine nächsten Ziele sind die Ortskerngestaltung und die stärkere Einbindung der Schwarzenbacher Jugendlichen in Entscheidungsprozessen. „Das Zugehen auf die Jugend wurde in den letzten Jahren ein bisschen versäumt, aber mit Chorleiterin Marina Gruber haben wir jetzt eine Gemeinderätin, die die Jugendlichen und Kinder im Ort gut kennt – mit ihr werden wir wieder die Nähe zur Jugend finden“, erhofft sich Ganaus. Ganaus lebt sein neues Amt schon jetzt mit Enthusiasmus aus. Ganz besonders freut er sich darauf, da zu sein für alle, mit den Leuten zu reden und miteinander Probleme anzugreifen.“

Transparenz statt stille Post

GROSSKRUT // Im niederösterreichischen Großkrut im Bezirk Mistelbach trat Franz Schweng, der seiner Gemeinde fast dreißig Jahre als Bürgermeister diente, mit Ende Juli 2019 von seinem Amt als Ortschef zurück. Sein Nachfolger Franz Wagner wurde wenige Tage später angelobt. Mit der Kommunalpolitik ist Wagner bereits bestens vertraut. Zwanzig Jahre war er Gemeinderat und Ortsvorsteher der Kastralgemeinde Ginzersdorf. „Nach langer Nachdenkphase habe ich den Vorschlag eingebracht, das Amt vorerst selbst zu übernehmen, bis ein jüngerer Kandidat antreten kann”, sagt der 62-Jährige. Der pensionierte Bankangestellte will maximal eine Periode interimistisch die Stellung halten.
Um mehr Transparenz im Gemeindeamt und Bürgerteilnahme zu motivieren, will der frischgebackene Bürgermeister nach Genehmigung der Sitzungsprotokolle diese bei Vorstel-

lungen inklusive Beamer präsentieren und erklären sowie gemeinsam diskutieren. „Um zu verhindern, dass irgendwelche G’schichtl’n kursieren, die nicht stimmen“, erläutert Wagner. Auch regelmäßige Aussendungen, um auf wichtige Gemeinde-Themen aufmerksam zu machen, sind in Planung.

Raum erhalten, Wohnung schaffen

PULKAU // Bei der Gemeinderatssitzung Ende Juni wurde Leo Ramharter einstimmig in das Bürgermeisteramt gewählt. Davor bekleidete Ramharter 25 Jahre lang das Amt des Vize-Bürgermeisters. Dieses übergibt er nun an DI Christina Ruisinger (Bild unten neben dem neuen Ortschef).
Für den Anfang seiner Amtsperiode plant Ramharter, zuerst zwei bereits begonnene Projekte fertigzustellen. Zum einen ist das der Bau eines viergruppigen Kindergartens. Zum anderen handelt es sich um die Revitalisierung des Pulkautaler Hofes.

Als Bürgermeister will Ramharter seinen Schwerpunkt darauf legen, „Raum zu erhalten und Wohnungen zu schaffen“. Wohnraum war auch in seiner bisherigen politischen Laufbahn ein wichtiges Thema. Als Höhepunkt gibt Ramharter „die Absicherung der Nahversorgung in Verbindung eines Wohnbauprojekts“ an. Im Rahmen der NÖ Ortskernbelebungsaktion wurde 2011 ein Objekt errichtet, in dem Wohnungen, Ordinationen und Geschäfte Platz finden.
Wichtigste Devise ist für Ramharter: „Das Ohr bei den Mitbürgern zu haben.“

FOTOS/ Österreichischer Gemeindebund

TERMINE IM HERBST

11-13/ September

Kommunale Sommergespräche 2019

„Starke Infrastruktur für starke Kommunen. Vernetzt denken – gemeinsam handeln." Das ist das Motto der kommunalen Sommergespräche 2019, die heuer erstmals nicht im Juli, sondern im September in Bad Aussee stattfinden. Neben Verbund-Chef Wolfgang Anzengruber, EFIS-Chef Willi Molterer und NÖ Landeshauptfrau Johanna Mikl-Leitner konnten diesmal internationale Top-Finanzexperten für die Tagung gewonnen werden..

gemeindebund.at/ksg-programm/
Ort: Bad Aussee

14/ September

Lösungskongress: Die lebenswerte Gemeinde der Zukunft

Geniale funktionierende Lösungen präsentiert der „Kongress: Bewusst gemeinsam Leben" am 14. September 2019 im Messezentrum Salzburg. Der Kongress präsentiert dabei das Modell der „Lebenswerten Gemeinde der Zukunft".

lebenswertegemeinde.at
Ort: Salzburg

19/ September

Das Abc des Wasserrechts

Der Kurs vermittelt den Teilnehmern ein rechtliches Basiswissen im Bereich des Wasserrechts. Behandelt werden die wesentlichsten Genehmigungstatbestände des Wasserrechtsgesetzes genauso wie die Grundzüge der für ein Verfahren vor der Wasserrechtsbehörde relevanten verfahrensrechtlichen Bestimmungen. Als Besonderheit bietet der ÖWAV-Kurs „Das ABC des Wasserrechts – Wasserrecht für PlanerInnen und TechnikerInnen" einen Praxis-Workshop an.

www.oewav.at
Ort: Graz

FOTOS://© IG Lebenszyklus Bau //lsz

17 / September

Branchenkonferenz Behörden

Die LSZ Branchenkonferenz Behörden hat sich über viele Jahre zum Networking-Treffpunkt der öffentlichen Verwaltung etabliert und richtet sich an IT-Verantwortliche, Digitalisierungs- und TransformationsexpertInnen, E-Government-Verantwortliche und sämtliche interessierte EntscheidungsträgerInnen aus öffentlichen Institutionen. Auf dem Programm stehen aktuelle Trends rund um Digitalisierung, Innovationen und Strategien des österreichischen und internationalen Behördensektors. So wird zu Beginn der Konferenz der Vordenker und Innovator Markus Petzl das Publikum mit seinem Vortrag „Disruptive Innovation: Und wie sie Schritt für Schritt Branche für Branche verändert!“ wachrütteln.

Darauf folgt eine hochkarätige Podiumsdiskussion, in der DigitalisierungsexpertInnen aus Bund, Ländern und Gemeinden den Status quo und die Zukunftsstrategien des Digitalstaats Österreich erörtern werden. Grund zur Vorfreude geben auch Best-Practice-Beispiele und spannende Lösungsansätze innovativer IT-Anbieter, wie beispielsweise Cash Payment Solutions, die ihr Vorreiterprojekt zur Bargeldlösung des 21. Jahrhunderts zusammen mit der Deutschen Bundesagentur für Arbeit vorstellen werden.

Ein weiteres Highlight der Konferenz bildet ein Interview mit der aus Funk und Medien bekannten Politikwissenschafterin MMag. Dr. Kathrin Stainer-Hämmerle, die kurz vor der Nationalratswahl Analysen und Prognosen zum Regierungsumbruch 2019 geben wird.

www.lsz-consulting.at
Ort: Wien, Andaz Vienna

07 / November

Gebäude und Umwelt im Wechselspiel

Wer lebenszyklusorientiert planen, bauen und betreiben will, darf das Umfeld des Gebäudes nicht außer Acht lassen. Der 9. Kongress der IG Lebenszyklus Bau am 7. November 2019 dient dem intensiven Austausch zwischen Bauherren und Vertretern der Bau- und Immobilienbranche und greift die Themen rund um Mobilität, Vernetzung und Verknappung als wesentliche Umweltfaktoren im Wechselspiel mit dem Gebäude auf.

www.ig-lebenszyklus.at/kongress2019
Ort: Wien, WKÖ

K

„STADT, LAND, FLUSS“ AUF ÖSTERREICHISCH

Neue Ausgabe, neuer Buchstabe: Diesmal mit dem „K“ des österreichischen „Stadt-Land-Fluss“-Spiels. Wenn auch Sie Vorschläge haben, mit welchen Berg- oder Ortsnamen man das Spiel gewinnen kann, mailen Sie uns: **redaktion@kommunal.at**

FLUSS

Der **KNALLBACH** fließt bei Mößna in den Sölkbach (der wiederum in die Enns mündet). Hier befindet sich mit der Troger Mühle die einzige noch intakte Mühle im Naturpark Sölktäler.

BERG

Der **KLEINGLOCKNER** ist mit 3770 Metern Höhe der dritthöchste Gipfel Österreichs. Aufgrund seiner geringen Schartenhöhe ist es umstritten, ob man ihn als eigenständigen Berg zählen kann oder nur als Nebengipfel des Großglockners.

TIER

Die **KESSLER GRUNDEL** (Ponticola kessleri) ist ein Bodenfisch, der im Süß- und im Brackwasser lebt. In den letzten Jahrzehnten hat sie ihr Verbreitungsgebiet stark ausgeweitet, indem sie Flüsse wie die Donau aufwärts wanderte. Benannt ist sie nach dem Fischkundler Karl Fjodorowitsch Kessler.

LAND (BEZIRK)

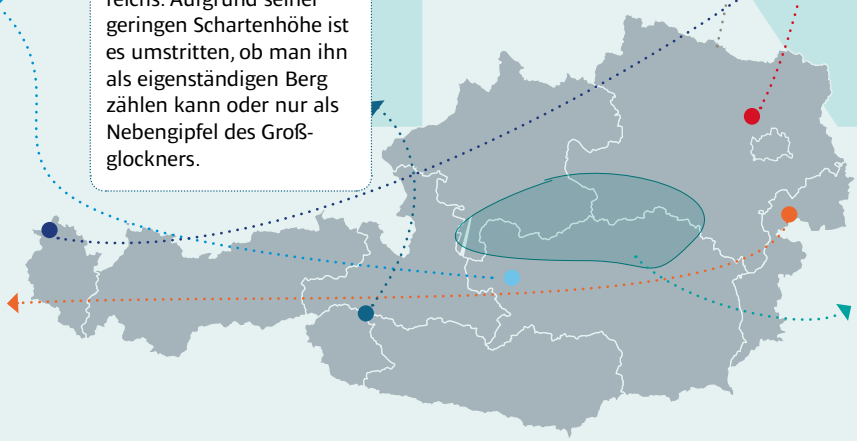
Der Bezirk **KORNEUBURG** (rund 90.000 Ew.) ist der einzige des Weinviertels, der keine Staatsgrenze besitzt. Die wichtigsten Städte sind Korneuburg – unter anderem als Sitz des Landesgerichts – sowie Stockerau.

PERSÖNLICHKEIT

Der österreichische Schriftsteller **MICHAEL KÖHLMEIER** wurde 1949 im Vorarlberger Hard geboren. Über die Musik und Hörspiele erlangte er Bekanntheit, und für seine Prosawerke wie z. B. „Abendland“ wurde er vielfach ausgezeichnet.

STADT/GEMEINDE

KLINGENBACH (1153 Ew.) ist eine gemischtsprachige Gemeinde im nördlichen Burgenland. Bekannt ist sie wegen ihres stark frequentierten Grenzübergangs zum ungarischen Sopron.



PFLANZE

Das **KERNER-LUNGENKRAUT** (Pulmonaria kerneri) ist eine ausdauernde krautige Pflanze und ein Endemit der nordöstlichen Kalkalpen mit Vorkommen im westlichen Niederösterreich, in Oberösterreich und der Obersteiermark.

IMPRESSUM
Herausgeber Österreichischer Gemeindebund, Löwelstraße 6, 1010 Wien
Medieninhaber Österreichischer Kommunal-Verlag GmbH., Löwelstr. 6, 2. Stock, 1010 Wien, Tel. 01/532 23 88, Fax 01/532 23 77, E-Mail: kommunalverlag@kommunal.at www.kommunal.at
Geschäftsführung Mag. Michael Zimper
Redaktion Tel.: 01/ 532 23 88; Mag. Hans Braun - DW 516 (Chefredaktion) hans.braun@kommunal.at; Mag. Helmut Reindl - DW 515 helmut.reindl@kommunal.at; Andreas Hussak - DW 537 andreas.hussak@kommunal.at;
Adressverwaltung Elisabeth Leitner - DW 518 elisabeth.leitner@kommunal.at oder Sie folgen diesem Link oder dem QR-Code zum Ändern von Bezugsdaten:

http://kommunal.at/leserservice/

Grafik Thomas Max - DW 542 thomas.max@kommunal.at

Fotos www.shutterstock.com; www.bilderbox.at;

Anzeigenberatung Tel.: 01/532 23 88; Mag. Sabine Brüggemann - DW 512, sabine.brueggemann@kommunal.at; Martin Mravlak - DW 528, martin.mravlak@kommunal.at; Martin Pichler - DW 511, martin.pichler@kommunal.at;

Redaktionsbeirat Mag. Ewald Buschenreiter (Verband der sozialdemokratischen Gemeindevertreter NÖ), Mag. Wolfgang Schneider (BM für Digitalisierung und Wirtschaftsstandort), Mag. Nicolaus Drimmel (Österreichischer Gemeindebund), Dr. Walter Leiss (Österreichischer Gemeindebund), Mag. Alfred Riedl (Präsident des Österreichischen Gemeindebundes), Mag. Michael Zimper (Österreichischer Kommunalverlag)

Hersteller Leykam Druck, 7201 Neudörfl; PEFC zertifiziert: Dieses Produkt stammt aus nachhaltig bewirtschafteten Wäldern und kontrollierten Quellen – www.pefc.at

Druckauflage KOMMUNAL: 34.963 (Halbjahresschnitt 2018)

Persönlich gezeichnete Artikel fallen unter die Verantwortlichkeit des Autors und müssen sich nicht unbedingt mit der Meinung von KOMMUNAL decken.

Hinweis zu Gender-Formulierung
Bei allen Bezeichnungen, die auf Personen bezogen sind, meint die gewählte Formulierung beide Geschlechter, auch wenn aus Gründen der leichteren Lesbarkeit die männliche Form verwendet wird.

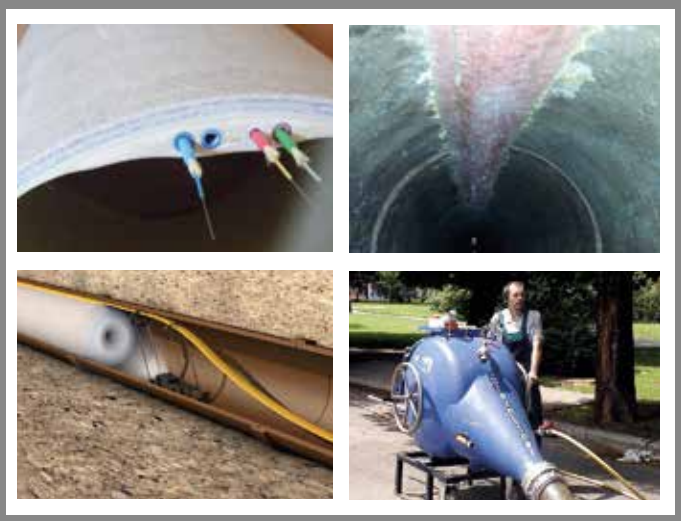
Die Datenautobahn auch zu Ihrer Gemeinde.

Nicht die geografische Lage entscheidet heute über wirtschaftlichen Erfolg, sondern die Anbindung an die Datenautobahn. FTTP ermöglicht Glasfaserinternet in Ihrer Gemeinde.

FTTP macht's möglich.

Fiber to the Pipe (FTTP): Der Name bedeutet „Glasfaser im Rohr" und ist zugleich der Name der Firma, die dieses System patentiert hat.

Das Dienstleistungsangebot der FTTP:



Von der Planung über den Bau bis zur Komplettlösung. Unser Leistungsspektrum im Glasfaserausbau umfasst das eines Generalübernehmers. Dies beinhaltet die Planung, Abwicklung, Förderansuchen, schlüsselfertige Errichtung eines offenen Passivnetzes (Verlegung im Kanal, graben, fräsen, pflügen, einblasen, spleißen, etc.) bis hin zur Providersuche.

FTTP GmbH I 4600 Wels I Griesmühlstraße 6 I Tel +43 7242 - 211 005 I Mail office@fttp.at

www.fttp.at

5Größer denken.
A1 baut das 5Giganetz – die beste Kombination aus größtem Glasfasernetz und schnellster 5G Technologie.
Österreich kann alles.
Wir bauen das Netz, das alles möglich macht – das A1 5Giganetz.
Mit diesem Standard der Zukunft wird ganz Österreich zum Standort der Zukunft und profitiert von grenzenlosen Möglichkeiten für alle.
Du kannst alles.
#ConnectLife